

In diesem Heft

Editorial 5

Essay

GILBERT MOLINIER
Der (un)aufhaltsame Aufstieg des...?
Aspekte der ideologischen Konjunktur in Frankreich 7

Wissenschaft in der DDR

CLEMENS BURRICHTER/ GERD-RÜDIGER STEPHAN
Zur Theorie einer Analyse der
Wissenschaftsentwicklung in der DDR 22

HUBERT LAITKO
Wissenschaftlich-technische Revolution: Akzente
des Konzepts in Wissenschaft und Ideologie der DDR 33

BERND FLORATH
Verpaßte Möglichkeiten?
DDR-Historiker in den sechziger Jahren 51

WOLFGANG KÜTTLER
Formationstheorie zwischen Dogma und Wissenschaft

Kulturforum

KULTURFORUM DER PDS
KERSTIN STUTTERHEIM/ NILS BOLBRINKER
Bilder eines Industriereviere

Standorte

HERBERT NIEMANN
Ist der Kapitalismus unumkehrbar am Ende?
Die Zinsfalle hat zugeschnappt
RONALD LÖTZSCH
Südamerikanische Hochkultur der Inkas
germanischen Ursprungs?

Interview

DENIS GOLDBERG

»Südafrika steht vor großen Herausforderungen –
aber ich bin sehr optimistisch«

Antworten an Manfred Kapluck

HERBERT MAYER

Nachdenken über die KPD.

Anmerkungen zu einem Interview

WOLFGANG GEHRCKE

Geschichtslosigkeit führt zu Gesichtslosigkeit!

Die kommunistische Linke in der BRD

Lesenswert

GERD KAISER

»dzis« heißt »heute«

STEFAN BOLLINGER

Heißer Frieden. Eine Literaturanalyse

RONALD SASSNING

Vom Nazikerker in Stalins Archivverlies.

Was Thälmann den »Freunden« mitzuteilen versuchte

In memoriam

HELMUT STEINER

Heinz Jung (1935-1996) – ein marxistischer und »gesamt-
deutscher« Wissenschaftler aus der Nachkriegs-Generation

Briefe an die Redaktion

ÁNDRE BRIE

Zum Artikel von Michael Benjamin

SÁNDOR KURTÁN

Rákosi im Verhör. Einige Ergänzungen

Festplatte

WOLFGANG SABATH

Die Wochen im Rückstau

Bücher & Zeitschriften

Søren Bald/ Peter la Cour/

Steen Nepper Larsen (Redaktion):

Demokrati – 40 indlæg,

forlaget Krogerup Humlebæk 1996

(MARKO HOFFMANN)

Elena Poniatowska:
Tinissima – Der Lebensroman der Tina Modotti,
Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1996
(SIEGFREID BRESLER)

Mohsen Massarrat:
Endlichkeit der Natur und Überfluß in der Marktökonomie.
Schritte zum Gleichgewicht,
Metropolis-Verlag Marburg 1993
(REINHARD GRIENIG)

Herbert Brücker:
Privatisierung in Ostdeutschland.
Eine institutionen-ökonomische Analyse,
Campus Verlag Frankfurt/New York 1995
(ULRICH BUSCH)

Alister Sparks:
Morgen ist ein anderes Land.
Südafrikas geheime Revolution,
aus dem Englischen von Malte Friedrich,
Berlin Verlag Berlin 1995
(STEFAN BOLLINGER)

Susanne Miller:
Sozialdemokratie als Lebenssinn.
Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der SPD.
Zum 80. Geburtstag hrsg. von Bernd Faulenbach,
Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger Bonn 1995

Marlies Buchholz/ Bernd Rother:
Der Parteivorstand der SPD im Exil.
Protokolle der Sopade 1933-1940,
Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger Bonn 1995
(ULLA PLENER)

Hans-Joachim Krusch:
Irrweg oder Alternative?
Vereinigungsbestrebungen der Arbeiterparteien 1945/46
und gesellschaftliche Forderungen,
Pahl Rugenstein Nachfolger Bonn 1996
(STEFAN DOERNBERG)

Siegfried F. Franke:
(IR)RATIONALE POLITIK?
Grundzüge und politische Anwendungen
der »Ökonomischen Theorie der Politik«,
Metropolis-Verlag Marburg 1996
(ARNDT HOPFMANN)

Hinweise an unsere Autorinnen und Autoren
Impressum

Editorial

Auch wenn der bevorstehende Winter für viele Menschen in den Reformländern des Ostens mit Sicherheit nicht nur Freude an tief verschneiten Landschaften und ski-sportlichen Aktivitäten aufkommen läßt, sondern auch Mangel an Einkommen und Heizmaterial sowie steigende Energie- und Lebensmittelpreise bringen wird, so dürfen sich doch einige wenige Regierungen im »Transformationsgebiet« selbstgefällig auf die Schultern klopfen. Gerade noch rechtzeitig zum Jahreswechsel hat ihnen die Weltbank ein dickes Lob beschert und ihnen die baldige Mitgliedschaft im exklusiven Klub der »ganz normalen« Industrieländer in Aussicht gestellt. Vorbei sind dann die schier unendlichen Mühen des Elitenwechsels, der Neuverteilung von Anrechten, Vermögen und Eigentum, der Abschmelzung von »Geldüberhängen« bei der werktätigen Bevölkerung mittels Inflation, der De-Industrialisierung und der Reallohnsenkungen. Was die neuen »Normalstaaten« erwartet, sind die Segnungen der modernen Marktwirtschaft – hohe und steigende Arbeitslosigkeit, vermeintlich überhöhte Lohnnebenkosten, viel zu teure Gesundheitssysteme und unbezahlbare Rentenanprüche. Mit anderen Worten: »Die Länder werden ihren Transformationsprozeß erst dann abgeschlossen haben, wenn ihre Probleme und weiteren Reformmaßnahmen sich denen der festetablierten Marktwirtschaften auf ähnlichen Einkommensniveaus annähern« – läßt die Weltbank im 1996er Weltentwicklungsbericht verbreiten. Aus der Traum vom Wohlfahrtsstaat! Welch hehre Reformillusion – nicht dieser wird das Ergebnis gelingender (!!!) Transformation sein, sondern der weltmarktgetriebene »Wettbewerbsstaat«. Noch bevor er überhaupt in seiner marktwirtschaftlich verfaßten Form entstanden ist, dürfen die Transformationsländer im Osten gleich von der Abschaffung des realsozialistischen Sozialsystems zum »Umbau des Sozialstaats« übergehen – der Reform zu Marktwirtschaft und Konkurrenzdemokratie folgt die »Gesundheitsreform« und der Zwang zur Senkung der Lohnnebenkosten auf dem Fuße. »Das scheint überhaupt die Logik des Neoliberalismus zu sein: je »gesünder« die »Ökonomie«, desto kranker und ärmer die Bevölkerung« (Robert Kurz). Und wenn dadurch dann endlich beschleunigtes – »soziales« – Wachstum der »Wirtschaftsleistung und der Produktivität« in die Gänge kommt, liegt allerdings immer noch ein langer Marsch vor ihnen. Denn selbst für die Avantgarde der Reformländer, die Visegrád-Staaten, schätzt die Weltbank, daß etwa zwanzig weitere Jahre mit den gegenwärtigen Wachstums-

raten erforderlich wären, um das durchschnittliche Einkommensniveau der EU-Länder im Jahre 1994 zu erreichen.

Was angesichts der bekannten Problemlagen in der OECD-Welt am neusten Weltentwicklungsbericht wirklich beeindruckt, ist seine absolute Visionslosigkeit. Transformation darf – wenn es nach der Weltbank geht – offenbar nur noch als Imitation der vermeintlich »besten aller realexistierenden Welten« gedacht werden. Die Beschwörungsformeln dafür heißen »Liberalisierung«, »Stabilisierung«, »Privatisierung« und »institutionelle Reform«; die Verheißung trägt den Namen »aufblühendes oder beschleunigtes Wachstum«. Daß den Obergutachtern in Sachen Transformation offenbar nichts Neues einfällt, heißt nun jedoch noch lange nicht, daß die Transformationsgesellschaften des Ostens nolens volens nicht doch noch als Ideenspender für die eine oder andere »sozialstaatliche Innovation« im Westen gut sein könnten. Wenn sich erst herausstellt, daß zum Beispiel das Niveau der ostdeutschen Löhne auch die Reproduktion des bundesdeutschen »Normalarbeiters« hinreichend sichert oder daß die Organisation der Arbeitslosenversicherung in Polen oder Ungarn wesentlich kostengünstiger ist – und daß vielleicht etwas mehr »Mafia« und Korruption die Profitrate noch um ein erhebliches zu steigern vermögen, dann kann es durchaus noch zum »Institutionentransfer« in Ost-West-Richtung kommen. Dann stellt sich möglicherweise heraus, daß der Osten bereits heute »moderner« ist als der Westen – moderner vielleicht, aber auch zukunftsfähiger?

Nein, alles deutet darauf hin, daß die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft des Westens wirklich kein Modell mehr ist, dem es sich heute noch beizutreten lohnt – tendenziell asozial, umweltgefährdend und systemisch borniert.

Demgegenüber hat sich »UTOPIE kreativ« auch 1997 weiter der zukunftsorientierten Nachdenklichkeit verschrieben – im Namen der Redaktion wünsche ich allen Autoren, Lesern und all denen, die das eine oder andere bald noch werden wollen, ein an sinnvollen Maßstäben gemessenes erfolgreiches, aber vor allem gesundes und kreatives Jahr 1997.

ARNDT HOPFMANN

GILBERT MOLINIER

Der (un)aufhaltsame Aufstieg des...? Aspekte der ideologischen Konjunktur in Frankreich

»Das Denken wird vom Faschismus als ein Verhalten behandelt. Als solches ist es (neu!) eine juristische, eventuell kriminelle Handlung und wird mit entsprechenden Maßnahmen beantwortet.«¹

Berlin von Paris aus gesehen. Seit mehr als 15 Jahren verbringe ich fast all meine Ferien in Berlin. Ich weiß, das ist eine eigenartige Idee, aber es ist so. Ich liebe weder das Meer noch die Berge noch das Land, ich bevorzuge die großen Städte. Seit 1989 hat sich Berlin sehr verändert. In verschiedener Hinsicht ist es wieder geworden, was es war. Wie für Menschen, die sich nach langer Trennung wiedergefunden haben, scheint auch für diese Stadt zu gelten: Man erkennt das Beste und das Schlimmste wieder, darunter Dinge, die unruhig werden lassen. So sah ich den »gewöhnlichen« Rassismus im Galopp zurückkehren, den Antisemitismus, die Fremdenfeindlichkeit und sogar sehr oft kriminelle Handlungen, von Neonazis begangen.

In Frankreich herrscht die starke Tendenz, glauben zu machen, daß dies isolierte Akte seien; ich weiß, daß das falsch ist; damit diese Gruppen agieren können, ist es nötig, daß sie ermutigt werden, und sei es auch nur durch stille Zustimmung. In Frankreich wird oft, sehr oft versucht, glauben zu machen, daß dies das traurige Privileg des Erbes der deutschen Geschichte sei und bleibe; ich weiß, daß es falsch ist; es ist eine Art, sich auf billige Weise zu beruhigen. Auch in Frankreich entstehen sonderbare Sachen.

Paris von Paris aus gesehen. In Frankreich ist das politische Leben mehr und mehr vergiftet durch das, was man beschönigend »Affären« nennt. In dieser ideologischen Atmosphäre fällt das Atmen immer schwerer. Kürzlich schrieb Jean-Francois Kahn in einem Leitartikel von *L'Événement du jeudi* mit Blick auf die Negationisten – das sind diejenigen, die in Frankreich die Existenz des Holocaust negieren – :»Es geht heute nicht mehr darum, der Front national Hindernisse in den Weg zu legen, sondern das Wasser versiegen zu lassen, in dem der gefährliche Fisch badet und sich tummelt.«² Der Inhalt dieses Textes klingt wie ein Notruf.

Faschisten *in potenza*, davon hat Frankreich die Schubladen voll. Da sind einmal diese anerkannten, karikaturenhafte Nazis; doch sie machen zur Zeit eine ganz kleine Minderheit aus. Und das juristische Arsenal in Frankreich ist ausreichend stark, um sie in ihren Aktivitäten zu hindern. Wenn sie weiter agieren können, ist es

Gilbert Molinier – Jg. 1950, Lehrer für Philosophie, Veröffentlichung von Artikeln über Deutschland und über Medien in Frankreich; Übersetzungen von Peter Ruben, Christoph Hein und Heiner Müller.

1 B. Brecht: Schriften zur Politik und Gesellschaft, Gesammelte Werke, Band 20, Frankfurt am Main 1967, S. 130.

2 J.-F. Kahn in: *L'Événement du jeudi*, n° 1601, 27.6. – 3.7.1996.

nur möglich, weil sie implizit ermutigt sind durch diese immer größer werdende Masse, gefährlich größer werdende Masse der Gutgläubigen, Devoten, Bigotten, Scheinheiligen, die das intellektuelle Leben und ganz einfach das Leben vergiften. Wie ich selbst kann jeder im Umfeld seiner Arbeit, im Kreis seiner Nachbarschaft, unter Bekannten derer schon viel mehr finden, als es Finger an einer Hand gibt; und insbesondere dort, wo man sie am wenigsten erwartet. Ohne daß sie es beabsichtigen, bereiten sie den schlammigen Boden vor und waten darin.

Aus Anlaß einer Pressekampagne

Hören Sie die folgende Geschichte, die sehr bezeichnend ist für das, was im Begriff ist, in Frankreich zu geschehen. Jedes Detail dieser Geschichte hat seine Bedeutung. Begonnen hat sie im Juni in einem Gymnasium in Maurepas, einer kleinen Stadt der Pariser Umgebung. Im letzten Februar hatte eine Lehrerin für Physik einer 9. Klasse folgende Aufgabe gestellt:

»Hitler hat die Juden getötet, indem er sie in Lastwagen einschloß, deren Auspuffrohre nach innen führten. Welches Volumen Kohlenmonoxid muß ausströmen, um eine tödliche Dosis CO von 5 % zu erreichen, wenn das Volumen eines Lastwagens 50 m³ hat? Welches Volumen Kohlenmonoxid produzierte der Motor pro Stunde, wenn man weiß, daß die Menschen im Durchschnitt 20 Minuten brauchten, um zu sterben?«

Diese Aufgabe wurde von der gleichen Lehrerin seit Jahren in der 9. Klasse gestellt – als eine Demonstration dafür, mit welcher mathematischen Nüchternheit die Gelehrten an den schlimmsten Unternehmungen der Vernichtung mitwirken können, ohne zu protestieren; als eine ganz unmittelbare Erinnerung daran, wie Wissenschaftler an der Vernichtung der Juden während der Zeit des Nazismus teilgenommen haben. Die Lehrerin stellt diese Aufgabe regelmäßig während der Zeit des Andenkens an den Aufstand im Warschauer Ghetto. Sie ist mit einem Juden verheiratet und heißt Schulmann.

Einige Monate später, während die Medien die Negationisten zum Thema machten, kamen einige Eltern³ der Schüler dieses Gymnasiums zu der Auffassung, daß diese Übung nur die Tat einer Negationistin sein könne, und sie wendeten sich an einen Radiosender, *Radio Shalom*, der, sehr wahrscheinlich ohne die geringste Verifikation der »Informationen« vorgenommen zu haben, diese »Informationen« über seinen Sender verbreitete. Am darauf folgenden Tag bemächtigten sich die ganze Presse von *France-Soir* bis *L'Humanité* sowie alle Fernseh- und Radiosender des Ereignisses, um den Charakter dieser Aufgabe zu denunzieren. Man stürzte sich auf die Lehrerin, entrüstete sich laut über sie, eine Tageszeitung publizierte ihr Photo auf der ersten Seite.

Nicht ohne Ekel kann man »diese journalistische Rhetorik, Kilo von Tugend, Eseleien von Philistern, in dichten Scheiben geliefert«⁴ wieder lesen. »Die Fabriken des Journalismus« haben im Einverständnis »ihre klebrige Vermittlungsschicht«⁵ ausgegossen; die Alchemie des Konsens funktioniert wunderbar, ein Horror! Diese Art und Weise von Einstimmigkeit ist das sichere Zeichen

3 Inzwischen habe ich erfahren, daß Frau Schulmann auch durch einige Kollegen denunziert wurde.

4 A. Brossat: *Fetes sauvages de la démocratie*, Paris 1996, S. 45.

5 F. Nietzsche: Ueber die Zukunft unserer Bildungsanstalten, in: *Kritische Studienausgabe*, München 1988, S. 671.

des Auftauchens der »democrassie«.⁶ »In zunehmendem Maße strebt heute die Demokratie des Konsens danach, die Sammlung durch die Verklebung zu produzieren. (...) Sie setzt Strategien von Vermeidung, von Neutralisierung oder von Anästhesie des Konflikts in Bewegung, die auf Gefühle und Evidenzen eines pseudo-sensus-communis abzielen. Die Vereinigung durch eine fusionelle Aggregation rund um ein Spektakel, ein starkes Moment – Opfer oder monumentale Zeremonie – ist dieses Element, das die undemokratischen Regime gemeinsam haben und das die Tendenz hat, immer massiver in die erschöpften oder verfälschten Demokratien einzusickern.«⁷ Man stelle sich die Bigotten vor: »Mein Gott! Was machen die Lehrer mit unseren Kindern!«, »Wie kann man solche Sachen in den Klassen erzählen?«, »Mein armes Kind, wie böse ist deine Lehrerin.«...

Einen Tag später suspendierten die Behörden die Lehrerin – mit dem Segen des Ministers. Sie hatte also nicht mehr das Recht zu unterrichten. Ihr wurde von Amts wegen die Versetzung angedroht. So werden heute »Monster« hergestellt. Die Lektüre der scharfen Analyse von Alain Brossat ist hochinteressant: »Allerdings, wie der Sündenbock definiert sich das Monster in erster Linie als eine Rolle, eine Funktion, »ein Platz einnehmen« und nicht wie eine Natur oder ein Wesen. Man kommt nicht als Monster auf die Welt, so wie man auch nicht als Sündenbock geboren wird, man wird es oder man wird es nicht, gemäß der Bestimmung einer politischen Gestaltung, der Bedürfnisse einer Krise, der Besonderheiten einer kollektiven Trance. Die Wahl des Monsters (so wie die des Sündenbocks) hat einen fundamentalen konventionellen Charakter, was nicht bedeutet, im Gegenteil weit entfernt davon ist, daß sie zufällig entstehen. (...) Das Monster braucht spezifische »Eigenschaften«; es muß allein, dezentriert, sichtbar sein.«⁸

In dieser Sache ist niemand auf die Idee gekommen, die Fakten zu prüfen. Wie Alfredo Bauer sagt: »Die Journalisten sind völlig unabhängig, völlig unabhängig von der Wahrheit.«⁹ Keiner hat darauf hingewiesen, daß die Schüler ihrer Klasse auf dem Hof der Schule gestreikt haben mit dem Ruf »Schulmann! Schulmann!«, um ihre Unterstützung für sie zu bezeugen – welcher Art von Druck von seiten der Behörden, der Eltern usw. diese Schüler ausgesetzt waren, kann man sich leicht vorstellen. Man fragt sich auch, ob ein Journalist die berufliche Neugier gehabt hat, diese Physik-Aufgabe zu lesen oder sie gar zu lösen.

Was für ein Vorgang: Jemand, der die Existenz des Holocaust bejaht, wurde des Negationismus beschuldigt! Von einem phänomenologischen Standpunkt aus ist sehr interessant die Serie von Verschiebungen – Umkippenen, die diese Geschichte strukturieren; allerdings scheint jeder der Protagonisten das Gegenteil von dem zu sein, der er ist: der Lehrer, der den Nazismus denunziert und seine Arbeit als Mensch und Bürger macht, wird das negationistische »Monster«; die Journalisten, die Bigotten als Geburtshelfer des »Monsters« stellen sich als Garant der Moral dar; und die Negationisten, die echten, bekommen die Werbung, das Sprungbrett, das sie sich erhoffen, d.h. man wird gezwungen sein, sich auf ihr Terrain zu begeben.

6 Unübersetzbares Wortspiel des Autors, crasse bedeutet auf französisch Dreck.

7 A. Brossat, *ibid.*, S. 137f.

8 *ibid.*, S. 61.

9 Alfredo Bauer: *Le faiseur des temps d'enfer*. Unveröffentlichtlicher Text.

GILBERT MOLINIER
Professeur de philosophie
Madame NOELLE SCHULMANN
Professeur de physique

*Sehr geehrte Frau Noelle Schulmann,
ich kenne Sie nicht, und trotzdem kenne ich Sie schon seit langem. Wir haben den gleichen Beruf, schwere und spannende Arbeit, insbesondere, wenn man diese wie Sie mit »der Leidenschaft des Kopfes« ausübt. Deshalb hatten Sie Schwierigkeiten mit der*

Behörde. Diesmal mischten sich die »Wächter der Ordnung« ein. Ich weiß, weil ich es oft erlebt habe, daß es nicht so einfach ist, allein gegen alle zu sein, insbesondere wenn man etwas macht, was ermutigend sein sollte. Was mich angeht, betrachte ich Sie als jemanden, der die Ehre des Unterrichts rettet. Was kann ich anderes sagen, außer daß ich im Laufe meiner Schulzeit gern mehr Lehrer wie Sie getroffen hätte. Verzeihen Sie mir, wenn ich Sie an etwas erinnere, was Sie schon wissen. In einem sehr wenig bekannten Roman, Z. Marcas, schrieb Honoré de Balzac: »Zwischen den Fakten des Lebens und den Namen der Menschen gibt es geheime und ungeklärte Beziehungen (...) die überraschen; oft ferne Konkordanzen, aber gewichtige, die Wirkung zeigen. Und der Globus ist voll, alles wird dadurch zusammengehalten.« Auf Deutsch bedeutet Ihr Name – Der Mann der Schule –, das heißt, wenn ich mich nicht irre – der Rabbi – auf Jiddisch ... Alles, was Sie als Mißachtung und Demütigung erlebt haben, ist nicht nur ungerrecht, und allein das würde genügen, um Ihre Richter zu diskreditieren, sondern es beweist noch mehr, wie tief die Zerrüttung und wie verfault der Zustand der französischen Gesellschaft ist. Was Ihnen passiert ist, fordert uns zum Nachdenken. Unglücklicherweise geht es immer zu langsam, wenn ich es versuche, deshalb bekommen Sie diesen Brief mit einer gewissen Verspätung, und ich bitte Sie, mir das nachzusehen. Wenn Sie diesen Text lesen, werden Sie die Gelegenheit haben zu sehen, daß Sie

Wir sehen hier die Schauspieler eines Dramas versammelt, das riskiert, die Tragödie von morgen zu werden – wenn wir es laufen lassen. Auf der einen Seite finden sich die Eltern der Schüler, die politischen Autoritäten, die Behörden und die Medien; auf der anderen finden sich die Schüler und die Lehrer. Zwischen den beiden stehen die Wahrheit und das Gedächtnis, die Gegenwart und die Zukunft in Frage. In dieser Affäre agiert jeder gemäß seiner Überzeugung.

Wie kann man diese Fakten analysieren? Wie kann man erklären, daß das Hauptthema und das Thema, das alle aktuellen politischen und ideologischen Tendenzen eint, d.h. diese Referenz an den Holocaust, in diesem Fall derart sanktioniert wird? Aus meiner Sicht, und es ist das, was ich versuchen werde zu demonstrieren, ist diese Affäre beispielhaft. Gewiß ist ein neuer Schritt in Richtung Schrecken vollzogen, ein neuer Schritt in Richtung Barbarei.

Aber eine Analyse drängt sich auf, und sie kann auf verschiedenen Ebenen gemacht werden. Hier werden drei wesentliche Aspekte bearbeitet. Einer bezieht sich auf die Funktion der Medien in der französischen Gesellschaft als »modernes« Äquivalent der Inquisition und als moralische und normalisierende Instanz; ein anderer bezieht sich auf den neuen Platz, den die Schule als Verbreiter des Wissens und der Kenntnisse besetzt. Es scheint, als ob man die Lehrer »auf Vordermann« bringen und die Vermittlung des Wissens auf ihre technische Dimension reduzieren will. Zuletzt bezieht sich ein anderer Aspekt auf die ganz besondere Rolle, die der Holocaust in der Auffassung der konsensuellen Demokratie spielt. Wie jeder weiß: Wenn man anfängt, etwas von bestimmten historischen und sozialen Phänomenen zu begreifen, ist es schon fast zu spät.

Neutralität und Objektivität

Ich habe schon mit zahlreichen Menschen über diese Physik-Aufgabe gesprochen und mußte feststellen, daß ihr Inhalt auch Menschen, die gutwillig sind, stark verunsichert. Deshalb muß zunächst diese Verunsicherung erklärt werden. Aus meiner Sicht geht sie auf ein doppeltes Mißverständnis zurück: Es betrifft zum einen diesen Unterricht und insbesondere die Unterrichtung der Wissenschaft und zum anderen die Rolle der Wissenschaften in der Gesellschaft. Eine Betrachtungsweise mit langer Tradition behauptet, daß Unterricht neutral sei und sein müsse. Dies träfe gleichfalls auf die Wissenschaften selbst zu.

Es geht hier um einen zweifachen Irrtum. Als staatliche Institution kann die Schule, gleich welche, nicht neutral sein – und das per Definition. Das hieße letztlich, daß der Staat als politische Instanz neutral sei. Das wäre ein Widerspruch in sich.

Was die Neutralität der Wissenschaften betrifft, würde es nicht schwer sein zu zeigen, daß dieses Vorurteil genauso prägnant und falsch ist wie das erste. Erinnert sei einfach daran, was Bertolt Brecht zwischen 1933 und 1939 in seinen Aufsätzen über den Faschismus, nachdenkend über die *Widerstandsfähigkeit der Vernunft*, schrieb: »Der Physiker muß imstande sein, für den Krieg optische Apparate zu konstruieren, die eine sehr weite Sicht gewähren, zugleich muß er imstande sein, Vorgänge für ihn

gefährlichster Art in seiner nächsten Nähe, sagen wir an seiner Universität, nicht zu sehen. Er hat Schutzvorrichtungen zu konstruieren gegen die Angriffe fremder Nationen, aber er darf nicht darüber nachdenken, was zu machen ist gegen die Angriffe auf ihn von seiten der eigenen Behörden. Der Arzt in seiner Klinik sucht ein Mittel gegen den Krebs, der seinen Patienten bedroht; aber er darf *nicht* das Mittel suchen gegen das Gelbkreuzgas und die Fliegerbomben, die ihn selbst in seiner Klinik bedrohen. Denn das einzige Mittel gegen die Vergasung wäre ein Mittel gegen den Krieg. Die Kopfarbeiter müssen ihre logischen Fähigkeiten ständig ausbilden, um ihre Einzelgebiete bearbeiten zu können, aber sie müssen fähig sein, diese logischen Fähigkeiten nicht an Hauptgebiete heranzubringen.«¹⁰

Daß man Physik unterrichten kann, selbst und insbesondere Anfängern, ohne daß die Lehrer das Recht haben, ihren Schülern zu zeigen, daß Wissenschaften äußerliche Objekte einer Totalität, die man Gesellschaft nennt, sind, das sollte ein Skandal sein und nicht das Gegenteil.¹¹

Affektive Identifikation und kritische Distanzierung

Aus meiner Sicht aber sind wir hier in einen Rahmen gestellt, der weit den einer einfachen Ignoranz überschreitet. Haben zahlreiche Menschen, die ich traf, eine gewisse Verunsicherung ausgedrückt, so haben andere, nicht weniger zahlreich, diese Physik-Aufgabe mit einem gewissen Erschrecken aufgenommen. Auch hier geht es darum, die Ursachen zu verstehen.

Diese Übung zu machen, setzt voraus, daß man sich *in Gedanken* an die Stelle der Täter und nicht an die der Opfer setzt. Es ist diese *intellektuelle Operation*, die den einfachen Rahmen der mathematischen Übung überschreitet und die einen kritischen und reflexiven Wert beinhaltet. Nur diese Operation ist es jedoch, die das mentale Funktionieren des Täters zu verstehen erlaubt, d.h. ermöglicht, ihn zu bekämpfen.

A contrario ist das Erschrecken der Ausdruck einer *affektiven Identifikation* mit den Opfern, Moment eines sentimentalischen Seelenbündnisses. Diejenigen, die erschrocken sind, befinden sich auf der Ebene eines *infantilen Verhaltens*. Sie unterscheiden nicht mehr zwischen intellektueller Anforderung und affektiver Identifikation. Kritische Distanzierung setzt voraus, aus sich selbst herauszugehen, sich damit in Gedanken an die Stelle eines anderen zu versetzen, um die Dynamik des Tuns des anderen verstehen zu können. Im Gegensatz dazu beansprucht das Subjekt bei affektiver Identifikation nur seine Zugehörigkeit zu einer Gruppe und lehnt zugleich eine andere ab.

Es ist ungefähr die intellektuelle Ebene, auf die sich das Fernsehen stellt: Man fordert den Zuschauer auf, sich mit dem Helden (notwendigerweise gut) zu identifizieren und den Täter (notwendigerweise böse) zu verwerfen. Durch die Fata Morgana der Bilder gefesselt, seinen Verstand anästhesierend, ist der Zuschauer unfähig, diese zwei Register, das intellektuelle und das affektive, zu unterscheiden.

nie allein waren. Es ist viel besser, auf der Seite von Spinoza, Brecht ... zu sein als auf der Seite derjenigen, die Pablo Neruda »Hurensöhne« nannte.

Mit herzlichen Grüßen

10 B. Brecht, *ibid.*, S. 253.

11 Es ist beispielsweise das, was das letzte Buch von Jean-Paul Jouary zeigt: *Enseigner la vérité, Essai sur les sciences et leurs représentations*, Paris 1996.

Verneinung und Tabu

Aber das ist nicht alles. Sich intellektuell auf den Platz des Täters zu stellen setzt voraus, daß man dieser Täter sein könnte, das heißt in diesem Fall anzuerkennen, daß der Genozid nicht von nicht-menschlichen Monstern gemacht wurde, und daß die Täter nicht Dämonen waren, von denen man nicht weiß, woher sie kamen, sondern ganz normale Menschen. Auch ich könnte dieser Täter sein. D.h. das, was damals entstanden ist, kann sich heute sehr wohl wiederholen, wenn die historischen Bedingungen gegeben sind. Wie Jacques Rancière das erklärt: »Es gibt nichts in der Monstrosität des Holocaust, was jenseits des Denkbaren ist, nichts, was die gesamten Kapazitäten der Grausamkeit und der Schändlichkeit der modernen Staaten übersteigt, wenn sie zugleich alle Mittel der Macht zu Verfügung haben.«¹² Alle wissen, daß wir noch nicht an diesem Punkt angekommen sind, zumindest in Frankreich, ich betone: noch nicht, aber keiner kann negieren, daß es heute eine gewisse faschistische Gewalt gibt.

Diese Physik-Aufgabe und ihre Autorin zu verurteilen heißt einerseits, den Faschismus zu *isolieren*, d.h. daraus ein ahistorisches Phänomen zu machen (der gleiche Mechanismus der Aufspaltung von Schulfächern [Physik – Politik] findet sich hier unter der Form der Aufspaltung historischer Epochen). Andererseits bedeutet eine Verurteilung, die Existenz des Faschismus in uns und in der Welt heute zu *verneinen*. Genauer gesagt, gibt es hier ein ungeheures Paradoxon, das Alain Badiou analysiert: »Die Vernichtung und die Nazis sind sowohl unvorstellbar, unaussprechlich, ohne denkbare Vorgänger oder Nachkommen, sie sind als die absolute Form des Bösen benannt; und trotzdem sind sie ständig evoziert, verglichen in irgendwelchen Umständen, in denen man in der Gesellschaft eine Wirkung des Bewußtseins des Bösen produzieren möchte; denn im Allgemeinen gibt es nur eine Öffnung des Bösen unter der historischen Bedingung des radikalen Bösen. (...) Es muß so sein, daß alles, was Maßstab ist, nicht meßbar und trotzdem immer wieder Maßstab ist.«¹³

Um aus dem Nazismus ein total äußeres Phänomen zu machen, das sich jeder Genese, jeder Abstammung entzieht, um daraus eine Art von purer Monstrosität zu machen, muß jede historische und politische Erklärung des Nazismus beseitigt werden. Es wird ein *Tabu* geschaffen.

Oder: Wie es der Bildungsminister mit atemberaubender Offenheit ausdrückte, als er Frau Schulmann suspendierte: »Man hat versucht, wissenschaftlich den schlimmsten Horror zu behandeln, so als ob er ein Fakt wäre, auf den ganz normale Kriterien angewendet werden könnten. Der Holocaust verdient, behandelt zu werden als Sache, die ein heiliges Horrorgefühl inspiriert.«¹⁴ Alles ist gesagt: Der Boden der Wissenschaft, der Rationalität muß verlassen werden, und man muß Zuflucht auf dem heiligen und religiösen Boden suchen. Wir werden aufgefordert, auf das Terrain der religiösen Verdummung auszuweichen. Die Frage, die hier gestellt (und gelöst) ist durch den sehr katholischen Minister, ist hoch wichtig. Alles passiert so, als ob er seine Funktion als Minister vergessen habe, Minister einer weltlichen Schule, um sich als

12 J. Rancière: *La Mésestente, Politique et Philosophie*, Paris 1995, S. 180.

13 Alain Badiou: *L'éthique, Essai sur la conscience du Mal*, Paris 1994, S. 56f.

14 F. Bayrou in: *Le Monde*, 5.6.1996.

Großinquisitor darzustellen. Gegen die Lehrer und die Unterrichtung vertritt er ganz genau die gleiche Position, die die Theologen gegen Spinoza nach der Veröffentlichung des Theologisch – politischen Traktats eingenommen haben: die Position des Zensors. Unterrichtet man noch in einer weltlichen Schule? Hat man noch das Recht, als Lehrer die historischen Ereignisse als historische Phänomene zu studieren? Gehört der Holocaust zum Gebiet eines weltlichen Studiums oder muß man ihn in die Schublade des Denkverbots einordnen? Wie die Analyse von Jacques Rancière es zeigt, scheint es so, daß man heute einen Punkt erreicht hat, wo »das Denken der Vernichtung das ist, was das Denken der Unwürdigkeit straft und die Politik verbietet.«¹⁵

Ein neuer Schritt in Richtung der politischen Ablehnung des Verstehens des Nazismus als politisches Phänomen wird damit getan. Schon Theodor W. Adorno zeigte, daß die Reduzierung des Nazismus auf ein psychopathologisches Phänomen absurd ist: »Viele Erkenntnisse sind außer Proportion mit der Kräfteverteilung nichtig, mögen sie auch formal zutreffen. Wenn der ausgewanderte Arzt sagt: ›Für mich ist Adolf Hitler ein pathologischer Fall.‹, so mag ihm der klinische Befund am Ende seine Aussage bestätigen, aber deren Mißverhältnis zu dem objektiven Unheil, das im Namen des Paranoikers über die Welt geht, macht die Diagnose lächerlich, in der bloß der Diagnostiker sich aufplustert.«¹⁶ Von einem rationalen Standpunkt ist der Rückgriff auf die vulgäre Psychologie genauso wenig relevant wie die Berufung auf Heiliges, wenn man erklären oder verstehen will, was der Nazismus ist. Es werden also zugleich praktische und theoretische Sackgassen geschaffen.

Der Holocaust wird geheiligt, weil man ihn letzten Endes entpolitisieren will. Warum will man aus dem Holocaust eine Art von außer-politischem und außer-historischem Monster machen, wenn nicht, um ihn zu entpolitisieren? Die ungeheure Medienmaschine arbeitet nicht, um historische Fakten darzulegen oder wiederherzustellen, sie agiert für die Befriedigung der Bedürfnisse der heutigen Epoche.

Das Gedächtnis und das Vergessen

Indem die Medien den Nazismus entpolitisieren, versuchen sie vergessen zu machen, daß der Nazismus ein ganz *normales* Produkt einer entwickelten kapitalistischen und *normal* europäischen Gesellschaft war, daß der Holocaust das Werk ganz *normaler* Menschen dieser ganz *normalen* Gesellschaft war – ein Unternehmen, das in Frankreich von Managern der Industrie, von Bankiers und Ministern, Richtern, Journalisten, Intellektuellen, Polizisten, Präfekten, Bischöfen, Arbeitern, Gewerkschaftsführern (Doriot) ... unterstützt wurde. Es ist, woran Heiner Müller erinnert (was für Deutschland gültig ist, gilt auch für Frankreich und umgekehrt, mit den Unterschieden, die man kennt, und im Groben genügt es, die Namen auszutauschen): »*Das Gas für die Gaskammern haben nicht die Leute erfunden, die es dann angewendet haben. Das hat die deutsche Industrie geliefert. Die wußten, wofür sie es liefern. Das waren Leute, die heute entweder in Pension sind oder immer noch in hohen Positionen in der deutschen Industrie ...*

15 J. Rancière, *ibid.*, S. 173.

16 T. W. Adorno: *Minima Moralia*, Frankfurt am Main 1993, S. 66.

17 H. Müller: *Auschwitz kein Ende*, Drucksache 16, Berliner Ensemble GmbH 1995.

*Die Konzentrationslager waren große Unternehmen der deutschen Industrie, die hat die Technik zur Verfügung gestellt und ausprobiert.*¹⁷

Diese normalen Menschen existieren heute wie gestern, diese ganz normale kapitalistische Gesellschaft ist noch da, und die Krise ist da, ja, auch sie. Auch die Rückkehr des Schlimmsten ist zu fürchten. Es ist ganz genau das, was die Medien verstecken wollen.

Wir sind noch nicht fertig damit, erschöpfend zu behandeln, was Heiner Müllers kritische Gedanken zum Thema bedeuten. In dem gleichen Text, *Auschwitz kein Ende*, schrieb er: »*Auschwitz ist das Modell dieses Jahrhunderts und seines Prinzips der Selektion ... Das Erschreckendste an den Krawallen in Rostock und Hoyerswerda ist, daß es zu dieser Gesellschaft gehört, daß es eben kein barbarischer Auswuchs ist, ebensowenig wie der Faschismus, der ja nur die Konsequenz der Marktwirtschaft bedeutet.*«

Die Medien stellen sich wie ein kolossales Unternehmen dar, das darauf abzielt, jede Vermittlung an die folgenden Generationen, materiell und symbolisch, abzubereiten.

Alle Kinder haben in der Schule Goethes *Erkönig* gelernt, der mit den Zeilen endet:

Den Vater grauset's, er reitet geschwind,
Er hält in den Armen das ächzende Kind,
Erreicht den Hof mit Müh und Not;
In seinem Armen das Kind war tot.«

Testament? Heiner Müller hat in seiner letzten Inszenierung, *Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui*, versucht klarzumachen, daß wir in einer Epoche leben, in der die Generation der Väter im Begriff ist, ihre Kinder zu belügen. So lange wir das nicht wirklich begriffen haben, bleibt eine Schuld gegenüber Müller. Unsere Epoche ist im Begriff, genau das Gegenteil von dem zu machen, was wünschenswert wäre. Müller selbst war es, der vor nicht so langer Zeit in einem Interview mit dem Focus sagte: »*Ohne Vatermord passiert nichts.*«¹⁸ Man findet es wieder in der Inszenierung des Stückes von Bertolt Brecht: Heiner Müller läßt den *Erkönig* am Anfang singen. Dem guten Zuhörer schickt man seinen Gruß! Heute ist die doppelte Frage der Vermittlung der Wahrheit und des Gedächtnisses ganz genau so, wie Nietzsche sie gestellt hat: »Was ist das eigentlich, was ich tue? Und was will gerade ich damit?« – das ist die Frage der Wahrheit, welche bei unserer jetzigen Art Bildung nicht gelehrt und folglich nicht gefragt wird, für sie gibt es keine Zeit. Dagegen mit Kindern von Possen zu reden und nicht von der Wahrheit, mit Frauen, die später Mütter werden sollen, Artigkeiten zu reden und nicht von der Wahrheit, mit Jünglingen von ihrer Zukunft und ihrem Vergnügen zu reden und nicht von der Wahrheit, – dafür ist immer Zeit und Lust da!¹⁹

18 H. Müller in: Focus, 1995, H. 40.

19 F. Nietzsche: *Morgenröte*, München, 1988, S. 170.

Man will ein Gedächtnis herstellen, aber eine Art und Weise von totem Gedächtnis, ein Gedächtnis, das den Holocaust als ahistorische Ausnahme festschreibt, beispiellos in der Geschichte der Menschheit, der zur Vergangenheit gehört. Aber von solcher Art, daß es in der Gegenwart als Ort des Konsens funktioniert. Dieser

Gebrauch des Holocaust ist Mißbrauch des Holocaust, er ist nicht politisch, sondern politischer Betrug, er erfüllt nicht die Funktion des Wissens, sondern eine ganz »einfache« ideologische Funktion. Er wird instrumentalisiert. »Daß die Politik durch diese sogenannten ›bürgerlichen‹ Übungen, die sie begleiten, verlorengelht, ist das, was wir ganz klar wahrnehmen im Laufe dieser homogenen und leeren Gedächtnisfeiern, gewidmet der Erinnerung an *Extreme*. Die radikale Elision des Streits ist das, was einem Präsidenten der Republik ›von links‹, einem ›liberalen‹ Premierminister und einem ›konservativen‹ Bürgermeister von Paris erlaubt, rigoros identische Reden zu halten, beispielsweise, als ein Tag der Erinnerung an die Massenverhaftung der Vel' d'Hiv institutionalisiert wurde. Er ist das, was dem großen Freund von René Bousquet,²⁰ einer der effizienten Judenjäger der Kollaboration, erlaubt hat zu verkünden:

»(Die Shoa) darf mit keiner anderen verglichen werden: die freiwillige Vernichtung und Zerstörung eines Volkes, einer Geschichte; der Haß, der sich als Folter und Tod verwirklicht; die Barbarei, die sich als Wissenschaft darstellt, kurz, der Holocaust.«²¹

Und es ist ganz genau der Grund, weshalb Frau Schulmann sanktioniert wurde: nicht weil sie sich magisch auf den Holocaust berief, sondern weil sie sich wirklich auf den Holocaust berief. Sie hat ihn nicht als Todesobjekt in einem staatlichen Sinn behandelt, sondern als lebendiges Objekt, mögliches Objekt der Kenntnis und der Praxis für heute. Sie ist Lehrerin, wirklich Lehrerin. Sie bearbeitet die Vergangenheit, sie arbeitet mit der Vergangenheit, aber es ist, um die Gegenwart besser zu verstehen und mögliche Zukunft zu antizipieren. Vergessen wir nicht eine Sekunde, daß Frau Schulmann Lehrerin ist, sie weiß, daß sie Schüler unter ihrer Verantwortung hat, d.h. die Zukunft. Sie hat nicht die Funktion als Knecht des Konsens. Sie hat die Funktion zu unterrichten. Alles in dieser gewaltigen Reaktion der Journalisten zeigt, daß es in dieser Übung etwas gibt, das an Nietzsches Begriff der Erziehung erinnert, derjenige, der in bezug auf die Unterrichtung der Geschichte schrieb: »...wir brauchen sie zum Leben und zur That, nicht zur bequemen Abkehr vom Leben und von der That ...«²²

Wenn die Medien versuchen, die Schule am Arbeiten zu hindern, geschieht dies aus einem bestimmten Grund: Die Funktion der Medien ist es, das *Gedächtnis* zu stehlen, den *Sinn* zu stehlen, die *Vermittlung* zu verhindern, um danach eventuell Brocken von offiziellem Gedächtnis unter der Form von abergläubischen Tabus aufdrängen zu können. Im Gegensatz dazu ist ein Unterricht, der zugleich Kontinuität, Organisation eines Fortschritts und selbstverständlich Wiederholung impliziert, unerträglich für denjenigen, für den der Skandal das alltägliche Brot ist. Die Schule, wie sie ist, trotz ihrer Mängel, ist eines der letzten Bollwerke gegen den Aufstieg des Faschismus. Man muß sie also jedweder Art von gesellschaftlicher Effizienz berauben. In diesem Sinne ist die Geschichte dieser Lehrerin beispielhaft.

»Entweder ... oder« oder »weder ... noch«

Ein kolossales Unternehmen, um jede Vermittlung von dem zu verhindern, was in der Geschichte wirklich geschah, ist in der

20 Der Leser, der gut informiert ist, weiß, daß der »große Freund« François Mitterrand heißt.

21 A. Brossat: *L'épreuve du désastre, Le XX^e siècle et les camps*, Paris 1996, S. 459.

22 F. Nietzsche: *Unzeitgemässe Betrachtungen*, München 1988, S. 246.

23 M. Clouscard: Les Métamorphoses de la lutte des classes, Paris 1996, S. 23.

französischen Gesellschaft am Werk. In einer neuen Studie zeigt Michel Clouscard, wie kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, und mit Beschleunigung nach den siebziger Jahren der Kapitalismus »einen beispiellosen ökonomischen Terror (betrieben hat): die Vernichtung des Klassenfeindes durch die Vernichtung seines Berufes«. ²³ Die Berufe zu vernichten heißt gleichzeitig, den sozialen Raum umzuformen, die Zeitrythmen zu zerstören, die vielfältigen und komplexen Beziehungen, die die Menschen mit den Gegenständen, mit anderen Menschen und insbesondere ihren Kindern haben ... Ein Unternehmen zum Abbau des Lehrerberufes läuft schon und funktioniert. Um die Vermittlung der Kulturen, der Kenntnisse, der Fähigkeiten abbrechen zu können, muß die reflexive und kritische Annäherung, die schulische Annäherung durch das religiöse Tabu ersetzt werden. Religiöse Tabus lassen sich im Bedarfsfall leicht zerbrechen – dafür genügt Gewalt. Denn nichts ist schwächer als das religiöse Tabu, weil es auf der Hemmung beruht. Wenn man die Hemmung aufhebt, bricht das Tabu zusammen, erhält die verneinende Gewalt freien Lauf. Wir befinden uns also in einem Zustand, den man beschönigend als Verunsicherung bezeichnen könnte.

Man kann sich fragen, warum die Medien in Frankreich so sehr ihre Negationisten brauchen, warum jede Gelegenheit gut ist, um die Negationisten zu inszenieren (wie kürzlich l'abbé Pierre, Roger Garaudy ...) und warum sie sich sogar gezwungen sehen, sie zu konstruieren, wenn es gar keine gibt (zum Beispiel Frau Schulmann)?

Dafür sehe ich drei Gründe. Der erste ist: Die Medien wollen uns zwingen, in dem Rahmen zu »denken«, den sie selbst vorgeben: »Entweder bist du Negationist oder du betrachtest den Holocaust als Tabu.« Ohne die aktive Teilnahme der Medien würde der Negationismus in Frankreich ein nebensächliches Phänomen sein. Wenn es also so präsent in den Sendern und in der Presse ist, heißt das, daß sowohl die einen als auch die anderen es benötigen. In Wirklichkeit sind sie die zwei Backen derselben Kneifzange. Wir müssen also zugleich sowohl das eine als auch das andere ablehnen. D.h. weder das eine noch das andere annehmen und beispielsweise ... Heiner Müller lesen.

Das einstimmige Urteil über den Holocaust ist das Paradigma aller Urteile: Es ist das absolute Böse, Punkt! Jedes Urteil muß auf seinen einfachsten Ausdruck reduziert sein, d.h. entweder als das, was man unter Meinung, unter Eindruck oder Gefühl einordnet. Die Ebene der einfachen »Kommunikation« darf nie überstiegen werden. Jeder diskursive Prozeß, der »lange Ketten von Gründen« (Descartes) ins Werk setzt, jede Bemühung um eine Analyse, die nicht »ohne große Mühe« gemacht werden kann (Spinoza), jede kritische Arbeit »lang und schwer« (Hegel) und jede Überlegung, die die »steilen Pfade erklimmt« (Marx), müssen unbedingt zerstört werden. Frau Schulmann hat diese exzellente Idee in Frage gestellt, nicht ein einfaches Urteil, eine Sache, eine einfache Abstraktion, den Holocaust, sondern eine Beziehung (Wissenschaft/Politik), deren Terme nicht unmittelbar verständlich sind. Dies stellt zugleich eine Reihe von mittelbaren Beziehungen in Frage: beispielsweise die Wissenschaften in bezug auf die moralische

Verantwortung der Forscher; die der Wissenschaften und der Technik (d.h. die der Wissenschaftler und der Arbeiter), die der Geschichte und der Gedächtnispflicht, aber insbesondere ihre möglichen Inhalte, lebendiges Gedächtnis/totes Gedächtnis, die der Gegenwart als Spannung zwischen der Vergangenheit und der Zukunft. Die Journalisten, die nicht daran gewöhnt sind, sowohl eine richtige Schularbeit als auch eine richtige intellektuelle Arbeit auszuführen, sind in diesem Fall »natürlich« in die Falle der Vorurteile (Descartes) und des Aberglaubens (Spinoza) gefallen. Diese Vorurteile sind die Substanz selbst ihres Berufes, zumindest des Berufes, wie sie ihn heute ausüben. Darüber hinaus wird man bemerken, daß die Frage, die Frau Schulmann gestellt hat, eine Antwort auf eine andere Frage fordert. Diese Frage betrifft ganz direkt die Journalisten: »Sag mir, wer Dich bezahlt, und ich sage Dir, wer Du bist!«

Der zweite Grund ergibt sich aus der Tatsache, daß der katastrophale Zustand, in dem sich Frankreich heute befindet, insbesondere die Armut so vieler Menschen, versteckt werden muß. Es geht dabei um eine partielle Ablenkung. Die politische Leere ist so tief (grausame Abwesenheit politischer Entwürfe, Krise der Politik, Zerstörung des sozialen Rechts, Abschaffung der Arbeitsplätze, das Ganze von Korruptionen und politisch-finanziellen Skandalen begleitet usw.), daß etwas gemacht werden muß. Der falsche Kampf zwischen den neuen Priestern (den Journalisten) und den Dämonen (den Negationisten) will diese Leere künstlich ausfüllen, und je mehr sie es versuchen, desto größer wird diese Leere.

Letzlich wissen wir alle, daß die französische Bourgeoisie seit der französischen Revolution gezwungen ist, in Unruhe zu leben. Heutzutage sind der Schaden für die Menschen, den die ökonomische Politik dieser Bourgeoisie verursacht, und der Grad der Verkommenheit des politischen Lebens so groß, daß sich die Frage stellt: »Kann ein Desaster diesen Ausmaßes ohne Gegenwehr hingenommen werden?«²⁴ Wir befinden uns in einer Art von Notzustand und vor einer radikalen Alternative. Einerseits hält beispielsweise Ignacio Ramonet im Leitartikel von *Le Monde diplomatique* einen »Roten September« für möglich und schreibt: »Wird es möglich sein, eine große Umwälzung zu vermeiden? ... Wie werden die von der Krise Betroffenen ihrem Zorn Ausdruck verleihen? Jacques Chirac – wird er, wie einige Soziologen es voraussehen, der erste Präsident der Republik sein, der unter dem Druck des Volkes gezwungen sein wird, aufzugeben?«

Andererseits zieht die Bourgeoisie alle möglichen Ersatzlösungen in Betracht, auch die schlimmste – so wie schon einmal in den dreißiger Jahren. Guy Debord hat diese Epoche folgendermaßen analysiert: »Der Faschismus war eine extreme Verteidigung der bürgerlichen Ökonomie, bedroht durch die Krise und die proletarische Subversion, der Notzustand in der kapitalistischen Gesellschaft, durch den sich diese Gesellschaft rettet.«²⁵ Eine Art und Weise von Faschismus, die an unsere Epoche angepaßt sein wird, ist eine der möglichen Lösungen. Um eine Verirrung zu vermeiden, muß auch klar sein, daß unsere Epoche ihre eigene Lösung verwirklichen wird. Keiner kann behaupten, daß er schon einen

24 I. Ramonet: »Septembre rouge«, Leitartikel in: *Le Monde diplomatique*, August 1996.

25 G. Debord: *La Société du Spectacle*, Paris 1995, S. 80.

26 Diese breite Palette reicht vom rechtem Flügel der RPR (Chirac) über die UDF (Giscard D'Estaing) und die PS (Jospin) bis hin zu den Reformisten und den stalinistischen Tendenzen in der FKP. Dieser ideologische Konsens kann auch mit gewerkschaftlichen Kräften (bspw. CFTD, CGC, CFTC...) rechnen.

Begriff von dieser Lösung hat. Die Geschichte kann nur nachträglich geschrieben werden. Aber, insofern ich mir eine Prognose vorstellen kann, scheint mittelfristig das folgende wahrscheinlicher: Es gibt einen ideologischen Konsens, der schon in Betrieb ist, der sich täglich vertieft, der die politischen Kräfte zu einigen Themen vereint.²⁶ Dieser ideologische Konsens kann sich wohl als politische Allianz verwirklichen, wenn die Verhältnisse es ermöglichen. So werden die klassischen Parteien eine Form von »heiliger Einigung« oder »nationaler Einigung« oder sogar ... eine *nationale Front* gegen den *Front national* stellen. Kurzfristig versucht sich zugleich jede Partei gegen die andere zu profilieren, aber diese »Konfrontation« ist völlig künstlich. Sie stoßen immer wieder auf die Realität (bspw. die Vertiefung der Krise, Steigerung der Arbeitslosigkeit, unendliche Kette von »Affären«...) und dies vergrößert, vertieft und verstärkt ihre Schwierigkeiten, weil sie nicht imstande sind, irgend etwas »presentable«, »überzeugend« zu verteidigen und vorzuschlagen. Die rechten Parteien versuchen an der Macht zu bleiben unter dem Etikett der *Moderne* – aber unter diesem Etikett »Moderne« versteckt sich der rechte Inhalt. Die PS erklärt sich bereit zur Machtübernahme unter dem Etikett von Links – aber unter diesem Etikett von »Links« versteckt sich wieder der rechte Inhalt. Jenseits dieser verbalen Spielereien, dieser linguistischen Kniffe sind Chirac und Jospin einverstanden: Sie wollen zunächst die Bourgeoisie retten. Gegebenenfalls werden sie diese Allianz – als letzte Lösung – unter dem Motto »Zur Rettung der Demokratie« gegen »den (Un) Aufhaltsamen Aufstieg des...« zulassen. Diese Allianz wäre die Beerdigung der Demokratie, oder was davon übrig geblieben ist ... So sieht man, daß sie die richtigen Totengräber der Demokratie sind. Es wird nur eine Alternative bleiben: *Front national* gegen *Front républicain*, außer wenn das Volk – vor allem die Jugend – dieses Spinnennetz zerreißt.

Über die Widerstandsfähigkeit der Vernunft

Traurige Allianz! Heilige Allianz! Gefährliche Allianz, auf dem Vorposten der politischen Reaktion finden sich diejenigen mit politischen Interessen (die Medien), diejenigen mit sozialer Verzweiflung (die Eltern der Schüler), diejenigen mit interessiertem Opportunismus (das Rektorat) – ungeheure Kräfte.

Für die Medien und den Staat ist die Schule zu einem unerträglichen Konkurrenten geworden. Die Schule, Ort des Aufbaus des Gedächtnisses, wird deshalb genötigt zu schweigen – durch Kräfte, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, das Vergessen zu organisieren. Die Schule, Ort des Unterrichts der wissenschaftlichen Rationalitäten, sieht sich gegenüber dem Irrationalen als Tugend. Der Schule, Ort der Unterrichtung der Wahrheiten, stellt man die Rigiditäten des Dogmatismus gegenüber. Weltlicher Ort, man will ihm den Charme des Heiligen aufdrücken.

Die Göttin mit den hundert Mündern spricht mit einer einzigen Stimme. Wie schon Balzac sagte: »Heute gibt es keine Meinungen mehr, es gibt nur Interessen.« Die Medien kümmern sich einen Dreck um *Informationen*. Ihre Art und Weise einer Inszenierung, die dann auch noch »Information« genannt wird, hat die wesentli-

che Funktion, die politische Landschaft und das Imaginäre zu strukturieren und insbesondere jede Art von Denken zu zerstören. Sie konstruieren und demontieren den Ruf gemäß der Mode, heute diejenigen in den Himmel zu heben, die sie morgen verbrennen werden. Sie benehmen sich und funktionieren so wie die Kirche im Mittelalter. Sie drängen uns auf, was wir zu *empfinden* haben, weil *denken* nicht in Frage kommen darf. Falsch wäre es zu glauben, daß in dieser Sache die französischen Medien ganz zufällig so agiert hätten – nein; das ist ihre ganz typische Art zu funktionieren, die sie uns aufdrängen: Sie sind überzeugt, daß sie niemandem Rechenschaft schuldig sind, was sie auch sagen, in welcher Weise auch immer sie es sagen. Sich selbst schätzen sie als hinreichend genial ein, um jedweden Menschen zwingen zu dürfen, ihnen gegenüber Rechenschaft zu geben. Es ist das, was Kant einst »le ton grand seigneur« nannte.

Auch die Verwaltung des Bildungsministeriums hat ihr Feld gewählt, es scheint so zu sein, daß sie jede Ambition aufgegeben hat, durch den Unterricht den Schülern einen kritischen Geist zu vermitteln. Es handelt sich für sie mehr darum, »konforme Menschen« zu produzieren, wie Nietzsche sagte, d.h. Konformierte, Konformisten, »Formatierte«. ²⁷ Das zeigen die Analysen von Hervé Boillot und Michel Le Du: »Heutzutage sind wir mit einem echten pädagogischen ›Darwinismus‹ konfrontiert, der die Anpassung des Schulsystems an die ›Welt von heute‹ vollzieht, die die Bedingung für sein Überleben ist. Solchen Konzeptionen fehlt es nicht an Kümmerlichkeit ...« ²⁸ Ihr Ziel ist es, die Schüler ganz einfach den Gesetzen des kapitalistischen Marktes anzupassen.

Es hat eine Zeit gegeben, in der die Eltern die Lehrer bei ihrer Arbeit unterstützten, d.h. diejenigen, die die Pflicht haben, den Kindern Wissen zu vermitteln. Damals wurden das *Wissen* und die *Wahrheit* als Werte geachtet. Heute unterliegen die Eltern immer mehr der Tendenz, die Verwaltung zu unterstützen, d.h. die *Ordnung*, eine gewisse Ordnung zu stabilisieren. Wie schon Musil sagte: »Irgendwie geht Ordnung in das Bedürfnis nach Totschlag über.«

Die Lehrer, wenn sie noch nicht aufgegeben haben, fahren fort zu versuchen, positive Werte zu lehren, denn sie meinen, es sei besser, zu wissen als zu ignorieren. Noch haben sie die Sorge um die Wahrheit. Es scheint aber schon heute ungebührlich, ja unerträglich zu sein, daß Frauen und Männer verschiedener politischer oder religiöser Richtung darauf beharren, sich einig zu sein, daß zwei plus zwei vier sind. Diese normative Instanz, die alle in Übereinstimmung bringt, nennt man Vernunft.

Heutzutage werden die Rechte des Gefühls und der Empfindung aufgewertet. Heute müssen wir mehr als jemals zuvor daran erinnern, was Hegel schrieb: »*Das Widernsichliche, das Tierische besteht darin, im Gefühl stehen zu bleiben und nur durch dieses sich mitteilen zu können.*« ²⁹

Welche Vernunft wollen sie also produzieren? ... Eine verkrüppelte Vernunft. »*Sie muß verküppelt sein. Es muß eine regulierbare, jeweils mehr oder weniger mechanisch vergrößere- oder verkleinerbare Vernunft sein. Sie muß weit und schnell laufen können,*

27 H. Boillot et M. Le Du: *La pédagogie du vide*, Paris 1993.

28 *Ibid.*, S. 16.

29 G.F.W. Hegel: *Phänomenologie des Geistes*, Hamburg 1988, S. 51.

aber zurückpfeifbar sein. Sie muß imstande sein, sich selber zurückzupfeifen, gegen sich selber einzuschreiten, sich selber zu zerstören.«³⁰

30 B. Brecht, *ibid.*, S. 253.

Heute wird auf die Lehrer von verschiedenen Seiten Druck ausgeübt: von den Eltern, die sich in Denunziation üben; von der Presse, die versucht, unter den Lehrern Angst zu verbreiten; von der Verwaltung, die die Lehrer mit Sanktionen schikaniert; letzten Endes von der gesamten Gesellschaft, die die Lehrer unter fast vollkommene Überwachung stellt. Heute werden Eltern von offizieller Seite ermutigt, beliebig Lehrer zu denunzieren – ob berechtigt oder unberechtigt, ist dabei oft uninteressant –, und sie erhalten dabei die massive Unterstützung der Medien als auch der Behörden. Es ist zu fürchten, daß diese Art von »sanftem« Faschismus, der von überall her kriecht, noch einmal »harte Muskeln und rosa Wangen« zeigen wird.

Wir befinden uns in einem dramatischen Zustand, in dem es tendenziell unmöglich ist zu unterrichten. Aber ... jeder muß mit seinen Widersprüchen leben. Die Medien sind eine ungeheure destruktive Maschine des Gedächtnisses. Diese Funktion auf sich nehmend, die einst die Kirche erfüllte, sind die Medien zugleich gezwungen, deren »Amtspflichten« zu übernehmen. Eine von diesen, und keine kleine, besteht in der Vermittlung der Tradition, d.h. dem Gedächtnis. Sowohl der Staat als auch die große Bourgeoisie müssen notwendigerweise die Schule zerstören, oder sie zumindest auf technische Aufgaben beschränken; aber gleichzeitig brauchen sie unbedingt die Schule als Ort der Vermittlung des Wissens. Hier tun sich riesige Widersprüche auf, wie schon Brecht gezeigt hat: »Schon die gewaltige Ausbreitung der Vernunft durch die Einführung der Volksschulen hat außer der Hebung der Industrie auch zu einer außerordentlichen Hebung der Ansprüche breiterer Volksmassen in jeder Hinsicht geführt; deren Herrschaftsanspruch ist dadurch fest untermauert worden. Man kann hier einen Lehrsatz aufstellen: Die herrschenden Schichten brauchen zum Zweck der Unterdrückung und Ausbeutung der breiten Massen so große Quanten von Vernunft in so hoher Qualität bei diesen Massen, daß Unterdrückung und Ausbeutung dadurch bedroht sind. Durch kühle Überlegungen dieser Art kann man zu dem Schluß kommen, daß die Attacken auf die Vernunft, welche von den faschistischen Regierungen geritten werden, sich noch einmal als Donquichotterien erweisen werden. Sie sind *gezwungen*, große Quantitäten Vernunft bestehen zu lassen, ja selber auszubilden. Sie mögen die Vernunft beschimpfen, wie sie wollen. Sie mögen sie als eine Krankheit darstellen, sie mögen den Intellekt als bestialisch denunzieren, selbst für diese Reden benötigen sie Radioapparate, welche nur der Vernunft ihre Entstehung verdanken. Sie benötigen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft ebensoviele Vernunft bei den Massen, als zur Beseitigung dieser Herrschaft nötig ist.«³¹ Hüten wir uns vor einem Optimismus, der entmutigend sein würde. In seinem letzten Theaterstück, *Germania 3*, bezieht sich Heiner Müller auf das berühmte Stück von Brecht, *Leben des Galilei*, er läßt eine seiner Figuren des Stückes (Palitzsch) sagen: »Der kleine Mönch hat recht, nicht Galilei.«³²

31 B. Brecht, *ibid.*, S. 255.

32 H. Müller: *Germania 3. Gespenster am toten Mann*, Köln 1996, S. 54.

Letzte Neuigkeit. Meine Kollegin ist »abgemahnt« worden – sonderbar abgemahnt. Das Rektorat hat eine *Blâme* (mittlere Stufe in der Hierarchie der Strafmaßnahmen) verhängt, ihr gleichzeitig jedoch Unterstützung in ihrer juristischen Verteidigung gegen die Diffamierung zugesagt, deren Opfer sie in der Presse war.

Es ist wohl so, wie ein schönes Chanson von Jean Ferrat sagt: *»Jesus Maria. Welche Dekadenz. Etwas ist faul in meinem Königreich Frankreich.«*

PS: Jetzt ist Ende Oktober, die Schule hat längst wieder begonnen. Wenn ich die Art und Weise beobachte, in der sich die Verhältnisse in meinem Gymnasium und anderswo entwickeln, muß ich Ihnen, Frau Schulmann sagen, daß ich leider kein Wort zurücknehmen kann davon, was ich im Sommer geschrieben habe, im Gegenteil. Aber wie Konstantin Wecker singt: haben wir das Recht »in dieses Bordell, das die Zukunft heißt« einzutreten, ohne zu widerstehen?

CLEMENS BURRICHTER

GERD-RÜDIGER STEPHAN

Zur Theorie einer Analyse der Wissenschaftsentwicklung in der DDR

Die Herausforderungen der »Produktivkraft Wissenschaft« in der Orientierungskrise der DDR

In der DDR-Industriegesellschaft hatten Wissenschaft, Forschung und Technologie – wie in allen hochentwickelten Gesellschaften – für die Entwicklung einen ökonomisch und gesamtgesellschaftlich hohen Stellenwert. Das wurde auch von der Partielite so gesehen, freilich technokratisch-machtpolitisch verkürzt. Der Zentralismus und der marxistisch-leninistische Dogmatismus der Parteiführung setzten allerdings der notwendigen Wissenschaftsentwicklung und der Entfaltung ihrer Kreativität deutliche Grenzen und verursachten bedenkliche Verwerfungen.

Dennoch fand Wissenschaft statt und erbrachte Ergebnisse, die zum Wissensfundus unseres Landes weiterhin zu zählen sind. Das meint nicht nur – phänomenologisch betrachtet –, daß es in der DDR Wissenschaftsakteure gab, die diese Bezeichnung hatten und pflegten; und es meint auch nicht, daß es dort Institutionen gab, die dieses Etikett am Türschild und auf dem Briefkopf führten, sondern damit ist auch und ganz besonders gemeint, daß von diesen Wissenschaftlern in diesen wissenschaftlichen Einrichtungen auf der Grundlage eines bestimmten theoretischen Vorwissens systematisch entwickeltes neues Wissen kreiert wurde. Die heutige Ignoranz gegenüber den zu DDR-Zeiten nicht nur in den Natur- und Technikwissenschaften – erzeugten Wissensbeständen ist nach den wissenstheoretischen Kriterien unzulässig. Damit werden zudem gesellschaftliche (Wissens-) Ressourcen – allemal knapp – vergeudet.

Eine Zeitgeschichtsforschung, welche die Wissenschaftsentwicklung in der DDR zu untersuchen beabsichtigt, hat sich demnach auf die Erkenntnisprodukte der DDR-Wissenschaften zu konzentrieren und diese kritisch zu analysieren.

Dieser Hinweis erscheint notwendig, weil der zeitgeschichtliche »main stream« bei der Beschäftigung mit den DDR-Wissenschaften sich bisher vornehmlich auf die personale und die institutionelle Ebene konzentriert hat und die kognitive Ebene als Bestandteil des gesellschaftlichen Wissensfundus vernachlässigte. Evaluierungs- und Strukturkommissionen sahen ihre Aufgaben vor allem darin, das wissenschaftliche Personal auf seine Weiterbeschäftigung nach dem strukturellen Transformationsprozeß in der neuen Wissenschafts- und Forschungslandschaft zu beurteilen. Der wissenschaftliche Wissensfundus der DDR als solcher blieb dagegen bisher – disziplinär mal mehr, mal weniger – in Forschung und Lehre weitgehend ausgeblendet.

Clemens Burrichter –
Jg. 1932, Prof. Dr.,
Soziologe, Studium der
Soziologie, Philosophie und
Psychologie in Münster und
Berlin (Technische Univer-
sität), 1975-1993 Direktor
des Instituts für Gesell-
schaft und Wissenschaft
(IGW) an der Universität
Erlangen-Nürnberg; Unter-
suchungen, Publikationen
und laufende Forschungen
zur Wissenschaftsentwick-
lung in der DDR und den
sozialistischen Ländern.

Freilich kann dieser Wissensfundus nach dem gesellschaftstheoretischen Paradigmawechsel in Deutschland nach der Wende nicht einfach übernommen und in den fortlaufenden wissenschaftlichen Diskurs eingebracht werden, sondern es bedarf dazu einer kritischen, zugleich wissenschafts- und gesellschaftstheoretischen Rezeption. Eine solche kritische Rezeption wird wohl ganze Publikationsreihen aussondern, für den weiteren wissenschaftlichen Diskurs als ungenügend und irrelevant verwerfen müssen; aber es wird auch Relevantes auf diese Weise erkannt werden, und darum geht es hier.

Das alles verweist auf ein ganz wesentliches methodologisches Problem der heutigen Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland. Wenn zeitgeschichtliche DDR-Forschung sich als Sozial- oder Gesellschaftsgeschichte begreift und sich nicht nur mit personalen und institutionellen Phänomenen beschäftigt, ist eine systematische und theoriegeleitete Analyse unabdingbar. Eine Sozial- oder Gesellschaftsgeschichte der DDR – die diesen Namen verdient – kann ohne den Rückgriff auf die theoretischen Offerten der Sozialwissenschaften nicht auskommen. Es reicht dann nicht aus, sich von Fall zu Fall und je nach Untersuchungsgegenstand flüchtig kundig zu machen, das sozialwissenschaftliche Theorievokabular als methodologischen »Persilschein« zu benutzen, um dann mit altbewährter Methodik an's Werk zu gehen. Eine zeitgeschichtliche DDR-Forschung in dem hier gemeinten Sinne ist nur als Historische Sozialforschung (Hans-Ulrich Wehler) zu verstehen.¹ Dies soll durch einige grundlegende Überlegungen zu einer Zeitgeschichte der Wissenschaftsentwicklung verdeutlicht werden.²

Wissenschaft und Gesellschaft

Nicht erst seit Max Weber, seitdem aber sehr konsequent und systematisch, wissen wir, daß handelnde Individuen und die Handlungszusammenhänge (Interaktionen) zwischen ihnen die Gesellschaft recht eigentlich konstituieren und dementsprechend auch nur über die gesellschaftlichen Handlungsprozesse wahrnehmbar sind. Gesellschaftswissenschaften sind Handlungswissenschaften.

Das gilt für die Wissenschaft wie für alle anderen Teilsysteme der Gesellschaft. In ihnen handeln Individuen und diese für sie. Von daher erklärt sich die eigentümliche Dialektik von Autonomie und Heteronomie im wissenschaftlichen Handeln, über deren jeweils historische Auflösung seit Beginn der modernen Wissenschaft ständig gestritten wird.³

Wissenschaft – so besehen – ist stets eine gesellschaftliche Veranstaltung, weil sie (wesentlicher) Teil im gesellschaftlichen Handlungszusammenhang ist und für die problematischen Handlungsprozesse systematisch neues Wissen – Problemlösungswissen – produziert. Um Wissenschaftsentwicklungen verstehen und erklären zu können, ist somit der Grad ihrer Vergesellschaftung zu berücksichtigen.

Für die DDR meint das, neben dem Grad ihrer Politisierung auch das Maß der von den Wissenschaftlern wahrgenommenen gesellschaftlichen Verantwortung offenzulegen. Denn – so wird hier vermutet – ihre Grenzen fanden die totalitären Zugriffsversuche der

Gert-Rüdiger Stephan – Jg. 1961, Historiker, Studium an der Universität Leipzig, 1988-1990 Aspirantur an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, 1991-1994 am Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung, z.Z. Stipendiat des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft; Buch- und Zeitschriftenpublikationen zur Geschichte der DDR, der FDJ sowie der deutsch-deutschen Beziehungen.

Der vorliegende Beitrag und die nachfolgenden drei Artikel wurden auf einer interdisziplinären Arbeitstagung zu aktuellen Problemen und Aufgaben der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung als Historische Sozialwissenschaft am 14./15. Juni 1996 in Leipzig vorgetragen. Damit wurde eine lose Veranstaltungsreihe fortgesetzt, die ihren Ausgangspunkt im November 1995 am Werbellinsee genommen hatte. Diese Aktivitäten wurden vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen unterstützt. Zur Tagung am Werbellinsee vgl. Manfred Jäger: DDR-Forschung als historische Sozialforschung, in: Deutschland Archiv, H. 3/1996, S. 460ff.

1 Vgl. Clemens Burrichter, Gerd-Rüdiger Stephan: Die DDR als Untersuchungsgegenstand einer Historischen Sozialforschung. Ergebnisse, Defizite und Perspektiven, in: Ebenda, S. 444ff.

2 Um einigen defensiven Mißverständnissen zu begegnen, sei darauf verwiesen, daß die Anbahnung einer Historischen Sozialforschung innerhalb der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung nicht meint, die Ereignisgeschichte und andere historiographische Methodiken seien überflüssig – sie sind durchaus notwendig, aber nicht hinreichend.

3 Letztes Beispiel dieser wissenschaftstheoretischen Grundsatzdiskussion ist das »Plädoyer für bessere Rahmenbedingungen der Forschung in Deutschland« der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Weinheim u. a. 1996), in dem eine eigenwillige zweistufige Heteronomie entwickelt und gefordert wird: Autonomie für die Forschung, die vom Staat jedoch Schutz erwartet (Heteronomie), wenn gesellschaftliche Forderungen lästig werden.

4 Vgl. u. a. Hartmut Zimmermann: Wissenschaftlich-technische Revolution in der DDR. Studien zur Entwicklungs- und Problemgeschichte des gesellschaftlichen Konzepts der SED seit Mitte der fünfziger Jahre. Dissertation, Berlin 1981 (Manuskript).

5 Günter Benser: Zusammenschluß von KPD und SPD 1945. Erklärungsversuche jenseits von Jubel und Verdammnis (hefte zur ddr-geschichte 27), Berlin 1995, S. 19.

Politik dort, wo im wissenschaftlichen Selbstverständnis der Akteure die gesellschaftliche Verantwortung mit den dogmatischen Erwartungen in Widerspruch geriet und dieser thematisiert wurde.

Das strukturelle und funktionale Eingebundensein der Wissenschaften in die gesellschaftlichen Handlungszusammenhänge und die daraus abgeleitete (normative) Rede von ihrer genuinen Vergesellschaftung macht es notwendig, die soziale Verfassung dieser Gesellschaft zu ermitteln. Wenn es die gesellschaftliche Funktion der Wissenschaften ist, neues Wissen – Problemlösungswissen – zu produzieren, dann stellt sich die Frage nach der Wissensbedürftigkeit der Gesellschaft. Erst vor dem Hintergrund einer solchen sensensoziologischen Zustandsbeschreibung läßt sich die allgemeine Funktionsbeschreibung – Wissensproduzent – weiter präzisieren.

Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution

Auf die seit Beginn der fünfziger Jahre in den westlichen Demokratien geführten gesellschaftstheoretischen Diskussionen zu den Herausforderungen der Industrialisierung, Hochindustrialisierung und schließlich ihrer Technologisierung (erste, zweite und dritte industrielle Revolution; »Postmoderne«) reagierten die Theoretiker in den realsozialistischen Gesellschaften mit dem Konzept der »wissenschaftlich-technischen Revolution« (WTR).⁴ Die Möglichkeiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts« – so wurde vorgegeben – seien mit den »Vorzügen des Sozialismus« möglichst optimal zu verknüpfen. Es wäre jedoch zu wenig differenziert (kruder Totalitarismus), davon auszugehen, diese dogmatischen Vorgaben seien jeweils expressis verbis und mit totalitärer Gründlichkeit von der Politik an die Wissenschaften herangetragen worden. Dabei würde die spezifische politische Sozialisation der DDR-Wissenschaftler außer acht gelassen. Was Günter Benser inzwischen für die Geschichtswissenschaften konstatierte, darf wohl hypothetisch – verallgemeinert werden: »Es war dies ein theoretisches Koordinationssystem der Geschichtswissenschaft, das die meisten Historiker so verinnerlicht hatten, daß es ihnen nicht von außen her abverlangt werden mußte.«⁵

Konstant zu halten war in den WTR-Diskussionen die von der SED-Politbürokratie verbindlich vorgegebene »marxistisch-leninistische Sozialismustheorie«, die gegebenenfalls höchstens »weiterentwickelt« werden sollte (horizontale Theorieproduktion). Die seit den fünfziger Jahren immer wieder von Gesellschaftswissenschaftlern angeregten »Widerspruchs« Diskussionen verdeutlichen, daß eine paradigmatische Weiterentwicklung (vertikale Theorieproduktion; auch in den »realsozialistischen Gesellschaften« gäbe es demnach im Gefolge der WTR »antagonistische Widersprüche«) ex cathedra verhindert wurde – zumindest jede öffentliche Diskussion zu dieser Problematik.

Bis zum Ende der DDR galt – unbeschadet von interessanten horizontalen Ausdifferenzierungen – das, was Hartmut Zimmermann schon Anfang der achtziger Jahre festgestellt hatte, nämlich die mit dem Wirksamwerden der WTR aufkommenden gesellschaftstheoretischen Grundsatzfragen: »Gibt es einen [antagonisti-

schen – d. A.] Widerspruch zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen trotz geänderter Eigentumsordnung, liegt das eigentlich gesellschaftsverändernde Element in den Produktivkräften? Sind Veränderungen in den Produktionsverhältnissen spontanen Zwängen der WTR geschuldet und letztlich nicht dem planenden, bewußten Eingriff der Partei? Auf diese Fragen hat es bis heute keine eindeutige Antwort gegeben.«⁶

Innerhalb der modernisierungs-theoretischen Offerten – und wir beziehen uns hier auf die verschiedenen Varianten einer »reflexiven Modernisierung« (Ulrich Beck, Helga Nowotny u.a.) – werden diese Fragen als Indikatoren für das Vorhandensein von Orientierungsdefiziten interpretiert. Diese Orientierungsdefizite sind jedoch nicht durch politische Willens- und Machtakte aufzulösen, sondern vor allem durch die »radikale« Reflexion und Diskussion neuer normativer Handlungsorientierungen. Gemeint ist damit ein diskursiver Paradigmawechsel auf der gesellschaftstheoretischen Ebene. Solche Diagnosen zeigen damit eine Orientierungskrise der WTR-Gesellschaften an, übrigens schon in den achtziger Jahren als eine analoge Herausforderung für die antagonistischen Gesellschaften in Ost und West.

6 Hartmut Zimmermann (vgl. Anm. 5), S. 201.

Typen des theoretischen Denkens

Wir konstatieren vor dem Hintergrund dieser Gesellschaftsanalysen einen Wissensbedarf an Orientierungswissen und schlußfolgern daraus, daß eine im oben aufgezeigten Sinne vergesellschaftete (Gesellschafts-)Wissenschaft sich diesen Herausforderungen zu stellen hat. Inwieweit sie diese Aufgabe erkannt und angenommen hat, läßt sich schlüssig über die Theorieproduktion und -diskussion analysieren. Auf die Gesellschaftswissenschaften der DDR gewendet bedeutet dies allerdings, über das theoretische Denken unter den Bedingungen einer totalitär verfaßten Gesellschaft nachzudenken.

Gesellschaftliches Orientierungswissen ist von den geltenden und akzeptierten Normen und Werten her operationalisiertes Wissen um die individuellen und kollektiven Handlungsziele. Orientierungswissen für das wissenschaftliche Handeln ist die den Wissenschaftler in seinem Erkenntnisinteresse leitende Theorie, unabhängig von ihrer Konsistenz. Auch das von den Gesellschaftswissenschaftlern in den öffentlichen, außerwissenschaftlichen Normen- und Wertediskurs eingebrachte Orientierungswissen ist zunächst theoretischer Natur – was nicht selten zu Verständigungsschwierigkeiten führt.

Seit Thomas S. Kuhns Arbeiten zur »Struktur wissenschaftlicher Revolutionen« wissen wir, daß der Umgang mit Theorien (Paradigmata) sehr unterschiedlich sein kann. Selbst die Feststellung von Antinomien kann die Anhänger einer Theorie nicht schon zum Paradigmawechsel veranlassen. Das theoretische Denken ist vergleichsweise konservativ. Selbst progressive Querdenker sind in aller Regel auf der Theorieebene auch gegenüber Widersprüchen beharrlich. Theorien sind aus sich heraus nicht lernfähig in dem Sinne, daß sie sich selbst grundsätzlich in Frage stellen. Und doch zeigt die Wissenschafts- und Theoriegeschichte, daß aufgrund von

Erfahrung und Empirie das theoretische Denken aus seinen an sich konservativen Bahnen geworfen wird. Die Schlüsselfrage ist, ob theoretisches Denken aufgrund empirisch belegter theoretischer Antinomien sein kognitives Beharrungsvermögen überwinden kann. Diese Frage ist auch an die Theoriediskussionen in den Gesellschaftswissenschaften der DDR zu stellen.

Dabei wollen wir drei (Ideal-) Typen theoretischen Denkens unterscheiden, Typen, die u. E. auch in den bürgerlichen Wissenschaften anzutreffen sind – freilich unter anderen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen (Pluralismus).

Weiterhin gehen wir davon aus, daß Denkstrukturen neben der individuellen mentalen Disposition im Verlauf der beruflichen – hier: wissenschaftlichen – Sozialisation vom gesellschaftlichen und politischen Umfeld geprägt werden. Ohne die systematische Ableitung der hier vorgeschlagenen Denktypen im einzelnen aufzuzeigen, sei lediglich darauf verwiesen, daß wir für die Analyse der DDR-Wissenschaften folgendes vorschlagen:

Für die *Konstituierungsphase* (bis Ende der fünfziger Jahre) zeichnet sich – bestätigt durch bisherige Archivstudien – ein Denktypus ab, den wir als antagonistische Theorieproduktion bezeichnen. Es dominiert die äußerst polemische Auseinandersetzung mit den »bürgerlichen« Wissenschaften ohne einen eigenen theoretischen Beitrag zur Weiterentwicklung der marxistischen Wissenschaftstheorie.

In der *Konsolidierungsphase* (bis Anfang der siebziger Jahre) bietet sich folgendes Bild: Seit Anfang der sechziger Jahre bildet sich in den DDR-Wissenschaften ein neues, anderes Selbst- und Rollenverständnis heraus, das sich zunehmend deutlicher vom traditionellen, »bürgerlichen« Wissenschaftsverständnis abhebt und in dem »Parteilichkeit« durchaus nicht als rigorose Unterordnung unter eine totalitär verfaßte Politik verstanden wird. Wir registrieren Ansätze zu einem Wissenschaftsethos mit heteronomem Normensegment. Man weiß sich gegenüber gesellschaftlichen Problemen verantwortlich – z. T. auch gegen die realitätsferne Problemwahrnehmung der Politik. Wir bezeichnen diesen Typus als komplementäre Theorieproduktion; gemeint ist damit ein Problemlösungsdenken, das sich stärker an den DDR-internen gesellschaftlichen Herausforderungen ausrichtet. Es kommen Diskussionen auf, in denen die Ursachen der gravierenden Probleme in der DDR-Gesellschaft nicht allein als »imperialistischer« Import abgehakt werden. Innerhalb dieser Theoriediskussion, die sich fast durchgängig als marxistische versteht, werden sehr unterschiedliche Theorieofferten herausgebildet.

In der *Phase der Orientierungskrise* (etwa ab Mitte der siebziger Jahre) zeigen die Theoriediskussionen eine neue Variante. Es werden alternative Theorieofferten gedacht und vorgestellt. In der Regel handelt es sich um Partialtheorien, die freilich auf der Basis entsprechender Analysen ein oder mehrere normative Essentials der offiziellen SED-Theorie in Frage stellen. Wir bezeichnen diesen Typus als alternative Theorieproduktion.

Natürlich lassen sich die so ermittelten Denktypen nicht eindeutig der jeweiligen Phase zuordnen. Die Grenzen verlaufen fließend.

So lassen sich auch Denkstrukturen in der Schlußphase der DDR aufzeigen, die an der antagonistischen Theoriereproduktion festhalten. Ebenso ist in der Phase der Orientierungskrise das komplementäre Theoriedenken verbreitet.

Die Gesamtuntersuchung zur DDR-Wissenschaftsentwicklung soll sich im Kern auf ausgewählte Bereiche der zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen konzentrieren. Als Untersuchungsfelder sind u. a. vorgesehen:

Erstens: Für den Bereich der Gesellschaftswissenschaften soll die Entwicklung eines Instituts der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) von seiner Gründung bis 1989 untersucht werden (z. B. Institut für Wirtschaftsgeschichte).

Zweitens: Für den Bereich der Naturwissenschaften ist vorgesehen, das Zentralinstitut der AdW für Genetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben über den Gesamtzeitraum zu untersuchen.

Drittens: Des weiteren soll eine Analyse der wissenschaftstheoretischen Diskussionen in der DDR vorgenommen werden, wie sie vornehmlich am AdW-Institut für Wissenschaftstheorie und -organisation bearbeitet wurde.

Viertens: Für den Zeitraum der achtziger Jahre ist eine Analyse des Verhältnisses von Gesellschaftswissenschaften und SED-Politik auf der Basis von Fallstudien, welche die zentralen Schwerpunkte der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung in der DDR betreffen, geplant.

Der hier vorgestellte Forschungsansatz soll im weiteren anhand des Konzeptes zur Bearbeitung des letztgenannten Themas näher dargestellt werden.

Zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft in der DDR im Kontext von Reformüberlegungen für das realsozialistische System

In einer Analyse des Verhältnisses von DDR-Gesellschaftswissenschaften und SED-Politik in den achtziger Jahren sollen die theoretischen Ansätze zur »reflexiven Modernisierung« auf die DDR-Gesellschaft – trotz deren partieller technologischer Rückständigkeit – angewandt werden. Dabei ist zu klären, inwieweit in den Gesellschaftswissenschaften der DDR die Orientierungskrise reflektiert und die Notwendigkeit von neuem Orientierungswissen erkannt wurde. Weiterhin gilt es nachzufragen, welche Reaktionen es seitens der Politik auf solche Ansätze gab.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich der gesellschaftstheoretische Diskurs im Kontext der marxistisch-leninistischen Theorie bewegte. Unser Erkenntnisinteresse konzentriert sich auf die Kreation und Diskussion von notwendigem Wissen für die Gesellschaft durch die DDR-Gesellschaftswissenschaften. Die Untersuchung wird versuchen herauszufinden, inwieweit theoretische »Grenzüberschreitungen« diskutiert wurden (u.a. hinsichtlich der WTR).

Unsere forschungsleitende Hypothese ist, daß in den theoretisch orientierten Gesellschaftswissenschaften in der DDR weiterführende, »revisionistische« Vorstellungen entwickelt wurden, die das Politbüro und die entsprechenden Abteilungen des ZK entweder nicht zur Kenntnis nahmen oder negierten. D.h. die Realitätsferne

und Politikunfähigkeit der SED-Führungskader kontrastierte mit vereinzelt wissenschaftsinternen Ansätzen zu einer paradigmatischen Weiterentwicklung in den Gesellschaftswissenschaften.

Das systemspezifische, interdependente Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der realsozialistischen DDR-Gesellschaft soll für die Zeit vom Ende der siebziger bis zum Ende der achtziger Jahre bearbeitet werden. Es wird davon ausgegangen, daß der totalitäre Charakter des politischen Systems seine Grenzen in der relativen Selbständigkeit (Autonomie) des wissenschaftlichen Handelns fand. Die Untersuchung beabsichtigt u. a., das spannungsreiche und sich wandelnde Verhältnis zwischen politischer Theorie (totalitärer Anspruch der Partei) und Realität (faktisches Forschungshandeln der Gesellschaftswissenschaftler) über einen Zeitraum von über zehn Jahren zu analysieren.

Ausdrücklich versteht sich die Untersuchung im Rahmen einer zeitgeschichtlichen DDR-Forschung als Historischer Sozialforschung. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen Entwicklungsprozesse im Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft in der DDR durch theoriegeleitete Analyse erklären helfen.

Wissenschaft als Problemlösungsinstanz

Neben anderen gesellschaftlichen Wissensproduzenten, wie Kunst, Kultur, Religion, Alltag und Politik, ist die systematische Wissensproduktion von Wissenschaft immer auch im Kontext der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse zu sehen. Das meint, daß auch eine totalitär verfaßte Politik nicht in der Lage ist, den wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß an den gesellschaftlichen und den spezifisch wissenschaftlichen Wissensbedürfnissen (Problemfeldern) vorbei nur auf ihre dogmatischen Problemsichten hin zu verengen, allemal wenn die politische Problemwahrnehmung zunehmend unrealistischer wird. Das schließt die Frage ein, welche Konflikte mit der Politik durch eine realistische Sichtweise der Wissenschaft auftraten.

Unter Bezug auf die oben dargestellte WTR-Diskussion sollen unter Rückgriff auf handlungs- und problemtheoretische Ansätze und deren Operationalisierung auf die Situation in der DDR folgende Wissenstypen unterschieden werden:

Orientierungswissen meint die normativen Bewußtseinsinhalte, die den Handelnden wissen lassen, *was* er erreichen will;

Strategiewissen besagt, auf welchem Wege – *wie* – er das angestrebte Ziel erreicht; und mit

Ressourcenwissen ist gemeint, welche Mittel notwendig sind – *womit* –, um das Ziel über den Strategieweg zu erreichen.

Die Wissenschaftspolitik in der DDR galt als ein »organischer Bestandteil« der SED-Gesellschaftspolitik. Die Parteiführung erhob den Anspruch, selbst die oberste wissenschaftliche Instanz in grundlegenden theoretischen Fragen zu sein, durch Parteibeschlüsse den Marxismus-Leninismus als allein gültige Theorie zu interpretieren und über die »Reinheit der Lehre« zu wachen. Politik wurde so mit Wissenschaft gleichgesetzt. Von der Kopplung des »Wahrheitsmonopols« mit dem Machtmonopol leitete die SED ihre Leitungsstrategie gegenüber den Gesellschaftswissenschaften her.⁷

7 Vgl. Gregor Schirmer: Sisyphos im Gipfelsturm. Wissenschafts- und Hochschulpolitik der SED, in: Hans Modrow (Hrsg.): Das Große Haus. Insider bericht-

Von den Gesellschaftswissenschaften in der DDR wurde allenfalls strategisches und Ressourcenwissen erwartet, das für das politische System technokratisch zur Effektivierung des ordnungspolitischen status quo genutzt werden konnte.

Der wissenschaftliche Erkenntnisprozeß kann durch totalitäre Zugriffsversuche der Politik allerdings nicht auf die Produktion von Strategie- und Ressourcenwissen verkürzt werden, insbesondere dann nicht, wenn die zu untersuchenden gesellschaftlichen Problemstellungen grundsätzlich theorierelevant sind und auf dieser normativen Ebene Defizite oder Antinomien aufzeigen.

Wie kompliziert die Gratwanderung der Politik hinsichtlich der Gesellschaftswissenschaften war, demonstriert z. B., daß von Honecker im Bericht des ZK der SED an den X. Parteitag 1981 Rahmenbedingungen und Anforderungen an die DDR-Gesellschaftswissenschaftler formuliert wurden, in denen trotz orthodoxer Marxismus-Rezeption gewisse Denkspielräume für das Theoretisieren angezeigt waren.⁸

Wir gehen – wie bereits ausführlicher dargestellt – von der Annahme aus, daß sich seit den sechziger Jahren und in den siebziger Jahren in der DDR ein verändertes Wissenschaftsverständnis entwickelt hat. Dieses bedeutete eben nicht, daß sich die »Parteilichkeit« des DDR-Wissenschaftlers als alleinige Unterordnung unter das Diktat einer vom Anspruch totalitären Politik verstand. Vielmehr entwickelte sich ein neues, noch genauer zu charakterisierendes Wissenschaftlerethos.

Die Untersuchung soll das spannungsreiche Verhältnis zwischen Politik und Gesellschaftswissenschaften anhand von Fallstudien diachron analysieren.⁹ Dabei steht die Frage im Vordergrund, wie einerseits die Politik und andererseits die Gesellschaftswissenschaften die Probleme der DDR-Gesellschaft erkannt, artikuliert, diskutiert, verdrängt, ignoriert bzw. analysiert haben.

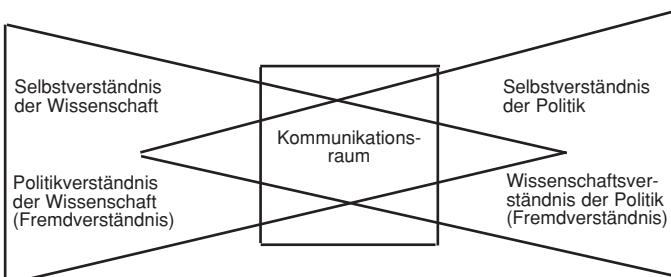
Methodologische Matrix

Von unserem handlungstheoretischen Untersuchungsansatz her wird die Interaktion zwischen Politik und Wissenschaft jeweils durch das Selbst- und Fremdverständnis voneinander geprägt. Das meint konkret: Sowohl Politik wie Wissenschaft agieren mit einem spezifischen Selbstverständnis. Dieses Selbstverständnis wird in konkreten Handlungssituationen durch das Fremdverständnis vom Gegenüber modifiziert und präzisiert.

ten aus dem ZK der SED, Berlin 1994, S.124 f.

8 Vgl. den Bericht in: Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 11. bis 16. April 1981. Bd. 1, Berlin 1981, S. 28ff. Darin hieß es u. a.: »Wir fordern unsere Gesellschaftswissenschaftler auf, durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse zur Lösung der in den achtziger Jahren heranreifenden Probleme der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft beizutragen. Dabei wird eine wesentliche Aufgabe sein, den Sozialismus als realen Humanismus unserer Epoche überzeugend theoretisch zu begründen, seine Gesetzmäßigkeiten und Triebkräfte, seine Vorzüge und Werte tiefgründig zu untersuchen und noch überzeugender darzulegen.« (Ebenda, S. 99.)

9 Eine Fallstudie hat die »zentralen Forschungspläne der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften« (1981-1985 sowie 1986-1990) zum Gegenstand, eine weitere widmet sich den Studien, die durch die zentralen DDR-Wissenschaftsinstitutionen in Vorbereitung der SED-Parteitage von 1986 und 1990 zu vorgegebenen gesellschaftspolitischen Problemen ausgearbeitet wurden.



Die Wissenschaft traf dabei mit ihrem Selbstverständnis von Wissenschaft und einem Fremdverständnis von Politik auf die Politik der SED-Führung. Das Politbüro besaß ein Selbstverständnis von Politik und begegnete den Wissenschaften mit einem Fremdverständnis von Wissenschaften. Entscheidend wirkte sich nun aus, in welcher Weise Fremdverständnis und Selbstverständnis jeweils in Übereinstimmung zu bringen waren, und außerdem, wie sich die Akteure mit ihren jeweiligen Auffassungen begegneten und austauschten.

Die Veränderungen, die sich kognitiv und zeitlich innerhalb der Gesellschaftswissenschaften vollzogen, stehen für uns im Vordergrund. U.a. soll eine Einteilung verschiedener Typen von Sozialwissenschaftlern in der DDR entwickelt werden. Entscheidungskriterium soll sein, wie der Wissenschaftler sein Verständnis von Wissenschaft und sein Verhältnis zur Politik definiert. Die Skala reicht vom Wissenschaftler als »Parteiarbeiter« bis zum theorieorientierten »Querdenker«.

Außerdem gilt es herauszufinden, welcher Wandel sich in den politischen und wissenschaftlichen Selbst- und Fremdverständnissen vollzogen hat. Eine statische Analyse ist nicht möglich.

Das Verhältnis von SED-Politik und den unmittelbar oder mittelbar von der Partei gesteuerten Gesellschaftswissenschaften vollzog sich auf drei Ebenen,

der *Makroebene* (gesellschaftliche Realität in der DDR unter den Bedingungen eines gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozesses, wie z. B. der WTR),

der *Mesoebene* (Reaktion auf diese Herausforderungen in Politik und Wissenschaft),

der *Mikroebene* (konkrete Forschungen bzw. Forschungsergebnisse zu den erkannten Problemen).

Wenn man die »gesamtgesellschaftliche« Situation in der DDR in den achtziger Jahren zugrunde legt, kann von einer *Orientierungskrise* des realsozialistischen Systems im Osten Deutschlands ausgegangen werden. Dieser fundamentalen Erschütterung mußten sich Politik und Gesellschaftswissenschaften stellen. Wir haben darauf hingewiesen, daß die postindustriell bzw. postmodern entwickelten Industriegesellschaften, zu denen die DDR zu rechnen ist, an der Schwelle zu den achtziger Jahren *Orientierungswissen* benötigen, um den rasanten Veränderungen auf den entscheidenden gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Ebenen und Strukturen entsprechen zu können.

Zunächst wäre also zu analysieren, ob im Bereich von Politik und Gesellschaftswissenschaften den handelnden Personen bzw. Personengruppen die von uns diagnostizierte Orientierungskrise bewußt geworden ist. An die vorliegenden Quellen muß dementsprechend die Frage gestellt werden, inwieweit sich Zweifel an den Grundprinzipien der realsozialistischen Machtausübung (»Diktatur des Proletariats«, führende Rolle der Partei, staatliches Eigentum, Prinzipien der Planwirtschaft, Ideologie des Marxismus-Leninismus, Prinzipien des demokratischen Zentralismus, »proletarischer/sozialistischer Internationalismus«) geäußert bzw. inwieweit solche Zweifel artikuliert wurden.

Die Problemstellung schließt ein, die Rolle der Gesellschaftswissenschaften im realsozialistischen System einzuschätzen. Für die achtziger Jahre soll analysiert werden, ob dieser Bereich in die Lage versetzt wurde, ob die Gesellschaftswissenschaftler die Notwendigkeit der Produktion von *Orientierungswissen* erkannten. Ist dies seitens der politischen Führung angefordert worden? Wie wurde die Gesellschaftswissenschaft also den objektiven Anforderungen und darüber hinaus ihren eigenen subjektiven Ansprüchen gerecht?

Aus dem oben skizzierten Ansatz ergibt sich weiterhin eine notwendige Konzentration auf das theoretische Denken und auf die Unterscheidung der oben skizzierten verschiedenen Denktypen (antagonistische Theorieproduzenten, komplementäre Theorieproduzenten, alternative Theorieproduzenten).

Gesellschaftliche Anforderungen der achtziger Jahre

Bereits im Zusammenhang mit der Vorbereitung des X. SED-Parteitagess 1981 soll untersucht werden, wie sich die SED-Führung beraten ließ? Dabei stellt sich die Frage nach der Rolle der Wissenschaft, insbesondere der Gesellschaftswissenschaften, im realsozialistischen System. Welche Funktion nahm die Wissenschaft in einer Gesellschaft wie der DDR wahr?

Auf einer Konferenz 1981 in Berlin verwies der Präsident der Akademie der Wissenschaften der DDR, Werner Scheler, auf den »Kern des Problems«: »Welche gesellschaftlichen Bedingungen erfordert bzw. erzwingt die wissenschaftliche Revolution, verstanden als Prozeß qualitativer Wandlungen im System der Produktivkräfte? Wie also müssen wir die gesellschaftliche Ordnung – im weitesten Sinne gemeint – gestalten, um die Existenzfragen der Menschheit mit Hilfe von Wissenschaft und Technik zu lösen?«¹⁰

Dabei wurde von durchaus realistischen Einschätzungen zur Situation am Ende der siebziger Jahre ausgegangen. Z. B. konnte die Weltwirtschaftskrise mit ihren Auswirkungen recht präzise erfaßt werden. Gewissermaßen in Erwiderung auf die postindustrielle Entwicklung im Westen sollten sich die Anstrengungen der sozialistischen Staaten auf die Entwicklung der Hochtechnologien (Mikroelektronik u.a.) konzentrieren. Eine Analyse der »Bedürfnisgestaltung« war eine wichtige Aufgabe der Gesellschaftswissenschaften. Vor allem schälte sich in der Diskussion die Möglichkeit der sogenannten intensiv erweiterten Reproduktion als Ausweg aus dem Dilemma der versiegenden extensiven Wachstumsquellen heraus. Hier gab es offenbar eine gewisse Korrespondenz zwischen wissenschaftlichem Forschungsinteresse und dem von der SED postulierten Erkenntnisauftrag.

Die eine Seite war also das Wissen um die Veränderung der Grundlagen und Umstände, auch das Wissen um notwendige strukturelle Veränderungen, die andere Seite war die Reaktion der Politik. Da blieb eine beabsichtigte Verbindung der sogenannten Vorzüge des Sozialismus mit den »Errungenschaften« der wissenschaftlich-technischen Revolution im Grunde ein Schlagwort, weil diese Formulierung in der praktischen Politik nicht untersetzt wurde. Hier offenbart sich ein technokratisches Wissenschafts-

10 Vgl. P. N. Fedoseev, W. Kalweit, G. Kröber (Hrsg.): Sozialismus und wissenschaftlich-technische Revolution. Teil 1, Berlin 1983, S. 6.

11 Vgl. Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin. 11. bis 16. April 1981. Bd. 1, Berlin 1981, S. 64ff.

12 Vgl. Clemens Burrichter: Zur Kontingenz ideologischer Reformation im wissenschaftlichen Zeitalter. Die Funktion der Wissenschaften bei der Reparatur des beschädigten marxistisch-leninistischen Orientierungssystems in der DDR, in: Ideologie und gesellschaftliche Entwicklung in der DDR. 18. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 28. bis 31. Mai 1985, Köln 1985, S. 51.

verständnis. Die ideologische Vermittlung konzentrierte sich auf zehn Punkte einer ökonomischen Strategie, wie sie auf dem X. Parteitag definiert worden waren.¹¹ Für dieses Vorgehen gab es sicherlich mehrere Gründe. Vor allem: Die politische Führung wollte (und konnte) die Prinzipien des sowjetischen Grundmodells des Sozialismus, zumindest zu diesem Zeitpunkt, nicht in Frage stellen, auch nicht partiell.

Allerdings war in der DDR bereits Ende der siebziger Jahre eine sehr komplizierte gesellschaftliche Situation entstanden. Es ist zu konstatieren, daß für die Führung der SED beträchtliche Orientierungsprobleme auftraten, d. h., daß sie entsprechend der realen gesamtgesellschaftlichen Situation, unter dem Druck von objektiven Erfordernissen vor allem im Rahmen des Systemwettstreits, in die Verlegenheit geraten war, nicht zu wissen, was sie genau wollte (Werte und Normen), wie sie ihre Ziele erreichen und mit welchen Mitteln sie das gesetzte Ziel über eine entsprechende Strategie anstreben konnte.¹² Insoweit ist die damalige Lage als eine gesellschaftliche Orientierungskrise mit grundsätzlichen Strategieproblemen und Ressourcendefiziten zu bezeichnen.

Die laufenden Forschungen zur Entwicklung der DDR-Wissenschaft und ihres Verhältnisses zur Politik werden näheren Aufschluß über die hier dargelegten Problemfelder geben.

HUBERT LAITKO

Wissenschaftlich-technische Revolution: Akzente des Konzepts in Wissenschaft und Ideologie der DDR

Ein Schlüsselbegriff des Systemwettstreits

Solange in der DDR noch ernsthaft damit gerechnet und darauf hingearbeitet wurde, in historisch absehbarer Frist im wirtschaftlichen Wettstreit der Systeme die Oberhand zu gewinnen, gründeten sich diese Hoffnungen auf einen epochalen Wandel in der technologischen Basis des gesellschaftlichen Lebens, über den unter der Bezeichnung »wissenschaftlich-technische Revolution« (WTR) reflektiert wurde. Auf dem VII. Parteitag der SED im April 1967 proklamierte Walter Ulbricht die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution als grundlegende Aufgabe der DDR¹. Auch nach dem Übergang von der Ära Ulbricht zur Ära Honecker blieb dieser Terminus im Zentrum der Parteisprache. Der VIII. Parteitag der SED 1971 verkündete in seiner Entschliebung die Notwendigkeit, »die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution organisch mit den Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftssystems zu vereinigen und in größerem Umfang als bisher dem Sozialismus eigene Formen des Zusammenschlusses der Wissenschaft mit der Produktion zu entwickeln«². Diese Aufforderung, zum Schema erstarrt, zog sich durch die Dokumente der SED bis zum Ende der DDR. Auch im Bericht des Zentralkomitees an den letzten – den elften – Parteitag der SED 1986 erklärte Erich Honecker wiederum, es käme darauf an, »die Vorzüge des Sozialismus noch wirksamer mit den Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verbinden...«³. Kurt Hager führte den Begriff der WTR mit großem Nachdruck in die Parteipropaganda ein. Er referierte im Juni 1972 vor »leitenden Kadern« zum Problemkreis »Sozialismus und wissenschaftlich-technische Revolution«⁴ und kam auch in den Folgejahren immer wieder auf diesen Topos zurück.

Die Situationsdiagnose und strategische Intention, die diese Denkfigur zum Ausdruck bringen sollte, war die folgende. Es besteht eine weltweite Herausforderung zu sozialem Wandel, hervorgerufen durch die technischen Konsequenzen des Übergangs von der klassischen zur modernen Naturwissenschaft. Auf diese Herausforderung – das war die zentrale Behauptung – können sich sozialistische Gesellschaften besser einstellen als kapitalistische, wenn sie ihre spezifischen soziostrukturellen Potenzen (»Vorzüge des Sozialismus«) dafür aktiv mobilisieren. Tun sie dies, dann sind sie imstande, die unleugbare Unterlegenheit gegenüber dem Produktions- und Produktivitätsniveau der kapitalistischen Länder

Hubert Laitko – Jg. 1935, Wissenschaftshistoriker, Berlin.

1 W. Ulbricht: Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus, Berlin 1967, S. 99.

2 Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 2, Berlin 1971, S. 302.

3 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED. Berichtersteller: Genosse Erich Honecker, Berlin 1986, S. 49.

4 K. Hager: Sozialismus und wissenschaftlich-technische Revolution. Auszug aus seinem Vortrag: Zu theoretischen Grundproblemen der Politik der Partei und des Kampfes für die

Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen und Arbeiterbewegung, gehalten vor leitenden Kadern der SED am 20. Juni 1972 an der Parteihochschule »Karl Marx«, in: K. Hager: Wissenschaft und Wissenschaftspolitik im Sozialismus. Vorträge 1972 bis 1987.

5 J. Roesler: Das Neue Ökonomische System – Dekorations- oder Paradigmenwechsel? Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte: hefte zur ddr-geschichte, H. 3, Berlin 1993.

6 N. Podewin: »...der Bitte des Genossen Walter Ulbricht zu entsprechen«. Hintergründe und Modalitäten eines Führungswechsels. Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte: hefte zur ddr-geschichte, H. 33, Berlin 1996.

7 E. Wittich: DDR-Mikroelektronik – vom Hoffnungsträger zum Beschleuniger des Niedergangs, in: UTOPIE kreativ, H. 9, Mai 1991, S. 81-87.

durch einen intensiven Auf- und Überholprozeß in Überlegenheit zu verkehren.

Diese Strategie erschien durchaus rational. Es wäre kaum möglich gewesen, eine grundsätzlich andere zu konzipieren, wenn die DDR nicht von vornherein aus dem Systemwettstreit aussteigen wollte – eine Option, die ihr angesichts ihrer Einbindung in den sowjetisch dominierten Staatenblock realpolitisch gar nicht zu Gebote stand. Der neuralgische Punkt dieses Strategieentwurfs steckte in der Bestimmung der ideologisch als »Vorzüge des Sozialismus« bezeichneten Potenzen. Nur einmal in der Geschichte der DDR gab es einen seriösen Versuch, einen Wirtschaftsmechanismus zu entwerfen und praktisch zu erproben, der auf die Hervorbringung und Verwertung von Innovationen angelegt war: das Neue Ökonomische System der sechziger Jahre⁵. Wenn dieser Versuch hier seriös genannt wird, so ist damit nicht gemeint, daß er auch hinreichend war. Aber er war ein Anfang, der in einem kreativen Wechselspiel von praktischer Erfahrung, wirtschaftswissenschaftlicher Theorie und praktischer Programmatik durchaus entwicklungsfähig gewesen wäre; weitergehende gesellschaftliche Veränderungen hätten sich an ihn anschließen können. Es ist nicht ohne weiteres zu sagen, welche Chancen dieser Entwicklungspfad eröffnet hätte, wenn ihm eine ungehinderte Entfaltung beschieden gewesen wäre; tatsächlich ist er mit dem Sturz Ulbrichts abgebrochen worden⁶. Späterhin bezeichnete die ideologische Formel »Verbindung der Errungenschaften der WTR mit den Vorzügen des Sozialismus« keine realistische Strategie mehr, obwohl sie auf die in der DDR praktizierte Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik bis zum Schluß die gravierendsten Auswirkungen hatte, beispielsweise in Gestalt des Mikroelektronikprogramms⁷.

Der duale Charakter des WTR-Konzepts

Aus der Sicht des Endes könnte man versucht sein, das ganze Konzept der WTR als eine ideologische Schablone ohne kognitiven Wert zu betrachten und zu verwerfen. Man befände sich dann im Schlepptau einer modischen, aber perspektivlosen Attitüde, die historische DDR-Kritik durch platte Negativität ersetzt. Es ist ja nicht zu bestreiten, daß nach der dem Zweiten Weltkrieg folgenden Wiederaufbau- und Erholungsphase ein von Wissenschaft und Technik herkommender fundamentaler Wandel der menschlichen Lebensgrundlagen begann, dessen ganzes Ausmaß zwar auch heute noch nicht absehbar ist, dessen revolutionäre Qualität aber mittlerweile außer Frage steht. Autoren, die in der Vorstellungswelt bürgerlicher Demokratien dachten, hatten lange Zeit Skrupel, den Revolutionsbegriff auf rezente Vorgänge in ihren eigenen Gesellschaften anzuwenden, während umgekehrt in marxistischen Traditionen denkende Autoren prononciert nach Revolutionen suchten, die über den Kapitalismus hinausführen könnten. In den achtziger und neunziger Jahren wurde – nicht zuletzt unter dem Eindruck der fortgesetzten Publikationen des Club of Rome – schon verbreitet zugestanden, daß sich die Menschheit in einem alle Seiten des Lebens erfassenden revolutionären Umbruch befindet – ganz gleich, ob man etwa mit Rolf Kreibich von der High-Tech-

Revolution⁸ oder mit Alexander King und Bertrand Schneider von der ersten globalen Revolution⁹ spricht. Nicht auf den Terminus kommt es an, sondern auf die Anerkennung des revolutionären Charakters der Veränderungen. Aber die Proliferation der Termini – von »Postmoderne« bis »Informationsgesellschaft« – ist ein Symptom dafür, daß es sich um einen ungeheuer vielschichtigen Prozeß handeln muß, dessen kompakte und konsistente theoretische Erfassung auch am Ende dieses Jahrhunderts noch nicht gelingt. Daher erscheint es vernünftig, sich die Frage zu stellen, ob das Konzept der WTR nicht Eigenständiges und Wichtiges zur Annäherung an das Verständnis des epochalen Wandels beigetragen hat – jenes Wandels, der die »realsozialistischen« Ordnungen von innen her aufgelöst hat, von dem wir aber auch nicht wissen, ob die gegenwärtig dominierenden Gesellschaftssysteme seine Meister oder vielleicht seine Gefangenen und Opfer sein werden.

Als eine brauchbare Arbeitshypothese zur Beschäftigung mit dieser Begrifflichkeit betrachte ich die Annahme vom dualen Charakter des WTR-Konzepts. Als Moment des Selbstverständnisses und der politischen Herrschaftsdoktrin realsozialistischer Gesellschaften hatte es unbestreitbar ideologische Züge, indem es als Grundlage für die Zukunftsgewißheit dieser Gesellschaften in Anspruch genommen und mit entsprechenden Hoffnungen und Erwartungen befrachtet wurde. Zugleich hatte dieses Konzept aber auch einen bedeutenden kognitiven Gehalt: Es diagnostizierte – und zwar bereits sehr früh – wesentliche Momente eines einsetzenden epochalen Wandels und prognostizierte Tendenzen seines weiteren Verlaufs. Gerade wegen seiner kognitiven Stärke konnte das WTR-Konzept auch ideologisch wirksam sein. Zwischen der Wissenschaftsauffassung, die hinter der offiziellen Wissenschaftspolitik der SED stand, und dem intuitiven Wissenschaftsverständnis der Wissenschaftler in der DDR gab es gewiß viele Reibflächen. Doch vieles spricht für die Vermutung, daß das WTR-Konzept den Ort maximaler Annäherung zwischen beiden bezeichnet – deshalb, weil es der Wissenschaft und damit auch den Wissenschaftlern eine exponierte gesellschaftliche Position zusprach, und deshalb, weil es verhielt, daß viele der Defizite und Beschränkungen, unter denen der Wissenschaftsbetrieb aktuell zu leiden hatte, künftig überwunden werden würden.

Bernal und die Folgen

Der Terminus »wissenschaftlich-technische Revolution« (scientific-technological revolution) ist, wie Helmut Steiner noch einmal bestätigt hat¹⁰, von John Desmond Bernal in seinem einflußreichen Werk »Science in History« geprägt worden, dessen von Ludwig Boll geleistete kongeniale Übersetzung 1961 in der DDR publiziert wurde¹¹. Daß diese Prägung aus Bernals Bemühen resultierte, vor seinen Augen ablaufende Entwicklungen auf den Begriff zu bringen, wird durch den Umstand belegt, daß der Terminus in der ersten englischen Auflage des Werkes (London 1954) noch nicht vorhanden war und erst in einer Anmerkung auftauchte, die für die zweite Auflage (London 1956) hinzugefügt wurde. Im ursprünglichen Text heißt es, man könne »mit einigem Recht von einer zwei-

8 R. Kreibich: Die Wissenschaftsgesellschaft. Von Galilei zur High-Tech-Revolution, Frankfurt a.M. 1986.

9 A. King, B. Schneider: Die erste globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome, Frankfurt a.M. 1992.

10 H. Steiner: Als Bernals Erben: Wissenschaft und Gesellschaft, in: J.D. Bernal's The Social Function of Science. 1939-1989. Hrsg. von H. Steiner, Berlin 1989, S. 28.

11 J.D. Bernal: Die Wissenschaft in der Geschichte, Berlin 1961.

12 Ebenda, S. 487.

ten Revolution in der Wissenschaft im 20. Jahrhundert sprechen«¹². Im weiteren wird dann erläuternd bemerkt: »Die technischen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts deuten bereits darauf hin, daß wir eine zweite oder vielleicht eine dritte große industrielle Revolution erleben. Dieser Vergleich kann allerdings die Tatsache verschleiern, daß es sich dabei um eine Revolution neuer Art handelt, eine Revolution, in der geplante wissenschaftliche Forschung mehr und mehr an die Stelle individuellen, mechanischen Erfindungsgeistes tritt. Während die große industrielle Revolution im wesentlichen die Erzeugung und die Umwandlung von Kraft betraf und den Menschen zumindest im Prinzip von schwerer körperlicher Arbeit befreite, geht es bei der Revolution des 20. Jahrhunderts im wesentlichen darum, die Handfertigkeit des Arbeiters durch Maschinen oder elektronengesteuerte Vorrichtungen zu ersetzen und den Menschen schließlich von der Last monotoner Arbeit im Büro und bei der Beaufsichtigung von Maschinen zu befreien«¹³. In der 2. englischen Auflage gab Bernal seiner These von einer zweiten wissenschaftlichen Revolution eine Anmerkung bei, in der er sich gegen Kritiker wandte, die es für unmöglich hielten, von einer wissenschaftlichen Revolution im 20. Jahrhundert zu sprechen, da es etwas mit dem Kontinuitätsbruch zwischen Antike und Renaissance Vergleichbares hier nicht gegeben habe: »Dennoch könnte der Einwand, daß beide Revolutionen nicht vergleichbar seien, in anderer Beziehung zutreffen... Der neue revolutionäre Charakter des 20. Jahrhunderts kann nicht auf die Wissenschaft beschränkt bleiben; er kommt noch stärker in der Tatsache zum Ausdruck, daß erst in unserer Zeit die Wissenschaft Industrie und Landwirtschaft zu beherrschen beginnt. Die Revolution sollte vielleicht richtiger die erste wissenschaftlich-technische Revolution genannt werden«¹⁴.

13 Ebenda, S. 493.

14 Ebenda, S. 903.

Man muß dieser Wortprägung keine übertriebene Bedeutung beimessen. Sie zeigt einfach, wie Bernal – der mit Begriffen wie »wissenschaftliche Revolution«, »technische Revolution« und »industrielle Revolution«, die sämtlich schon über eine längere theoriegeschichtliche Tradition verfügten, ganz unbefangenen operierte – darum bemüht war, einem sich gerade erst andeutenden Phänomen von neuer Qualität mit einer Kombination vertrauter Begriffe näherzukommen. Vielleicht hat er den hier vorgeschlagenen Terminus nicht einmal für den passendsten gehalten. Auf dem von der Weltföderation der Wissenschaftler im September 1962 – also sechs Jahre nach der zweiten englischen Auflage von »Science in History« – in Moskau veranstalteten Internationalen Symposium über Hochschulbildung, dessen Beiträge in der DDR 1963 vom Zentralvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft in deutscher Übersetzung herausgegeben wurden, sprach er in seinem Referat »Wissenschaft und Technik in der Welt der Zukunft« von der zweiten wissenschaftlich-industriellen Revolution: »...was sich jetzt ereignet, wird voll und ganz als eine der größten Umwälzungen im menschlichen Leben angesehen. Wir nennen sie die zweite wissenschaftlich-industrielle Revolution, welche die materielle und in hohem Grade die geistige Situation der Menschheit in einem nie gekannten Tempo verändert«¹⁵.

15 J.D. Bernal: Wissenschaft und Technik in der Welt der Zukunft, in: Internationales Symposium über Hochschulbildung. Moskau im September 1962. Hrsg. vom FDGB-ZV der Gewerkschaft Wissenschaft, Berlin 1963, S. 53.

Nichtsdestoweniger setzte sich in der DDR und in anderen staatssozialistischen Ländern der Terminus »wissenschaftlich-technische Revolution« durch. Anfangs waren noch gewisse Schwankungen in der Terminologie zu verzeichnen. So veröffentlichte Kurt Teßmann 1962 ein kleines Buch unter dem Titel »Probleme der technisch-wissenschaftlichen Revolution«¹⁶. Der hier verwendete Terminus war offenbar eine Eigenschöpfung des Autors. Keine der Arbeiten, auf die er verwies, enthielt das Wort »wissenschaftlich-technische Revolution« oder »technisch-wissenschaftliche Revolution« im Titel. Das damals gerade in deutscher Übersetzung erschienene Buch von Bernal war Teßmann bekannt, er zitierte es auch mehrfach, indes nur dort, wo es um den allgemeinen Begriff der Technik ging, Bernals Ausführungen über die »Revolution neuer Art« oder die »wissenschaftlich-technische Revolution« waren ihm entweder nicht aufgefallen oder nicht bemerkenswert erschienen. Der im April 1965 in Berlin veranstaltete philosophische Kongreß der DDR stand unter dem Thema »Die marxistisch-leninistische Philosophie und die technische Revolution«¹⁷. Hier dominierte noch der Terminus »technische Revolution«, nur Teßmann gab seinem Referat den Titel »Zu einigen Gesetzmäßigkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution«. Wenig später aber wurde der Terminus »WTR« und damit auch die Autorschaft Bernals kanonisiert. In seinem 1974 erstatteten Verlagsgutachten zu Jürgen Kuczynskis Buch »Vier Revolutionen der Produktivkräfte« bemerkte Rolf Sonnemann denn auch ganz selbstverständlich, der von Bernal eingeführte Begriff habe sich inzwischen überall eingebürgert und werde, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch überall im gleichen Sinne verstanden¹⁸.

Kognitiver Gehalt und Konnotationen des WTR-Konzepts

Die am meisten allgemeine und konsensfähige Bedeutung des Terminus »Revolution« dürfte es sein, darunter einen qualitativen Übergang im Rahmen eines irreversibel fortschreitenden Entwicklungsprozesses zu verstehen. In diesem Sinne sprach man von wissenschaftlichen und von technischen Revolutionen. Eine wissenschaftliche Revolution¹⁹ erschien als ein Wandel der Denkweise, von Thomas S. Kuhn spezifiziert und präzisiert als Paradigmenwechsel²⁰. So aufgefaßt, waren Revolutionen in allen Bereichen der Wissenschaft möglich – man nahm das Wort aber meist nur für besonders großräumige und folgenreiche Wandlungen in Anspruch (etwa für den Übergang von der klassischen zur nicht-klassischen Physik oder für den Übergang von der phlogistischen zur antiphlogistischen Chemie). Eine technische Revolution wurde als Entstehung, Einführung und Durchsetzung eines neuen, von dem bis dahin gebräuchlichen qualitativ unterscheidbaren technischen, Wirkprinzips verstanden, nach dem ganze Klassen oder Familien technischer Mittel funktionierten, also etwa des Prinzips der Wärmekraftmaschine oder des dynamoelektrischen Prinzips²¹. Der Begriff der WTR, wie ihn Bernal formulierte, ist nicht unmittelbar auf bestimmte, durch ihren paradigmatischen Gehalt spezifizierte wissenschaftliche oder technische Revolutionen

16 K. Teßmann: Probleme der technisch-wissenschaftlichen Revolution, Berlin 1962.

17 Die marxistisch-leninistische Philosophie und die technische Revolution. Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Sonderheft 1966.

18 Abgedruckt in: J. Kuczynski: Vier Revolutionen der Produktivkräfte. Theorie und Vergleiche, Berlin 1975, S. 186.

19 Wissenschaftsgeschichte und wissenschaftliche Revolution. Hrsg. von K. Bayertz, Köln 1981; U. Röseberg: Szenarium einer Revolution. Nichtrelativistische Quantenmechanik und philosophische Widerspruchproblematik, Berlin 1984; Revolution in Sciences – Sciences in Revolution. Ed. J. Janko, Prague 1989.

20 Th.S. Kuhn: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1979; K. Bayertz: Wissenschaftstheorie und Paradigmenbegriff, Stuttgart 1981.

21 K.-D. Wüstneck: Zur Bestimmung der technischen Revolution durch den historischen Materialismus, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, H. 10/1967.

22 J. Kuczynski, Vier Revolutionen (wie Anm. 18), S. 33-89.

bezogen; man darf ihn daher auch nicht, wie die Wortgestalt nahe-zulegen scheint, als ein Kompositum der beiden Revolutionsbegriffe ansehen.

Zunächst und vor allem ist bei Bernal der WTR-Begriff in einer klaren und definitiven Parallele zum Begriff der industriellen Revolution gebildet worden. Dieser aus der Marxschen Analyse der Genese des Kapitalismus stammende Begriff²² ist bekanntlich, von der marxistischen Wirtschaftsgeschichtsschreibung ausstrahlend, schon vor Jahrzehnten zum Gemeingut der Wirtschaftshistoriographie geworden²³. Im marxistischen Sprachgebrauch war die industrielle Revolution jener qualitative Wandel der technologischen Produktionsweise, der den Übergang vom Manufakturkapitalismus zum Industriekapitalismus ermöglichte. Unter einer technologischen Produktionsweise verstand Marx die Art und Weise der Kopplung von personellen und sachlichen Produktionsfaktoren und die Verteilung der technologischen Funktionen zwischen ihnen²⁴. Im Manufakturkapitalismus war der hauptsächliche Operateur – oft auch zugleich der Lieferant der Antriebsenergie – des technologischen Prozesses der arbeitende Mensch, der einfache oder zusammengesetzte Werkzeuge manuell führte. Marx insistierte darauf, daß die Einführung der Werkzeugmaschine den Kernprozeß der industriellen Revolution bilde (erinnert sei an den weitverzweigten Streit darüber, ob tatsächlich das Aufkommen von Werkzeugmaschinen oder nicht vielmehr der Einsatz von Dampfmaschinen, der die energetischen Grenzen aller bisherigen Technologie sprengte, als der zentrale Vorgang der industriellen Revolution anzusehen sei). Der Übergang der Funktion des Operateurs im technologischen System vom Menschen auf technische Mittel ist definitiv ein qualitativer Wandel der technologischen Produktionsweise, und wenn der Begriff der industriellen Revolution auf diesen Wandel bezogen wird, dann hat man es mit einer klaren, präzisen Begrifflichkeit zu tun.

Parallel dazu stellte Bernal als Charakteristikum der WTR den Einsatz technischer (elektronischer) Steuerungssysteme heraus, die die laufende Steuerung des technologischen Prozesses übernehmen und diesen Prozeß nunmehr auch steuerungsseitig von den manuellen und sensorischen Möglichkeiten des Menschen emanzipieren. Sofort wird man dabei an Marx' visionäre Sicht auf den allgemeinen Trend der Produktivkraftentwicklung aus den »Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie« erinnert – an jene Passage, in der er von einem kommenden Zustand schrieb, in dem der Mensch »neben den Produktionsprozeß« tritt, »statt sein Hauptagent zu sein«²⁵. Wiederum ist damit ein qualitativer Wandel der technologischen Produktionsweise bestimmt, und zwar im gleichen theoretischen Schema, in dem die eigentliche industrielle Revolution beschrieben worden ist. Damit fand der zunächst eher ad hoc – zur Beschreibung auffälliger Phänomene der Gegenwart – gebildete Begriff der WTR Anschluß an das konzeptuale Arsenal des Marxismus.

Es versteht sich, daß der idealtypische Charakter dieser Begriffsbildungen nicht gegen ihre Legitimität spricht. In einer hochmechanisierten Fabrik steht nicht jeder an einer Werkzeugmaschine,

23 A. Musson, B. Robinson: *Science and Technology in the Industrial Revolution*, Manchester 1969; *Industrielle Revolution. Wirtschaftliche Aspekte*. Hrsg. von R. Braun, W. Fischer, H. Großkreuz und H. Volkmann, Köln-Berlin 1972.

24 G.N. Wolkow: *Soziologie der Wissenschaft. Studien zur Erforschung von Wissenschaft und Technik*, Berlin 1970, S. 76-103.

25 K. Marx: *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf)*. 1857-1858. Berlin 1953, S. 593.

es kommen noch zahlreiche Tätigkeiten eigentlich präindustriellen Charakters vor; die Einführung elektronischer Steuerungen schafft nicht sämtliche Aufgaben unmittelbarer Prozeßkontrolle durch lebendige Arbeit ab usw. – aber die Begriffe bezeichnen zentrale Trends, die sich in der Fülle der Ereignisse durchsetzen, ohne jedes einzelne Ereignis unmittelbar zu bestimmen.

Die Wahl geeigneter Termini für diese Begriffe ist gegenüber ihrer inhaltlichen Bestimmung eine abgeleitete Frage; dennoch ist sie nicht unwichtig, denn jeder Terminus ist mit anderen konnotiert, und sein Gebrauch weckt gewisse Assoziationen und unterdrückt andere.

Wenn von der zweiten industriellen Revolution gesprochen wird, dann betont man die – für den Theorieanschluß maßgebende – Analogie zur eigentlichen industriellen Revolution, die damit als erste industrielle Revolution in eine Reihe strukturanaloger historischer Übergänge gestellt wird. Der Terminus, der auch bei Bernal gebraucht wurde, erfreute sich zeitweise besonders in der Bundesrepublik und hier vorzugsweise im Umfeld der Sozialdemokratie großer Beliebtheit²⁶; auch in die politische Programmatik fand er Eingang, so in das Godesberger Programm der SPD von 1959. Die erste industrielle Revolution führte aber in das Industriezeitalter hinein, während die WTR aus ihm heraus führt; zum Ausdruck dieses Umstandes ist das Wort »zweite industrielle Revolution« nicht gut geeignet.

Doch auch der Terminus »WTR« hat pragmatische Nachteile. Er hebt zwar auf jene Züge ab, in denen der von ihm bezeichnete Vorgang von der ursprünglichen industriellen Revolution unterschieden ist, aber er stellt verbal Wissenschaft und Technik in den Vordergrund und benennt nicht, daß es eigentlich gar nicht um Wissenschaft und Technik für sich genommen geht, sondern um wissenschaftlich- technisch induzierten Wandel des Produktionssystems der Gesellschaft, also um Wirtschaftswandel. Dieses Kernstück des Begriffsinhalts mußte immer zusätzlich erläutert werden, weil der Terminus selbst es nicht unmittelbar signalisiert.

Der Terminus »WTR«, wie ihn Bernal eingeführt hat, bezeichnet jedoch noch einen zweiten qualitativen Wandel, der mit der Veränderung der technologischen Produktionsweise nicht identisch ist: den Eintritt der Wissenschaft in die Funktion der hauptsächlichen, obligatorischen und permanenten Quelle der technischen und technologischen Neuerungen und damit auch der auf diesen basierenden wirtschaftlichen Innovationen. Dafür gab es einen auf Marx zurückgehenden Terminus, nämlich den des Werdens der Wissenschaft zu einer unmittelbaren Produktivkraft²⁷. Dieser Terminus wurde – nach einer Zeit unfruchtbarer, scholastischer Erörterungen in der UdSSR darüber, wie denn die Wissenschaft als ein geistiges Phänomen auf die materiellen Produktivkräfte einwirken könne – in den fünfziger Jahren in einer separaten Linie von Veröffentlichungen wieder aufgenommen, zunächst unabhängig von den Debatten über die wissenschaftlich-technische Revolution, bis die partielle Konvergenz der beiden Gedankenströme deutlich wurde.

Pionier der Wiederaufnahme dieses Motivs war Gerhard Kosel, Präsident der Bauakademie der DDR. Er hatte 1951 – also noch zu

26 L. Brandt, C. Schmid: Mensch und Technik. Referate über die technischen, sozialen und kulturellen Probleme im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution, gehalten am 12. Juli 1956 auf dem Parteitag der SPD in München, Hannover 1956; Mobilisierung des Geistes. Unsere Aufgaben in der zweiten industriellen Revolution. Materialien der Konferenz am 7./8. Dezember 1956 in Düsseldorf, Bonn 1957.

27 H. Seickert: Produktivkraft Wissenschaft im Sozialismus, Berlin 1973.

28 G. Kosel: Die Naturwissenschaft als Potenz der gesellschaftlichen Produktion. Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR. Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW). Studien und Forschungsberichte, H. 25, Berlin 1987.

29 G. Kosel: Produktivkraft Wissenschaft, Berlin 1957.

30 H. Laitko: Technische Bedürfnisse als Triebkraft des Erkenntnisfortschritts und die Konsequenz dieses Zusammenhangs für das Verständnis der Wissenschaft. Ein zu Unrecht vergessener Ansatz, in: ITW-Kolloquien, H. 25, Berlin 1981, S. 67-79.

Lebzeiten Stalins – in Moskau eine auf einschlägige Marx-Texte rekurrierende Monographie vorgelegt, deren deutsche Übersetzung das Akademieinstitut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW) 1987 in seiner Reihe »Studien und Forschungsberichte« in deutscher Übersetzung herausbrachte²⁸. Kosel selbst verarbeitete nach seiner Rückkehr in die DDR seine Untersuchungen zu der 1957 erschienenen Monographie »Produktivkraft Wissenschaft«²⁹, dem ersten zu dieser Thematik in der DDR erschienenen Buch, das indes zu einer Zeit auf den Markt kam, als das zu seiner Rezeption notwendige Problembewußtsein noch wenig entwickelt war; ein Versuch, diese frühen Überlegungen in der Wissenschaftsforschung aufzugreifen, wurde erst auf einem Kolloquium des ITW im Jahre 1981 unternommen³⁰.

Es ist hier nicht möglich, den weitgefächerten Diskussionsstrang, der unter dem Stichwort »Produktivkraft Wissenschaft« stand, und seine Verflechtungen mit dem WTR-Konzept im einzelnen zu verfolgen. Aufmerksam zu machen ist jedoch auf die Ambiguität, die aus der Verkoppelung zweier unterschiedlicher (wenngleich nicht beziehungsloser) qualitativer Wandlungen in einem Begriff resultiert. Der Übergang zur teil- oder vollautomatischen Steuerung technologischer Prozesse ist im allgemeinen nicht allein mit auf praktische Erfahrung gegründetem Ingenium zu bewältigen, sondern bedarf des Rückgriffs auf Forschung. Insofern ist der moderne Wandel der technologischen Produktionsweise an das Werden der Wissenschaft zur Produktivkraft gekoppelt. Dennoch sind diese beiden Veränderungen nicht einfach zwei Seiten ein und desselben Prozesses. Sie sind extensional nicht deckungsgleich. Das Produktivkraftwerden der Wissenschaft zielt nicht nur auf die Technisierung der Steuer- und Regelfunktionen, sondern auf die technologische Seite der Produktion im ganzen – also auf die Rohstoffe, die Verfahren, die Produkte, die infrastrukturelle Vernetzung usw.; sie hat auch, besonders in den neuen wissenschaftsbasierten Industriezweigen (Elektrotechnik, Chemie, Feinmechanik und Optik), schon zu einer Zeit eingesetzt, als von einem Heraustreten des Menschen aus den technologischen Prozessen noch nicht ernstlich die Rede sein konnte.

Bernal's Anmerkung, daß erst in unserer Zeit die Wissenschaft Industrie und Landwirtschaft zu beherrschen beginne, kann auf zwei direkt konträre Weisen gedeutet werden. Die traditionelle Deutung war die, daß die Wissenschaft sich autonom entwickelt und auf dieser Grundlage über ihre Produktivkraftfunktion aktiv die Entwicklungsrichtungen oder zumindest die Entwicklungsmöglichkeiten von Technik und Produktion determiniert. Die nichttraditionelle Deutung lief umgekehrt darauf hinaus, daß die Wissenschaft mit dem Instrument der Planung auf die erwünschten Nutzungsrichtungen hin zu »faktualisieren« sei und daß ihr Produktivkraftstatus eine autonome Entwicklung nicht mehr zulasse oder, moderater formuliert, daß die Autonomie der Wissenschaft durch ihre an Schwerpunkten der Praxis orientierte Steuerung zurückzudrängen und zu begrenzen sei. Das WTR-Konzept enthielt beide Deutungsmöglichkeiten und präferierte von sich aus keine. Für beide sprachen gute Gründe, beide konnten auch in der DDR

unter dem unbestrittenen Motto »gesellschaftliche Verantwortung des Wissenschaftlers« geltend gemacht werden. Ein großer Teil des WTR-Diskurses lief darauf hinaus, eine Vermittlung (eine dialektische Lösung) für das Problem des Verhältnisses von interner und externer Orientierung der durch ihren Produktivkraftstatus in größeren gesellschaftlichen Zusammenhängen funktionell gebundenen Wissenschaft zu finden – und zwar auf theoretischer ebenso wie auf praktisch-wissenschaftspolitischer Ebene. Dieses Vermittlungsproblem äußerte sich unter DDR-Verhältnissen besonders in der Praxis der Wissenschaftsplanung; es ist von Peter Hanke und seinen Mitarbeitern eingehend untersucht worden³¹.

In der wissenschaftstheoretischen Debatte setzte sich in den siebziger Jahren die Ansicht durch, daß die Entgegensetzung der extremen Konzepte »Externalismus« und »Internalismus« eine Scheinkontroverse sei³² und daß gegenüber der Außensteuerung der Wissenschaft ihre Eigengesetzlichkeit, gegenüber ihrer Eigengesetzlichkeit aber ihr Bezug auf Entwicklungserfordernisse der gesellschaftlichen Praxis geltend gemacht werden müsse³³. Die wissenschaftstheoretische Offerte, die diesem Vermittlungsanspruch am weitesten entgegenkam, war eine Tätigkeitsauffassung der Wissenschaft, eingebettet in ein an Marx orientiertes Reproduktionskonzept³⁴.

Die praktische Lösung, in der ein depersonalisiert ausgedrückter und deshalb nicht unmittelbar als solcher erkennbarer Interessengegensatz seine Bewegungsform fand, war eine Aufteilung der Forschung in Kategorien, für die jeweils unterschiedliche Planungsmodi galten und die schließlich in eine – theoretisch uninteressante, aber strapaziös zu handhabende – Stufenomenklatur gegossen wurde. Von der Grundlagenforschung zur (technischen) Entwicklung nahmen in der Folge der Nomenklaturstufen die Freiräume ab, während die Konkretheit und Rigidität der Planung und die Verbindlichkeit der praxisbezogenen Vorgaben zunahmen³⁵. Die Grundlagenforschung galt als jene Sphäre der Forschung, in der die Selbstbestimmung der Wissenschaft das vergleichsweise größte Gewicht hatte. Die Freiräume waren aber nicht etwa ein für allemal gesichert; die Grundlagenforschung spaltete sich wiederum auf in gezielte Grundlagenforschung, für die der Bezug auf große aktuelle oder perspektivische Praxisfelder die Orientierung lieferte, und erkundende Grundlagenforschung, die sich im Vorfeld möglicher Praxen bewegen konnte und sollte. Der Widerspruch zwischen Innen- und Außenbestimmtheit der Wissenschaft trat in der Wissenschaftspolitik (oder Wissenschaftsverwaltung) in einer Proliferation der Forschungsarten in Erscheinung, zwischen denen planungspraktisch unterschieden wurde.

Das umfangreiche Werk Bernal wurde in der DDR nur langsam rezipiert, und es wirkte auch eher auf Wissenschafts- und Wirtschaftshistoriker als auf Philosophen und Ökonomen. Daraus ist der nicht unerhebliche Zeitverzug zwischen dem Vorliegen der deutschen Übersetzung des Buches und der Einbürgerung des Terminus »WTR« zu erklären, obwohl inhaltlich auf verschiedenen Wegen in dieser Richtung gedacht wurde. Deshalb sprach, wie bereits erwähnt, der DDR-Philosophiekongreß 1965 – der das neue

31 P. Hanke: Planungsprobleme in der Grundlagenforschung, Berlin 1975; Autorenkollektiv unter Leitung von P. Hanke: Gesetzmäßigkeiten und Planung der Forschung. Beiträge zur Methodologie der Planung der Grundlagenforschung, Berlin 1977.

32 S. R. Mikulinskij: Scheinkontroversen und reale Probleme einer Theorie der Wissenschaftsentwicklung, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, H. 7/1978.

33 R. Mocek: Gedanken über die Wissenschaft. Die Wissenschaft als Gegenstand der Philosophie, Berlin 1980, S. 163-169.

34 H. Laitko: Wissenschaft als allgemeine Arbeit. Zur begrifflichen Grundlegung der Wissenschaftswissenschaft, Berlin 1979; L. Läscher: Die Vermittlung der Wissenschaftsentwicklung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, in: Wissenschaft. Das Problem ihrer Entwicklung. Bd. 2: Komplementäre Studien zur marxistisch-leninistischen Wissenschaftstheorie. Hrsg. von G. Kröber, Berlin 1988, S. 137-154.

35 Probleme der Plankontrolle in der Grundlagenforschung. ITW-Kolloquien, H.17, Berlin 1977.

36 Autorenkollektiv: Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution. Eine historische Untersuchung, Berlin 1972.

Verhältnis von Wissenschaft und Technik im Zeichen der Kybernetikwelle und des mit dem Neuen Ökonomischen System begonnenen Reformaufbruchs reflektierte – noch überwiegend von »technischer Revolution«, während in Moskau bereits 1964 eine Konferenz zu Problemen der modernen WTR stattgefunden hatte. Aus dieser Konferenz ging ein Buch hervor, das 1972 auch in deutscher Übersetzung erschien³⁶. Die Leistung dieses Buches war die Entfaltung einer begrifflichen Schematik, in die das Phänomen eingeordnet werden sollte, insbesondere die Unterscheidung und Verknüpfung von wissenschaftlicher Revolution, technischer Revolution und Produktionsrevolution. Überhaupt scheint es, daß die DDR im großen und ganzen eher an der Peripherie der Bemühungen geblieben ist, eine abgerundete Theorie der WTR zu schaffen. Das WTR-Konzept hatte in der DDR besonders stark ausgeprägte Züge eines wirtschaftlichen und politischen Aktivismus, eines Pathos der Machbarkeit, die von der Konfrontation mit der Bundesrepublik Deutschland diktiert waren, während sich der Ausbau der deskriptiven und erklärenden Grundlagen des Konzepts einer weitaus geringeren Aufmerksamkeit erfreute. Davon zeugte schon die Frist von fünf Jahren, die zwischen dem Erscheinen des genannten, vorwiegend auf die historisch-empirischen und begrifflichen Fundamente orientierten Buches in Moskau und dem Vorliegen seiner deutschen Fassung verstrich.

Das Zentrum der systematischen Bemühungen lag in der Achse Prag – Moskau, ihre wichtigste Gestalt war Radovan Richta, der damalige Direktor des Instituts für Philosophie und Soziologie der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, der in den sechziger Jahren die einschlägigen Bücher »Mensch und Technik in der Revolution unserer Tage«³⁷ und – gemeinsam mit anderen tschechischen und slowakischen Autoren – »Die Zivilisation am Scheideweg. Gesellschaftliche und menschliche Zusammenhänge der wissenschaftlich-technischen Revolution«³⁸ vorgelegt hatte. Richta war sich mehr als viele andere über diese Thematik publizierende Autoren darüber im klaren, daß die WTR eine Herausforderung für die »realsozialistischen« Gesellschaften darstellte, der diese nur dann entsprechen konnten, wenn sie sich selbst flexibilisierten und dynamisierten und ihren starren Zentralismus überwinden. In dieser Richtung konnte sich Richta, zumal nach der Niederschlagung des »Prager Frühlings«, stets nur zurückhaltend und auf hoher Abstraktionsstufe äußern – unter seinen im Osten veröffentlichten Schriften vielleicht am deutlichsten in einer 1977 erschienenen kleineren Arbeit³⁹ –, aber wer die Mühe nicht scheute, sich in die von ihm entwickelten Abstraktionen zu vertiefen, der verstand auch ihren kritischen Gehalt. Auf sowjetischer Seite waren die hauptsächlichen Partner dieser Arbeiten die beiden Akademieinstitute für Philosophie und für Geschichte der Naturwissenschaft und Technik. Das war ein solides Potential, dem die DDR in den sechziger Jahren noch wenig an die Seite stellen konnte.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre begann man mit der Veranstaltung gemeinsamer tschechoslowakisch-sowjetischer Symposien zu diesem Themenkreis. Auf dem 3. Symposium 1970

37 R. Richta: Clovek a technika v revoluci nasich dnu, Praha 1963.

38 R. Richta et al.: Civilizace na rozcesti. Společenské a lidské souvislosti vědeckotechnické revoluce, Praha 1966.

39 R. Richta: Is There a New Type of Science Emerging? In: Teorie rozvoje vedy – Theory of Science Development I/4, Praha 1977, S. 7-44.

in Smolence wurde vereinbart, den Stand der Diskussion in einem Buch niederzulegen. Dieses Buch – eine fast 400 Seiten umfassende Monographie – lag 1973 vor⁴⁰. Die teilnehmenden Autoren werden darin nicht namentlich ausgewiesen, nur die beteiligten Institute sind genannt. Aus der Flut der in den sozialistischen Ländern zur WTR-Thematik publizierten Literatur ragt dieses Buch durch seine luzide Struktur, seinen theoretischen Tiefgang und seinen weitgehenden Verzicht auf Verdünnung durch konventionelles ideologisches Gerede heraus. Aus der DDR waren es ganze drei Veröffentlichungen, die in dem umfangreichen Anmerkungsteil des Buches je einmal genannt wurden⁴¹. Die DDR-Abstinenz dürfte weder auf Unkenntnis noch gar auf bewußte Ignoranz zurückzuführen gewesen sein; sie war einfach eine angemessene Reaktion auf die Tatsache, daß die meisten einschlägigen Texte aus der DDR zumindest damals durch ein zu hohes Maß an oberflächlicher politischer Pragmatik gekennzeichnet waren.

An zwei Beispielen sollen die in der DDR geläufigen Argumentationen zur WTR stichprobenartig etwas näher dargestellt werden. Das erste stammt vom Beginn der Beschäftigung mit dem WTR-Komplex, das zweite von seinem Ende.

Sechziger Jahre: Die großen Erwartungen

Für die sechziger Jahre mag hier das kleine Buch des Rostocker Philosophen Kurt Teßmann stehen. Die Termini »technisch-wissenschaftliche Revolution« (im Buchtitel) und »WTR« (in der Überschrift des ersten Kapitels) hielt er anscheinend für austauschbar. Gegen die Verwendung der (in Deutschland wesentlich sozialdemokratisch besetzten) Prägung »zweite industrielle Revolution« wandte er sich allerdings aus ideologischen Gründen ganz entschieden. Der Teßmann-Text besticht durch seine Grobschlächtigkeit, seine Naivität und seinen himmelstürmenden Optimismus; da waren noch keine normierten Gemeinplätze eingeschliffen, es wird spürbar, daß sich da jemand, mit der ganzen Ungehobeltheit des frühen DDR-Marxismus, einem für ihn vollkommen neuen Phänomen näherte. Sogleich wurden Fragen allergrößter Dimension aufgeworfen, aber auch direkt mit dem Individuum und seinem Alltag kurzgeschlossen. Es war überhaupt charakteristisch für die gesellschaftswissenschaftlichen Texte jener Zeit, daß sie häufig zwischen dem Individuum mit seinem Mikromilieu und dem Sozium eine unmittelbare Beziehung herstellten und die dazwischenliegende Vielfalt der Vermittlungen kaum im Ansatz berührten. So meinte Teßmann, die elektronischen Rechenmaschinen könnten die fortschrittlichen Arbeitserfahrungen der damals so beliebten Brigaden in diversen Betrieben aufnehmen, sie vergleichend analysieren und aus ihnen ganz neuartige, hocheffektive Arbeitsverfahren kombinieren, die dann wiederum in der ganzen Gesellschaft verbreitet würden. Ausgangs- und Bezugspunkt waren aber epochale Fragen folgender Art: »Wie weit gehen die Möglichkeiten der Technik und worin besteht das Wesen der spezifisch menschlichen schöpferischen lenkenden und leitenden Tätigkeit? Der kommunistische Mensch wird die Technik beherrschen, aber wo hört die technische Funktion auf und wo beginnt

40 Man – Science – Technology. A Marxist Analysis of the Scientific-Technological Revolution, Moscow-Prague 1973.

41 K. Teßmann: Probleme (wie Anm.16); H. Edeling: Prognostik und Sozialismus, Berlin 1968; Philosophie und Prognostik, Berlin 1971.

die menschliche Arbeit? In welcher Richtung muß der technische Fortschritt entwickelt werden, um die schöpferische Aktivität des Menschen nicht einzuschränken, sondern bewußt zu entwickeln?« Ähnliche Fragen wurden bezüglich der Beziehungen zwischen Wissenschaft und Technik gestellt. Teßmann räumte aber ein, bei ihrer Beantwortung noch ganz am Anfang zu stehen: »Man erwarte in diesem Taschenbuch keine erschöpfenden Antworten auf die gestellten Fragen. Für ihre wissenschaftliche Analyse – frei vom »allgemein-marxistischen über-den-Nagel-peilen« – fehlen einfach noch die Voraussetzungen bei der Präzisierung der gesellschaftswissenschaftlichen Termini, dem Handwerkszeug unserer Forschung«⁴².

42 K. Teßmann: Probleme (wie Anm.16), S. 10.

Die eigentliche Argumentation ist schlicht und linear. Die Haupttrichtung des produktionstechnischen Fortschritts ist nach Teßmann der Übergang von der diskontinuierlichen zur kontinuierlichen Produktion. Dem wird insbesondere die Automatisierung gerecht, die mittels umfassenden Einsatzes von Steuer- und Regeltechnik und dabei der Anwendung elektronischer Rechengерäte (computer technology) verwirklicht wird. Die Automatisierung schreitet in zwei Dimensionen voran – der Automatisierungsgrad der Produktionsprozesse nimmt immer weiter zu (von der partiellen zur Vollautomatisierung, von dieser zur Komplexautomatisierung), und die als ganze automatisch gesteuerten Bereiche werden immer größer (Automatisierung einzelner Produktionsvorgänge, ganzer Betriebe, ganzer Wirtschaftszweige, schließlich der Volkswirtschaft insgesamt). Die höchsten Stufen bilden die materiell-technische Basis der kommunistischen Gesellschaft. Im Einklang mit dem euphorischen Ton der KPdSU-Dokumente rechnete Teßmann damit, daß die UdSSR um die Jahrtausendwende die Komplexautomatisierung der gesamten Volkswirtschaft erreicht haben würde. Das bedeutet jedoch nicht etwa ein Ende der Entwicklung; die komplexautomatische Produktion sei »die – soweit jetzt absehbar – höchste und in sich selbst zur beständigen unendlichen Vervollkommnung fähige Stufe der gesellschaftlichen Arbeit«⁴³. Teßmann skizzierte den Ausblick auf eine künftige maschinenlose Technik, bei der es immer schwerer werde, die Grenze zwischen natürlichen und technischen Prozessen zu ziehen⁴⁴. Für den Übergang zur Komplexautomatisierung werden die folgenden Desiderate genannt: »Eine weitgehende Automatisierung setzt die Beseitigung der aus der Zeit der kapitalistischen Industrialisierung übernommenen und durch den kapitalistischen Konkurrenzkampf hervorgerufenen Zersplitterung der Produktion und der Sortimente in der gesamten Volkswirtschaft voraus, ebenso wie die Überwindung der Warenhausprogramme in einzelnen Betrieben... Durch den Übergang zur Massenfließfertigung und zur Großserienproduktion, durch Klassifizierung und Kombination der Fertigungsprozesse und durch vereinfachende Gruppenfertigung wird der Übergang zur kontinuierlichen Produktion vorbereitet und vollzogen«⁴⁵.

43 Ebenda, S. 50.

44 Ebenda, S. 53.

45 Ebenda, S. 20f.

Damals wurde unter Marxisten – so auch bei Teßmann – gemeinhin angenommen, daß dieser Prozeß in einer ganz einfachen, kausal zwingenden Beziehung zur Ablösung des Kapitalismus

durch den Sozialismus stände. Die fortschreitende Automatisierung bringe den Kapitalismus zwangsläufig ins Hintertreffen, sei dieser aufgrund seiner Produktionsverhältnisse außerstande sei, ganze Wirtschaftszweige einheitlich zu steuern. Der kapitalistische Markt könne nur eine begrenzte Anzahl von Erzeugnissen, besonders Massenbedarfsartikel, in großen Serien aufnehmen: »Die kapitalistische Produktion muß in der Lage sein, sich den ständig und anarchisch wechselnden Bedürfnissen des Marktes anzupassen und den Fertigungsprozeß rasch auf die Produktion anderer Güter umzustellen. Ausdruck dieser Gesetzmäßigkeit sind die kapitalistischen Warenhausprogramme. Dieser Wesenszug der kapitalistischen Produktion ist unvereinbar mit den Prinzipien der Vollautomatisierung«⁴⁶. – »Die komplexautomatische Lenkung ganzer Volkswirtschaftszweige ist im Kapitalismus unmöglich, weil ihr die kapitalistische Anarchie der Produktion unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellt«⁴⁷. Einerseits erscheine der Kapitalismus als Schranke für die Entfaltung der neuen Technik, denn diese »bietet umfassendere Möglichkeiten, als für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung nötig und zuträglich sind«⁴⁸. Andererseits stürze die Entwicklung dieser Technik den Kapitalismus in immer größere Schwierigkeiten, aus denen er – systembedingt – keinen Ausweg finde: »So wird der Konflikt zwischen der technisch unbegrenzten Entwicklungsmöglichkeit der Automatisierung einerseits und dem begrenzten kapitalistischen Markt andererseits zum entscheidenden Problem, das zur revolutionären Verschärfung aller Widersprüche im Kapitalismus führt«⁴⁹.

46 Ebenda, S. 27.

47 Ebenda, S. 25.

48 Ebenda, S. 25f.

49 Ebenda, S. 27.

Das war zweifellos die zeittypische Argumentationsart; doch es ist aufschlußreich, sie gerade in dieser extremen, holzschnittartigen Verkürzung zu bedenken. Was hier geschildert wird, ist Vernetzung und Effektivierung von Massenproduktion mit stabilen Sortimenten – also jener Produktionsform, die später Fordismus genannt wurde. Wenn unterstellt wird, daß die Effektivität der Produktion positiv mit der Größe der integriert gesteuerten Einheiten korreliert, daß alle Innovationen nur in Richtung dieses Korrelationsprinzips wirken und daß ferner innovationsbedingte Umstrukturierungen in plankonformen Zeithorizonten ablaufen, dann ist diese Argumentation, so vorzeitig sie heute auch anmutet, in sich stimmig und der auf sie gegründete Optimismus gerechtfertigt! Ohne weiteres wäre es möglich gewesen, sie zu verfeinern und ihr den Anschein von Simplizität zu nehmen. Sozialistische Verhältnisse gegeben, war letztlich alles nur eine Frage des Leistungsvermögens der informationsverarbeitenden Technik – und gerade hier durfte Teßmann, wie wir heute wissen, zu Recht hochgespannte Erwartungen hegen. Es war der nicht vorhergesehene Umstand, daß die Technisierung der informationsverarbeitenden Prozesse selbst das Prinzip der Massenproduktion und der ökonomischen Favorisierung riesiger Einheiten untergrub, der die bis dahin akzeptierten Prämissen für die optimistische Sicht, die WTR sei das Werkzeug der Geschichte zur Überwindung des Kapitalismus, einschneidend veränderte. Man hat den Eindruck, daß dieser einst so plausibel begründete Optimismus noch lange erhalten blieb, während die Begründung, auf der er aufruhte, schon längst obsolet geworden war.

Achtziger Jahre: Professioneller Pragmatismus

Ein Blick in die Literatur der achtziger Jahre offenbart nun einen Kontrast, wie er größer kaum gedacht werden kann. Das ist oft schon beim Durchblättern zu erkennen – die Texte entbehren weitgehend des Pathos, sie wirken professionell, oft sogar technisch, und viele sind mit Diagrammen, Statistiken und Gleichungen angefüllt. Viele Autoren legten sich über den Ernst der Lage und die Größe der Herausforderung in aller Nüchternheit Rechenschaft ab. Freilich war im ideologischen Klima der DDR eine direkte Kritik der bestehenden Verhältnisse unter der Perspektive dieser Herausforderung nur in dem bescheidenen Maße möglich, in dem sie systemkonform (als »Kritik im Vorwärtsschreiten« nach dem Motto »das Erreichte ist nicht das Erreichbare«) formuliert werden konnte. Um so kräftiger bediente man sich einer in der DDR oft gebrauchten Methode indirekter Kritik, die einen Konflikt mit den Apparaten der politischen Macht vermied und sogar auf die Unterstützung realistisch denkender Vertreter dieser Apparate rechnen konnte: der Formulierung anspruchsvoller Zukunftsaufgaben.

Der Kontrast zwischen dem intendierten Künftigen und dem aktuell Bestehenden war offenkundig; mit etwas Nachdenken konnte der Leser solcher Texte verstehen, in welchem Ausmaß das Bestehende verändert werden mußte, wenn es gelingen sollte, jene Zukunftsaufgaben zu lösen.

In der Rhetorik der Parteidokumente wurde der Topos der WTR rituell weiterverwendet, mit den gleichen oder fast den gleichen Worten wie schon ein Jahrzehnt zuvor. Auf dem X. Parteitag der SED 1981 forderte Honecker wie üblich, »einen neuen Schritt bei der Verbindung der Vorzüge des Sozialismus mit den Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution zu tun«⁵⁰. Für einschlägige Forschungsprogramme war es immer von Nutzen, wenn sie sich auf solche autoritativen Formeln berufen konnten. Man zitierte sie überall, doch eher als legitimatorische Pflichtübung, um möglichst schnell zur Sache zu kommen.

Das alles läßt sich gut an einem aussagekräftigen Beispiel nachlesen – dem im September 1982 vom Präsidium der Akademie der Wissenschaften der DDR bestätigten und bis zum Ende der DDR weitergeführten interdisziplinären Forschungsprogramm »Wissenschaftlich-technische Revolution, sozialer Fortschritt und geistige Auseinandersetzung«, über dessen weitgefächerte Thematik das Protokoll einer im September 1984 durchgeführten Konferenz Auskunft gibt⁵¹. Federführung und Organisation oblag dem Akademieinstitut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW), beteiligt waren zahlreiche Akademieinstitute, Hochschulsektionen und Einrichtungen der Kombinat- und Ressortforschung. Zugleich war das Programm international integriert, und zwar sowohl im Rahmen des RGW – beispielsweise fand im April 1984 in Berlin eine gemeinsam mit dem Internationalen Institut für Probleme der Leitung (Moskau) veranstaltete Konferenz über Theorie und Praxis wissenschaftlich-technischer Neuerungsprozesse statt⁵² – als auch intersystemar. Als Vermittler des letztgenannten Bezuges fungierte das Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA) in Laxenburg bei Wien, an dem die USA,

50 Bericht des Zentralkomitees der SED an den X. Parteitag. Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1981, S. 49.

51 Wissenschaftlich-technische Revolution, sozialer Fortschritt und geistige Auseinandersetzung. ITW-Kolloquien, H. 43/1 bis 43/5, Berlin 1985.

52 Theorie und Praxis wissenschaftlich-technischer Neuerungsprozesse. ITW-

die UdSSR, die Bundesrepublik Deutschland und die DDR beteiligt waren. Mit dem IIASA fanden gemeinsame Seminare statt, beispielsweise 1982 über »Flexible Automatisierung« und 1983 über »Nationale und globale Probleme der Entwicklung des Energiesystems«. Das Programm startete mit den drei polyinstitutionell und multidisziplinär aufgebauten Projektgruppen »Energie und WTR«, »Mikroelektronik und flexible Automatisierung« und »Moderne Biotechnologien«. Auf allen drei Gebieten wurde eine umfangreiche und hochspezialisierte Literatur produziert – hier sei stellvertretend für zahlreiche andere lediglich auf zwei Veröffentlichungen zur flexiblen Automatisierung hingewiesen⁵³. Das theoretisch-methodologische Gerüst der Arbeiten lieferten die Grundgedanken der an das Marxsche Ökonomieverständnis adaptierten modernen Innovationstheorien⁵⁴, methodisches Werkzeug bildete vorzugsweise die rechnergestützt eingesetzte angewandte Systemanalyse. In diesem Rahmen wurde ein systemdynamisches Computermodell der DDR-Volkswirtschaft entwickelt, das es ermöglichte, die voraussichtlichen Wirkungen verschiedener Innovationen zu erkunden und die Effekte unterschiedlicher Entscheidungsvarianten durchzuspielen. Die ausgedehnte Sacharbeit, die in diesem Programm geleistet wurde (und die zumindest teilweise auch nach dem Untergang der DDR von aktuellem Interesse bleibt), hatte sich weit von den politisch-ideologischen Schlagworten und Schablonen entfernt. Günter Kröber bestätigte dies, als er auf der 1984er Konferenz nach einem eindrucksvollen Bericht über die handfesten Resultate die (bis zum Ende der DDR unverändert gültige) Feststellung treffen mußte, die Auseinandersetzung mit den verschiedensten Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie zu Problemen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und den Beziehungen von Wissenschaft und Gesellschaft habe bisher »eine relativ und absolut zu geringe Rolle gespielt«⁵⁵. Der große gesellschaftstheoretische Anspruch, der mit dem WTR-Konzept ursprünglich verbunden war, schien sich allmählich aufzulösen. An seine Stelle trat, nur noch äußerlich mit ideologischen Versatzstücken garniert, pragmatische Sacharbeit.

Wenn man aus heutiger Sicht die Texte aus den Anfängen des Interdisziplinären Forschungsprogramms betrachtet, dann wird sichtbar, daß darin in den frühen achtziger Jahren ganz deutlich ausgesprochen worden ist, was erforderlich gewesen wäre, um das wirtschaftliche Überleben der DDR zu sichern. Harry Maier arbeitete 1984 in seinem Konferenzreferat unmißverständlich drei neuralgische Punkte heraus. Erstens plädierte er anstelle des üblichen Denkens in festen Strukturen für ein evolutionäres Denken, das die Wahl optimaler Zeitpunkte und Realisierungsfristen für Innovationen in den Mittelpunkt stellte: »Dieselben wissenschaftlich-technischen Anstrengungen und Problemlösungen, die gleichen materiell-technischen Vorleistungen werden nur einen Bruchteil des möglichen Effektivitätszuwachses erzielen, wenn der für die Entwicklung der dynamischen Effektivität günstigste Zeitpunkt und Zeitraum verfehlt wird«⁵⁶. Zweitens betonte er die Notwendigkeit der Selektion innovativer Lösungen durch Wettbewerb: »Da es unmöglich ist, von vornherein zu sagen, welche wissenschaftlich-

Kolloquien, H. 49, Berlin 1985.

53 H.-D. Hausteil, H. Maier: Flexible Automatisierung – Entwicklungstendenzen, Probleme, Perspektiven. ITW-Kolloquien, H. 45, Berlin 1984; Softwarestrategien der flexiblen Automatisierung. Kolloquium vom 10. - 14. April 1989 in Mirow/Neubrandenburg. ITW-Kolloquien H. 71, Berlin 1989.

54 M. Wölfling: Innovation und Arbeitsprozeß. ITW. Studien und Forschungsberichte, H. 26, Berlin 1988; Gesellschaft und Innovation. Ansatzpunkte und Fragen interdisziplinärer Innovationsforschung. ITW-Studien und Forschungsberichte, H. 29, Berlin 1989; Expertensysteme und wissenschaftsbasierte Planspiele in Wissenschaft und Technik. Kolloquium vom 28.-30. März 1989 in Mirow/Neubrandenburg. ITW-Kolloquien, H. 72, Berlin 1989.

55 G. Kröber: Ergebnisse und Aufgaben des Interdisziplinären Forschungsprogramms »Wissenschaftlich-technische Revolution, sozialer Fortschritt und geistige Auseinandersetzung«, in: ITW-Kolloquien, H. 43/1 (wie Anm. 51), S. 18.

56 H. Maier: Wissenschaftlich-technische Revolution und intensiv erweiterte

Reproduktion, in: ITW-Kolloquien H. 43/1 (wie Anm.51), S. 36.

57 Ebenda, S. 38.

technische Problemlösung zur Trägerin einer ›ausnahmsweisen Produktivkraft‹ zu werden vermag, ist der Wettbewerb zwischen verschiedenen wissenschaftlich-technischen Varianten die einzige Möglichkeit, um sich darüber Gewißheit zu verschaffen«⁵⁷. Diese Aussage steht zweifellos im Gegensatz zu Doktrin und Praxis einer administrativen, kommandowirtschaftlichen Planung. Drittens schließlich verwies Maier immer wieder auf die Zyklichkeit des Innovationsprozesses, die in jeder Phase eine andere Verhaltensweise gebietet, zog aus dem Vierphasen-Standardmodell der Innovation umfassende Konsequenzen und riet, in den verschiedenen Phasen wesentlich unterschiedliche Organisationsformen zu praktizieren. In der Einführungsphase empfehle sich die Schaffung verschiedener kleiner Produktionseinheiten und eine insgesamt informelle Produktionsstruktur, in der Phase des schnellen Wachstums eine stark expandierende Struktur (am besten eine Matrixstruktur), deren Wachsen unmittelbar an ihren ökonomischen Erfolg gekoppelt werden sollte. »Erst in der Saturationsphase ist eine streng hierarchisch gegliederte Organisationsstruktur sinnvoll, wo standardisierte Massenprodukte erzeugt werden, daher nur kleine Produkt- und Prozeßinnovationen möglich sind, die problemlos in die gegebene Struktur einfügen müssen. Dies bedeutet, daß sich der demokratische Zentralismus bei der Hervorbringung, Durchsetzung und Ausbreitung von wissenschaftlich technischen Neuerungsprozessen in unterschiedlichen Formen verwirklichen muß«⁵⁸. Die Ironie in dieser Formulierung ist unverkennbar, der demokratische Zentralismus wurde ja in der DDR mit größter Selbstverständlichkeit eben mit streng hierarchisch gegliederten Organisationsstrukturen identifiziert. Zieht man diese Texte in Betracht, dann wird man der DDR-Wissenschaft der achtziger Jahre Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Landes kaum absprechen können. Die rationellen Überlegungen wurden jedoch nur in unzulänglichem Maße Realität. In welchem Maße dazu die Knappheit der Ressourcen, die Starrheit der Strukturen und die Uneinsichtigkeit von Funktionären jeweils beitragen, mag hier dahingestellt bleiben.

58 Ebenda, S. 43.

Fazit

Abschließend möchte ich ein sehr vorsichtiges Trendresümee der Entwicklung von den sechziger bis zu den achtziger Jahren ziehen.

Erstens: Am Anfang erscheint die WTR als ein definitiver historischer Prozeß, in den eine Gesellschaft eintritt, aus dem sie aber auch wieder herauskommt; die Charakteristik dieses Prozesses ist arm, aber im großen und ganzen konsistent. Je mehr die Reflexion ins Detail geht, um so mehr löst sich die Geschlossenheit des Bildes auf. Die WTR zeigt sich nun als ein Bündel von Basisinnovationen oder Innovationsrichtungen; man stellt sich darauf ein, daß jederzeit Innovationen vergleichbaren Ranges neu auftreten können, so daß ein Ende der WTR nicht absehbar ist.

Zweitens: Zunächst wird die feste Überzeugung artikuliert, daß die WTR im Kapitalismus allenfalls beginnen, keineswegs aber vollendet werden kann. Die Argumentation, innerhalb derer diese Überzeugung plausibel ist, unterstellt eine fordistische Produk-

tionsform und sieht – jedenfalls stillschweigend – den Kapitalismus an diese Produktionsform gebunden. Danach verschärft jeder Fortschritt der WTR die existentiellen Widersprüche des Kapitalismus; daß dem Kapitalismus umgekehrt aus solchen Fortschritten neue Potentiale zuwachsen können, wird für ausgeschlossen gehalten. Der Sozialismus, der einen ganzen Wirtschaftszweig oder gar eine ganze Volkswirtschaft wie einen einzigen Riesenbetrieb handhaben kann, gilt als die einzig adäquate Wirtschafts- und Gesellschaftsform, in der sich die WTR umfassend zu entfalten vermag. Die WTR ist zwar in den Systemkonflikt einbezogen, aber dessen Ausgang ist a priori entschieden; Offenheit der Geschichte tritt nicht auf, soweit es die Gesellschaftsordnungen betrifft. Diese strikte Ausgangsposition wird sukzessiv von beiden Seiten erodiert. Die dogmatische Überzeugung, daß die WTR im Kapitalismus nicht durchgeführt werden könne, verblaßt und verschwindet schließlich. Die Flexibilität und Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus wird in Betracht gezogen, man geht schließlich mehr oder weniger selbstverständlich davon aus, daß die WTR in beiden Systemen verläuft. Die Anerkennung dieser Tatsache wird zum Motiv, das friedliche Koexistenz und intersystemare Kooperation legitimiert. Andererseits kehrt sich die den Sozialismus betreffende Argumentationsrichtung unmerklich um; an die Stelle der Versicherung, daß die WTR den Sozialismus braucht, um sich zu entfalten, tritt immer mehr die These, daß der Sozialismus die WTR meistern müsse, um entwicklungsfähig zu bleiben. Im Maße dieser Umkehr erscheint die WTR immer weniger als eine sichere Bank und immer mehr als eine mit Risiken verbundene Herausforderung.

Drittens: Auch die am wenigsten dogmatischen Deutungen gehen nicht so weit, die Gesellschaft als durch die WTR bestimmt zu denken und Sozialismus und Kapitalismus als Varianten von WTR-Gesellschaften anzusehen, die durch einen übergreifenden Basisprozeß in den Produktivkräften in ein kompetitives und in der Perspektive auch kooperatives Verhältnis zueinander gezwungen werden. An der herkömmlichen marxistischen Position, den Gesellschaftstyp nach den herrschenden Produktionsverhältnissen zu identifizieren, wird festgehalten. An die Stelle der ursprünglichen Gewißheitsgarantie für den Ausgang des Systemkonflikts unter WTR-Bedingungen treten zwar immer höhere Anforderungen an gestalterische Aktivität; zugleich aber wird bis zum Schluß in keiner Weise bezweifelt, daß es in den sozialistischen Gesellschaften jederzeit möglich sein wird, diese Aktivität im erforderlichen Ausmaß zu mobilisieren. Anscheinend wurden die Konsequenzen aus der fortschreitenden Auflösung der fordistischen Produktionsform niemals so weit durchdacht, daß die prinzipielle historische Offenheit des Systemkonflikts in das Blickfeld rückte. Ein Zukunftsrisiko erblickte man allenfalls in einem nuklearen Weltkrieg oder einem globalökologischen Kollaps; die WTR selbst erschien traditionell für den Sozialismus als ein Benefizium und nicht als ein Existenzrisiko.

Viertens: In den sechziger Jahren war der Begriff der WTR – auch wenn seine Explikationen mit viel ideologischer Phraseologie umgeben waren – auf dem Weg, zu einer synthetischen Kategorie

der marxistischen Gesellschaftswissenschaften von hohem Integrationsvermögen zu werden. Mit der Konkretisierung dieses Begriffs, die ihn mit einem Übermaß an Kontexten konnotierte, ging jedoch eine schleichende Pragmatisierung einher, deren Kehrseite der Verlust des großen gesellschaftstheoretischen Anspruchs war. Die WTR-Forschung tendierte dazu, zur Strategieforschung für die Innovationspolitik der DDR zu werden, und rüstete sich mit dem Arsenal der dafür nötigen Instrumentarien auf, während die herkömmlichen gesellschaftstheoretischen Positionen zwar repetiert wurden, aber zu der Rolle rituellen ideologischen Beiwerks herabsanken, ohne selbst noch produktiv zu sein.

Alles in allem ist der Begriff der WTR meines Erachtens ein sehr geeigneter Ausgangspunkt, um die Diskurse zu analysieren und zu deuten, in denen in der DDR zwischen 1960 und 1990 Wissenschaft und Gesellschaft zusammengedacht wurden. Indes bewegte sich der WTR-Begriff in einem so umfangreichen, heterogen zusammengesetzten und sich vielfältig wandelnden Netzwerk anderer Begriffe, daß eine seriöse Studie, die mehr bieten will als ein paar Stichproben, das Niveau einer Habilitationsschrift anstreben und mit dem dafür erforderlichen Arbeitsaufwand rechnen müßte. Eine solche Studie wäre aber auch unerläßlich, um aus der Fülle bedruckten Papiers jene Gedanken zu selektieren, die im Arsenal der geistigen Mittel zum Begreifen des gegenwärtigen globalen Wandels weiterhin auf Brauchbarkeit Anspruch erheben können.

BERND FLORATH

Verpaßte Möglichkeiten? DDR-Historiker in den sechziger Jahren

Zunächst ist es notwendig, (auch sich selbst) Rechenschaft zu geben über die heutigen lebenswirklichen Interessen, aus denen heraus der Blick zurück gerichtet wird. Die streitbare Rezension Alexander Fischers zum Band »Nach dem Erdbeben« endete mit der wohl kaum zu bezweifelnden Feststellung, daß »die inzwischen offenbar als unstrittig empfundene, notwendige Selbsterneuerung der ostdeutschen Geschichtswissenschaft in den Jahren 1989/90 eben nicht stattgefunden hat«.¹ Polemik gegen Unstrittiges scheint unnötig, dennoch polemisierte Fischer. Doch er tat dies nicht zur Bekräftigung der Notwendigkeit der Erneuerung der ostdeutschen Geschichtswissenschaft, sondern um den Umstand der Kritik zu entziehen, daß diese Erneuerung von westdeutschen Historikern (ohne großes I) vollzogen wurde. Seine Polemik unterstellt indes, daß Kritik an letztgenanntem Umstand nur von erneuerungsunfähigen oder -unwilligen ostdeutschen Historikern geäußert worden sei bzw. auf »Vorurteile(n) von amerikanischer Seite« beruhe. Sie übersieht, daß Kritik an dieser Einseitigkeit gleichfalls von den sich (lediglich) »zur Denunziation« eignenden² Historikern aus der DDR vorgebracht wurde, die selbst die Forderung nach grundsätzlicher Erneuerung 1989/90 vorgebracht hatten.³ Fischer polemisierte mit einer Unwirschheit, die sich wahrscheinlich erklärt aus der Vermischung zweier Interessen an der Übernahme ostdeutscher Ordinariate durch westdeutsche Historiker: dem an der (Re-)Konstruktion der Geschichtswissenschaft in Ostdeutschland und dem an der Versorgung stellungsuchender Kollegen des Westens im Osten. Nach der Legitimität des einen wie des anderen Interesses soll hier nicht weiter gefragt werden. Interessant daran ist für meine Betrachtungen die unaufgelöste Vermengung zweier Aspekte, die aus methodisch zu unterscheidenden Kontexten stammen: einem lebenswirklich sozialen und politischen einerseits und einem wissenschaftsinternen und -organisatorischen.

Die Diskussion um die DDR-Geschichtswissenschaft leidet an einer ganz ähnlichen Doppelgesichtigkeit, die zudem belastet ist durch die je verschiedenen moralischen Qualifizierungen jener Wirklichkeit der Erneuerung der Geschichtswissenschaft in Ostdeutschland, deren Interessenmelange bei Fischer so schön undurchsichtig blieb:

Einerseits steht hier die Frage nach der Qualität von Geschichtswissenschaft in der DDR, andererseits die nach der Qualität der Historiker, d.h. ihres Verhaltens als Bürger eines Gemeinwesens

Bernd Florath – Jg. 1954, 1975-81 Studium der Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, davon 1977-78 drei Semester zur »Bewährung in der Produktion« wegen zu eigenwilliger Bemerkungen zur Biermann-Ausbürgerung, dennoch 1986-90 SED-Mitglied bis zum Scheitern des Versuchs, diese aufzulösen; 1991-93 einer der Sprecher des NEUEN FORUM; Promotion 1987 über Karl August Wittfogel, Veröffentlichungen zur Theorieentwicklung in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg. In UTOPIE kreativ: Rückantworten der »Hauptverwaltung Ewige Wahrheiten«. Wolfgang Harich ohne Schwierigkeiten mit der Wahrheit (1994, Heft 47/48, S. 58-73).

1 Alexander Fischer:

Rezension zu: Konrad H. Jarausch/ Matthias Middell (Hrsg.): Nach dem Erdbeben. (Re-)Konstruktion ost-deutscher Geschichte und Geschichtswissenschaft, in: Historische Zeitschrift, 261 (1995), S. 656.

2 So eine gewisse Felicitas Walka (Halle):

Wer schreibt DDR-Geschichte?, in: Neues Deutschland, 18. 3. 1994; wieder abgedruckt in: Wer schreibt DDR-Geschichte? Ein Historikerstreit um Stellen, Strukturen, Finanzen und Deutungskompetenzen. Tagung der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg vom 18.–20. 3. 1994 in Zusammenarbeit mit dem Unabhängigen Historiker-Verband im Adam-von-Trotthaus in Berlin-Wannsee, hrsg. v. Rainer Eckert, Ilko-Sascha Kowalczyk u. Ulrike Poppe, Berlin 1995 (Nachlese, 9/94), S. 133.

3 Vgl. u. a. Erklärung zur Umgestaltung des Instituts für Geschichtswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin (21. Dezember 1990); Erklärung zur Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Berlin zur Abwicklung von Fachbereichen der Humboldt-Universität zu Berlin (18. Juni 1991), in: Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes, Berlin 1994, S. 39–41.

4 Bismarck. Urpeuße und Reichsgründer, Berlin 1985; derselbe: Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1989.

5 Deutschland im ersten Weltkrieg, 3 Bde., Berlin 1968.

namens DDR und drittens nach dem Verhältnis dieses Verhaltens zur Qualität ihrer professionellen Arbeit. Um also Geschichtswissenschaft der DDR zu untersuchen, sind zumindest diese drei Fragestellungen abzuklopfen, will man vermeiden, in einer unauf lösbaren Dichotomie zu verharren. Darin wird entweder der Ruf einer untergegangenen Landschaft zu retten getrachtet, indem auf jene unzweifelhaft vorhandenen Leistungen verwiesen wird, die hier nur mit den immer wieder zitierten Werken Ernst Engelbergs,⁴ Fritz Kleins,⁵ Hartmut Zwahr⁶ u. a. markiert sein sollen.⁷ Oder es wird der Wert derselben Wissenschaft geleugnet, indem auf die mangelnde bürgerliche Qualität der Subjekte der Geschichtswissenschaft verwiesen wird, sei es, daß sie das Ohr des Geheimdienstes als Denunzianten bedienten, Kollegen politisch denunzierten oder selbst maßregelten, sei es, daß sie den Herrschenden bereitwillig jede Legitimationsideologie lieferten, selbst auf Kosten der Regeln der Wissenschaftlichkeit ihrer Arbeit.

Auch methodische Innovation scheint als Bewertungskriterium der DDR-Geschichtswissenschaft nicht zu greifen, insofern es wohl ohnehin keine nationale Geschichtswissenschaft gibt, die sich gänzlich durch unausgesetzte methodische Innovation bzw. deren vollkommene Abwesenheit auszeichnet. Vielmehr finden sich in unterschiedlichem Maße Innovationen neben konservativer Fortschreibung herkömmlicher Methoden, was, insofern Historiographie immer auch die Masse deskriptiver Aufbereitung von Quellenmaterial heischt, gleichermaßen das Futter bereitet, von dem sich Innovation nicht zuletzt nährt. Der 1990/91 auf die abzuwickelnde DDR-Akademie gerichtete evaluatorische Blick, der bohrend nach auffälligen innovatorischen Ansätzen fragte, schien mitunter eine Normalität von permanenter methodischer Umwälzung zu suggerieren, vor der die Akademie der Wissenschaften zu bestehen hätte. Indes sind sie und ihre Institute nicht aufgelöst worden, weil sie diesem hohen Maßstab nicht genügten, sondern doch eher umgekehrt: Sie wurden – weil als unpassend in der westdeutsche Wissenschaftslandschaft – liquidiert, und die Evaluatoren hatten allenfalls die Aufgabe, aus den abzureißenden Gebäuden noch all jenes zu bergen, was im eigenen, tatsächlich moderneren Gebäude fehlte, paßte oder als sinnvolle Ergänzung und/oder Verbesserung erschien. Die Normativität der Evaluierung war selbst eine doppelte, wie es den Beteiligten z.T. indes erst angesichts des Resultats in aller Deutlichkeit bewußt wurde: Einerseits maß sie die DDR-Wissenschaft an einem außerordentlich anspruchsvollen Maße, an dem sich wohl die konzeptiven Kollegen des Evaluatorenteams maßen und messen lassen konnten, dem aber wohl kaum der Schnitt, der Normalzustand der westdeutschen Zunft entsprechen dürfte.⁸ Andererseits hing das Resultat gerade nicht von dieser höchst revolutionär gedachten Messung ab (ich vernachlässige hier die letztlich alles unwiderruflich in Grenzen haltende Strapazierung des Budgets, das seinerzeit ohne jegliche steuerliche Aufstockung sämtliche Anschlußfolgekosten zu decken in der Lage sein sollte), sondern von wissenschaftspolitischen Strukturvorstellungen verantwortlicher Politiker, die nur in den Kategorien des wissenschaftlichen Normalalltags zu denken fähig waren,

Innovation, qualitative Sprünge (deren Notwendigkeit für das westdeutsche Wissenschaftssystem seinerzeit als offenkundig angesehen wurde) gar nicht antizipieren konnten. Dies würde Politik in ihrem Realzustand, d.h. außerhalb politikwissenschaftlicher Seminare, auch überfordern.

Wendet man nun den Blick auf die DDR-Geschichtswissenschaft zurück, ohne gleichermaßen die Abrißbirne mitzudenken, und fragt nach deren Wert wie nach dem ihrer Protagonisten, so scheint der Vergleich mit anderen (darunter der westdeutschen) Geschichtswissenschaften eher in dem Sinne sinnvoll, als Normalitäten verglichen werden, ohne zugleich eine von ihnen als Maß zu unterstellen. Das Maß des Vergleichs zu generieren, bleibt eher eine zu lösende Aufgabe, der sich in dieser vagen Annäherung zu widmen wäre. Wenn im folgenden von DDR-Geschichtswissenschaft die Rede ist, so vor allem im Sinne einer idealtypischen Konstruktion, d.h. einer Historiographie, die sich an den ideologischen Grundsätzen des Marxismus-Leninismus orientiert, womit Griewank und Winkelmann zu ihrer Erleichterung aus der Betrachtung entlassen wären.

Bei der Rückschau auf die sechziger Jahre muß als Ausgangsbedingung unterstellt werden, daß die DDR-Geschichtswissenschaft neben einigen bereits vor 1945 ausgebildeten Historikern, die aus der politischen Linken kamen und nach 1945 deren Gründungsväter darstellten (Karl Bittel, Ernst Engelberg, Jürgen Kuczynski, Walter Markov, Alfred Meusel, Karl Obermann, Leo Stern, der zu meist vergessene Joseph Winternitz u. a.), durch eine Generation repräsentiert wurde, die nach 1945 ihre wissenschaftliche Laufbahn begann und sich selbst die Etablierung einer neuartigen, mit der Tradition deutscher akademischer Historiographie brechenden Wissenschaft zur Aufgabe gemacht hatte.⁹ Abstrahiert man von diesem vollzogenen Bruch – auf die Bedeutung dieser Abstraktion muß allerdings zurückgekommen werden – und nimmt das Gewordene als Teil einer gedachten einheitlichen Geschichtswissenschaft in Deutschland, dann ergänzen diese Versuche bisherige Forschungslinien um eine Betrachtung, die in den Mittelpunkt der politischen Geschichte nicht mehr den Staat, sondern die politische Bewegung der nicht herrschenden sozialen Schichten, Bewegungen und Parteien stellt. Dieser Aspekt zwingt die Historiker, Geschichte gegen den Strich zu bürsten, unterstellt ein anderes nationales Selbstverständnis, indem sie den Erfolg einer staatlich sanktionierten Politik nicht mehr ohne weiteres als dem nationalen Interesse entsprechend, sondern entgegengesetzt gerade bestimmte Akte staatlicher Politik in Deutschland als den Interessen der Nation entgegengesetzt oder, wie es der zeitgenössische Jargon formulierte, als antinationale Politik ansieht. Interessanterweise wurde so die Identifizierung von nationalem Interesse und Staat zwar grundsätzlicher Kritik unterzogen, gleichwohl blieb nationales Interesse eine als objektivierbar angesehene Kategorie, nur daß es nunmehr an die jeweiligen Interessen der Unterschichten (wenigstens im Postulat des Marxismus-Leninismus) bzw. an die jeweiligen Sonderinteressen der – sich als den Unterschichten zugerechneten politischen Avantgarde ansehenden – politischen

6 Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin 1978.

7 Warum erwähnt eigentlich niemand Karl Griewank (Der neuzeitliche Revolutionsbegriff. Entstehung und Wirkung, Weimar 1955) oder Friedhelm Winkelmann (Byzantinische Rang- und Ämterstruktur im 8. und 9. Jahrhundert. Faktoren und Tendenzen ihrer Entwicklung, Berlin 1985 [Berliner Byzantinistische Arbeiten; 53])? Was bei Winkelmann scheinbar noch durch die Randstellung des Themas motivierbar wäre, wirkt im Falle Griewanks unvermeidbar bereits die Frage danach auf, was eigentlich DDR-Geschichtswissenschaft sei: Eine Frage, die an die sinnreiche wie hochkomplizierte Unterscheidung zwischen russischen und sowjetischen Schriftstellern erinnert. Eine Frage, auf die bislang nur Ilko-Sascha Kowalczuk hinwies, obwohl die von ihm skizzierte Antwort mir zu kurz zu greifen scheint. – Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in der Geschichtswissenschaft der DDR (1945–1961), in: Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, hrsg. v. Martin Sabrow und Peter Th. Walther, Leipzig 1995 (Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung; 13), S. 37f.

8 Daß die Mehrheit der praktizierenden Historiker der metawissenschaftlichen Reflexion der eigenen Arbeit bestenfalls mit rezeptiver

Aufmerksamkeit für die hierüber geführten Debatten gegenübersteht, ist einer der harten Fakten, deren sich die an dieser Debatte Beteiligten längst bewußt sind. – Vgl. Jerzy Topolski: *Methodology of History*, Warszawa/Dordrecht/Boston 1976, S. 1.

9 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: »Wo gehobelt wird, da fallen Späne«. Zur Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft bis in die späten fünfziger Jahre, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 42 (1994) 4, S. 302–318.

10 Vgl. Celina Bobinska: *Historiker und historische Wahrheit. Zu erkenntnistheoretischen Problemen der Geschichtswissenschaft*, Berlin 1967, S. 7ff., Zitat S. 14.

Parteien gebunden wurde. Methodisch war dieser Aspektwechsel keineswegs so innovativ, wie es den Beteiligten schien, insofern er nur die Partei, die das nationale Interesse definierte, auswechselte. Allenfalls in seiner Konsequenz, d.h. durch die mittelbar von ihm aufgeworfenen Fragen, hatte er die Potenz, methodische Innovation herauszufordern.

Die methodischen Konsequenzen einer Geschichtsbetrachtung (die aparte Kulturwerte zum Ausgangspunkt nimmt) für den Umgang mit dem Rohstoff blieben weitgehend uneingelöst, obzwar indirekt heftig um sie gestritten wurde. Die Debatte über Parteilichkeit und Objektivität der fünfziger Jahre verwarf gerade jenen Weberschen Ansatz der Wertfreiheit (im Sinne der Wahlfreiheit der Werte und nicht, wie mißverständlich häufig unterstellt wurde, im Sinne einer imaginären Abwesenheit von Werten) als irrationalistisch, der als Voraussetzung hätte dienen können für die Herstellung der Diskursivität von Forschungsergebnissen unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Ausgangsaspekte. In ihrem Buch »Historiker und historische Wahrheit« versuchte Celina Bobinska 1964 dieses Problem an der Problematik des historischen Faktums in sozialhistorischen Untersuchungen zu erörtern. Eingehend unterstrich sie die Vielfalt der Aspekte in der Betrachtung ein und desselben historischen Vorgangs, ironisierte, so deutlich dies in einem Buch, dessen deutschsprachige Ausgabe im Ostberliner Dietz Verlag erschien, möglich war, die Fragwürdigkeit so beliebter eindeutiger Wertkategorien des Marxismus-Leninismus wie der »Fortschrittlichkeit« oder »Nichtfortschrittlichkeit« von Produktivkräften.¹⁰ Ihre theoretischen Überlegungen fanden indes kaum Niederschlag in konkreten Studien.

Insofern nämlich die Historiker in der DDR es als ihre vornehmliche Aufgabe ansahen, das überlieferte Geschichtsbild einer grundsätzlichen Revision im Sinne des Aspektwechsels zu unterziehen, reichte es hin, methodisch weitestgehend konservativ zu arbeiten. So vollzog sich der wesentliche Streit mit den Vertretern der herkömmlichen historischen Zunft Deutschlands im wesentlichen auf der Ebene dieser Aspektgebundenheit und -gegensätzlichkeit, blieb mithin politische Auseinandersetzung um Kulturwerte – wobei dieser Streit mit einer Unversöhnlichkeit ausgetragen wurde, die die Tatsache mit sich brachte, daß die jeweiligen Aspekte nicht als Aspekte einer Geschichte betrachtet wurden, die Differenz der Resultate der Forschungen also auch nicht als Ergebnisse jeweils verschiedener ihnen zu Grunde liegender Kulturwerte, sondern der jeweilige Aspekt als objektiv und exklusiv gültiger angesehen wurde. Demzufolge konnten auch nur die Resultate der Forschung, die unter dem gleichen Aspekt angestellt wurde, als historische Wahrheit akzeptiert werden; alle anderen galten als Klitterung, bestenfalls als Irrtum. Besonders auf DDR-Seite unterlag dem Vorgehen die Auffassung, historische Erkenntnis sei Widerspiegelung objektiver Realität, mithin eine, d.h. genau eine wahre Reflexion möglich. Aussagen von Historikern konnten nur wahr oder falsch im Sinne mathematischer Aussagenlogik sein. Dialektik – im Sinne des universalen Zusammenhangs aller Phänomene, ihrer gegenseitigen Abhängigkeit, mithin nur wechselseitig, relativ

bestimmbaren Wertigkeit – spielte in der Praxis der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft scheinbar paradoxerweise gar keine Rolle.

Selbst bei äußerster Skepsis kritischer Denker unterlag ihr Vorgehen einem Verfahren, das in der Tendenz die Herstellung eines umfassenden, objektiv wahren Bildes der Vergangenheit möglich erscheinen ließ. Bertolt Brecht schrieb in seinem »Lob des Zweifels« von dem Menschen, der den endlich gefundenen Lehrsatz »eines Tages in das Merkbuch des Wissens ein[schrieb]« und später, »mag es geschehn, daß ein Argwohn entsteht, denn neue Erfahrung/ Bringt den Satz in Verdacht. Der Zweifel erhebt sich./ Und eines anderen Tages streicht ein Mensch im Merkbuch des Wissens/ Bedächtig den Satz durch.«¹¹ Erkenntnisfortschritt ist geprägt durch die Vorstellung genaueren, tieferen Durchdringens einmal gegebenen, passiven Materials, der quantitativen Mehrung des Wissens, kaum als Entwicklung der Methoden der Wissensgewinnung. Vorbild des Erkenntnisvorganges bleibt die klassische Physik, auf die im Notfall immer wieder zurückgegriffen wird.¹² Pikanterweise wird gerade von den Vertretern einer Ideologie, die sowohl politische Verantwortung des Wissenschaftlers als auch politische Wirksamkeit seiner Arbeitsergebnisse zur Achse des Selbstverständnisses machen, Erkenntnis selbst nicht als Interaktion zwischen Betrachter und Betrachtetem, sondern als bloße Beobachtung eines unbeweglichen und unveränderbaren Objektes gedacht. Diese mechanistische Vorstellung wissenschaftlicher Erkenntnis im dialektischen und historischen Materialismus erfüllte immerhin den der Geschichtswissenschaft gestellten Zweck, das politische und historische Selbstverständnis der in der DDR Agierenden zu untermauern: historische Legitimation der SED aus der Geschichte als einer Geschichte des nicht nur moralisch berechtigten Kampfes der Unterschichten um politische und menschliche Emanzipation, sondern auch aus der Geschichte jener politischen Partei, die sich als einzig berechtigten, weil erfolgreichen Vorkämpfer dieses Emanzipationskampfes ansah; die SED (zumindest für deutsche Verhältnisse) als Träger des historischen Fortschritts, wobei objektive Logik des historischen Prozesses und politische Programmatik der Partei in eins fielen. Alternativen hatten in einer solchen Konzeption freilich keinen Platz, es sei denn als besonders hinterhältige Versuche des alles verneinenden Geistes, den Sieg des objektiv Notwendigen zu verhindern oder zu verzögern. Diese Absolutheit des Wahrheitsanspruches nicht schlechthin eines verschobenen Wissenschaftlers oder – und die Bezeichnung wäre wohl treffender – Messias verengte zwangsläufig den Raum des wissenschaftlichen Diskurses, stellte die Abweichung unter politischen Verdacht, der allenfalls gemildert werden konnte durch die Möglichkeit des individuellen Irrtums. Wo sich das Individuum in seinem Irrtum verfestigt, gar diesen Irrtum überindividuell zu verfechten sucht, schwindet die Verzeihlichkeit des subjektiven Fehlverhaltens, entartet es zu einem Politikum, dem zuletzt politisch oder polizeilich beizukommen ist.

Um die Vielfältigkeit der für dieses Vorgehen maßgeblichen Motivationen ebenso wie die Unmöglichkeit, sie aus einer bestimmten

11 Bertolt Brecht: Lob des Zweifels, in: Derselbe: Von der Freundlichkeit der Welt. Gedichte, hrsg. v. Hubert Witt, Leipzig 1970, S. 115f.

12 Vgl. Ernst Engelberg: Betrachtungen über Gegenstand und Ziel der Geschichtswissenschaft, in: Derselbe: Theorie, Empirie und Methode in der Geschichtswissenschaft. Gesammelte Aufsätze, hrsg. v. Wolfgang Küttler u. Gustav Seeber, Vaduz 1980, S. 7 (Hervorhebung – B. F.): »So entscheidend wichtig die hier von Marx angedeutete Dialektik von objektiven gesellschaftlichen Gesetzen und den subjektiven Triebkräften ihrer Verwirklichung auch ist, so haben wir den ersten Teil der Marxschen Aussage allseitig zu überdenken und uns zu Herzen zu nehmen, um einen allenthalben vernachlässigten Forschungskomplex systematisch in Angriff zu nehmen und eine diesem Komplex entsprechende spezielle Methodik, die tatsächlich ›naturwissenschaftlich treu‹ zu konstatieren vermag, ausarbeiten zu können.« (Darin Zitat: Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Berlin 1958–68, [im folgenden: MEW], Bd. 13, S. 9.)

13 Der »konzeptive Ideologie« ist eine Charaktermaske aus Marxens »Deutscher Ideologie« und meint Intelligenzler, »welche die Ausbildung der Illusion dieser [herrschenden] Klasse über sich selbst zu ihrem Hauptnahrungszweige machen« (MEW, 3, 46). Marx hatte sicherlich dabei auch wirkliche Personen vor Augen, vorstellbar wären Gentz oder Savigny und – vor allem: Hegel, wobei letzterer sowohl als preußischer Staatsphilosoph konzeptiver Ideologe ist, indes auch dank dialektischer Methode ein subversives Element in den geistigen Prozeß einführt, das zugleich staats-erhaltend wie staatsersetzend wirkt.

14 Berlin 1966.

15 Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), 12 Bde., Berlin 1959–69.

16 Deutschland im ersten Weltkrieg, 3 Bde., Berlin 1968.

17 Vgl. Martin Sabrow: Der »ehrliche Meinungsstreit« und die Grenzen der Kritik. Mechanismen der Diskurskontrolle in der Geschichtswissenschaft der DDR, in: Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie, hrsg. v. Gustavo Corni und Martin Sabrow, Leipzig 1996, S. 79–117; vgl. auch derselbe: Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Fall Günter Paulus, in: Berliner Debatte. Initial, 1995, 51–67.

Vita heraus in Frage zu stellen anzudeuten, eine Episode: Ein nicht unmaßgeblicher Vertreter der DDR-Geschichtswissenschaft erzählte mir weiland geradezu verzweifelt verständnisheischend die Praxis eines derartigen Vorganges. Er habe bei einem Kollegen falsche (weil »unmarxistische«) Ausführungen in einem Artikel in der »Einheit« bemängelt. Der Kollege, er war zu der Zeit wohl an der Leipziger oder Hallenser Universität beschäftigt, wurde daraufhin disziplinarisch gemäßigelt, was der Erzähler selbst damals nicht wußte, nicht beabsichtigte und wohl auch nicht veranlaßt hätte. Aber da die Auffassungen falsch waren, mußte, so erklärte er mir, dies auch im Interesse des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts öffentlich denunziert werden. Einige Jahre später – der Gemäßigelte hatte sich anscheinend wieder rehabilitiert – traf er diesen auf einer Tagung, wollte ihn begrüßen, doch der weigerte sich, ihm auch nur die Hand zu geben. Er konnte dies nicht verstehen, konnte keinerlei Verfehlung seinerseits sehen und bat mich, dem er selbst gerade einige Monate zuvor zur politischen Bewährung außerhalb der Universität verholten hatte, zu helfen, ihm dieses ihm völlig unbegreifliche Verhalten zu erklären. Doch wie hätte ihm Ende der siebziger Jahre verdeutlicht werden können, daß sein eigenes Identisch-Setzen von Wissenschaft und Politik ihm den Weg zu einer anderen Wertung des Vorgangs verschloß, ohne seine (ihm durch Gestapo-Folter in der Prinz-Albrecht-Straße erhärteten) politischen Grundüberzeugungen ins Wanken zu bringen?

Die Legitimationsideologie, die zu schaffen Beruf der Historiker der DDR als konzeptiver Ideologen¹³ der SED war, drückte sich in vielfältiger Form aus. Vorzeigbar scheinen mir noch immer die achtbändige Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,¹⁴ die Minol-Reihe,¹⁵ die Geschichte des ersten Weltkrieges¹⁶ zu sein, insofern sie tatsächlich – unter dem Aspekt, daß die objektive Logik der deutschen Geschichte gewissermaßen ein Telos hat, das Walter Ulbricht heißt – das überlieferte Material ordnend interpretierte und ein entsprechendes Bild (re-)konstruierte. Die daran arbeitenden Historiker taten im wesentlichen nichts anderes als andere Historiker auch, wie diese wählten auch sie aus dem Material aus, was ihnen unter ihrem Aspekt relevant erschien, nur daß der Diskurs, der dieser Relevanz resp. der Irrelevanz ausgesparten Materials, ausgespart Probleme erst hätte intersubjektive und aspektübergreifende Geltung verschaffen können, unterbunden blieb. Insofern ist das von Martin Sabrow rekonstruierte Abenteuer Fritz Kleins Mitte der sechziger Jahre, einen Diskurs mit westdeutschen Kollegen zu (re-)etablieren, ebenso wie die verhindernde Skepsis Ernst Engelbergs¹⁷ mehr als nur ein Problem der unterschiedlichen Einschätzungen der politischen Verhältnisse. Es ist ein zweifelsohne nicht als solcher reflektierter Versuch wissenschaftlicher Fundierung der eigenen Arbeit, ergo ein Problem nicht allein der politischen Geschichte der Historiker der DDR, sondern auch der Wissenschaftsgeschichte.

Mit den Ulbrichtschen Reformversuchen der sechziger Jahre wurden an die Wissenschaft weitergehende Forderungen gestellt, als die bloße kritische Hinterfragung des überlieferten Weltbildes und die Entwicklung eines der Politik der SED entsprechenden.

Insbesondere natürlich von den Natur- und Sozialwissenschaften wurde operationalisierbares Wissen gefordert; Wissenschaft galt als unmittelbare Produktivkraft,¹⁸ sollte nicht allein produktive Prozesse im unmittelbaren Sinne rationalisieren, sondern auch Organisation, Verwaltung, Leitung und selbst Politik. Direkte Folge war die Etablierung von – vormalig als bürgerliche Scheinwissenschaften verfeimten – Disziplinen und Methoden wie Soziologie, Kybernetik, Demographie. Soziologische und kybernetische Methoden standen mehr und mehr im Mittelpunkt auch theoretisch-methodologischer Erörterungen in den Sozial- und Geisteswissenschaften. Die Geschichtswissenschaft als Teil der als Gesamtheit verstandenen Gesellschaftswissenschaft suchte einerseits ihren Standort innerhalb der mehr und mehr nach Systematisierung rufenden Diskussion, andererseits nach den eigenen Fragestellungen, die über die Legitimation, historisches Selbstverständnis und -bewußtsein produzierende Kontemplation hinausreichten. Die im Kontext des Marxismus-Leninismus ohnehin gestellte Frage nach Gesetzmäßigkeiten rückte ausdrücklich in den Vordergrund. Bislang waren es eher die den konkreten historischen Abläufen unterstellten allgemeinen gesellschaftlichen Gesetze vor allem ökonomischer Natur sowie die zur Gesetzmäßigkeit stilisierte Stufenfolge der Gesellschaftsformationen, wie sie – noch immer gültig, wenn auch nicht mehr fraglos hingenommen – von Stalin in dem ihm zugeschriebenen Abschnitt über dialektischen und historischen Materialismus des »Kurzen Lehrgangs« formuliert worden war.¹⁹ (Es sei an dieser Stelle nur an die Revolution der Sklaven und Kolonen erinnert, um auf den gleichermaßen abstrakten wie deduktiven Charakter dieses Schemas hinzuweisen.) In einem viel diskutierten Versuch näherer Bestimmung wies Peter Bollhagen der Geschichte den Charakter der »allgemeinsten nichtsystematischen Einzelwissenschaft von der Gesellschaft« zu.²⁰ Dies leuchtete insofern ein, als diese Bestimmung dem individuellen Charakter des konkret-historischen Verlaufs entgegenkam.

Bollhagens Vorstoß ließ indes ein Manko sichtbar werden, was in den folgenden Jahre dazu führte, daß innerhalb der DDR-Geschichtswissenschaft Forschungen zur Methodologie und Theorie der eigenen Wissenschaft an Gewicht gewannen und sich auch institutionell in eigenen Forschungsgruppen verselbständigten.²¹ Ausschlaggebend für diesen Vorstoß dürfte nicht zuletzt gewesen sein, daß die methodologische Genügsamkeit, mit der sich DDR-Historiker auf die allgemeintheoretischen und -methodologischen Vorgaben der Philosophen verließen, in dem Augenblick fragil wurde, in dem jene in der Philosophie wieder mehr zu sehen begannen als die unausschöpfliche Vertiefung und Ausgestaltung einer allgemeinsoziologischen Theorie des Marxismus-Leninismus, die in ihrer konzeptionellen Form indes längst festgeschrieben sei. Der kanonisierte Marxismus-Leninismus war die strukturelle Bedingung für einen Zustand, in dem kommunistische Kaderphilosophie²² sich zur Theologie erhob, der gegenüber alle anderen Wissenschaften zu Mägden degradiert wurden, in der Philosophie – wie 1956 Robert Havemann, eine Formulierung Wolfgang Harichs nutzend, meinte – als »Hauptverwaltung ›Ewige

18 Prägend für diese Überlegung waren die Überlegungen des Architekten Gerhard Kosel: Produktivkraft Wissenschaft, Berlin 1957; derselbe: Unternehmen Wissenschaft. Die Wiederentdeckung einer Idee. Erinnerungen, Berlin 1989.

19 Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Berlin 1946, S. 126–160.

20 Peter Bollhagen: Soziologie und Geschichte, Berlin 1966, S. 117ff.

21 Vgl. Ralf Possekel: Strategien im Umgang mit dem Dogma: Die geschichtstheoretische Diskussion in der DDR, in: Berliner Debatte. Initial, 1991, S. 170–178; Wolfgang Küttler: Das Historismus-Problem in der Geschichtswissenschaft der DDR, in: Historismus, hrsg. v. O. G. Oexle und Jörn Rüsen, Graz/Köln/Weimar 1996; derselbe: Geschichtstheorie und -methodologie in der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), 42 (1994), S. 8–20.

22 Vgl. Peter Ruben: Von den Chancen, Kaderphilosoph zu werden. Erläuterungen für Außenstehende, in: Innenansichten ostdeutscher Philosophen, hrsg. v.

Norbert Kapferer, Darmstadt 1994, S. 7–29.

23 Vgl. Robert Havemann: Rückantworten an die Hauptverwaltung »Ewige Wahrheiten« [Sonntag, 28. 10. 1956], in: Derselbe: Rückantworten an die Hauptverwaltung »Ewige Wahrheiten«, hrsg. v. Hartmut Jäckel, München 1971, S. 42; derselbe: Meinungsstreit fördert die Wissenschaften [Neues Deutschland, 8. Juli 1956], in: Ebenda, S. 16 f.; vgl. Bernd Florath: Rückantworten an die »Hauptverwaltung Ewige Wahrheiten«, Wolfgang Harich ohne Schwierigkeiten mit der Wahrheit, in: UTOPIE kreativ, 1994, 47/48, S. 59ff.; derselbe: Vom Zweifel zum Dissens, in: Die Entlassung. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften 1965/66, hrsg. v. Silvia Müller und Bernd Florath, Berlin 1996 (Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs; 1), S. 15ff.

24 Günter Katsch, Alfred Loesdau, Hans Schleier: Forschungen zur Geschichte der Geschichtsschreibung, -theorie und -methodologie, in: Historische Forschungen in der DDR 1960–1970. Analysen und Berichte (ZfG. Sonderband, 23[1970]), S. 34, Fn. 10.

25 Vgl. Friedrich Engels an Joseph Bloch, 21./22. 9. 1890, in: MEW, Bd. 37, S. 464.

Wahrheiten« fungierte, die die letzte Instanz des Urteils über Wahrheit und Unwahrheit in den Ergebnissen der Einzelwissenschaften war.²³ Es lag ein Hauch emanzipatorischen Bestrebens im Unbehagen der Historiker über die Tatsache, daß »Probleme ..., die die Diskussion geschichtstheoretischer und -methodologischer Fragen belebt haben«, von Philosophen aufgeworfen wurden.²⁴ Die Diskussion über (spezifisch) historische Gesetze entzog die Geschichtswissenschaft partiell dem Wächteramt der als Ideologen fungierenden Philosophen, die bislang die Zuständigkeit für verallgemeinernde Aussagen über die Logik gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse weitestgehend monopolisiert hatten. Die nach 1970 erfolgte Gründung einer eigenen Forschungsstelle für systematische Fragen der Geschichtswissenschaft war in gewisser Hinsicht auch ein Akt der Emanzipation der Historiker aus der Klammer der Fachleute des HistMat. Andererseits brachte diese Emanzipation von philosophischer Vormundschaft in konzeptionellen Fragen auch die souveräne Ignoranz zum Ausdruck, die praktizierende Historiker für gewöhnlich gegenüber metawissenschaftlichen Fragestellungen an den Tag legen. Die allgemeine weltanschauliche und politische Selbstdefinition war schlechthin leichter reproduzierbar in ideologischen Einleitungen und Vorworten zur Rolle und Bedeutung des Gegenstandes als der Nachvollzug eines anspruchsvollen methodologischen Diskurses.

Bollhagens Thesen hinterließen zugleich Unbehagen, insofern ein naturwissenschaftlich geprägter Gesetzesbegriff einerseits und die Abhängigkeit der Bestimmung der Wissenschaftlichkeit von der nomothetischen Arbeit des Wissenschaftlers dazu führten, daß Historiker fürchten mußten, gewissermaßen in die nichtsystematische Ecke am Rande der Wissenschaftlichkeit verbannt zu werden. Dies schmälerte den politischen Stellenwert der Geschichtswissenschaft in einer Atmosphäre, die Operationalisierbarkeit heischte. Gangbarer Ausweg aus dieser Enge war eine Fragestellung nach Strukturgeschichte, die methodisch darüber hinaus ging, von Philosophen, Ökonomen oder Soziologen konstatierte soziale Gesetze in der konkreten Geschichte wiederzufinden bzw., wie es zeitgenössisch hieß: »anzuwenden«. Was in der Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik mit der historischen Sozialwissenschaft im annähernd gleichen Zeitraum in Angriff genommen wurde, stellte für Historiker in der DDR die Diskussion nach strukturellen Eigenheiten der sozialökonomischen Formationen dar.

Im Grunde wurden Fragen aufgeworfen, die die traditionelle Geschichtswissenschaft ebenfalls in eine historische Sozialwissenschaft verwandeln konnten, Fragen nach spezifischen ökonomischen und sozialen Strukturen historischer Gesellschaften, der Überlagerung abstrakter ökonomischer und sozialer Systeme in jeweils konkreten Gemeinwesen, der Wirkungsweise notwendiger Zusammenhänge unabhängig von der Erkenntnis der konkreten agierenden Individuen. Die Frage nach den gesellschaftlichen Gesetzen in der Geschichte, ihrer Durchsetzung mittels des spontanen Handelns der Individuen, gleichermaßen als Resultate eines Kräfteparallelogramms, um eine – natürlich naturwissenschaftliche – Metapher von Friedrich Engels aufzugreifen,²⁵ hatte die Potenz,

die Geschichte zu einer wirklichen Sozialwissenschaft werden zu lassen – mit Implikationen für die Analyse der Wirklichkeit der DDR, deren Sprengkraft den Historikern zumindest die Stellung von Intellektuellen innerhalb der Intelligenzia zurückerobert hätte. Dies hätte jedoch zumindest erfordert, das sich eröffnende analytische Instrumentarium nicht allein in der Untersuchung altorientalischer, antiker oder feudaler Gemeinwesen in Bewegung zu setzen, sondern vor allem die Geschichte des eigenen Staates, des eigenen Systems auf den Seziertisch sozialhistorischer Analyse zu legen. Die Herausforderungen hierfür waren vorhanden, das Instrumentarium im Entstehen, selbst die Bedürfnisse von Politik, vor allem aber der Ökonomie sprachen in diese Richtung.

Die Überlegungen, die im Kontext der Wirtschaftsreformen des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖS) dazu angestellt wurden, warfen in dieser Richtung eine ganze Palette von Problemen auf, die sich unmittelbar an Historiker richteten. Insofern die Reformökonomie auf den treibenden Wettbewerb der sich über den (zweifelsohne regulierten) Markt realisierenden und ausgleichenden Interessen der einzelnen (volkseigenen) Betriebe und Vereinigungen von Betrieben abzielte, wurde zwangsläufig die Frage aufgeworfen, in welchem Verhältnis die Enteignung der Bourgeoisie unmittelbar nach 1945 zur Etablierung sozialistischer ökonomischer Verhältnisse stand. 1962 verwies Ota Sik nachdrücklich auf die wissenschaftliche (und praktische) Unzulänglichkeit bisheriger Definitionen des sozialistischen Eigentums, auf ihren tautologischen Charakter. Er hätte sich dabei immerhin unmittelbar auf das »Kommunistische Manifest« berufen können: »Wenn ... nach Erlaß der Nationalisierungsdekrete die Produktionsweise, die Verteilungs- und Austauschweise in der Gesellschaft nicht verändert würden, bliebe die Nationalisierung eine bloße rechtliche Erklärung ohne ökonomischen Inhalt, die bloße unrealisierte Willensäußerung der revolutionären Klasse.«²⁶ Die Brisanz der Fragestellung fällt ins Auge, denn wenn die Nationalisierung der Produktionsmittel nicht identisch mit der Herstellung sozialistischer Eigentumsverhältnisse war, so mußte zwangsläufig geklärt werden, welche Verhältnisse der »despotische Eingriff« der Nachkriegszeit etabliert hatte und welches die zu entwickelnden Formen waren, die tatsächlich neue Verhältnisse zu etablieren in der Lage gewesen wären. Sik wirft weiter die Frage partieller Interessen innerhalb der sozialistischen Ökonomie auf, die im NÖS als wirtschaftspolitische Steuerungsfrage wiederkehrt mit dem Impuls, die divergierenden Interessen materieller Natur als mobilisierendes Moment zu konzeptualisieren. Eine ganze Welle von wissenschaftstheoretischen Grundlagenforschungen werden initiiert, um Steuerungs- und Regelungsprozessen ihren Platz innerhalb der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften zuzuweisen. Die Antwort der DDR-Historiker bleibt verhalten. Sie verstehen sich nicht als Analytiker von Gesellschaft, sondern als Ingenieure der Seele, als Bewußtseinsproduzenten, verharren in der Rolle des Ideologen.

Dank einer sinnreichen Überlegung bleibt ihnen das Schicksal der tschechoslowakischen Intellektuellen von 1968, der Budapester

26 Ota Sik: Ökonomie – Interesse – Politik, Berlin 1966, S. 298–302. In dem von Otto Reinhold seinerzeit persönlich betreuten Buch beruft sich der tschechische Reformler indes nicht auf das »Manifest«, wohl aber auf analoge Aussagen von Lenin (Über »linke« Kinderreien und über Kleinbürgerlichkeit, in: Derselbe: Werke, Bd. 27, S. 326; derselbe: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: Ebenda, S. 231), die in der Substanz aber nichts anderes darstellen als die aus der Realität der in den nachrevolutionären Monaten in Sowjetrußland gewonnene praktische Wiederholung der Antizipationen des »Manifests« über den Gang der proletarischen Revolution: »Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren ... Es kann dies natürlich zunächst nur gesehnt vermitteln *despotischer Eingriffe* in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die *ökonomisch unzureichend und unhaltbar* erscheinen«. Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 481 (Hervorhebungen – B. F.).

27 Vgl. Jörg Roesler: Das Neue Ökonomische System – Dekorations- oder Paradigmenwechsel?, Berlin 1993 (heft zur ddr-geschichte; 3); Stefan Bollinger: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling, Berlin 1993 (hefte zur ddr-geschichte; 5); Detlef Eckert: Die Volkswirtschaft der DDR im Spannungsfeld der Reformen, in: Kahl-schlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin 1991, S. 20–31; Jochen Cerny: Versuch, ein Fazit zu ziehen, in: Ebenda, S. 159–168; Florath: Vom Zweifel, S. 37ff.

28 Georg Klaus, Hans Schulze: Sinn, Gesetz und Fortschritt in der Geschichte, Berlin 1967, S. 5.

29 Ebenda, S. 80f.

30 Ebenda, S. 228f.

Schule der Philosophie, der Charta 77 und der Solidarnosc-Historiker erspart. Mit der »zweiten Etappe des NÖS«, diesem Ergebnis der Kapitulation Ulbrichts vor den Doktrinären im Politbüro auf dem 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965, wurde der politischen Konsequenz der Wirtschaftsreform, der Demokratisierung der Gesellschaft, wie sie die Kommunisten der CSSR 1968 mutig einleiteten, vorbeugend die Garotte an den Hals gesetzt.²⁷

Georg Klaus und Hans Schulze versuchten, die Historiker noch von der Produktivität jener analytischen Verfahren zu überzeugen, ihnen zu zeigen, »daß schon relativ elementare Einsichten der kybernetischen Modell- bzw. Systemtheorie ausreichen, um bestimmte methodologische Schwierigkeiten, die bis jetzt bestanden, zu beseitigen«. Die Antipathien der Historiker gegen diese Verfahren waren ihnen bekannt. Ihre Darlegungen füllten ein ganzes Buch, angeschrieben gegen die Behauptung, »die Benutzung der kybernetischen Denkweise brächte nichts anderes zuwege als das, was an sich schon völlig bekannt ist, mit Hilfe neuer Fachausdrücke wiederzugeben«. ²⁸ Bezogen auf zeithistorische Untersuchungen entwickelten sie Analysemodelle von Handlungen, die auf gesellschaftliche Veränderungen abzielen. Die für Historiker relevanten Fragen, die sich aus den freilich abstrakten kybernetischen Modellen ergaben, zielten auf Handlungsmotive, »weshalb diese Motive entstanden sind, weshalb sich die betreffende Klasse bestimmte Ziele setzte und woher diese Ziele und nicht andere gekommen sind«. ²⁹ In der Unterscheidung zwischen restaurativen und auf Zustandsveränderung abzielenden Handlungssystemen entwickeln sie Modelle, die die Demokratie als *conditio sine qua non* für letztere unterstreichen, festhalten, daß in diesen die Interessen der ausführend Handelnden Regelgröße für die Lenkung des Gesamtsystems seien, wogegen in restaurativen Systemen das Bestreben der Steuerung darauf abzielte, Störgrößen, die außerhalb des Stabilitätsbereiches zu drängen drohen, entgegenzuwirken. In letzteren sind die Interessen der ausführend Handelnden nicht selbst Regelgröße, sondern allenfalls zu beeinflussende Störgrößen. Nicht zuletzt weisen sie die Historiker auf das systemtheoretische Kriterium des höheren Informationsgehalts des Gesamtsystems und der Selbstregulierungsfähigkeit seiner Subsysteme als Entwicklungsindikator hin. ³⁰

Doch in der Realität hatte das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus mit seinem Kernstück, dem ökonomischen System des Sozialismus, die Eigenheit, daß sich hier soziale Gesetze nicht mehr wie bisher überall in der Geschichte spontan, durch Autoregulierung seiner Subsysteme, durchsetzen mußten. Der mühevollen Gang durch die chaotischen, sich durchkreuzenden Intentionen der handelnden Individuen blieb der »sozialistischen Menschengemeinschaft« erspart: Sie besaß eine Avantgardepartei, die SED, die die sozialen Gesetze durchschaute und ihnen entsprechend handelte. Die Übereinstimmung von Gesetz und Bewußtsein über den gesetzmäßigen Verlauf der Dinge, die die Historiker bei der Untersuchung des Sozialismus der analytischen Arbeit der Rekonstruktion sozialer Gesetze und wirklicher Interessen entthob, verwies sie logisch wieder auf die traditionelle, kontempla-

tive Arbeit zurück und verbannte methodische Neuerungen in die Gefilde der asiatischen Produktionsweise, der Antike und des Feudalismus. Für den Sozialismus blieb nurmehr, die Bewußtheit – als das Gleitmittel der sozialen Gesetze des Sozialismus – zu erhöhen, indem man sie in all ihrer Abstraktheit immer wieder und wieder ins Gehör der gleitenden »gebildeten Nation« brachte. Umgekehrt konnten so problematische Situationen auf den Mangel an Gesetzeskenntnis der handelnden Individuen als Störgröße zurückgeführt werden, waren sie mithin nie Mangel des Systems, sondern immer nur Mangel des Individuums. Diese Arbeit der Historiker in die von Klaus angebotenen Kategorien zu übersetzen, hätte freilich unübersehbar den Realsozialismus als Regime vom Typ des »Plutarch-Modells« restaurativer Systeme³¹ identifizieren müssen. Insofern war es vollkommen konsequent, wenn Ernst Engelberg ein Vorstoß wie der von Klaus/Schulze »trotz vieler wertvoller Anregungen in seinem kybernetischen Grundanliegen nicht überzeugen« konnte. Er zog der methodologischen Herausforderung die Verfeinerung der praktizierten Methoden vor: »Nicht zuletzt sollte man sich davor hüten, einmal Propaganda zu machen für die Kybernetik mit Hilfe der Dialektik, statt für die Dialektik mit Hilfe kybernetischer Erkenntnisse, zum anderen die Vorstellung entstehen zu lassen, als ob die Kybernetik ein neues, höheres Entwicklungsstadium der materialistischen Dialektik wäre, nicht ihre wichtige Ergänzung und Bekräftigung, wie es weiland bei den Darwinischen Entdeckungen der Fall war.«³²

Die entscheidenden Fragen der eigenen Reform blieben außerhalb der Erörterung. Was eine sozialistische Warenproduktion darstellte, wenn in ihr konkrete und abstrakte Arbeit nicht mehr auseinanderfielen, sondern jede konkrete Arbeit unmittelbar gesellschaftlichen Charakter trug,³³ mußte gerade Marxisten schleierhaft bleiben. Entweder trug konkrete Arbeit unmittelbar gesellschaftlichen Charakter, dann mußte sie diesen nicht erst auf dem Markt beweisen, mithin gar nicht erst Ware werden, sondern umstandslos ihren Weg als konkretes Produkt zum ebenso konkreten Konsumenten finden. Oder aber der Gewinn (ergo der Profit) eines Unternehmens war Ausdruck seiner gesellschaftlichen Bedeutung, wie die Erfinder des NÖS dachten, dann erweist sich der gesellschaftliche Charakter seiner Produktion erst über den Markt. Philipp Neumann, ein maoistischer Kritiker der DDR aus der Bundesrepublik brachte das Problem auf die sehr treffende Zuspitzung: Entweder Warenproduktion oder zentralistische Macht der Partei, entweder ökonomisches Wachstum mit dem unmittelbaren Ziel der Wohlfahrt oder Weltrevolution mit dem mittelbaren Ziel der Wohlfahrt danach. Beides zu wollen war theoretisch inkonsistent und praktisch undurchführbar.³⁴ Die Sorgen des radikalrevolutionären Kritikers blieben indes grundlos: Die SED wachte auch gegen den Sinn der selbst eingeleiteten Reformen über ihr Bewußtseins- und Erkenntnismonopol, kontrollierte den Warenaustausch letztlich wieder so scharf, daß nicht das Wertgesetz Aussagen machte über die gesellschaftliche Wahrheit der konkreten Arbeit, sondern die staatliche Plankommission resp. die Wirtschaftsabteilungen des ZK. Das ging so lange, bis der internationale Marktwert der DDR

31 Ebenda, S. 81f.; 229ff.

32 Ernst Engelberg: Über Gegenstand und Ziel der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, in: ZfG, 16(1968), S. 1139; 1139, Fn. 66; in überarbeiteter Fassung (»Betrachtungen über Gegenstand und Ziel der Geschichtswissenschaft«) wieder abgedruckt in: Ernst Engelberg: Theorie, Empirie und Methode in der Geschichtswissenschaft. Gesammelte Aufsätze, hrsg. v. Wolfgang Küttler u. Gustav Seeber, Vaduz 1980, S. 25.

33 So Eva Altmann: Warenproduktion – 1. Pol. Ök., in: Ökonomisches Lexikon, L–Z, Berlin 1967, S. 1071: »Die Arbeit ist unmittelbar gesellschaftliche Arbeit, es gibt daher keinen antagonistischen Widerspruch zwischen ihrer Ausführung als besondere Arbeit in einem speziellen Betrieb und ihrem Charakter als gesellschaftliche Arbeit.«

34 Vgl. Philipp Neumann: Der »Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation«. Zur Kritik der politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR, in: Kursbuch 23 (1977), S. 96ff. Ganz ähnlich klang auch die Kritik Che Guevaras an den marktwirtschaftlichen Reformversuchen in Osteuropa. Vgl. Ernesto Che Guevara: Über das haushaltsmäßige Finanzierungssystem, in: Derselbe: Ökonomie und neues Bewußtsein. Schriften zur politischen Ökonomie, hrsg. v. Horst Kurnitzky, Berlin 1969, S. 23–59; derselbe: Der Sozialismus und der Mensch auf Kuba, in: Ebenda, S. 137–156.

und ihr innerer Erhaltungswert auf Null gesunken waren.

Die Parallelität der methodischen Herausforderungen, vor denen zur gleichen Zeit Historiker in der Bundesrepublik standen, muß freilich die Frage aufwerfen, weshalb es erst 10 bis 15 Jahre später in dieser Hinsicht zu Ansätzen eines produktiven Austausches kam. Tatsächlich blieben die sozialhistorischen Überlegungen des Westens vorerst erstrangiges Ziel einer Ballung von teilweise gehässiger Polemik. Die Vorwürfe von östlicher Seite betrafen gerade die produktive Rezeption von Momenten Marxscher Methoden, die – so hätte man im Gegenteil vermuten können – von marxistisch-leninistischer Seite Beifall verdient hätten. Nichtsdestoweniger wurde den westdeutschen Sozialhistorikern vorgehalten, sie befänden sich im Nachtrab: weil sie sich nicht sofort an der Krone der marxistischen Schöpfung, der DDR-Geschichtswissenschaft orientierten, weil sie Marx adaptierten, wo es produktiv erschien, ergo eklektisch arbeiteten,³⁵ wo sie – was ist wohl das Gegenteil: dogmatisch? sektiererisch? – weltanschaulich konsistent hätten arbeiten sollen. Der Sinn der Polemik leuchtet heute kaum noch ein, wenn man die jeweiligen inneren Wirkungsbedingungen ignoriert. Für die ostdeutschen Historiker bestand die Notwendigkeit – angesichts allgemeiner geradezu hysterischer Feindseligkeit gegen alles, was nach intersystemarer Konvergenz aussah – der schärfsten Abgrenzung gerade gegen jene Ansätze, die den eigenen am ehesten nahekamen. Dies war keine aus der inneren Logik, sondern eine aus den politischen Wirkungsbedingungen geborne Notwendigkeit. Konkurrenz erwies sich keinesfalls als Befruchtung, sondern wurde lediglich als Schmutzkonkurrenz wahrgenommen und behandelt. – Die nichteingestandene, nicht öffentliche Rezeption westdeutscher Überlegungen wäre ein noch zu untersuchendes Feld.

Die Polemik nahm letztlich Zuflucht zu einer Argumentationsfigur, die man nun wirklich nicht anders als urstalinistisch bezeichnen kann: Derjenige außerhalb der kommunistischen Partei, der ihr inhaltlich am nächsten steht, ist ihr gefährlichster Feind und daher mit der größten Intensität zu bekämpfen und zuerst zu vernichten. Somit galten die westdeutschen Sozialhistoriker dem Osten nur als die besonders abgefeimten Apologeten des Monopolkapitalismus, weil sie – wie raffiniert – die eigene Gesellschaft zum Gegenstand kritischer Reflexion machten, sie aber nicht revolutionär in der Diktatur des Proletariats unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse auflösen wollten, sondern einer Integrationsthese anhängen,³⁶ d.h. die Einheit im Kampf der gegensätzlichen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft als zentral und lebbar ansahen, eine Einheit, in der sie als Citoyens durchaus auch Sympathien oder Parteinahme für einen Pol der Widersprüche vorweisen konnten. Die DDR-Historiker diskutierten in ihrem Fach nicht die wissenschaftliche Herausforderung der sozialhistorischen Konzepte der westdeutschen Kollegen, sondern reproduzierten für sich in scheinbar wissenschaftssprachlicher Form eine politische Wende, die ihre politische Partei, die SED, am Ende der sechziger Jahre in ihrem Verhältnis zur SPD in der Bundesrepublik vollzog. Aus außerordentlich vorsichtigen Versuchen der Etablie-

35 Immer wieder findet sich in den einschlägigen Publikationen von DDR-Historikern die Fußnote mit dem anklagenden Verweis auf Wehlers Bemerkung, daß ein »gewisser theoretischer Eklektizismus ... eher normal als die Ausnahme sein« werde. – Hans-Ulrich Wehler: Theorieprobleme der modernen deutschen Wirtschaftsgeschichte (1800–1945), in: Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Gerhard A. Ritter, Berlin 1970, S. 79.

36 Vgl. z.B. Walter Schmidt: in: Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, hrsg. v. Gerhard Lozek u. a., 3., neu bearb. u. erw. Aufl., Berlin 1977, S. 54–63; derselbe: Zur historisch-politischen Konzeption des Heidelberger »Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte«, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 9(1967), S. 626–635.

rung eines rationalen, keineswegs freundschaftlichen, doch in der Frontstellung gegen die Positionen konservativer Deutschlandpolitik geborenen pragmatischen Verhältnisses spannungsgeladener Suche nach Kommunikationsebenen, die Ulbricht Mitte der sechziger Jahre anstellte, indem er dem Konzept des »Wandels durch Annäherung« wenigstens die im eigenen Interesse brauchbar erscheinenden Aspekte der Annäherung herauszulösen suchte, wurde eine Politik der Abgrenzung. Ulbrichts eigene Position war zu ambivalent, zu sehr auf den eigenen Machterhalt zentriert, als daß sie der Reaktion der Betonfraktion der SED-Führung hätte standhalten können, die Annäherung gar nicht anders als vollzogenen Wandel verstehen konnte. Sie war selbst entstellt von den Malen einer Einheits- und Volksfrontpolitik, die Einheits- wie Volksfront nur als Pokrustesbett begreifen konnte, in dem jede Umarmung zur Vergewaltigung verkam, jede vorsichtige Zurückhaltung als Beweis der Feindseligkeit. Die Reetablierung des Sozialdemokratismus als aktuellem Feind ging mit der Entmachtung Ulbrichts einher. Sie wurde im SED-Politbüro vom Chef der Zentralen Parteikontrollkommission, Hermann Matern, vorgetragen³⁷ und sprach Moskauer Phobien vor deutsch-deutscher, kommunistisch-sozialdemokratischer Annäherung aus dem Herzen. Daß dieser Art Phobien schmerzhaft waren, obwohl es sich um Phantomschmerzen handelte, bewies schließlich die umfangreiche Generalabrechnung mit dem Sozialdemokratismus,³⁸ die Herbert Wehner, der sicher am besten mit dem Innenleben kommunistischer Politik vertraute westdeutsche Sozialdemokrat, als »Leitplanke für SED-Kader« bezeichnete.³⁹ Wie ein roter Faden zieht sich durch die Polemiken gegen Sozialdemokratismus wie gegen die Regierung Brandt/Scheel der Gedanke, daß einerseits die Durchsetzung der Sozialdemokratie ebenso Eingeständnis des Scheiterns bisheriger antikommunistischer Politik konservativer Prägung sei wie der erfolversprechendere Versuch des Eindringens und Aufweichens der kommunistischen Staaten.⁴⁰ Die Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre auch institutionell Form gewinnende historisch-kritische Sozialwissenschaft wurde überwiegend in diesem politischen Kontext gesehen und nicht im Kontext methodologischer Innovationen, die sie innerhalb der Geschichtswissenschaft herausforderte.⁴¹ Uneingestanden wurden die Entwicklungen innerhalb der westdeutschen Historikerschaft mit einer Brille gelesen, die unterstellte, was die ostdeutsche praktizierte, nämlich Propagandaabteilung der Politik zu sein, in einer unmittelbaren Abhängigkeit von den jeweils vorherrschenden politischen Richtungen zu stehen, das denen entsprechende Geschichtsbild zu entwerfen, wie es sich für die SED-Genossen Historiker als politische Selbstverständlichkeit und Pflicht in der DDR gehörte.

Während von konservativer Seite gegen die historisch-kritische Sozialwissenschaft die produktive Rezeption von marxistischen Fragestellungen unter den Verdacht der Kommunismussympathie gestellt wurde, erhob die DDR-Geschichtswissenschaft die Anklage der politisch absichtsvollen Marxismusverfälschung. Die Durchsetzung der historisch-kritischen Sozialwissenschaft konnte weder durch die eine noch die andere Seite aufgehalten werden –

37 Hermann Matern:
Zur Rolle der Sozialdemokratie in der Klassenauseinandersetzung auf deutschem Boden. Rede auf der 10. Tagung des ZK der SED, 28./29. April 1969, Berlin 1969.

38 Vgl. Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart, Berlin 1971. Das russische Original erschien ein Jahr zuvor in Moskau, die deutsche Fassung wurde vom Chef des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED persönlich herausgegeben.

39 Herbert Wehner:
Leitplanke für SED-Kader. Grundsätzliches zur Auseinandersetzung der Kommunisten mit dem »Sozialdemokratismus«, in: Neue Gesellschaft, 18(1971), S. 453–462; vgl. Peter Christian Ludz: Die Ideologie des »Sozialdemokratismus« aus der Sicht der Kommunisten, in: Ebenda, 19 (1972), S. 358–363.

40 Vgl. Ideologie des Sozialdemokratismus, S. 5f.; Die Gespräche der Regierung mit der westdeutschen Bundesrepublik. Teil der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus auf deutschem Boden, in: Informationen, Berlin, 1970/5, Nr. 41, S. 3; Warum haben wir Bonn Verhandlungen angeboten, obwohl Westdeutschland vom aggressiven imperialistischen System in Westeuropa beherrscht wird und die Regierung Brandt/Scheel die alte revanchistische Politik gegen die DDR fortsetzt? In: Ebenda (Sonderausgabe ohne Nr., ohne Datum); Zu zwei Argumenten, in: Ebenda (Sonderausgabe ohne Nr., ohne Datum).

41 Günther Rose: »Industriegesellschaft« und Konvergenztheorie. Genesis. Strukturen. Funktionen, 2. überarb. u. erw. Aufl., Berlin 1974, S. 355–393; derselbe: Modernisierungstheorie und bürgerliche Sozialwissenschaften. Eine Studie zur bürgerlichen Gesellschaftstheorie und Geschichtsideologie der Gegenwart, Berlin 1981, 101–134; derselbe/ Gerhard Lozek: in: Unbewältigte Vergangenheit, S. 23–38; vgl. dagegen die im Tenor gewandelte Interpretation Gerhard Lozeks im nicht mehr erschienenen Band Geschichtsschreibung im 20. Jahrhundert. Neuzeit-Historiographie und Geschichtsdanken in Deutschland/BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, USA, hrsg. v. Gerhard Lozek und Hans Schleier, Berlin 1990, S. 113f.

ihre produktive Rezeption in der DDR allerdings in außerordentlich starkem Maße. Sie verzögerte sich vor allem auf den Gebieten der neueren und neuesten Geschichte um annähernd 10 bis 15 Jahre und kostete bis ins Jahr 1989 den gesellschaftskritischen Impuls, der ihr innewohnte. Es war eine faktische Allianz der konservativen Politik in Ost und West, die es zwar nicht vermochte, die sozialhistorische Strömung im Westen zu ersticken, ihr im Osten aber sehr wohl die politische, weil kritische Potenz zu rauben.

Die DDR-Historiker wachten bis zuletzt genauestens über das Bewußtseinsmonopol der SED, war es doch nicht nur Legitimierung der außerökonomischen Eingriffe der SED-Führung in die Gesellschaft, sondern zugleich immer auch Legitimierung der eigenen (unmittelbar) gesellschaftlichen Arbeit der Historiker wie Garantie ihrer politischen Stellung. Als Bewußtseinswächter der Macht der einen Partei haben sie sich bewährt, nur hat sich diese Macht nicht bewährt. Als Historiker haben sie am entscheidenden Punkt intellektueller Selbstdefinition: der kritischen Distanz zur Macht und der Kritik der Macht, versagt, nicht nur, weil sie sich nicht verhielten als Bürger eines Gemeinwesens, sondern auch indem sie die eigenen methodischen Überlegungen dort nicht ernst nahmen, wo es sich nicht um verfllossene Zeiten, sondern die eigene Existenz handelte.

Das

Kulturforum

findet am 7./8. Dezember 1996 in Berlin statt.

Es steht unter dem Leitgedanken:

»Leben ist Kultur und sonst gar nichts.

(Was der Mensch zum Leben braucht.)«

Dieses Forum bereitet geistig den 5. Parteitag vor.

Eingeladen werden Kultur-Schaffende aus dem In- und Ausland, die sich mit den Spezialstrecken des Lebens wie Wissenschaft, Kunst und Politik beschäftigen.

(PolitikerInnen der PDS, die sich in diesem Sinne nicht als Kultur-Schaffende verstehen, brauchen nicht teilzunehmen und können in dieser Zeit ihre Weihnachtseinkäufe erledigen.)

Das Kulturforum ist keine Eintagsfliege.

Es soll ein *Dauerbrenner* werden.

Grund: Die herrschende Politik zielt auf *Dauer* darauf,

zwei Drittel am bloßen Leben zu lassen

Und sonst gar nichts.

Kultur

ist nicht nur ein Bereich gesellschaftlichen Lebens, wie fälschlicherweise oft gesagt wird.

Die Kultur eines Volkes offenbart dessen Wesen. Sie macht sichtbar, auf welche Weise Menschen leben, was ihnen wichtig ist und was sie vernachlässigen.

Sie deckt auf, welcher Wert den Dingen und Eigenschaften beigemessen wird.

Die Kultur weist aus, von welcher Qualität das Gefüge einer Gesellschaft ist.

Und Maßstab für diese Qualität ist die einfache Frage: Wie gelingt ein Zusammenleben, das den Menschen nicht deformiert, so daß ihm bewußt wird, welche Bestimmung ihm zukommt im Dasein

– daß er nicht Raubbau treibe an sich selbst, an Leib und Seele seines Nächsten und nicht Raubbau treibe an den Grundlagen der menschlichen Existenz – der Natur.

Deshalb ist die Aufmerksamkeit gegenüber der Kultur von existentieller Bedeutung für eine politische Partei.

Heide-Marlis Lautenschläger

Malerin/Grafikerin,

MdL Meckl-Vorp. Kulturpol. Sprecherin der PDS-Fraktion

Über Kultur nachzudenken heißt, sich zu fragen:

- warum Menschen in Horno wohnenbleiben wollen und viele Jugendliche vom Lande wegziehen
- warum viele Kinder in Waldorf-Schulen gehen und ein PDS-Bürgermeister Geld für Schulen streicht
- warum in Berlin die Kneipen abends voll sind und in Hoyerswerda leer
- warum Daniela Dahn mit ihrem Buch so viel Erfolg hat, BILD im Osten aber mehr gelesen wird als das ND
- warum man in Berlin-Mitte besser keine Wäsche auf dem Balkon trocknet
- warum Gregor in Vorlagen blättert, während Gerry Wolff für ihn Heine liest und Halina ein Basecap trägt
- warum Huren eine Gewerkschaft brauchen
- warum Arbeitslose nicht ins Theater oder Konzert gehen, Operetten so beliebt sind und die Volksbühne trotzdem immer voll ist
- warum Vorstandssitzungen so unproduktiv sind
- warum viele Jugendliche sich gern ausblenden und kiffen und ihr Wochenende in techno-Schuppen verbringen
- warum cybertalk die Sprache und damit das Denken verkürzt, aber Micha Schumann als Computermuffel ein Dinosaurier ist
- warum Kultur nichts ist, was man weg- oder dazutun kann und AIDS nicht nur ein Problem für Schwule ist
- warum in der PDS so auffallend viele junge kluge Frauen aktiv sind

- warum warum
- warum Kultur kein geistiges Lebensmittel ist und die Amerikanisierung eine kulturelle Befreiung war
- warum die Asylantenfrage keine Geldfrage der Kommunen sein kann
- warum Demokratie nicht immer die sinnvollste Lösung bringt
- warum Muccoviszidose-Kranke die Gentechnik brauchen, unsere Urenkel aber noch Trinkwasser
- warum Menschen ein Recht auf selbstbestimmtes Leben und Sterben haben
- warum Historiker den Thüringer Königshort, aber viele Westlinke den Weg zur PDS nicht finden
- warum auch unsere Politik so unsinnlich ist und was hinter der Erzählung über die Bürger von Schilda steckt
- warum Mahler-Sinfonien heute noch ans seelische Eingemachte gehen können
- warum wir ein Recht haben, so weiterzuleben wie bisher und warum nicht ...

Alles hat mit allem zu tun. Viele wollen mit uns darüber nachdenken, auch im Westen, auch in anderen Ländern. Geben wir uns die Gelegenheit.

Junkers-Gasgerätewerk, ca. 1910

Besenbrigade ehemaliger Laborantinnen, Filmfabrik Wolfen 1996

»Wer nicht gehorchen kann, lernt nie befehlen« – IG Farben, ca. 1938

KERSTIN STUTTERHEIM NIELS BOLBRINKER Bilder eines Industriereviers

Fährt man heute mit der Bahn von Weimar nach Dessau, so geht es ab Halle durch eine »postindustrielle« Brache. Nichts geht dort mehr, außer den Tankstellen und den Baumärkten, die die ganz neue Zeit mitgebracht hat.

Die Bauhausmeister, die erst in Weimar und dann vor allem ab 1926 in Dessau die Kunst der Moderne lehrten, sahen auf ihren häufigen Wegen in die Reichshauptstadt ein »Land der Arbeit«, das aus tausend Schloten qualmte, sie fuhren, falls sie die Reichsbahn benutzten (Walter Gropius, der erste Bauhaus-Direktor, hatte ja schon sehr früh eine Horch-Limousine, und später die allererste private Garage in Dessau an seinem Meisterhaus), auf der ersten elektrifizierten Strecke der Bahn.

Auf der Rückfahrt, von Berlin kommend und siebzig Jahre später, nähert sich der Reisende heute Dessau, wenn er die Autobahn bei Vockerode überquert, dort, wo bis 1990 die Leuchtreklame von Plaste und Elaste am Brückenpfeiler prangte, den der deutsche Arbeitsdienst 1937 mit der Brücke errichtet hatte. Ein Blick über die schönen Elbauen, linkerhand die Schornsteine des Kraftwerks Vockerode (still seit 1994), die Ruinen der großen Gewächshausanlage (Gurken für die Chemiewerker in Bitterfeld, jetzt halb abgerissene Brache), in der Ferne Zschornowitz, das erste Großkraftwerk der Welt (still seit 1992, jetzt ein Kraftwerksdenkmal). Dann durch die Auwälder der Elbe, das Schlößchen Luisium, das Gartenreich des Fürsten Franz, der Ende des 18. Jahrhunderts hier in Anhalt versuchte, die Vision eines aufgeklärten Musterlandes zu verwirklichen, – das Schöne mit dem Nützlichen zu verbinden! Dessau: die Einfahrt von Nordosten her, eine Stadtsilhouette, die die großen Zerstörungen von 1945 nicht verbergen kann, Reste des barocken Stadtschlusses, Neubauten verschiedener Zeiten, lebendiges Architekturmuseum der DDR. Dann weiter im Süden jenseits der autogerechten Schneisen, die die Achsen der einstigen Barockstadt ersetzt haben, die von Walter Gropius geplante Siedlung Dessau-Törten, in den zwanziger Jahren Vorführstück für das neue Bauen des Bauhauses.

Ganz in der Nähe liegt Bitterfeld, das von Walther Rathenau für die AEG entdeckt und später von Griesheim-Elektron, vor allem für die Chemieindustrie, erschlossen wurde.

Preiswerter Baugrund, die Kohle und die zu geringen Tarifen arbeitenden Menschen schufen die ideale Grundlage, hier den industriellen »Hinterhof« Berlins zu errichten.

Kerstin Stutterheim – Jg. 1961, Wirtschaftskaufmann, Studium der Theaterwissenschaft an der Theaterhochschule Leipzig und der Humboldt-Universität Berlin, Institut für Theaterwissenschaft und kulturelle Kommunikation, Diplom 1990 über »Henrik Ibsen und das *piece bien fait*«. Arbeit als Lektoratsleiterin und Redakteurin beim DFF. Freischaffend seit 1992. Autorin und Regie für »Die Wäscherei« (ZDF 1993) und »Laufen lernen« (arte 1993). Seit 1993 auch als Dramaturgin. 1993/94 Jury-Vorsitzende des Festivals des jungen ostdeutschen Films, seit 1994 gemeinsame Filmprojekte mit Niels Bolbrinker: »Geschichtswerkstatt«, »Politische Landschaft« und »ORiginal WOLfen. Aus der Geschichte einer Filmfabrik«. Verheiratet mit Niels Bolbrinker, zwei Söhne.

Da sonst, wenn über die Region berichtet wird, vor allem Bilder verwendet werden, die entweder jene schöne Landschaft des Gartenreiches des Fürsten oder aber alte Ansichten der Fabrikanlagen bzw. Fotos der Industriebrache zeigen, auf denen fast nie wirkliche Menschen zu sehen sind, haben wir in den Archiven für diese Ausstellung vor allem Fotos ausgewählt, auf denen die Menschen in ihrer Arbeit oder der mit der Arbeit verbundenen Lebenswelt zu sehen sind. Dazu kommen neue Fotos von Niels Bolbrinker, die er in den letzten Jahren bis heute zu dieser Thematik aufgenommen hat.

»Hat man sich lange genug in so ein Bild vertieft, erkennt man, wie sehr auch hier die Gegensätze sich berühren: die exakteste Technik kann ihren Hervorbringungen einen magischen Wert geben, wie für uns ihn ein gemaltes Bild nie mehr besitzen kann. Aller Kunstfertigkeit des Photographen und aller Planmäßigkeit in der Haltung seines Modells zum Trotz fühlt der Beschauer unwiderstehlich den Zwang, in solchem Bild das winzige Fünkchen Zufall, Hier und Jetzt, zu suchen, mit dem die Wirklichkeit den Bildcharakter gleichsam durchsenkt hat, die unscheinbare Stelle zu finden, in welcher, im Sosein jener längstvergangenen Minute das Künftige noch heute und so beredt nistet, daß wir, rückblickend, es entdecken können. Es ist ja eine andere Natur, welche zur Kamera als welche zum Auge spricht; anders vor allem so, daß an die Stelle eines vom Menschen mit Bewußtsein durchwirkten Raumes ein unbewußt durchwirkter tritt. Ist es schon üblich, daß einer, beispielsweise, vom Gang der Leute, sei es auch nur im groben sich Rechenschaft gibt, so weiß er bestimmt nichts mehr von ihrer Haltung im Sekundenbruchteil des ›Ausstreitens‹.«
Walter Benjamin: Kleine Geschichte der Photographie. 1931

Einige literarische Texte ergänzen die Fotos und ermöglichen, die Geschichten in den Bildern auch mit anderen, vergleichbaren Regionen in Beziehung zu denken.

Es geht uns auch darum, darüber nachzudenken, inwieweit die Industrialisierung auch die Kultur des Alltags, aber auch des Erzählens geprägt hat. Die Menschen mußten ja erst zur funktionierenden Arbeitskraft diszipliniert werden.

»Hört zu, ich will euch von einem guten Lande sagen, dahin würde mancher auswandern, wüßte er, wo selbes läge, und eine gute Schiffsgelegenheit. Aber der Weg dahin ist weit für die Jungen und die Alten, denen es im Winter zu heiß ist und zu kalt im Sommer. Diese schöne Gegend heißt Schlaraffenland, auf welsch: Cuccagna«. ...schrieb Ludwig Bechstein. Dieses andere Land Cuccagna war in den Volkstraditionen von Italien bis England die Utopie einer anderen Welt, in der es gerecht zugeht, Essen und Trinken für alle ausreichend vorhanden sei, man nie frieren müsse ... Es gab sogar ein Cuccagna der Frauen, wie eine Grafik aus dem 17. Jahrhundert zeigt. Später wurde Cuccagna zum Schlaraffenland und man mußte, um dorthin zu gelangen, entweder – zum Beispiel – durch eine Reismauer sich durchfressen oder sieben Tage durch Schweinekot waten, um dann dort auf Säufer und Spieler zu treffen, sich an all den köstlichen Braten, Kuchen und Weinen oder

Niels Bolbrinker – Jg. 1951, geboren in Hamburg; Studium der Fotografie an der HfBK bei Kilian Breier und an der Fachhochschule für Optik und Fototechnik; Diplom im Fachbereich Visuelle Kommunikation. Verschiedene freie fotografische Arbeiten. Nach Kameraassistentenarbeit als Kameramann vieler Fernsehdokumentationen und Kinderfilme. 1978 Mitbegründer der Wendländischen Filmcooperative, dort Kamera, Co-Regie und Schnitt u.a. bei »Tue recht und scheue niemand« (Bundesfilmpreis 1977) und »Zwischenzeit« (Preis der Filmkritik 1986). Seit 1988 eigene Projekte – u.a. »Schuß Gegenschuß« (mit Th. Tielsch 1989/90), »Das Ende des blauen Montag« (1992), »InnenAußen« (1993), »Geschichtswerkstatt« (1994), »Das industrielle Gartenreich« (mit M. Herold 1994).

Land der Arbeit. Bilder und Legenden eines Industrie-reviers. Eine Ausstellung von Niels Bolbrinker, Torsten Blume und Kerstin Stutterheim in Zusammenarbeit mit der Stiftung Bauhaus Dessau.

Die Ausstellungstermine der ersten Etappe sind:

1. November – 31. Dezember 1996 in der Filmfabrik i.L. im Hauptgebäude.

7. Januar – 14. Februar 1997 im Kulturpalast Bitterfeld

4. April – 27. April 1997 im Kraftwerksdenkmal Zschornowitz

1. Mai – 8. Juni 1997 im Bauhaus Dessau und dem Wörlitzer Bahnhof Dessau

Montag bis Freitag von

8.00 Uhr bis 17.00 Uhr, im Kulturpalast außerdem zu den Veranstaltungen.

Weitere Informationen unter 0340 – 650 82 40

Anschließend wird die Ausstellung nach Berlin und ins Ruhrgebiet gehen.

der Honigmilch zu laben. Wenn man dann aber einschlief, fiel man wieder heraus – wenn man ein guter Mensch war, der für die arbeitsam werdende Welt noch taugte. Bei den Brüdern Grimm ist das Märchen vom Schlaraffenland ein kurzes Lügenmärchen, in dem von der Utopie nichts mehr blieb.

Zusammengestellt und erstmals veröffentlicht wurden die gesammelten Kinder- und Hausmärchen der Brüder Grimm Anfang des 19. Jahrhunderts. Der erste Band erschien 1815, der zweite Band 1825.

Mein Buch mit den Märchen der Brüder Grimm hat der Kinderbuchverlag der DDR 1962 mit einigen schönen Illustrationen von Walter Klemke gedruckt. Die darin befindliche Auswahl sind vor allem Märchen um Frauenfiguren. Königstöchter, die wegen ihres Hochmuts mit Arbeit gestraft und so geläutert werden müssen, oder Mädchen, die über die Arbeit veredelt und oftmals zu Königstöchtern werden oder aber, wegen der Verweigerung, ihrem unerhörten Ungeschick oder unmöglichen Benehmens für immer aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden oder gar zu Tode kommen.

Männer müssen sich auf andere Art bewähren, über List und Tücke, oder indem sie gegen Geister oder Hexen antreten, oder aber eine schöne Frau befreien, aber Arbeit ist für sie selten das Maß ihrer Stellung.

Eine Königstochter – die einzige Tochter eines Königs, eine gehütete und verwöhnte junge Frau, sollte heiraten. Doch jeder der Freier wurde von ihr verspottet... Das ist ja allseits bekannt.

Einer dieser Männer, auf die Drohung des Vaters vertrauend, kehrt als Spielmann verkleidet zurück und bekommt die junge Frau angetraut, ohne daß er gefragt wird. Sie ist die Belohnung für sein Spiel, die muß er annehmen und geleitet sie in sein kleines Häuschen. ...

»Du mußt selber tun, was du willst getan haben. Mach nur schnell Feuer an, und stell Wasser auf, daß du mir mein Essen kochst; ich bin ganz müde.«

Die Königstochter verstand aber nichts vom Feueranmachen und Kochen, und der Bettelmann mußte selber mit Hand anlegen, daß es noch so leidlich ging. Als sie die schmale Kost verzehrt hatten, legten sie sich zu Bett. Aber am Morgen trieb er sie schon ganz früh heraus, weil sie das Haus besorgen sollte. Ein paar Tage lebten sie auf diese Art schlecht und recht und zehrten ihren Vorrat auf.

Da sprach der Mann: »Frau, so geht's nicht länger, daß wir hier zehren und nichts verdienen. Du sollst Körbe flechten.«

Er ging hinaus, schnitt Weiden und brachte sie heim, da fing sie an zu flechten, aber die harten Weiden stachen ihr die zarten Hände wund. »Ich sehe, das geht nicht«, sprach der Mann, »spinn lieber, vielleicht kannst du das besser.«

Sie setzte sich hin und versuchte zu spinnen, aber der harte Faden schnitt ihr bald in die weichen Finger, daß ihr das Blut daran herunterlief. »Siehst du«, sprach der Mann, »du taugst zu keiner Arbeit, mit dir bin ich schlimm angekommen. Nun will ich's versuchen und einen Handel mit Töpfen und irdenem Geschirr anfangen.«

Wie wir wissen, geht auch das nicht so gut. Als Küchenmagd bekommt sie für die sauerste Arbeit zumindest die Essenreste. Am Ende ist der Spielmann der König und die eigentliche, wirkliche Hochzeit wird mit ihr, in ihren Magdkleidern, im Schloß gefeiert.

»Das alles ist geschehen, um deinen stolzen Sinn zu beugen und dich für deinen Hochmut zu strafen, womit du mich verspottet hast.«

Heute bleiben den Frauen in Wolfen die zu entkernenden Fabriken und zu entsorgenden Restbestände der ORWO-Filmkassetten. Die Drecksarbeit wird gegenwärtig vor allem von den Frauen gemacht. Doch ein königlicher Spielmann ist zur Zeit nicht in Sicht.

»Die Neuzeit hat im 17. Jahrhundert damit begonnen, theoretisch die Arbeit zu verherrlichen, und sie hat zu Beginn unseres Jahrhunderts damit geendet, die Gesellschaft im Ganzen in eine Arbeitsgesellschaft zu verwandeln. Die Erfüllung des uralten Traums trifft wie in der Erfüllung von Märchenwünschen auf eine Konstellation, in der der erträumte Segen sich als Fluch auswirkt. Denn es ist ja eine Arbeitsgesellschaft, die von den Fesseln der Arbeit befreit werden soll, und diese Gesellschaft kennt kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten, um die eine Befreiung sich lohnen würde. Innerhalb dieser Gesellschaft, die egalitär ist, weil dies die der Arbeit angemessene Lebensform ist, gibt es keine Gruppe, keine Aristokratie politischer oder geistiger Art, die eine Wiedererholung der Vermögen des Menschen in die Wege leiten könnte. Auch die Präsidenten der Republiken, die Könige und Kanzler mächtiger Reiche halten das, was sie tun, für eine im Leben der Gesellschaft notwendige Arbeit, ihr Amt ist ein Job wie jeder andere auch; und was die mit geistigen Tätigkeiten befaßten von dem, was sie tun, denken, drückt der Name ›Geistesarbeiter‹ zur Genüge aus: wo andere mit der Hand arbeiten, bedienen sie sich eines anderen Körperteiles, nämlich des Kopfes. Hier von ausgenommen sind wirklich nur noch ›die Dichter und Denker‹, die schon aus diesem Grunde außerhalb der Gesellschaft stehen. Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?«

Hannah Arendt, 1958

»Basis der sozialen Homogenität ist die Produktion. Die homogene Gesellschaft ist die produktive, d.h. die nützliche Gesellschaft. Jedes unnütze Element wird ausgeschlossen, nicht aus der Gesellschaft überhaupt, sondern aus ihrem homogenen Teil. In diesem Teil muß jedes Element für ein anderes nützlich sein, ohne daß jemals die homogene Tätigkeit die Form einer in sich wertvollen Tätigkeit erreichte. Eine nützliche Tätigkeit kann immer mit einer anderen nützlichen Tätigkeit auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden, nicht aber mit einer in sich wertvollen Tätigkeit.«

George Bataille, in: Psychologie des Faschismus.

Ein ehemaliger Chemiker aus Wolfen erinnert sich: »Am Vormittag des 9. November wurde die Revolution in den Betrieben herumgesagt. Die Belegschaft verließ nach und nach die Betriebe, von denen manche stillgelegt werden mußten; die Strafgefangenen und Kriegsgefangenen wurden gesammelt und in ihre Betriebe geführt. Ein Waghalsiger hatte auf dem hohen Schornstein eine rote Rangierfahne aufgepflanzt, eine ebensolche wurde dem Zuge vorausgetragen, der sich allmählich formierte und nach Bitterfeld abzog. Er kam nachmittags, stark gelichtet, wieder zurück. Der Anführer trug die zusammengewickelte Fahne unter den Arm geklemmt und hatte die Hände in den Hosentaschen, denn das Wetter war inzwischen kalt und regnerisch geworden. In der Fabrik wurde übrigens abends wieder gearbeitet. Einzelne Betriebe waren gar nicht zum Stillstand gekommen.«

»Aber sechs Gründe sind es, die hier von außen jede revolutionäre Regung in Deutschland bisher verhindert haben.

Erstens verdient der Arbeiter heute noch durchgängig recht gut, und er will das nicht aufgeben. Zweitens ist die Lage auf dem Lebensmittelmarkt zur Zeit derart, daß ein Streik mindestens fünfmal so stark die Parteikasse in Anspruch nähme wie vor dem Krieg. Und dabei ist Ebbe in den Streikkassen wie noch nie. Die Genossen in den Schützengräben zahlen nichts ein, und die verdienenden Schwerarbeiter in den Munitions- und anderen Kriegsindustrien sind jahrelang dazu angehalten worden, Kriegsanleihe zu zeichnen. Das ergibt drittens das Interesse breiter Bevölkerungsschichten an einem relativ günstigen, durch Streiks ungestörten Ausgang dieses Krieges und dem Bestand des Gegenwartsstaats, der ihnen bis 1934 die Verzinsung der gezeichneten Kriegsanleihe garantiert hat. Es ist ein starker und dicker, schwer und ungern durchzusägender Ast, auf dem derart viele Proletarier sitzen; eine Art Parallele zu den ›Wohlfahrtseinrichtungen‹ großer Fabriken, die ebenfalls die Arbeiter binden und dadurch eine gewisse Interessengemeinschaft mit der Fabrik selbst erzeugen.« schrieb Ernst Bloch 1918 über die Revolutionshindernisse in Deutschland.

»Lanzelot: Und der Drache?

Erlauben Sie mir eine Frage: hat niemand versucht, mit dem Drachen zu kämpfen?

Charlesmagne: in den letzten zweihundert Jahren – nein. Davor haben es viele gewagt, aber er hat alle seine Gegner umgebracht. Er ist ein bewundernswürdiger Stratege und ein großer Taktiker. Er greift den Feind unerwartet an, bewirft ihn von oben mit Steinen, stürzt sich dann senkrecht herab, genau auf den Kopf des Pferdes und schlägt es mit Feuer, wodurch das arme Tier völlig demoralisiert wird. Dann zerfetzt er mit seinen Krallen den Reiter. Ja, und schließlich und endlich hat sich keiner mehr an ihn herangewagt.

Lanzelot: Und ist schon einmal die ganze Stadt gegen ihn angetreten?

Charlesmagne: Ja.

Er brannte die Vorstadt nieder und brachte die Hälfte der Einwohner durch giftige Dämpfe um den Verstand. Er ist ein großer Krieger!

Elsa: Nehmen Sie noch Butter.

Lanzelot: Ich bin so frei. Ich sammle Kräfte. Wenn ich Sie recht versteh – Sie verzeihen meine Fragen –, es will jetzt niemand mehr gegen den Drachen kämpfen? Das hat ihn sicher dreist gemacht?

Charlesmagne: Nein, ich bitte Sie! Er ist so gut!

Als unserer Stadt die Cholera drohte, hat er auf Bitten des Stadtarztes sein Feuer auf den See gehaucht und ihn zum Kochen gebracht. Die ganze Stadt trank abgekochtes Wasser und wurde von der Epidemie verschont.

Lanzelot: Ist das lange her?

Charlesmagne: Aber nein. Vor zweiundachtzig Jahren. Gute Taten vergißt man nicht.

Lanzelot: Was frißt er, Euer Drache?

Charlesmagne: Unsere Stadt gibt ihm tausend Kühe, zweitausend Schafe, fünftausend Hühner und zwei Zentner Salz im Monat. Im Sommer und im Herbst kommen hierzu noch zehn Gärten Salat, Spargel und Blumenkohl.

Lanzelot: Er frißt Euch arm!

Charlesmagne: Aber nein, was denken Sie! Wir beklagen uns nicht. Wie sollte es anders sein? Solange er da ist, wagt kein anderer Drache uns anzurühren.«

Jewgeni Schwarz. Märchenkomödien.

»*Mädchen:* Von meinem Bruder sage ich das! – Ich wußte nicht, daß ich einen Bruder hatte. Ein Mensch ging morgens aus dem Hause und kam abends – und schlief. Oder er ging abends weg und war morgens zurück – und schlief! – Eine Hand war groß – die andere klein. Die große Hand schlief nicht. Sie stieß in einer Bewegung hin und her – Tag und Nacht. Die fraß an ihm und wuchs aus seiner ganzen Kraft. Diese Hand war der Mensch! – Und wo blieb mein Bruder? Der früher neben mir spielte – und Sand mit seinen beiden Händen baute? In Arbeit stürzte er. Die brauchte nur die eine Hand von ihm – die den Hebel drückte und hob – Minute um Minute auf und nieder – auf die Sekunde gezählt! – Keinen Hub ließ er aus – pünktlich schlug sein Hebel an, vor dem er stand wie tot und bediente. Niemals machte er den Fehler – niemals irrte er in der Zählung. Seine Hand zählte aus seinem Kopf, der nur ihr noch gehorchte! – Das blieb von meinem Bruder! – Das blieb? An einem Mittag schlug es ein. Aus allen Lücken und Löchern schoß der Feuerstrom. Da fraß die Explosion auch die Hand. Da hatte mein Bruder auch das Letzte gegeben!

Georg Kaiser: Gas. 1918 uraufgeführt.

Auch in den Fabriken der Region Wolfen / Bitterfeld zog die Industrieproduktion an und der große Absatz forderte eine ständig steigende Ausbeutung der Arbeitskräfte.

»Herking wurde ans Telefon gerufen. Katz gab ihm den Auftrag, mit dem Betriebsratsmitglied Böttcher ... in die Farbenfüllerei zu gehen, um nachzuprüfen, ob die von den Arbeitern gestellte Forderung auf Erhöhung der Staubzulage berechtigt war.

Sie betraten zunächst die Faßpackerei. Die Farbe wurde hier aus großen eisernen Trums, in denen sie von den Betrieben kam, zum Versand umgefüllt. ...

Sie traten an den Füllstand heran. Ein für China bestimmtes Faß stand auf einem runden Podest, das etwas größer als der Boden des Fasses war. Das Podest wurde in kurzen Abständen maschinell gehoben und fiel ruckartig zurück, dadurch stauchte es, und die Farbe wurde zusammengerüttelt. Oben über dem Faßrand befand sich ein Trichter, der an ein dickes Röhrensystem angeschlossen war. Am Ende des Füllraums wurde der Farbstaub, der aus den verschiedenen Absaugtrichtern kam, in einem großen Sack aufgefangen und so wiedergewonnen. ...

Sie gingen weiter und gelangten in das riesige Faßlager. Ein fünfstöckiges Gebäude war in den untersten drei Etagen völlig mit Farbfässern angefüllt, die eins über dem anderen standen. Etwa sechstausend mit etwa drei Millionen Kilo Farbe. ...

Man beschritt einen großen Raum, der mit Dunst erfüllt war. Innen befanden sich Männer in den üblichen, aus einem Stück gefertigten Kesselanzügen. Die Füße mit dicken Holzschuhen bekleidet, stapften sie in einer violetten Soße herum. Sie hatten Eisenstangen in den Händen, mit denen sie in großen, rechteckigen Trögen eine grünlich-kupfern schillernde Masse zerstießen. Die gewonnenen Brocken fuhren sie mit Schubkarren in einen Löseboottich. Anzug, Gesicht und Hände waren violett. Sie machten den Eindruck einer neuartigen Menschrasse, und wer sie nach Arbeitsschluß beim Baden beobachten konnte, sah, daß der ganze Körper ebenfalls violett war. Die Färbekraft des Farbstoffes war so groß, daß auch ihre Leibwäsche ständig violett blieb, ja in ihrem privaten Haushalt kein Hemd, keine Unterhose, kein Taschentuch und sonstiges Wäschestück anders als violett zu finden war.

Sie gelangten in den Mühlenraum für Lackfarben. Ein ziegelroter Nebel legte sich über die Augen. Rote Männer arbeiteten wie durch einen Vorhang sichtbar im Raum. Sie sahen wie Gespenster aus, mit ihren Atemschützern vor dem Gesicht. ...

Man kam nun in einen Raum, in dem etwa dreißig Farbmühlen, große und kleine, im Gang waren. Hier wurden die Spezialbestellungen gemahlen. Jeder Farbmüller mußte ein halber Chemiker sein. Es war allerdings ein Zufall, daß die Spezialmüllerei einem Meister unterstand, der seines Zeichens Kunstmaler war. Er hatte die Akademie besucht. Wie es dann aber so geht, hatte er Frau und Kinder zu ernähren bekommen, und das ging als Farbmühlenmeister doch leichter als mit der Kunstmalerei. Es war fast kein Farbstaub bemerkbar, so daß auch Böttcher nichts sagte. ...

Im Treppenhaus bestiegen beide den Fahrstuhl und fuhren zwei Etagen höher zur Farbbüchsenpackung. ... Die Farbe wurde in mannshohen Ständen abgefüllt, die vorn offen waren und in der Konstruktion wie Souffleurkästen aussahen. Am oberen, vorderen Rande befand sich ein Schlitz, durch den der Staub abgesaugt wurde. Über den Schlitz hing eine Lederklappe herunter, die den aufsteigenden Staub hinderte, in den Raum zu treten. ...

Sie waren nun mit ihrem Rundgang zu Ende und fuhren mit dem Fahrstuhl wieder zum Erdgeschoß herunter. Dann gingen sie zurück und trennten sich vor dem Büro von Dr. Herking.«
Markert: IG Chemie. Roman.

»Freitag nacht wurde das Hallenser Gewerkschaftshaus mit Musikbegleitung bewacht, weil der Spielmannszug des Reichsbanners Bereitschaft hatte. Ungefähr zwanzig Mann saßen im Wohnzimmer, rauchten, spielten Karten, musizierten – Singen ist bei der Wache verboten. Zum Ausschlafen hatten die Reichsbannerleute am nächsten Tag Zeit, denn sie sind alle zwanzig arbeitslos.

Draußen hing über Halle der Nachthimmel dunkelgrau. Drüben im Leuna-Werk rauchen zwar nur noch die Hälfte der Schloten, aber das genügt, um einen richtigen, trostlosen Fabrikhimmel zu schaffen. In den das Gewerkschaftshaus umliegenden Straßen streiften verstärkte Patrouillen umher. Tagsüber hatte es nämlich Stänkereien zwischen Nazis und Arbeiterturnern, die zu einem Sportfest gekommen waren, gegeben. Auch die fünfzehn Jungbannermänner, die bei Anbruch der Dämmerung von einer Landpropagandatour auf Fahrrädern zurückgekommen waren, hatten, heiser und schweißgebadet – sie hatten zwölf Stunden lang geradelt und Sprechchöre gebrüllt –, zu berichten gewußt, sie seien in der Stadt von Hakenkreuzlern angestänkert worden.

Und so saß in Erwartung kommender Ereignisse der Spielmannszug des Reichsbanners Halle im Gewerkschaftshaus, drosch Skat, soff elenden Zichorienkaffee. Der Gitarrenspieler aber summt, obwohl es verboten war: »Wohlan, wer Recht und Freiheit achtet, zu unserer Fahne ström' zuhauf!«

Schlag neun wurden von draußen plötzlich Laufschriffe hörbar. Eine Patrouille stürmte von draußen in den Hof. Und gleich hinterher eine andere. Ein Mann blutete am Kopf. »Alles heraus«, brüllten die Patrouillen, »die Nazis kommen!«

Die zwanzig im Wachlokal hatten gerade noch Zeit, ihre Lichtknüppel – schwere, stabförmige Lampen, die gut leuchteten und auch andre Dienste tun – zu packen, für alle Fälle ein paar Stühle mitzunehmen und auf die Straße zu laufen. Draußen kam schon ein Lastwagen herangesaust: das Rollkommando der braunen Mordpest. In halber Fahrt sprangen fünfzig SA-Leute heraus und stürmten mit Totschlägern und Ochsenziemern auf das Haus zu.

Die Schlacht von Austerlitz läßt sich beschreiben, da damals zumindest Napoleon angeblich wußte, was los war.

Was aber Freitag den 16. um 21 Uhr in der spärlich beleuchteten Straße vor dem Hallenser Gewerkschaftshaus zu sehen war, war ein auf und ab wogender Haufen von Grün- und Braunhemden. Was zu hören war, war das Krachen von Schlägen, das Krachen von Blumentöpfen und Geschirrstücken, die aus den Fenstern der Häuser auf die Köpfe der Nazis flogen, war unbeschreibliches Gejohle.«

Jura Soyfer. Von Paradies und Weltuntergang. Bericht aus dem deutschen Bürgerkrieg.

Während des Krieges wurden Tausende von Zwangsarbeitern nach Wolfen geholt. Sie waren ausschließlich in den Faserbetrieben beschäftigt. Die Filmproduktion mit ihren vielen Dunkelbereichen war zu anfällig für Sabotageakte.

Eine Frau sagt: »Ich hab' die zwar hier 'rumrennen sehen, ich hab auch gesehen, wie sie in den Hintern getreten wurden, das hab' ich

ja auch gesehen. Hier in der Thalheimer Straße waren lauter Baracken, da wohnten ja die ganzen Ausländer drinne. Die Gefangenen, Strafgefangenen, Belgier, Franzosen, es waren ja alle, die ganzen Nationen, die man sich denken konnte, die waren ja hier. Griechen, ja. 's war schlimm, manchmal, bei Hitlern meine ich jetzt noch, da war's wirklich – . Der Ganschenitz, das war ja ein ganz Schlimmer, der mit der Krankenschwester da verheiratet war. Ja.«

Nur wenige Fotos bezeugen noch das Elend in den Häftlingsbaracken, es waren vor allem Frauen, die in Wolfen zur Zwangsarbeit interniert wurden. Unter ihnen in einem separaten Lager 425 Häftlinge aus dem Konzentrationslager Ravensbrück.

Halle. Arbeiter. Der Direktor, Balke und Schurek vor ihnen:

Direktor: Eine große Sache haben wir vor. Das gibt ein Beispiel für die ganze Produktion.

Damit können wir beweisen, was die Arbeiterklasse leisten kann. Es muß für euch eine Ehre sein, mitzumachen.

Pause.

Schurek: Es ist eine Arbeit wie jede andre. Nur, daß sie zum ersten Mal gemacht wird.

Ein Arbeiter: Schnaps ist Schnaps, sagte der Budiker und schenkte Terpentin aus.

Krüger: Das ist Ausbeutung.

Balke: Es geht um den Plan, Kollegen.

Stimme aus dem Hintergrund: Wir schießen auf den Plan.

Balke: Fragt sich, ob ihr was zu schießen habt ohne den Plan.

Ich kann den Ofen nicht allein umbauen, aber wir brauchen ihn.

Schweigen.

Direktor: Krüger, du sagst: Ausbeutung. Du bist dein Leben lang ausgebeutet worden. Jetzt ist dein Junge auf der Universität.

Krüger: Hab ich ihn auf die Universität geschickt?

Ich war dagegen.

Balke: Es wird schwer sein, sehr heiß. Doppelter Verdienst, dreifache Arbeit.

Ein Arbeiter: Und acht Jahre, wenn was schiefeht, wie bei Lerka.

Bittner: Ich sage, das wird Murks.

Balke: Ich weiß, was ich mache.

Pause.

Kolbe: Ich hab in einem Panzer gegessen, bis fünfundvierzig. Das war auch kein Kühlschrank. Ich mache mit.

Krüger tritt vor: Wenn's sein muß.

Der Lohndrucker. Heiner Müller.

Meister: Also ich soll mit euch reden. Die Bauleitung hat Schwierigkeiten. Der Rohrverlegekran liegt fest, ihr sollt ihn in den Abschnitt 9 verlegen. Die Rohrleger sind zu früh fertig. Jetzt gehts nicht weiter ohne Kran.

Kaschiebe: So gehts, wenn man zu schnell arbeitet.

Hilde Prill: Wir haben das noch nicht gemacht.

Meister: Sehr schwierig. Also ihr könnt's nicht machen. Das hab ich der Bauleitung gleich gesagt. Die Männer lehnen auch ab.

Mehrarbeit und das Risiko dazu.

Kaschiebe: Die wollen nichts riskieren. Typisch Mann, wenn ein Kind kommt, wars der Nachbar.

Also ich würde sagen, wir machen die Sache.

Meister: Wenn ich dich ranlasse, baust du einen Staubsauger aus dem Kran.

Kaschiebe: Seht ihr, der Chef traut mir was zu!

Vera: Das wär doch die Feuerprobe, Meister. Da kann man zeigen, was man kann.

Meister: Junges Gemüse!

Nägle: Ah, welcher Glanz! Unser Ingenieur kommt in Person und der Bart ist ab.

Ingenieur: Der Rohrverlegekran liegt fest im Abschnitt ...

Meister: Neun! Undsoweiter.

Kaschiebe: Deshalb ist er rasiert!

Meister: Ich war schneller. Der Fall ist schon geklärt.

Ingenieur: Desto besser. Ich wußte, daß ich mich auf euch verlassen kann. Wann fangen wir an?

Meister: Das ist unmöglich für die Frauen. Du als Fachmann mußt das einsehen. Wir brauchen Spezialisten.

Ingenieur: Wir sind zwei. Und die Frauen sind gute Schlosser. Wir schaffen das. (...)

Nägle: Als wir die Abschmierhebe selber gebaut haben, Meister, und dem Staat 1.200 Mark eingespart, mußte der Pressefotograf das Bild von uns noch einmal machen, weil sie mit drauf sein wollten.

Vera: Ja. Und sie haben gesagt: auf meine Frauen bin ich stolz. Es stand in der Zeitung.

Ingenieur: Du hast sie angelehrt. Kann sein, du lernst jetzt was von ihnen.

Die Weiberbrigade. Inge Müller

»Die Welt wird was sie war, eine Heimat für Herren und Sklaven. Was glotzt ihr. Unsere Firma steht nicht mehr im Handelsregister. Sie ist bankrott. Die Ware, die wir zu verkaufen haben, zahlbar in der Landeswährung, Tränen Schweiß Blut, wird auf dieser Welt nicht mehr gehandelt. Ich entlasse uns aus unserem Auftrag. ... Revolution macht müde. Im Schlaf der Völker stehn die Generäle auf und zerbrechen das Joch der Freiheit, das so schwer zu tragen ist.« sagt Debuissou.

Der Auftrag. Heiner Müller.

»Unser Dasein war in den letzten Jahren von so vielen Sorgen belastet gewesen, von einem so verzweifelten Kampf um die Existenz, ums Überleben, daß ein normales Leben gar nicht möglich war. Und dann die Lüge, die tägliche Lüge, die immer neue Lüge, die uns die Minister, die Premiers, die Parteichefs unterjubelten. Tagtäglich mußten wir herumhetzen, irgendwas auftreiben, mal Fensterkitt, mal Analgin.

Hier war das alles wie abgeschaltet, Stille war eingetreten, das Durcheinander war zu Ende, das Tohuwabohu verschwunden. Zum ersten Mal lebten wir einfach so. Das war ein ebenso bedächtiges

Leben, wie es die Deutschen um uns herum führten. Der Tag war mit einemal lang geworden. ...

Wir mußten in keiner Schlange stehen. Man hatte uns den gewohnten Zeitvertreib genommen. Seit meiner Kindheit, da Mutter mich in eine Warteschlange nach Kattun gestellt hatte, stehe ich an. Nach irgendwas. Mal am Fahrkartenschalter, mal nach Zwiebeln, mal nach einem Kühlschrank – mal zwie Stunden, mal drei Jahre. Die Schlange bewegt sich mal schneller voran, mal langsamer, an ihrem Kopf wechseln die Ladentische, die Geschäfte, die Arbeitszimmer, ich aber stehe und stehe; meine Kinder sind in Warteschlangen groß geworden, auch die Enkel. In Schlangen wird gelesen und gelernt, werden Bekanntschaften geschlossen. Schlangen gibt es nicht nur auf der Straße, sondern auch in Institutionen und Betrieben.

In den Betrieben hier werden keine Lebensmittel ausgegeben, dort hängen keine Anschläge wegen Versammlungen und Reiseschecks. In den Fluren stehen keine Raucher beisammen. Dort muß jeder arbeiten, ob er will oder nicht. Nichts lenkt ab, an nichts kann man sich klammern.«

Alltag. Daniil Granin.

In dieser Form, wie verschiedene Texte, nebeneinandergestellt, einen neuen Text bilden, eine Geschichte an Hand verschiedener Facetten entstehen lassen können, möchten wir in dieser Ausstellung durch die Kombination ausgewählter literarischer Texte mit verschiedenen Fotos eine Geschichte, die nicht nur auf diesen einen Ort zutrifft, erzählen.

»Viele der Zeichen, die so selbstverständlich weitergegeben werden, sind aufgezehrt, ihre vielerlei Bedeutungen, die nicht mehr erlebbar oder einsichtig sind, verkümmern zu einem einzigen Wortsinn.

»Sehen, was man sieht«, hieße jetzt, sich nicht auszuliefern an die sichtbare Welt der Formen, Form nicht zu verwechseln mit Kunst, Kunst nicht zu verwechseln mit überlieferten Werten, überlieferte Werte nicht zu nehmen als ein für allemal gesetzte Werte, sondern: der sichtbaren Welt unbefangen zu begegnen, sie im Genuß sich anzueignen, sie pragmatisch zu verwenden, ihr ironisch beizukommen, die Logik aufzuheben, und zu sehen, daß der Grund auch im Blau liegen kann. Gertrud Stein schreibt, »daß es hundert Jahre dauern soll, um irgendein Ding zu verändern, es ist die menschliche Art in Jahrhunderten zu denken und Jahrhunderte sind mehr oder weniger hundert Jahre und das ergibt einen Großvater und eine Großmutter pro Enkel oder Enkelin, wenn alles geht wie es soll und es geht oft ungefähr wie es soll.« Wenn man davon ausgeht, daß dreißig Jahre vergehen, bis eine Erkenntnis sich durchsetzt, dann wären wir gerade jetzt dabei Dinge zu bewegen, die sich Anfang des nächsten Jahrhunderts bewegen sollen«.

Martina Düttmann, 1982

HERBERT NIEMANN

Ist der Kapitalismus unumkehrbar am Ende? Die Zinsfalle hat zugeschnappt

Liberté, égalité, fraternité – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – war das Losungswort der französischen Revolution. Im Blickfeld stand die Abschaffung der überkommenen Gesellschaftsordnung mit ihren ständischen Privilegien, der sozialen und politischen Vorherrschaft des Adels, basierend auf feudalen Eigentumsrechten. In der Erklärung der »Rechte des Menschen und des Bürgers« der französischen Nationalversammlung von 1789 hat dieses Ziel seinen die Zeiten überdauernden Ausdruck gefunden. Dort heißt es in Artikel I: »Frei und gleich an Rechten werden die Menschen geboren und bleiben es. Die sozialen Unterschiede können sich nur auf das gemeine Wohl gründen«. Gemeint ist nichts anderes als die Abschaffung jedweder Form einer auf Privilegien und Besitzständen beruhenden Klassengesellschaft. Der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sollte ein Ende gesetzt werden. So findet der Freiheitsbegriff dort seine Grenzen, wo das Gemeinwohl beeinträchtigt wird. »Die Freiheit besteht darin, alles tun zu können, was anderen nicht schadet« (Artikel IV).

Aus heutiger Sicht besteht Einigkeit darin, daß Sklavenherrschaft und Feudalismus mit den allgemeinen Menschenrechten unvereinbar sind. Es gehört zu den Merkwürdigkeiten der Geschichte, daß der Kapitalismus als menschenverachtendes Ausbeutungs- und Machtinstrument während der Zeit der französischen Revolution nicht kritisch attackiert und an den Pranger gestellt wurde, sondern in der Folgezeit geradezu als Gegenbewegung zum Feudalismus einen nie gekannten Aufschwung erlebt hat. Die von der Kredit- und Zinswirtschaft dominierte kapitalistische Eigentums- und Produktionsweise aber geht in ihrer Entwicklung zwangsläufig mit der Ausbeutung und Entrechtung aller jener einher, die an den Vergünstigungen und Privilegien des Geld- und Sachkapitals und den daraus fließenden mühelosen Einkünften nicht teilhaben.

Der ausbeuterische Charakter des Kapitalismus als ökonomischem System entspringt unvermeidlich seinen wesenseigenen Funktionsmechanismen. Von seinen Protagonisten wird suggeriert, Kapitalismus heiße im wesentlichen nichts anderes, als wirtschaftliche Aktivitäten privaten Personen – Unternehmern – zu überlassen und diese von Zwang und Gängelei durch den Staat zu befreien. Dies aber ist nur eine – immer wieder in den Vordergrund gerückte – Seite, die das System als dem menschlichen Freiheitsdrang besonders entgegenkommend schmackhaft machen soll.

Herbert Niemann –
Jg. 1924; Jurist, langjährige
Tätigkeit in der Sozialversi-
cherung, veröffentlichte u.a.
»Zur Zukunft und Sicherheit
von Renten- und Versor-
gungsansprüchen« und
»Wohnungskatastrophe.
Ursachen und Auswege«,
zuletzt in »UTOPIE kreativ«
Nr. 52 (Februar 1995):
»Kein Licht im Tunnel. Die
wachstumzehrende Wir-
kung des Zinses und ihre
Folgen«.

»Die Erbringung der in der Zinsforderung an den Schuldner gestellten zusätzlichen Eigentumsforderung erzwingt die Produktion von mehr Eigentum als durch den Kreditvertrag zeitweilig in seinen Besitz gelangt ist. Die aus der Liquiditätsprämie auf Eigentum resultierende Zinsforderung erzwingt mithin einen Überschuß in der Produktion – den Profit. Dieser zinsgeborene Profit ist es, der die für die Eigentumswirtschaft typische Akkumulation möglich macht. Die Eigentumswirtschaft gewinnt ihre Dynamik mithin aus der permanenten Umwandlung der Liquiditätsprämie in vom Schuldner zu schaffendes Zusatz-eigentum.«

Gunnar Heinson: Muß die abendländische Zivilisation auf immer unerklärbar bleiben? Patriarchat und Geldwirtschaft, in: Waltraud Schelkle, Manfred Nitsch (Hrsg.): Rätsel Geld, Marburg 1995, S. 233.

»Die Kreditierung der Staatsschuld erfolgt nicht gleichmäßig durch alle Bevölkerungsteile, sondern vor allem über die Geldvermögen der Reichen und Bezieher relativ hoher Einkommen. Die Staatsschulden und die hierfür bezahlten Zinsen sind eine der wichtigsten Quellen für den sprunghaften Anstieg der Vermögenseinkommen in den letzten 20 Jahren. Die leistungsunabhängigen Vermögenseinkommen wuchsen von 1970 bis 1992 auf mehr als das achtfache, von 23,4 Mrd. DM auf 200,9

Eigeninitiative, Entschlußfreudigkeit und Risikobereitschaft werden dem System in hervorragender Weise zugeschrieben.

Allerdings sind wirtschaftliche Aktivitäten – gleich ob privater oder staatlicher Art – ohne Bereitstellung der jeweils erforderlichen Finanzmittel nicht möglich. So erweist sich denn Kapitalismus bei genauer Betrachtung vornehmlich als eine spezielle Finanzierungsform, mit der alle dieser Wirtschaftsordnung zugeschriebenen förderlichen Eigenschaften verquickt sind. Nur wenn, aber auch nur solange das auf das zinserscheidende Verleihen von Geld als Kapital gegründete Finanzierungsmodell funktioniert, kommen auch die »positiven« Eigenschaften zum Tragen.

Private Unternehmer beschaffen sich die Mittel zur Finanzierung ihrer Investitionen vor allem über Einlagen von Geldkapitalbesitzern oder über Kredite von Kapitalsammelstellen. Die Finanzmittel werden mit der Verpflichtung überlassen, daß dafür Zinsen gezahlt werden. Die Kapitalanleger können auf diese Weise über die Kapitalisierung der ihnen zufließenden Zinseinnahmen ihr Vermögen immer weiter vergrößern: Die Reichen werden also ohne eigene, dem erzielten Einkommen entsprechende produktive Arbeit immer reicher. Es handelt sich bei dieser Art von Vermögenszuwachs im wahrsten Sinne des Wortes um mühelose Einkünfte. Um die Geldvermögensbesitzer zur Kapitalanlage zu stimulieren, werden neben einfach verzinsten Investitionskrediten immer neue Arten der Anlageformen mit Aussicht auf besonders hohe Gewinne erfunden, wie Aktien, Optionen, Investmentfonds usw.

Es darf nicht verwundern, daß in einem auf der Kapitalisierung von privatem Geldvermögen aufbauenden Finanzierungssystem sich das Steuerrecht in den Dienst der Kapitaleigner stellt, um unter dem Vorwand der Investitionsförderung den Anreiz zur Kapitalansammlung und -anlage zu erhöhen. Was den Kapitalanlegern an steuerlichen Privilegien und Vergünstigungen zufällt, wird als Steuerlast der breiten Masse der Lohnsteuerzahler und Verbraucher aufgebürdet. Deren steuerliche Belastung steigt entsprechend, was zwangsläufig Rückwirkungen auf Kaufkraft und Nachfrage haben muß.

Die Lohnsteuerzahler werden auf diese Weise doppelt zur Kasse gebeten. Um die zur Bedienung der Zinservartungen notwendigen Gewinne realisieren zu können, versuchen die Investoren, die Zinslasten auf die Verbraucher abzuwälzen. Soweit dies gelingt, muß der Lohnsteuerzahler für die auf ihn abgewälzten Zinsen und die von ihm zu bezahlenden Steuervorteile der Kapitalanleger aufkommen. Am augenfälligsten ist dies bei der Wohnbaufinanzierung, wo steuerfinanzierte Subventionen für den Bauherrn und hohe Mieten deutlich machen, wer vom kapitalistischen Finanzierungssystem profitiert und wer von ihm ausgebeutet wird (vgl. »Wohnungskatastrophe. Ursachen und Auswege«, in: Sozialismus, 2/94 und Pressemitteilungen zum WSI-Verteilungsbericht 1995 vom 8. Dezember 1995).

Mit immer neuen, fremdfinanzierten Investitionen wächst die Summe der laufend fällig werdenden Zinsen und zinsähnlichen Aufwendungen für die Betriebe unaufhörlich an. Je höher das Ausmaß der Zinslasten der Betriebe, desto höher ihre Krisenanfäll-

ligkeit. Dies gilt besonders dann, wenn wegen zurückgehender Kaufkraft die Zinslasten auf die Verbraucher nicht mehr abgewälzt werden können.

Untersuchungen der Deutschen Bundesbank zufolge liegt die Eigenkapitalausstattung der Betriebe in Ostdeutschland mit 12,5 Prozent noch erheblich unter der der westdeutschen von derzeit 17,5 Prozent (Der Tagesspiegel vom 11. Oktober 1995). Die Unterversorgung mit Eigenkapital hat für die betroffenen Betriebe hohe Zinslasten zur Folge. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen können von den Betrieben wie allen sonstigen Kreditschuldnern ohne Substanzeinbußen nur bedient werden, wenn ein entsprechendes Wachstum an Gewinnen bzw. Einkommen erzielt wird. Je höher die die gesamte Volkswirtschaft überziehenden Zinslasten, desto höher das erforderliche Wirtschafts- und Einkommenswachstum. Erreicht das volkswirtschaftliche Wachstum nicht mehr die zur Bedienung der Zinsen erforderliche Höhe, ist der Verfall von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat nicht mehr aufzuhalten (vgl. »Kein Licht im Tunnel. Die wachstumszehrende Wirkung des Zinses und ihre Folgen«, in: UTOPIE kreativ, Heft 52).

Hier zeigt sich eine allgemeine, alle kapitalistischen Länder in gleicher Weise betreffende Problematik, die – wegen der internationalen Verflechtung aller Volkswirtschaften – auch nur weltweit einheitlich gelöst werden kann. In der Zinsmechanik und ihren Folgen liegt der »Knackpunkt« des kapitalistischen Systems. Die Fremdfinanzierung privatwirtschaftlicher Aktivitäten muß am Ende wegen Unerreichbarkeit der erforderlichen Wachstumsraten immer zum Zusammenbruch der finanziellen Basis des kapitalistischen Systems führen. Da hilft es auch nichts, wenn man dem Kind einen anderen Namen gibt und anstelle von Kapitalismus von sozialer Marktwirtschaft spricht. Dieser Ausdruck wurde nur gewählt, um Assoziationen mit dem aus der Vergangenheit übelbeleumdeten und mit sozialem und wirtschaftlichem Niedergang verbundenen Begriff zu vermeiden. Etwas Neuartiges wurde damit freilich nicht erfunden.

Voraussetzung für eine gleichmäßige, störungsfreie Entwicklung aller Betriebe sind einheitliche Wettbewerbsbedingungen. Das größte Hindernis hierbei sind die unterschiedlichen Fremdmittelanteile der Unternehmen und die daraus resultierenden unterschiedlichen Zinsbelastungen. Sie entziehen sich naturgemäß jeder Wettbewerbskontrolle und -regulierung. In einem immer enger werdenden Markt und einem immer härter werdenden Kampf um Marktanteile führt dies dazu, daß die kapitalstarken Unternehmen zusammen mit der Bankenmacht einen immer größer werdenden negativen Einfluß auf die weniger kapitalstarken Betriebe ausüben. Am Ende können diese nicht mehr mithalten. Sie geben auf oder werden geschluckt. Die Konzentration und Monopolisierung der Wirtschaft nimmt zu.

In den letzten Jahrzehnten hat die Verschuldung der kapitalistischen Volkswirtschaften ein solches Ausmaß erreicht, daß nunmehr die zum Ausgleich der Zinslasten erforderlichen Wachstumsraten weltweit nicht mehr erreicht werden können. Ein Weiteres und Wichtiges kommt hinzu: Während das zum Ausgleich der Zinsla-

Mrd. DM, damit auch mehr als doppelt so schnell wie das Volkseinkommen.«
Joachim Bischoff, Klaus Steinitz: Schuldenexplosion – eine Zukunftsbedrohung?
In: Sozialismus, 2/1994, S. 34.

»Private Geldvermögen (müssen) durch öffentliche Einrichtungen bedient werden, weil private Schuldner – Unternehmen, die Profite

aus produktiven Anlagen produzieren, und nicht selbst zur Klasse der Geldvermögensbesitzer gehören – ein nicht genügendes Mehrprodukt zur Befriedigung der Zinsansprüche produzieren.«

Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1996, S. 177.

»Das Phänomen der Käufermärkte (die »Unterkonsumtion« oder das Skandalon voller Regale bei gleichzeitiger Bedürftigkeit) erklärt sich daraus, daß auf jeder Güterproduktion und jedem Geldstück, das in den Umlauf kommt, ein Zinsanspruch haftet. Der Wert der verkauften Güter muß insgesamt immer höher sein als die Löhne und Gehälter, die für ihre Produktion nötig waren. Die Güterpreise müssen sich also so bilden, daß die Güter insgesamt nicht mit den Lohneinkommen gekauft werden können, die für ihre Herstellung verausgabt wurden.«

Waltraud Schelkle: Motive ökonomischer Geldkritik, in: Waltraud Schelkle, Manfred Nitsch (Hrsg.): Rätsel Geld, Marburg 1995, S. 40/41.

sten erforderliche Wachstum zwar zu erhöhter Produktion führt, entsteht auf der Verbraucherseite trotz entsprechendem Lohnzuwachs keine höhere, die gesteigerte Produktion absorbierende Nachfrage. Hier werden lediglich die vorhandenen Zinslasten ausgeglichen. Mit steigender Zinslast hinkt deshalb die Nachfrage unabwendbar immer mehr der Angebotsseite hinterher.

Nach einschlägigen Berechnungen (vgl. UTOPIE kreativ, Nr. 52) müßte derzeit zum Ausgleich der betrieblichen Zinslasten in der BRD mindestens ein jährliches gesamtwirtschaftliches Wachstum von 3,6 Prozent erreicht werden. Um auch die auf der Nachfrage-seite vorhandenen Zinslasten auszugleichen, müßte auch der Reallohn jährlich um mindestens 3,6 Prozent wachsen. Dies reicht aber noch nicht aus, wenn auch das aus der Produktionssteigerung resultierende größere Warenangebot abgesetzt werden soll. Zu diesem Zweck müßte das Lohnwachstum zusätzlich real um weitere 3,6 Prozent zulegen. Soll dieses Lohnwachstum ohne Belastung der Gewinne auf der betrieblichen Seite erbracht werden, wäre hierzu ein weiteres betriebliches Wachstum von 3,6 Prozent erforderlich. Das Produktionswachstum müßte somit insgesamt mindestens 7,2 Prozent betragen und in der Folgezeit (aufgrund mathematischer Gesetzmäßigkeiten) fortwährend weiter steigen. Dies erfordert aber Zuwachsraten, die mit Sicherheit in Zukunft nicht mehr erreicht werden können.

Im Kapitalismus mit der ihm eigenen Art und Weise der Fremdfinanzierung ist das Nichterreichen der erforderlichen wirtschaftlichen Wachstumsraten allerdings nicht gleichzusetzen mit einem prozentual parallel verlaufenden Verfall der Gesamtwirtschaft. Wenn auch tendenziell rückläufig, hält selbst in Zeiten der Rezession die für die Aufrechterhaltung des Systems und für weiteres Wachstum unerläßliche Akkumulation von Geldkapital an. Vor allem die von den Vermögensbesitzern vereinnahmten Zinserträge bleiben weitgehend unangetastet und werden zur Wiederanlage als Geldkapital verwendet. So betrug 1995 die Geldvermögensneubildung in der BRD, einschließlich der wiederangelegten Zinsen immerhin noch 234 Mrd. DM (Der Tagesspiegel vom 18. Juli 1996). Weil in Zeiten der Rezession Neuinvestitionen in großem Umfang auf spätere Zeiten verschoben werden, dienen diese Geldkapitalzuwächse (fresh money) allerdings nicht mehr der Realakkumulation, sondern fungieren weitgehend als Betriebsmittel zur Aufrechterhaltung der vorhandenen Produktionskapazitäten und als Finanzierungsquelle für die defizitären, durch Fördermittel und Steuervergünstigungen überstrapazierten Staatshaushalte. Die Verschuldung von Wirtschaft, Staat und Privatpersonen wächst weiter an, obwohl das Sozialprodukt stagniert oder zurückgeht. Die Zinslasten erhöhen sich entsprechend, Konkurse und Arbeitslosigkeit steigen an. Der gesamtwirtschaftliche Abschwung gewinnt weiter an Fahrt. Die zunehmende Marktverengung ist unabwendbar. Durch noch soviel Rührigkeit, Gewandtheit und Initiative kann niemand dieser Gesetzmäßigkeit entgehen. Der Zusammenbruch des Systems ist vorgegeben und durch nichts aufzuhalten (vgl. das Urteil der BHG vom 7. Februar 1952, NJW 1952, S. 392ff. zu der der kapitalistischen Zinsdynamik vergleich-

baren Wachstumsproblematik des sogenannten Schneeballsystems).

Es muß mehr als verwundern, wenn trotz ihrer nicht zu übersehenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen und Folgen die Wechselwirkung von Zins, Wachstum, wirtschaftlichem Aufschwung und Abschwung in der volkswirtschaftlichen und gesellschaftskritischen Literatur – wenn überhaupt – nur als Marginalie erörtert wird, ohne daß Konsequenzen hinsichtlich der Notwendigkeit einer verschuldungsfreien und wachstumsunabhängigen Volkswirtschaft gezogen werden. Ein Grund hierfür mag sein, daß die vom Club of Rome thematisierten Grenzen des Wachstums noch nicht in allen Köpfen, auch der Wissenschaftler, fest verankert sind. In der BRD kommt hinzu, daß das der sogenannten Marktwirtschaft zugeschriebene »Wirtschaftswunder« der fünfziger, sechziger und teils auch noch der siebziger Jahre zu einer Wundergläubigkeit geführt hat, von der bis heute selbst noch breite Schichten der Intelligenz erfaßt sind. Dagegen anzugehen, wird von ihnen weitgehend als Häresie empfunden.

Seit aber Anfang der neunziger Jahre die Massenarbeitslosigkeit zu einem immer größeren volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problem geworden ist, hätte es zumindest bei den Wirtschaftswissenschaftlern einer kritischen Analyse bedurft, warum das »Wirtschaftswunder« von einst in sich zusammengefallen ist und die Marktwirtschaft als ökonomisches Allheilmittel ihren Glanz verloren hat. Dabei ist das »Wirtschaftswunder« und was dahinter steckt, leicht zu erklären.

In den ersten Nachkriegsjahren ergaben sich als Folge des zwischenzeitlich eingetretenen, aber noch ungenutzten technischen Fortschritts und dessen breiter Anwendung hohe Steigerungsraten bei der Arbeitsproduktivität. Der Bedarf an neuartigen Gebrauchsgütern und Gütern des täglichen Bedarfs war enorm. Dies führte zu hohen volkswirtschaftlichen Wachstumsraten, denen in der BRD als Folge der Währungsreform von 1948 und der Abwertung des vagabundierenden Geldkapitals nur geringe Zinslasten gegenüberstanden. So konnte das volkswirtschaftliche Wachstum weitgehend in Lohnsteigerungen umgesetzt werden, die auf der Lohn- und Käuferseite zu immer neuen Bedarfsanregungen führten. Zugleich ergaben sich für die Betriebe ausreichende Spielräume zur Eigenfinanzierung, die einen relativ hohen Stand erreichte. Dies steht im unübersehbaren Gegensatz zur Gegenwart, wo die Verschuldung der Betriebe Lohnsteigerungen praktisch ausschließt, wenn die betriebliche Verschuldung nicht noch weiter ansteigen soll. Die Nachfrage sinkt, die betrieblichen Kapazitäten können nicht mehr ausgelastet werden. Die Zahl der benötigten Arbeitskräfte geht zurück. Die Spirale des Abschwungs setzt sich unaufhaltsam in Bewegung.

Wenn das Wachstum der Betriebe die Zinslasten nicht mehr übersteigt, ist naturgemäß für eine Erhöhung der Löhne kein Spielraum. Solange dieser Zustand andauert, bleibt das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht durch die die Volkswirtschaft überziehenden Zinslasten, die nicht mehr ausgeglichen werden, immerwährend gestört. Damit offenbart sich das Grundübel der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnung: Es ist das mit

»Die Marktlösung besteht ... darin, daß die Beschränkung des Einsatzes von Ressourcen den Profit entstehen läßt. Unterbeschäftigung ist somit das der Existenz von Käufermärkten korrespondierende Funktionsprinzip des Kapitalismus.«

Hajo Riese: Geld: Das letzte Rätsel der Nationalökonomie, in: Waltraud Schelkle, Manfred Nitsch (Hrsg.): Rätsel Geld, Marburg 1995, S. 57.

wachsender Verschuldung zunehmende Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, das chronische Zurückbleiben der zahlungsfähigen Nachfrage hinter dem Angebot. Es handelt sich um ein inneren Gesetzmäßigkeiten folgendes Phänomen, das nur temporär durch hohes Wirtschaftswachstum oder Neuverschuldung übertüncht werden kann. Langfristig führt es zu Massenarbeitslosigkeit und schließlich kommt es zur Selbstblockade der Wirtschaft, die jede dauerhafte wirtschaftliche Erholung ausschließt. Da hilft kein »Bündnis für Arbeit«, keine Senkung der Lohnnebenkosten, kein Sozialabbau, kein Lohnstopp oder gar ein Lohnverzicht. Wirtschaftliches Gleichgewicht ist nur zu erreichen, wenn Produktion und Löhne wertmäßig ausgeglichen einander gegenüberstehen und keine das Gleichgewicht störenden Fremdfaktoren einwirken, wie es nun einmal die Zinslasten sind.

Angesichts der Höhe der alle kapitalistischen Volkswirtschaften überziehenden Zinslasten sind keine realen Möglichkeiten mehr gegeben, den weiteren weltweiten wirtschaftlichen Abschwung aufzuhalten und ein weiteres Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Ohne ausreichende Kaufkraft keine Auslastung der Betriebe. Die Zinsfalle hat zugeschnappt. Aus ihr gibt es kein Entrinnen. Nur die Abschaffung der Kredit- und Zinswirtschaft verbleibt als einziger Ausweg.

Im chronischen Nachhinken der Nachfrage gegenüber dem Angebot liegt auch der Ansatzpunkt für die Theorie des »deficit spending« von John M. Keynes (1883-1946). Mit Hilfe von staatlicher Neuverschuldung sollen Beschäftigungsprogramme finanziert werden, die als »Anstoß« für wirtschaftliches Wachstum dienen. Mit dem auf diese Weise angestrebten Wachstum soll dann die Neuverschuldung zurückgeführt werden. Die Wahrheit ist, daß Beschäftigungsprogramme dieser Art noch nie zur anschließenden Verringerung der Staatsverschuldung geführt haben. Dies ist auch natürlich, weil die staatliche Neuverschuldung über die sich dadurch erhöhenden Zinslasten selbst wieder wachstumsmindernd wirkt.

Die wahre Ursache des wirtschaftlichen Ungleichgewichts im Kapitalismus sind also die vorhandenen Zinslasten. Deshalb kann auch nur eine neue Wirtschaftsordnung helfen, die auf die den Kapitalismus beherrschende Kredit- und Zinswirtschaft verzichtet. Soll weltweit eine Wende zum Besseren erreicht werden, ist eine totale Entschuldung aller Volkswirtschaften unverzichtbar. Zugleich müssen unabdingbar auch die Rechte an Grund und Boden neu geordnet werden, weil dieser Bereich in jeder kapitalistischen Spätphase zu Lasten der breiten Masse der Bevölkerung immer stärkeren Ausbeutungscharakter gewinnt (vgl. »Wohnungskatastrophe, Ursachen und Auswege«, in: Sozialismus 2/94).

Das kapitalistische Finanzierungssystem ist wegen der zugrunde liegenden Zinsmechanik wachstumsabhängig. Ist das für seine Aufrechterhaltung erforderliche Wachstum nicht mehr erreichbar, muß sich jede Spar- und Konsolidierungspolitik kontraproduktiv auswirken. Das Gegenteil von dem, was beabsichtigt ist, wird eintreten. Kaufkraft und Investitionen werden zwangsläufig zurückgehen und den Abwärtstrend beschleunigen. Allein die Aufgabe des

»Die makroökonomische Wirkung des Transfers aus öffentlichen Kassen zu privaten Geldvermögensbesitzern hängt davon ab, wie die aufgenommenen Kredite verwendet worden sind: konsumtiv oder investiv... Steigt nämlich die makroökonomische Produktivität (beispielsweise als Folge von Investitionen in die Infrastruktur), dann wächst auch das soziale Mehrprodukt. Profite steigen und mit ihnen die Akkumulation von Kapital, so daß mit der Beschäftigung auch Lohnneinkommen zunehmen. Dies alles erhöht die Staatseinnahmen, so daß die Bedienung der Schulden kein Problem bereiten sollte. Mit anderen Worten: Die Wirkung der Staatsverschuldung hängt auch von der Verwendung ab. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte hat demzufolge nicht per se eine negative Wirkung.«
Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1996, S. 176.

gegenwärtig angestrebten Sparkurses und höhere Lohnabschlüsse (ein kräftiger Schluck aus der Pulle) unter Inkaufnahme einer moderaten Inflation könnten kurzfristig die Konjunktur nochmals etwas ankurbeln. Das kapitalistische System aber ist auch dadurch nicht mehr zu retten.

Es versteht sich von selbst, daß die Betreiber und Nutznießer des kapitalistischen Systems, das ihnen Macht, Reichtum und Einfluß gewährt, sich bis zum Letzten gegen die Abschaffung der Kredit- und Zinswirtschaft sperren werden. War das System in der Vergangenheit in Bedrängnis geraten, wurde der Ausweg vielfach in einer Währungsreform gesehen. Die Reichen haben es dabei immer wieder in wundersamer Weise verstanden, durch bevorzugte Behandlung ihrer Besitzstände ihre Macht und ihren Einfluß zu wahren. Davon abgesehen ist eine dauerhafte Abhilfe auf diese Weise nicht zu schaffen. Die Zinslasten würden nach einer Währungsreform bei Beibehaltung des Systems zwangsläufig von neuem ansteigen und zu gegebener Zeit wieder in einen wirtschaftlichen Abschwung münden, wenn die auflaufenden Zinslasten erneut durch Wirtschaftswachstum nicht mehr kompensiert werden können.

Was eine neue Wirtschaftsordnung bewirken muß, ist klar: Die am Ende jede Volkswirtschaft schwächenden und ruinierenden Elemente des kapitalistischen Finanzierungs- und Wirtschaftssystems müssen eliminiert werden. Die Quellen für »mühevolle« Einkünfte sind für alle Zeiten zu verstopfen. Ziel muß es sein, eine zukunftsorientierte, wachstumsunabhängige und verfallssichere Wirtschaftsordnung einzurichten.

Das kapitalistische System aufrecht zu erhalten, aber so zu reformieren, daß seine immer wiederkehrenden, die breiten Massen der Bevölkerung benachteiligenden Folgen unterbunden werden, ist illusorisch. Daran ist die Sozialdemokratie bis heute gescheitert. Kapitalismus bleibt Kapitalismus, bleibt ein Ausbeutungssystem mit immer gleichem Ausgang. Durch die am Ende das Wachstum der Produktion zwangsläufig übersteigende Zinsdynamik ist das Scheitern der zugrunde liegenden Wachstumsideologie unausweichlich. Folgerichtig stellt das Ahlener Programm der CDU (Februar 1947) fest: »Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch ... kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.«

Dreh- und Angelpunkt für den Erfolg oder das Scheitern jeder Wirtschaftspolitik ist die richtige Beantwortung ökonomischer Grundfragen. Nur ökonomischer Sachverstand und der feste Wille der Handelnden – ungeachtet der unterschiedlichen, auf sie einwirkenden Einzel- und Gruppeninteressen –, nur dem Gemeinwohl dienende Lösungen zu finden, kann weiterhelfen. Dies setzt voraus, daß die ökonomischen Prinzipien, die Grundlage der in Aussicht genommenen Wirtschaftsordnung werden sollen, kritisch, aber ideologiefrei betrachtet und begründet werden.

Diese Aufgabe darf weder Philosophen, Soziologen, Historikern noch Theologen überlassen werden, sofern sie nicht aus eigenem ökonomischen Sachverstand einen Beitrag leisten können. Darauf

»Die menschliche Gesellschaft kann nicht überleben, wenn sie kapitalistisch bleibt. Nur wenn man die kapitalistische in eine sozialistische Gesellschaft umwandelt, kann das Überleben von Mensch und Natur gesichert werden. Daher bestreitet Marx, daß es sich bei der Frage des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft um ein Problem von Werten oder Werturteilen handelt; es ist vielmehr strikt das Problem einer Zweck-Mittel-Beziehung, die von der Notwendigkeit des Überlebens der Menschheit her entwickelt wird. Die Notwendigkeit dieses Übergangs ergibt sich daher bei Marx nicht aus einer Wertrationalität, sondern vielmehr aus der Zweckrationalität des Willens zum Überleben.« Franz J. Hinkelammert: Kritik der utopischen Verunft. Eine Auseinandersetzung mit den Hauptströmungen der modernen Gesellschaftstheorie, Luzern und Mainz 1994, S. 19/20.

hinzuweisen erscheint notwendig in einer Zeit, wo die Schwächen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bloßliegen, die wirtschaftswissenschaftlichen Fachgelehrten – aus welchen Gründen auch immer – die kritische Auseinandersetzung scheuen, und vielfach statt dessen Philosophen und Soziologen mit Inkompetenz das große Wort führen.

Am Ende werden es aber nicht nur die Ideen sein, die über den Wert und die Kraft einer wirtschaftlichen Neuordnung entscheiden, sondern die Leute, die sich ihrer bemächtigen. Es kommt darauf an, daß Wort, Denken und Handeln übereinstimmen.

»Wenn die kapitalistische Gesellschaft nicht mit dem menschlichen Überleben vereinbart werden kann, ist sie unmöglich. Folglich gibt es auch keine ethische Verpflichtung, die dazu zwingt, die kapitalistische Gesellschaft zu erhalten.«
 Franz J. Hinkelammert: Kritik der utopischen Vernunft. Eine Auseinandersetzung mit den Hauptströmungen der modernen Gesellschaftstheorie, Luzern und Mainz 1994, S. 20.

Das, was als »soziale« Marktwirtschaft ausgegeben wird, identifizieren deren Protagonisten mit Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit schlechthin. Es wird mit voller Absicht der Eindruck erweckt, als ob jede andere Wirtschaftsform Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit ausschließe oder in Frage stelle. Verdrängt wird dabei die unübersehbare Tatsache, daß in breiten Kreisen der Bevölkerung nur deshalb Politikverdrossenheit vorherrscht, weil die Bürger sich von den Politikern und Parlamentariern nicht mehr mit ihren Interessen vertreten fühlen. Es besteht zunehmend der Eindruck, daß gegen die Interessen der breiten Masse regiert wird.

Ob ein solcher Zustand noch vom Begriff »Demokratie« gedeckt wird? Dabei gibt es genug Möglichkeiten, das parlamentarische System so zu ändern, daß es tatsächlich volksverbunden und bürgernah ist. Durch entsprechende Modalitäten (Begrenzung der Möglichkeit der Wiederwahl) könnte das Entstehen der Kategorie »Berufspolitiker« verhindert werden, die, um ihre Wiederwahl nicht zu gefährden, versucht sind, sich in ihrem Abstimmungsverhalten den Meinungsführern der jeweiligen Partei unterzuordnen, statt nach eigener Überzeugung zu entscheiden, wie es das Grundgesetz vorsieht. Zu denken wäre auch daran, die Abgeordneten, wenigstens zum Teil, als Vertreter gesellschaftlicher Gruppen ins Parlament zu entsenden oder zu wählen, anstatt die Auswahl der Kandidaten allein den Parteien zu überlassen.

Dem Freiheitsbegriff der marktwirtschaftlichen Ordnung ist entgegenzuhalten, daß Freiheit dort eingeschränkt wird oder gar endet, wo Ausbeutung beginnt. Es ist unbestritten, daß in der BRD wie auch anderswo die Einkommensschere zwischen arm und reich sich immer weiter öffnet (vgl. WSI-Mitteilung 10/1995, S. 605 ff). Der wahre Grund hierfür liegt im beschriebenen Zinsmechanismus, dessen Zwängen sich Wirtschafts- und Steuerpolitik unterordnen. Zinsen belasten die Bürger nicht nur bei eigener Verschuldung. In allen Preisen einschließlich der Mieten bis hin zu den Gebühren und Tarifen der Versorgungsbetriebe sind Zinsanteile enthalten ebenso wie in der Besteuerung durch die öffentlichen Hände, soweit damit deren Verschuldung abgewälzt wird. Insofern die sich so summierende Zinsbelastung der Bürger höher ist als eigene Zinseinkommen – und dies gilt für den übergroßen Teil der Bevölkerung –, heißt dies nichts anderes, als daß diese Bürger zugunsten der Zinsgläubiger ausgebeutet werden (vgl. Creutz: Wie reich sind die Deutschen, in: Sozialismus, Heft 12/94). Wer wegen Überschuldung an der Pfändungsgrenze lebt, sitzt schließlich in einem »Schuldturm«, aus dem er sich selbst in aller Regel nicht mehr

befreien kann. Das ist die tragische Schattenseite der vielgerühmten Freiheit der marktwirtschaftlichen Ordnung, die sich schließlich in ihr Gegenteil verkehrt.

Wenn in das, was die vielbeschworene Rechtsstaatlichkeit dieser Ordnung ausmacht, auch die Beachtung der verfassungsmäßigen Grundlagen (Sozialstaatsgebot Art. 20 I GG) einbezogen wird, müssen große Zweifel angemeldet werden, ob die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich, Arbeitsbesitzer und Arbeitslose unter Berücksichtigung des fortschreitenden Sozialabbaus einer verfassungsmäßigen Überprüfung standhält. Der Zinsmechanismus gebietet faktisch die Diktatur des Kapitals. Formale Rechtsprinzipien, wie der Schutz des Privateigentums, werden unter Berufung auf Rechtsstaatlichkeit als Mittel benutzt, Recht in Unrecht zu verkehren und eingetretenes Unrecht zu verfestigen. Massenarbeitslosigkeit, Lohndrückerei, Sozialabbau, steuerliche Ungerechtigkeit und unbezahlbare oder überteuerte Mietwohnungen sind eklatante Beispiele offenkundiger Ungerechtigkeit.

Das Menschenbild der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist das des freien Bürgers, der in seinem Streben nach Reichtum, persönlichem Glück und wirtschaftlicher Macht praktisch keinen Beschränkungen unterworfen ist. Nicht auf Gemeinsinn und christliche Grundwerte aufbauende Arbeit zum Wohle des Gemeinwesens ist der Antrieb des heutigen Wirtschaftslebens, sondern die Gier nach Geld, Reichtum, Macht und Einfluß. Es ist der Tanz um das goldene Kalb mit neuen Göttern. Das weitgehend überflüssige kapitalistische Finanzierungssystem mit seinem aufgeblähten Apparat kostet jährlich Hunderte von Milliarden DM nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden der Gesellschaft. Das durch Sparen in der BRD angesammelte Geldkapital von etwa 4,5 Billionen DM ist längst angelegt und verbraucht. Als Investitionskapital steht es nicht mehr zur Verfügung. Auch Investitionsanreize gehen von ihm nicht mehr aus. Es gleicht einem Luftschloß. Übriggeblieben sind die Zinsforderungen der Gläubiger, die das gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben im Würgegriff halten.

Alle Bekenntnisse zur Achtung der menschlichen Würde entlarven sich in der Tageswirklichkeit als Heuchelei, wenn immer größere Teile der Bevölkerung in Armut versinken und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Das Mittel, die Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit trotz objektiv zunehmenden sozialen Unrechts bei der Stange zu halten, sind künstlich aufgebaute, überzeichnete oder verfälschte Feindbilder, die im Gegensatz dazu die Verhältnisse im eigenen Land geradezu als paradisisch erscheinen lassen.

Wenn es zutrifft – und durchgreifende Einwände dagegen sind nicht zu erkennen –, daß die Kredit- und Zinswirtschaft die Wurzel allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Übels von heute ist, muß an ihre Stelle ein anderes Finanzierungsmodell treten. Es geht um soziale Gerechtigkeit in einer prosperierenden Volkswirtschaft.

Wer nach einer Alternative sucht, kommt an einer Diskussion über einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz nicht vorbei. Mit einer Finanzierung der Volkswirtschaft ausschließlich über Umlageverfahren, Steuern und Abgaben kann ein sozialistisches Wirt-

schaftssystem wachstumsunabhängig und verfallssicher gestaltet werden. Weg von der auf Egoismus aufbauenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit ihren gesellschaftszerstörerischen Mechanismen zu einer Gesellschaftsform, die auf Gemeinsinn und Mitmenschlichkeit setzt. Sollte nicht doch – wie von vielen tüchtigen Geistern immer wieder beschworen – Sozialismus die einzige Chance für einen zukunftssicheren Neubeginn und ein friedvolles Zusammenleben der Völker sein? Wie aber muß ein solcher Sozialismus aussehen und wie soll er funktionieren? Das aber ist ein anderes Thema, das einer gesonderten Betrachtung bedarf.

»Dem Kapitalismus ist es höchst gleichgültig, was die Menschen einschließlich der Wissenschaft von ihm denken. Sie bleiben desungeachtet seinen Funktionsbedingungen ausgeliefert. Und das ist die List der Geschichte, die wir zu akzeptieren haben.«
Hajo Riese: Geld: Das letzte Rätsel der Nationalökonomie, in: Waltraud Schelkle, Manfred Nitsch (Hrsg.): Rätsel Geld, Marburg 1995, S. 61/62.

Gewinnsucht, Machtbesessenheit und das Bangen um Wohlstand vorgaukelnde Besitzstände machen es schwer, Argumenten wirtschaftlicher Vernunft Gehör zu verschaffen. In der Forderung nach immer mehr wirtschaftlichem Wachstum als letztem Rettungsanker sind sich die Betreiber und Verfechter der derzeitigen marktwirtschaftlichen Ordnung einig. Dies drängt Fragen auf, die es unablässig und mit großem Nachdruck in die Diskussion einzuführen gilt, bis die Stimme der Vernunft sich als stärker erweist: Warum braucht die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu ihrer Aufrechterhaltung stetiges wirtschaftliches Wachstum? Wie hoch muß die jeweils erforderliche Wachstumsrate sein? Können bei realistischer Einschätzung die jeweils erforderlichen Wachstumsraten derzeit und in überschaubarer Zukunft noch erreicht werden? Welche gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen ergeben sich, wenn die erforderlichen Wachstumsraten nicht mehr erreicht werden? Von der Beantwortung dieser Fragen und den daraus zu ziehenden Folgerungen hängt es ab, ob die Welt einer friedvollen, lebenswerten Zukunft entgegengeht oder die Vision der Apokalypse reale Konturen annimmt.

RONALD LÖTZSCH

Südamerikanische Hochkultur der Inkas germanischen Ursprungs?

In der Wochenendausgabe vom 24./25. August veröffentlichte »Neues Deutschland« einen vierspaltigen Keller mit der in dicken Lettern gesetzten Überschrift »Rätsel um Ketschua«, darübergedruckt die in der Tat zum Rätseln stimulierende Frage »Inka simi germanischen Ursprungs?« Die Autorin Elfriede Philipp behauptet darin, der »Polyhistor« und baschkirische Hochschuldozent em. Dr. phil. Jakob Josifowitsch Gelblu und der deutsche »Germanist und Südamerikaforscher« Dr. sc. Julius Mader hätten »welterstmalig« über einhundert Wörter aus der historischen Sprache des herrschenden Inkaadels »enträtselt«. Die Sprachforscher Gelblu/Mader hätten Aufsehen erregt, weil sie in 72 Ketschuawörtern mittelhochdeutsche, in 17 slawische und in anderen Wörtern indoeuropäische Wortwurzeln und Wortstämme nachweisen konnten. Sie hätten daraus geschlußfolgert, »daß Germanen und Slawen nacheinander oder auch zu gleicher Zeit im 8./9. oder 10./12. Jahrhundert den Atlantik überquerten und sich im Laufe der Zeit in die andinen Gebiete des südamerikanischen Kontinents durchschlugen. Dort hätten sie den Kern des privilegierten Adels des gottgleich verehrten obersten Inka gebildet, mit Inka simi ihre exklusive Herrschersprache entwickelt und mit dem Inkareich eine politisch und kulturell höchste gesellschaftliche Entwicklung der amerikanischen Urbevölkerung geschaffen«, »ihre« in mehrfacher Hinsicht Furore machenden Erkenntnisse seien in sieben von 1992 bis 1996 erschienenen Sonderdrucken niedergelegt, die sich im Bestand der Deutschen Staatsbibliothek in Berlin befänden. Soweit einige Zitate und indirekte Wiedergaben von Passagen aus dem ND-Artikel.

Im ersten Moment ist man geneigt, abzuwinken, derartige Offenbarungen als Spinnereien abzutun und die Sonderdrucke, sollten sie denn existieren, weiter in den Magazinen der Staatsbibliothek verstauben zu lassen.

Doch dann erinnert sich mancher ältere ND-Leser, daß im »Tausendjährigen Reich« nahezu alle Hochkulturen der Alten Welt mit Heldentaten (indo)germanischer »Herrenmenschen« in Verbindung gebracht wurden. Sogar die Möglichkeit einer »Freundschaft und Waffenbrüderschaft« zwischen dem Hitlerreich und dem asiatischen Kaiserreich Japan versuchten besonders verbohrte, in Wissenschaft machende Nazis mit dank »nordischen Migrationen« wenigstens bis in die Spitzen der japanischen Oberschicht reichender »arischer Blutsbande« zu begründen.

Wenn nun vorkolumbianische germanische »Kulturträger« gar

Ronald Löttsch – Jg. 1931,
Sprachwissenschaftler,
Berlin.

Eine redaktionell gekürzte Fassung dieses Artikels wurde unter der Überschrift »Wilde Spekulation. Anmerkungen zu ›Rätsel um Ketschua‹« in der Wochenendausgabe des Neuen Deutschland vom 12./13. Oktober 1996 abgedruckt.

1 Für Nicht-ND-Leser: Die Blattsch(l)uß-Seite ist die satirischen Beiträgen vorbehaltene letzte Seite der Wochenendbeilage dieser Zeitung.

2 Im russischen Original: *Inki. Lingvoistoritscheskij analisis* (aus technischen Gründen kann hier statt der an sich üblichen bibliothekarischen Transliteration bzw. der kyrillischen Originalschreibung leider nur diese eigentlich abzulehnende lateinische Transkription verwendet werden).

3 Alle vier Lieferungen enthalten eine deutsche Zusammenfassung.

jenseits des Großen Teiches geortet werden und die einzige überregionale deutschsprachige sozialistische Tageszeitung darauf nicht, wie allenfalls hätte erwartet werden können, lediglich auf der Blattsch(l)uß-Seite¹ reagiert, sollte man angesichts sich ausbreitender neonazistischer Machenschaften dies nicht auf sich beruhen lassen.

Natürlich unterstelle ich den beiden »Sprachforschern« nicht, daß es ihre Absicht war, die rassistischen Wahnvorstellungen der Nazis zu kolportieren. Dennoch weisen ihre Thesen in mancherlei Hinsicht eine fatale Übereinstimmung mit solchen auf. Und wie diese sind sie wissenschaftlich völlig unhaltbar.

Wiedergegeben sind sie im ND-Artikel im wesentlichen korrekt. Lediglich die angeblich germanischen Komponenten der Inkasprache werden zu Unrecht ausschließlich dem Mittelhochdeutschen zugerechnet, was nicht ihrer Behandlung in den Sonderdrucken entspricht.

Denn diese existieren tatsächlich. Allerdings besitzt die Deutsche Staatsbibliothek nicht sieben, sondern nur vier, herausgegeben 1992 bis 1994 vom Pädagogischen Institut in Ufa in einer Auflage von 150 Exemplaren unter dem Titel »Die Inkas: sprachgeschichtliche Analyse«.² Daß es darüber hinaus drei weitere, bis 1996 erschienene, Lieferungen gibt, die Frau Philipp auf anderem Wege bekannt geworden sein könnten, ist nicht auszuschließen, denn das die vierte Lieferung abschließende Wörterverzeichnis enthält nicht die über einhundert angeblich enträtselten Ketschuawörter, sondern allenfalls etwa achtzig, teilweise gegliedert in solche germanischen, slawischen und sonstigen indoeuropäischen Ursprungs. Doch auch diese genügen völlig, um sich ein Bild zu machen.

In technischer Hinsicht stellen die vier Lieferungen eine sehr bescheidene Publikation dar. Genau genommen sind es insgesamt 175 Seiten vervielfältigter, im wesentlichen russischer,³ Schreibmaschinentext mit handschriftlichen Ergänzungen und Korrekturen.

Der Verfasser Jakob Gelblu ist offenbar ein Germanist, der sich im fernen Baschkortostan durch die Vermittlung von Deutschkenntnissen an baschkirische, tatarische und russische Studenten sicher verdient gemacht hat. Er ist vertraut mit der einschlägigen germanistischen lexikographischen Literatur, beherrscht die Grundlagen der deutschen Sprachgeschichte und kennt die wichtigsten russisch- und deutschsprachigen Werke über das Inkareich, dessen Geschichte und Sprachsituation.

Er ist jedoch von einer fixen Idee besessen, und die läßt ihn nicht nur seine sprachwissenschaftlichen Kenntnisse, sondern auch die politische Brisanz seiner Thesen vergessen. Und diese fixe Idee besteht in dem Bestreben, um jeden Preis den germanischen bzw. germanisch-slawischen Ursprung einer besonderen Sprache der Inkadynastie zu beweisen, die dann auch im Ketschua, der heute noch in den Andenstaaten von Millionen Indios gesprochenen Staatssprache des untergegangenen Inkareiches, ihre Spuren hinterlassen habe. Daß die Inkadynastie eine von der ihrer Untertanen völlig verschiedene Sprache gehabt haben soll, ist im übrigen umstritten. Die meisten Spezialisten gehen davon aus, daß sie

örtlichen Ursprungs war und ebenfalls einen Ketschuadialekt sprach.

Schleierhaft ist der Anteil von Julius Mader am gemeinsamen Unternehmen. Sein Name taucht erst 1993 in der dritten Lieferung auf.⁴ Im letzten Satz des Vorwortes dankt Verfasser Gelblu Dr. sc. jur. et Dr. rer. pol. Julius Mader (Berlin) für wertvolle Hinweise zur mittelalterlichen Geschichte Deutschlands, die sich allerdings in den 155 Endnoten dieser Lieferung noch nicht niederschlugen. Erst in der vierten Lieferung figuriert Mader als Mitautor, und hier erscheinen dann auch neue Literaturangaben (Eichler, Slawische Ortsnamen zwischen Saale und Neiße, Bautzen 1987; Deutsche Geschichte, Leipzig 1965). Auffällig ist, daß Versuche, Ketschua-wörter aus dem Slawischen zu erklären, erst ab der dritten Lieferung unternommen werden. Sollte hierin etwa der originäre deutsche Beitrag zu den »Furore machenden Erkenntnissen« bestehen?

Doch zur Sache selbst. Natürlich kann hier nicht auf jeden einzelnen Versuch der Erklärung von Ketschua-wörtern eingegangen werden. Einige markante Beispiele reichen jedoch völlig aus, um zu verdeutlichen, daß grundlegende und Verfasser Gelblu auch bekannte Gesetzmäßigkeiten der westgermanischen und slawischen Sprachentwicklung um der aussichtslosen Fundierung einer fixen Idee willen bewußt ignoriert werden.

Der vermeintlich germanische Anteil am Ketschua-wortschatz wird meist mit Zitaten aus Matthias Lexers *Mittelhochdeutschem Taschenwörterbuch* (Leipzig 1956) begründet. In vielen Fällen werden angeblich aus dem Germanischen stammende Ketschua-wörter jedoch je nach Bedarf mal mit oberdeutschen, mal mit niederdeutschen Formen identifiziert.

Das einen kleinen Bach bezeichnende und *pachtscha* auszusprechende Wort *pajcha* (-cha ist ein Diminutivsuffix) z. B. wird direkt mit deutschem Bach in Verbindung gebracht. Und zwar stamme es aus dem Oberdeutschen, in dem die stimmhaften Verschußlaute schon in althochdeutscher Zeit stimmlos geworden waren, so daß *b* in altbairischen und altalemannischen Denkmälern meist *p* geschrieben wurde. Diese Annahme ist zwar nicht zwingend, denn nach der eigenen Aussage von Gelblu gibt es im Ketschua keine stimmhaften Verschußlaute, deutsches *b* hätte also in jedem Falle durch *p* substituiert werden müssen. Hochdeutsch wäre es aber, denn der im Deutschen *ch* geschriebene Laut ist durch die sog. hochdeutsche Lautverschiebung aus *k* entstanden. Mittelniederdeutsch hieß der Bach *beke*.

Das einen Teich bezeichnende Ketschua-wort *tika* wird dagegen wegen des erhaltenen *k* aus dem Mittelniederdeutschen erklärt, in dem die Entsprechung *dik* lautet. Rein lautlich wäre das korrekt, denn stimmhaftes *d* hätte wiederum durch stimmloses *t* ersetzt werden müssen. Auch semantisch stimmen Ketschua und Deutsch in diesen beiden Fällen überein.

Doch welche realen Voraussetzungen hätten für diese beiden Wortentlehnungen, die lediglich beispielhaft für mehrere andere angenommene Fälle stehen, gegeben sein müssen? Die postulierten germanisch-slawischen Stammväter der Inkas hätten einen oberdeutsch-niederdeutsch-slawischen Mischdialekt gesprochen. Und

4 Die Geschichtsseite der ND-Ausgabe vom 24. Dezember 1992 enthielt allerdings unter der Spaltenüberschrift »KURIOSE Historie« bereits eine mit Dr. J. M. unterzeichnete Randnotiz mit dem Titel Rätselhafte Inka-Sprache, die eine eher skeptisch distanzierte Annotation der darin noch als Pamphlet bezeichneten, kurz davor erschienenen ersten Lieferung von Gelblus Inkas darstellt.

das vor dem 12. Jahrhundert! Diese Datierung ergibt sich zwingend aus anderen sprachhistorischen Kriterien.

Die mehrfach vorgenommene Identifizierung ein *u* oder *i* enthaltender Ketschuawörter, z. B. *puric* (erwachsener Mann), *chipana* (rituelles Armband), mit deutschen, in denen diesen Vokalen die Diphthonge *au* oder *ei* (Bauer, Scheibe) entsprechen, wird in dieser Hinsicht zutreffend – einmal abgesehen von allen semantischen Ähnlichkeiten bzw. Nichtübereinstimmungen (erwachsener Mann = Bauer, Armband = Scheibe?) sowie von lautlichen Nichtentsprechungen (*tsch* in *chipana* = *sch* in mittelhochdeutschem *schibe*?) – damit begründet, daß diese Diphthonge erst seit dem 12. Jh. aus den Langvokalen entstanden seien.

Wenn jedoch auch das dem Sonnengott Inti gewidmete höchste Fest der Inkas, das u. a. mit kultischen Tänzen gefeiert wurde und das sie *raymi* nannten, aus dem Deutschen erklärt werden soll und sich dafür *Reigen* anbietet, dann wird ignoriert, daß dieses auf galisches *rica* zurückgeführte Wort ebenso wie der damit bezeichnete aus Frankreich stammende Tanz erst im 13. Jh. nach Deutschland gelangte. Dabei wird die entsprechende Stelle aus Kluges etymologischem Wörterbuch sogar zitiert. Im Mittelhochdeutschen lautete das Wort im übrigen *reie* und nicht *raje*.

Eben diese Mißachtung der Lautentwicklung beinhaltet auch der Versuch, das die Sippe, die Grundeinheit der Inkagesellschaft, bezeichnende Wort *ayllu* aus dem Germanischen zu erklären. Die Wurzel *ay-* wird mit *aiw-* (Zeitraum, Ewigkeit) identifiziert, das allerdings nur im Gotischen noch den Diphthong bewahrt, während dieser schon im Althochdeutschen zu langem *ewig* (wie im Neuhochdeutschen) geworden ist.

Gleiches gilt für Versuche, Ketschuawörter mit dem Slawischen in Verbindung zu bringen. Die ein *u* enthaltenden Körperteilbezeichnungen *rucana* (Plural von Finger) und *pupu* (Nabel) z. B. werden mit slawischem *ruka* (Hand) und *pup* (Nabel) identifiziert. Wird angenommen, Slawen hätten bereits im 8./9. Jh. Südamerika erreicht, hätten die Wurzeln dieser Wörter im gesamten Slawischen kein *u*, sondern einen aus *an* hervorgegangenen, wie im Französischen auszusprechenden, Nasalvokal enthalten. Wäre der Trip über den Atlantik erst im 11./12. Jh. erfolgt, wobei auch zu diesem Zeitpunkt dafür allenfalls Ostseeslawen in Frage gekommen wären, hätte die gleiche Nichtentsprechung noch immer gegolten, denn deren Dialekte bewahrten die Nasalvokale bis zu ihrer Germanisierung und die Mundarten ihrer nichtgermanisierten Nachfahren, der Kaschuben, haben sie, ebenso wie die Sprache ihrer polnischen Landsleute heute noch (vgl. die *renka*, *pempek* auszusprechenden polnischen Äquivalente).

Für die angeblich nichtspezifizierte indoeuropäische Herkunft eines Ketschuawortes wird die Bezeichnung der Hand angeführt, die *maci* lautet. Die Wurzel *ma-* soll die von lateinisch *manus* sein, die es weder im Germanischen noch im Slawischen⁵ gibt. Wie sie ins Ketschua gelangt sein soll, bleibe in der Tat ein Rätsel dieser Sprache, selbst wenn man die ominöse mittelalterliche Atlantiküberquerung von Germanen bzw. Deutschen und Slawen für denkbar halten wollte.

5 Es sei denn in solchen in der Wissenschaftssprache aus lateinischen Elementen gebildeten Fachausdrücken wie *Manufaktur*, *Manuskript*, *manuell*.

Geradezu grotesk ist der Versuch, auch das in den spanischen Chroniken des Inkareiches als Bezeichnung der Angehörigen des Inkahochadels überlieferte *orejones* aus dem Deutschen zu erklären. Es handelt sich natürlich um ein spanisches Wort, abgeleitet von *oreja* (auszusprechen *orecha*), das ›Ohr‹ bedeutet. Die Ableitung *orejones* ›Langohrige‹ spielte auf die Sitte an, den jungen Adligen die Ohrläppchen zu durchbohren und diese mittels immer größerer goldener Ohrpflocke zu beachtlicher Länge auszu dehnen.⁶ Gelblu/Mader jedoch identifizieren den Stamm *orej-* nicht nur mit dem mittelhochdeutschen Adjektiv *ôrecht*, das eine Ableitung von *ôr* Ohr⁷ mittels des Suffixes *-echt* darstellt und auch etwa ›langohrig‹ bedeutete, sondern vermengen dieses außerdem mit deutschem *hochen*, das eine ganz andere Etymologie hat.

Man könnte die Aufzählung der Verstöße gegen elementarste sprachwissenschaftliche Grundsätze noch lange fortsetzen, doch dürften auch die angeführten die Unhaltbarkeit der von Gelblu/Mader aufgestellten Hypothese zur Genüge belegen.

Wie erklären sich nun die zum Teil in der Tat frappierenden sowohl semantischen wie lautlichen Übereinstimmungen zwischen Ketschuawörtern und solchen des Deutschen bzw. Slawischen?

Die Zahl der in natürlichen Sprachen möglichen Lautkombinationen ist begrenzt. Angesichts der Notwendigkeit, viele tausend Begriffe bezeichnen zu müssen, können Sprachen, zwischen denen es nie irgendwelche realen Kontakte gegeben hat, verblüffende zufällige Übereinstimmungen aufweisen. Dies gilt auch für Ketschua und Germanisch bzw. Deutsch oder Slawisch.

Doch zurück zu den historischen Voraussetzungen.

In Europa wurde die Hochseeschifffahrt technisch erst seit dem 12. Jh. möglich.⁸ Die Annahme einer beabsichtigten Überquerung des Südatlantiks durch Germanen oder gar Slawen schon im 8./9. Jh., etwa um der gewaltsamen Christianisierung zu entgehen, wie Gelblu/Mader in einer Anmerkung auf Seite 18 der vierten Lieferung unbefangen annehmen, ist also reine Spekulation.

Im 9. Jh. erreichten Wikinger, die ersten Hochseefahrer des Nordatlantiks, von Norwegen aus erstmalig Island und Grönland, was bereits eine gewaltige Leistung darstellte. Die Überfahrt von Grönland nach Baffinland, die Leif Erikson um das Jahr 1000 gelang, ist ein Katzensprung im Vergleich zu den Entfernungen, die hätten bewältigt werden müssen, um an die südamerikanische Atlantikküste zu gelangen.

Sogar im 12. Jh. fehlten hierfür noch die technischen Voraussetzungen.

Meeresströmungen, die ein Schiff, das sich aus der Nordsee kommend zu weit in den Atlantik hinauswagte, hätten über den Ozean an die Küste Venezuelas oder Brasiliens driften lassen können, gibt es nicht. Und selbst wenn dies denkbar wäre, die abenteuerliche Vorstellung, eine aus Sprechern des Nieder- und Oberdeutschen, also beispielsweise aus Sachsen und Baiern, zusammengesetzte und dergestalt an diese fernen Gestade verschlagene Schiffsbesatzung hätte, wie dies den Erfindern des germanischen Inka simi vorschwebt, den Amazonas und seine Quellflüsse stromaufwärts vordringend schließlich die Hochanden erreicht und dort

6 Eine Parallele dazu gab es noch nach ihrer Entdeckung durch die Europäer auf der Osterinsel. Thor Heyerdal sah u. a. darin eine Bestätigung seiner Hypothese, daß die Osterinsel nicht nur von Polynesiern aus besiedelt wurde, sondern der Ursprung der Langohren, der später durch eine Revolte der Kurzhohren ausgerotteten herrschenden Oberschicht, in Südamerika zu suchen sei.

7 Das Wort ist identisch mit der Wurzel seines spanischen Äquivalents. Diese geht zurück auf die des gleichbedeutenden lateinischen *auris*, jenes auf ein germanisches Wort, das im Gotischen als *auso* bezeugt ist. In der Sprache der gemeinsamen Vorfahren sowohl der Römer als auch der Germanen muß die Bezeichnung dieses Körperteils **o(H)us* gelautet haben. Im Litauischen und Lettischen wurde es später zu *ausis* bzw. *auss*, im Slawischen zu *ucho* weiterentwickelt.

8 Die Vorfahren der heutigen Polynesier wagten sich dagegen schon vor über dreitausend Jahren auf ihren Auslegerbooten von Indonesien aus in die Weiten des Pazifiks und erreichten vermutlich bereits in der Mitte des ersten nachchristlichen Jahrtausends den östlichsten Punkt ihres Verbreitungsgebietes, die Osterinsel.

lebende Indianerstämme unterworfen, entbehrt jeder realen Grundlage. Außerdem hätte ein solches Ereignis, hätte es je stattgefunden, Eingang gefunden in die in den spanisch geschriebenen Chroniken des 16./17. Jh. reich überlieferte Mythologie der Inkas.

Noch unvorstellbarer ist, daß eine solche Invasion gleich zweimal gelungen sein könnte, einmal germanischen bzw. deutschen, ein andermal slawischen Eindringlingen. Wie diese sich dann als Konkurrenten in den Anden arrangiert haben könnten, so daß das Inka simi sowohl germanische als auch slawische Komponenten aufnahm und dann an das Ketschua weitergab, wäre ein weiteres unlösbares Rätsel.

Dem Neuen Deutschland sollten seine doch so knappen Seiten eigentlich zu schade sein für die Verbreitung derart abwegiger Spekulationen, nicht zuletzt wegen der damit verbundenen bedenklichen politischen Implikationen.

Denis Goldberg

»Südafrika steht vor großen Herausforderungen – aber ich bin sehr optimistisch«

UTOPIE kreativ: Was war das Ziel Ihrer Reise nach Deutschland?

DENIS GOLDBERG: Ich kam nach Deutschland zu einer Vortragsreise. Als Einführung habe ich meist aus der Biographie von Nelson Mandela gelesen, um darüber ins Gespräch zu kommen, wo Südafrika heute politisch und ökonomisch steht und um auch darüber zu sprechen, wofür ich mich heute engagiere, d. h. über den Hilfsfond »Community H.E.A.R.T.« (Health, Education and Reconstruction Training), dessen Direktor ich bin. Diese Nichtregierungsorganisation hilft dabei, Geld für Entwicklungsprojekte in Südafrika zu mobilisieren. Begonnen haben wir damit in London, und jetzt haben wir auch ein Büro in Essen. Ich sammle Spenden und wir verwenden sie vor allem für Projekte im Gesundheits- und im Bildungswesen der städtischen und ländlichen Gemeinden. So beteiligen wir uns zum Beispiel in Kapstadt an der Finanzierung der Arbeit eines Frauenzentrums für die Opfer sexueller Gewalt. Die Hans-Böckler-Stiftung des DGB hat uns speziell für diese Aufgabe eine Spende von 10.000 DM übergeben. Vergewaltigung ist ein sehr ernstes Problem in unserem Lande. Nach den Statistiken soll Südafrika die höchste Vergewaltigungsrate in der Welt haben. Alle 34 Sekunden wird eine Frau vergewaltigt. Wir unterstützen aber auch ein kleines künstlerisches Projekt mit Kindern aus den Townships an der renommierten Johannesburger Kunstgalerie, das uns sehr viel Freude bringt. Diese heiligen Hallen durften früher Schwarze nicht einmal betreten! So spreche ich über Südafrika, auch über unsere internationalen Beziehungen.

UTOPIE kreativ: Wie beurteilen Sie die soziale und ökonomische Situation im heutigen Südafrika?

DENIS GOLDBERG: Die Realität ist, daß die südafrikanische Wirtschaft heute von fünf großen Konzernen beherrscht wird und der Entwicklungsspielraum für kleine Unternehmen beschränkt ist. Es gibt vereinte Anstrengungen von Regierung und Nichtregierungsorganisationen, kleine Unternehmen zu schaffen. Es gibt den entscheidenden Versuch der großen Konzerne, eine Klasse schwarzer Kapitalisten zu schaffen. Das wird »schwarze Machtverstärkung« (black Empowerment) genannt. Insgesamt wird Südafrika mehr und mehr eine ganz »normale« kapitalistische Gesellschaft. Jetzt gibt es tatsächlich freie Lohnarbeiter, die sich überallhin – gleich

Denis Goldberg – Jg. 1933, in Kapstadt geboren und von Beruf Diplom-Ingenieur. Er war Mitbegründer des von Nelson Mandela geführten Militärlügels des ANC »Umkhonto we Sizwe« und fiel 1963 der südafrikanischen Sicherheitspolizei in die Hände, als es ihr gelang, das MK-Hauptquartier im Johannesburger Stadtteil Rivonia auszuheben. Als Angeklagter Nr. 3 stand Goldberg dann 1964 neben Mandela, Walter Sisulu und anderen führenden ANC-Mitgliedern im bekannten Rivonia-Prozeß vor Gericht und wurde zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Heute, nach seiner Freilassung, hat er sich dem Nationalen Wiederaufbauprogramm für Südafrika verschrieben und ist Gastprofessor an der Universität Glasgow in Schottland.

»Südafrikas Wirtschaft kann auf ein relativ gutes Jahr 1995 zurückblicken. Das reale Wirtschaftswachstum erreichte 3,5 Prozent (die höchste Rate seit 1988), und für 1996 wird mit mindestens 4 Prozent gerechnet. Die positive Entwicklung im vergangenen Jahr konnte trotz eines dürrebedingten Rückgangs der Agrarerzeugung von 15 Prozent und einer um 3,5 Prozent geringeren Bergbauproduktion erzielt werden.«
Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 22.

in welchen Wirtschaftszweig – bewegen können. Dazu gibt es ein umfassendes Programm, um möglichst viele Menschen in technischen Berufen auszubilden.

Ein gravierendes Problem Südafrikas ist die Arbeitslosigkeit – nicht einfach »normale« Arbeitslosigkeit, sondern Mangel an Möglichkeiten zu wirtschaftlicher Tätigkeit überhaupt für nahezu die Hälfte der Bevölkerung. Eine ungeheure Zahl von Menschen, man spricht von der Hälfte der Bevölkerung, hat keinen Zugang zu sauberem Wasser, verfügt nicht über angemessenen Wohnraum. Viele Menschen wohnen in armseligen Hütten aus Holz und Karton, unter Plastikplanen oder Blechen, die Wind und Regen abhalten sollen. Das ist die schrecklichste Form der Armut, die man sich vorstellen kann, in einem Land, das wirklich sehr reich ist.

Ich werde gefragt, warum unser Land mit all seinen Problemen Geld ausgibt, um eine Mannschaft zu den Olympischen Spielen zu senden und warum Kapstadt sich sogar um die Olympischen Sommerspiele für 2004 beworben hat. Man muß aber verstehen, Sport ist für uns etwas Großartiges, eine Quelle der Einheit. Eine Olympia-Mannschaft, auch wenn sie nur wenige Siege errang, ist ein Identifikationsmuster, macht die ganze Nation stolz.

Politisch ist die Lage kompliziert. Die Regierung der nationalen Einheit, die im Rahmen der Übergangsverfassung gebildet worden war, ist zerbrochen, weil die alte Regierungspartei, die Nationalpartei des früheren Premierministers de Klerk, die Regierung verlassen hat. In gewisser Weise hat dies den Transformationsprozeß beschleunigt: Wenn bisher im Kabinett Entscheidungen auf die Tagesordnung kamen, wurde bis zum Konsens diskutiert. Das bedeutete, alles verlief langsam. Ich denke, es könnte nur gut für den politischen Prozeß sein, wenn auch formal eine Opposition im Parlament existiert, die ihre ablehnende Haltung offen ausspricht. Nicht, daß ich glaube, die Partei von de Klerk kann jemals eine richtige Opposition werden. Dazu ist sie zu tief ausschließlich in der weißen Minorität verwurzelt. Sie und einige andere – darunter auch einige Schwarze – fürchten die schwarze Mehrheit.

»De Klerk begründete den Schritt mit dem schwindenden Einfluß der NP im vom ANC dominierten Kabinett und glaubt, den Interessen des Landes und der Profilierung seiner Partei als schlagkräftige Opposition besser gerecht werden zu können. Der Wert des südafrikanischen Rand gab daraufhin trotz der Versicherung de Klerks, das die Wirtschaftspolitik des ANC zuverlässig bleibe, weiter nach.«
Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 27.

UTOPIE kreativ: Kann man diesen Vorgang nicht als Teil eines Normalisierungsprozesses betrachten? Durch das Ausscheiden aus der Regierung versucht die Nationalpartei nicht nur die Mehrheit der Weißen, sondern auch alle Enttäuschten unter den Schwarzen zu gewinnen. Nach zweieinhalb Jahren gibt es mit Sicherheit eine große Anzahl von Schwarzen, die von den Ergebnissen der Umgestaltung enttäuscht sind.

DENIS GOLDBERG: Dafür spricht einiges. Aber da spielt bei der alten Regierungspartei von de Klerk auch Resignation mit. Ganz gleich, was sie in der Regierung der nationalen Einheit unternommen hat, am Ende konnte sie die Prozesse der Zurückdrängung des Rassismus, der wachsenden Zustimmung für die neue Regierung und die allmähliche Erosion der Privilegien für Weiße nicht aufhalten. Auf der anderen Seite gibt es auch eine Menge Frustration, die mit den kriminellen Aktivitäten des alten Regimes, der Polizei, der Armee, den Morden zu tun hat. Die Arbeit der »Kommission für

Wahrheit und Versöhnung« – der ein sehr religiöses Konzept von »Versöhnung« zugrunde liegt – kann, glaube ich, eine sehr wichtige Rolle spielen, einfach dadurch, daß sie vielen Menschen gestattet, öffentlich auszusprechen, was mit ihnen und ihren Familien, ihren Kindern und Eltern geschah. Zumindest hört man ihre Geschichte und spricht darüber. Die Beamten, die Generäle, die diese Politik zu verantworten haben, zeigten bisher keine große Bereitschaft, vor der Wahrheitskommission als Zeugen aufzutreten, obwohl es für sie sehr wichtig wäre, wenn sie für ihre Verbrechen amnestiert werden wollen. Für alles das, was aufgedeckt wird, nachdem die Kommission ihre Arbeit beendet hat, wird es – denke ich – keine Amnestie geben, d. h. die Verantwortlichen des alten Regimes müssen jetzt ihre Aussagen machen. Es gibt auch Fälle, in denen die Kommission sich weigern kann, eine Amnestie auszusprechen. Ich glaube, daß die Kommission eine wichtige Funktion hat. Obwohl ich vom Apartheid-Regime verurteilt wurde und über zwanzig Jahre im Gefängnis zubringen mußte, fühle ich kein Verlangen nach Rache, nach Haftstrafen oder gar nach der Todesstrafe, die manche Leute jetzt fordern – neue Tote machen Getötete nicht wieder lebendig. Es ist sehr wichtig, daß wir versuchen, Wege zu finden, um etwas Neues zu bauen. Das ist eine sehr schwierige Angelegenheit. Es gibt da zum Beispiel einen Polizeioffizier, der vor Gericht gestellt wurde, sein Name ist Eugene de Kock. Er ist Colonel und Commander, also ein hoher Polizeioffizier. Ihm wurden ungefähr 86 schwere Verbrechen nachgewiesen, darunter sechs Morde und mehrere versuchte Morde. Der Prozeß endete nach fast zwei Jahren mit der Verurteilung zu zweimal lebenslänglich. Dieser Prozeß war sehr wichtig. Denn niemand kann jetzt länger behaupten, daß solche Greultaten nicht geschehen sind...

Aber es gibt auch anderweitig Enttäuschte. Die Schaffung von Arbeitsplätzen verläuft sehr langsam. Die Versorgung mit Wohnungen kommt nur langsam voran, erst recht für solche Menschen, die kein Einkommen haben. In einem System, in dem Vermögen zählt, gibt es nicht ohne weiteres Mittel für die kostenlose Bereitstellung von Wohnungen. Dazu kommt, daß in Südafrika der Wunsch nach einem eigenen Haus für jede Person oder Familie tief verwurzelt ist – es geht nicht um Wohnblocks, sondern um ein eigenes Haus und ein eigenes Stück Land. Das ist natürlich eine besonders teure Art von sozialem Wohnungsbau.

UTOPIE kreativ: Ist das eine Art von ökonomisch-sozialem Romantizismus?

DENIS GOLDBERG: Das ist eine Forderung, weil es die Weißen in Südafrika vorgelebt haben, häufig in Wohnungen, aber in großen Wohnungen. Das war nicht romantische Verklärung, das war Realität.

UTOPIE kreativ: Aber es ist doch auf jeden Fall effizienter, wenn man in großen Städten arbeitet, auch dort zu leben, statt auf dem Land.

»Leider war die Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten im abgelaufenen Jahr nur von einem äußerst schwachen Beschäftigungswachstum begleitet. Zwischen Juni 1994 und Juni 1995 nahm die Zahl der im formellen Sektor außerhalb der Landwirtschaft Beschäftigten um nicht einmal 1 Prozent zu (44.335 neue Arbeitsplätze), während jährlich mindestens 700.000 Personen neu auf den Arbeitsmarkt drängen. Auch wenn der informelle Sektor einen Teil dieser Menschen aufnimmt, erhöht sich die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten – die Quote wird auf 35 Prozent und darüber geschätzt – damit ständig weiter.«
Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 23/24.

»Was die Schaffung von Arbeitsplätzen angeht, so ging der Trend eher in die umgekehrte Richtung. Allein im ersten Halbjahr 1995 haben die Provinzregierungen nicht weniger als 32.000 Arbeitsplätze aus budgetären Gründen gestrichen.«

Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 27.

»Zum Verlust an allgemeiner Moral und Kompromißfähigkeit während der letzten beiden Apartheidjahrzehnte gehört auch die anhaltende Weigerung der Mehrzahl der Townshipbewohner, Gebühren für Müllabfuhr, Wasser Strom, Kanalisation und andere öffentliche Dienstleistungen zu zahlen – und dies, obwohl der ANC und die Regierung des früheren Staatspräsidenten Frederik de Klerk Anfang 1994 übereingekommen waren, die bis dahin angehäuften Schulden als Geste des guten Willens und Zeichen für einen Neuanfang zu streichen. (...) In manchen Schwarzensiedlungen entrichten weniger als 10 Prozent der Bewohner ihre verbrauchsabhängigen Gebühren für öffentliche Dienstleistungen.«

Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 29.

DENIS GOLDBERG: Die ländlichen Gebiete spielten in Südafrika immer eine besondere Rolle. Denn so wie die Rassentrennung durchgesetzt wurde, waren die Schwarzen gezwungen, größtenteils außerhalb der Städte zu wohnen. Zur und von der Arbeit waren sie täglich vier bis fünf Stunden in Überlandbussen unterwegs. Sie lebten in Gebieten, die wir ländlich nennen, die aber in Wirklichkeit Vorstädte waren. Heute leben sie natürlich immer noch dort. Millionen Menschen siedeln zum Beispiel um Johannesburg und Pretoria. Das ist der Industriegürtel des Landes mit Hoffnung auf einen Arbeitsplatz. Wir nennen diese Kommunen, die keine Slums sind, ländlich. Aber Landwirtschaft gibt es hier nicht. Es sind einfach »Nicht-Städte«. Jeder kennt Soweto. Das ist kein besonderer Name, sondern die Abkürzung für »South-Western-Township«, d. h. der Ort, in dem die Schwarzen südwestlich von Johannesburg leben. In Soweto leben offiziell zwei, wahrscheinlich aber vier Millionen Leute. Die Behörden sagen, wenn Soweto entwickelt werden soll – Straßen, Wasser, Elektrizität, Schulen usw. –, dann muß die Gemeinde dafür bezahlen. Normalerweise bezahlt nicht eine Vorstadt allein für solche Vorhaben, sondern die gesamte Stadt, in der Handel und Industrie Reichtum hervorbringen. Aber in Soweto gab es nie Industrie, gab es nie Handel – beides wurde nicht zugelassen, und folglich gab es keine kommunalen Einnahmen. Wir müssen jetzt eine Metropolen-Region Johannesburg schaffen, die vier solcher Vorstadtstrukturen hat: Nordost, Nordwest, Südwest und Südost. Plötzlich sagen nun die Weißen: »Wir bezahlen keine Steuern, die anderen zugute kommen.« Tatsächlich wurden die teuren Wohngehenden der Weißen durch die Armut der schwarzen Gebiete subventioniert. Jetzt weigern sich die Weißen, Steuern zu zahlen, so wie die Schwarzen unter der Apartheid.

Eines der größten Probleme Südafrikas ist seine Tradition »politischer Korruption«. Alle Apartheid-Regierungen haben sich mit den mächtigen Gruppen arrangiert und haben sich für deren Interessen eingesetzt, nicht zuletzt, um sich selbst schnell bereichern zu können. Diese Art von korrupter – legaler oder krimineller – Instrumentalisierung von Politik für Gruppeninteressen kann offenbar nur schwer überwunden werden. Aber auch die Schwarzen haben Formen des Kampfes entwickelt, die heute eher kontraproduktiv sind. Früher haben die Schwarzen sich dem Apartheid-Staat dadurch verweigert, daß sie – wo es nur irgend möglich war – keine Steuern oder Gebühren für öffentliche Dienstleistungen (z.B. Mieten) bezahlt haben. Heute braucht die Regierung diese Einnahmen mehr denn je. Aber es ist außerordentlich kompliziert, hier ein Umdenken oder gar eine Veränderung im Verhalten zu erreichen.

Die neuen demokratischen Freiheiten können natürlich auch gegen die neue Regierung eingesetzt werden. Heute hat jeder das Recht, gegen unliebsame soziale oder politische Erscheinungen zu protestieren und Ansprüche zu stellen, unabhängig davon, ob er am Befreiungskampf aktiv teilgenommen hat oder nicht. Das ist an sich nicht schlecht. Dadurch wird die Regierung ständig angespornt, ihre Vorhaben zu verwirklichen. Und vollkommene Entwicklungsprogramme gibt es sowieso nicht; immer dann, wenn die

ausgearbeiteten Pläne in die Realität umgesetzt werden sollen, haben sich die Bedingungen bereits geändert. Projekte sind entweder gut oder weniger gut, perfekt sind sie nie.

Ich möchte, daß auch die Regierung der Bundesrepublik begreift, worum es geht. Denn eine Regierung, die stets das Apartheid-Regime unterstützte und die jetzt erklärt, Deutschland sei der wichtigste Helfer im Kampf gegen die Auswirkungen der Apartheid – das ist schwer zu akzeptieren für das Volk meines Landes. Die Menschen wissen sehr gut was Aufrichtigkeit ist und was Lüge. Es genügt nicht zu sagen, wir dürften keine Ärzte aus Kuba haben, wenn wir keine Ärzte aus anderen Ländern bekommen – wegen der hohen Kosten, wegen anderer medizinischer Standards etc. Ich hörte gestern von einer jungen Frau, daß sie sich beworben hat, um als Ärztin nach Südafrika zu gehen. Und man war nicht sehr erfreut darüber; ihr wurde entgegengehalten, daß sie nicht genügend Erfahrung habe, sie kenne die Probleme nicht usw.

UTOPIE kreativ: Gibt es im ANC oder bei anderen Gruppierungen, die der Regierung nahe stehen, eine Art strategischer Vorstellung über den anzustrebenden Gesellschaftstyp? Welches Modell von Marktwirtschaft wird sich in Südafrika Ihrer Meinung nach durchsetzen?

DENIS GOLDBERG: Früher wurde im ANC viel über ein mögliches »Schwedisch-sozialdemokratisches Entwicklungsmodell« nachgedacht und debattiert. Die ostasiatische Variante des Kapitalismus hat dagegen keine größere Rolle gespielt. Heute vertreten viele die Ansicht, daß wir einen starken Staat brauchen, um die Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation, vor allem durch Investitionen in die Infrastruktur, rasch zu verbessern. Darüber hinaus kommt es darauf an, Privatkapital für ein Engagement im sozialen Bereich – vor allem im Wohnungsbau – zu gewinnen. Die Chancen dafür stehen wahrscheinlich gar nicht so schlecht, jedenfalls solange die Regierung in der Lage ist, entsprechende Profite zu garantieren. Denn mit dem »Kapitalismus« hat es schon eine seltsame Bewandnis – einerseits wird der Profit durch das unternehmerische Risiko gerechtfertigt, andererseits geht das Bestreben ständig dahin, dieses Risiko durch Regierungsgarantien auszuschalten. Ferner müssen wir eine Mischung zwischen modernen Technologien und arbeitsintensiven Produktionsformen finden, damit gerade beim Auf- und Ausbau der Infrastruktur mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

Insgesamt ist es wohl unmöglich, heute zu entscheiden, welches das anzustrebende Modell sein sollte. Südafrika mit seiner wohl einmaligen Situation, daß eine ganze Volkswirtschaft durch eine kleine weiße Minderheit beherrscht wurde, stellt wahrscheinlich einen Spezialfall dar. Es kommt darauf an, diese Struktur grundlegend zu verändern, ohne daß dabei auf die alten Akteure völlig verzichtet werden könnte. Ziel ist die Integration der gesamten Bevölkerung in moderne Wirtschaftsstrukturen, so daß alle in die Lage versetzt werden, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen – in Südafrika heißt das vor allem Entwicklung des kleinen und

»Cyril Ramaphosa, Generalsekretär des ANC machte durch seinen Wechsel in die Wirtschaft von sich reden. Als künftiger stellvertretender Vorsitzender der New Africa Investment Limited, des größten schwarzen Wirtschaftskonglomerats Südafrikas, will er dem Konzept des »Black Empowerment« in der Kaprepublik neues Gewicht verleihen.« Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 27.

mittleren Gewerbes. Dieses Konzept deckt sich allerdings nicht unbedingt mit den Absichten der arrivierten schwarzen Geschäftsleute, die nun ihrerseits in die Chefetagen der großen Konzerne aufzusteigen trachten und dabei von den bisherigen Konzern-eigentümern unterstützt werden – z.B. indem Kredite für den Kauf von Firmenanteilen durch die Firmen selbst bereitgestellt oder gegenüber der Bank garantiert werden. Das hat wahrscheinlich weniger mit »Beteiligung von Schwarzen an der Macht« als vielmehr mit einer Art Korruption im Dienste der Machtsicherung für die bisherigen Eliten zu tun. Aber natürlich löst ein solcher Aufstieg auch Gefühle des Stolzes unter den Schwarzen aus, daß es einer von ihnen geschafft hat, erfolgreich zu sein – und so haben alle diese Vorgänge eben zwei Seiten. Überhaupt ist die soziale Wirklichkeit sehr viel komplexer als die, die man in den sozialwissenschaftlichen Lehrbüchern studieren kann.

UTOPIE kreativ: Besteht die Gefahr, daß der ANC unter dem Druck der Probleme, aus Enttäuschung darüber, daß die Entwicklung langsam verläuft, daß Gerechtigkeit nicht hergestellt werden kann, gespalten wird, daß es zur Radikalisierung vor allem der Jugend kommt?

»Für die Zukunft bleibt ... die alles entscheidende Frage, ob der ANC das System einer faktischen Einheitspartei anstrebt oder der pluralistischen Tradition des Landes mit einer aus etwa 7 Mill. Menschen bestehenden Mittelschicht (der größte Teil der Weißen, Mischlinge und Inder sowie auch einer wachsenden Zahl von Schwarzen) Rechnung trägt.«
Länderanalyse Südafrika,
IFO Schnelldienst 15/96
(vom 24. Mai 1996), S. 26.

DENIS GOLDBERG: Ich denke, daß die Allianz der verschiedenen Befreiungsbewegungen vor allem auf der Rolle des ANC beruht. Er war führend, viele seiner Mitglieder waren auch Mitglieder anderer Organisationen, z. B. der Gewerkschaften oder der Kommunistischen Partei. Aber sie alle akzeptieren als gewählte Abgeordnete in den Parlamenten die ANC-Disziplin, denn gewählt sind sie als ANC-Mitglieder. Das bedeutet, daß es zu jedem politischen Problem Debatten gibt, von linken und von rechten Positionen aus.

Wir brauchen eine Politik, die die arbeitenden schwarzen Menschen absichert, vor allem die schwarze Arbeiterklasse, aber auch andere Werktätige, die nicht in der Lage sind, ihren Lebensstandard zu halten. Wenn wir also überhaupt Entwicklung in Gang bringen wollen, können die Unternehmer nicht soviel Macht haben, wie sie gerne möchten. Es ist die klassische Rolle des Staates, beide Seiten auszubalancieren. Es herrscht also ständiger Kampf um das Entwicklungsprogramm, darum, wo investiert werden soll, wie Investitionen gelenkt werden sollen, ob sie überhaupt gelenkt werden sollen. Und es gibt südafrikanische Unternehmer, die sagen, daß sie eine stärker zentralistische Lenkung der Wirtschaft befürworten. Andere sagen natürlich: »Das ist der Sozialismus, der in Rußland gescheitert ist.« Sie ignorieren dabei, daß der Staat in den ostasiatischen »Tiger«-Ökonomien, in China und darum herum eine sehr zentrale Rolle gespielt hat; bei der Koordination der Investitionen, bei der Zeit-Planung für die Investitionen, bei der Bestimmung, welche Industrien rasch entwickelt werden sollen, bei der Gestaltung der Investitionen derart, daß international wettbewerbsfähige Produkte erzeugt werden, so daß im Außenhandel Gewinne erwirtschaftet werden, statt daß der Reichtum des Landes ohne jegliche soziale Entwicklung geplündert wird, so wie es in vielen Staaten Afrikas und Südamerikas geschehen ist.

Die südafrikanische Regierung ist sich dieser Herausforderungen bewußt. Sie hat z. B. die Verhandlungen mit der EU verlassen, nicht weil sie links ist, sondern weil sie den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden und zu viel Enttäuschung verhindern muß.

Vielleicht noch einmal dazu. Es ist etwas früh, nach zweieinhalb Jahren über Enttäuschungen zu sprechen. Das erste, was getan werden mußte, war die Einrichtung eines parlamentarischen Systems, die Umgestaltung des öffentlichen Dienstes, politische Detailprobleme waren zu lösen, wie z. B. die Regelung des Zuganges zu Staatsgeheimnissen. Es ging darum, den öffentlichen Dienst bei der Gestaltung der neuen Politik kreativ einzubeziehen. Das ist ein sehr schwieriges Problem. Eine Polizei, die noch durch und durch gewohnt ist, politische Anweisungen des alten Apartheid-Regimes auszuführen, hat vergessen, wie gewöhnliche Kriminalität zu bekämpfen ist. Falsch, sie hat es nicht vergessen, sie ist es gewohnt, Verbrechen als ein Instrument sozialer Kontrolle zu benutzen. Die Polizei ist so korrupt geworden, daß ihr nur wenige Menschen vertrauen. Das mußte unter Kontrolle gebracht werden. Die alten Streitkräfte, die eine so entscheidende Rolle für den Erhalt der Apartheid gespielt haben – sie müssen jetzt transformiert werden. Und wer soll das tun? Genau dieselben Offiziere, die auch früher die Kontrolle besaßen. Natürlich haben sie jetzt einen neuen Minister, neue Vorgesetzte, Generäle usw., aber Armee bleibt eben Armee.

Die zweieinhalb Jahre sind wirklich eine sehr kurze Zeit. Und ich denke, daß eine Menge getan wurde. Eine neue Verfassung wurde erarbeitet, die zum größten Teil akzeptiert wurde. Zu einigen Artikeln gab es Veränderungen nach Prüfung durch das Verfassungsgericht. Jetzt dürfte die zweite Fassung angenommen werden. Spätestens im Juli nächsten Jahres soll diese erste demokratische Verfassung Südafrikas in Kraft treten. Ich halte das für eine große Errungenschaft.

Ich denke, daß wir 1999 – nach den nächsten Wahlen – verschiedene Dinge angehen müssen. Ich habe meinen Genossen in den Provinzregierungen gesagt: »Es ist Zeit, mit den Debatten aufzuhören und mit dem Bau von Krankenhäusern, Schulen usw. zu beginnen. Denn wenn ihr eure Ämter verlaßt – einige von ihnen sind jetzt alte Männer – dann möchtet ihr, daß man sich an das erinnert, was ihr habt bauen lassen, und nicht, daß ihr versprochen habt zu bauen. Irgendwie müßt ihr die Probleme lösen. Es ist Zeit, to kick asses – den Hintern zu heben, wie die Amerikaner sagen.« Wohin man auch in Südafrika kommt, überall sind Baustellen, Schulen werden gebaut, Lehrer werden ausgebildet. Ich bin wirklich sehr optimistisch.

Aber – um auf die Frage zurückzukommen – natürlich gibt es innerhalb des ANC radikale Elemente. Das hängt auch damit zusammen, daß eine wirkliche Gleichberechtigung aller in Südafrika lebender Gruppen – Schwarze, Inder, Farbige – bisher keineswegs erreicht wurde. Aber es gibt auch Splittergruppen unter den Schwarzen und den Farbigen, die immer darauf bedacht waren, sich mit den Weißen zu arrangieren; dadurch erklären sich zum

»Südafrika reagiert ärgerlich auf die bekanntgewordene Überlegung, daß die EU bis zu 70 Prozent der Agrarerzeugnisse von vornherein aus der Vereinbarung ausschließen will. (...) Bei einer Abschaffung der Devisenkontrollen (die das Ausland zunehmend fordert) wird jedoch damit gerechnet, daß bis zu 150 Mrd. Rand aus dem Land abfließen könnten, denen lediglich Devisenreserven von 18 Mrd. Rand gegenüberstehen.«
Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 28 und 23.

»Das Reconstruction and Development Programme war vor zwei Jahren als vielversprechende Zukunftsvision verkündet und vorbereitet worden. innerhalb von fünf Jahren sollten 1 Mill. Häuser gebaut, 2,5 Mill. Wohneinheiten elektrifiziert, eine weitere Million Menschen mit Trinkwasser versorgt und insgesamt mehr als 2 Mill. neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Als Folge bürokratischer Unfähigkeit und Mißmanagement sieht die Bilanz jetzt eher deprimierend aus: Ganze 12.000 Wohnungen waren vom Staat errichtet worden...«
Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 27.

Beispiel die Wahlergebnisse in der Kapprovinz, wo diese Gruppe besonders stark war. Solange jedoch eine tatsächliche Gleichstellung der diskriminierten Gruppen nicht erreicht ist, hat der ANC eine wichtige Funktion, die ihn zusammenhalten wird – obgleich die Debatten zwischen mehr antikapitalistisch und mehr kapitalistisch orientierten, mehr oder weniger nationalistischen Anhängern natürlich andauern werden.

UTOPIE kreativ: Können Sie sich vorstellen, daß die Dinge in Südafrika eine ähnliche Wendung nehmen werden wie in Zimbabwe? Dort ist das anfängliche Mehrparteiensystem inzwischen faktisch zur Ein-Personen-Herrschaft mutiert.

DENIS GOLDBERG: Ich denke, daß Sie mit mir übereinstimmen, daß es in der Politik um Konflikte zwischen sozialen Kräften geht. Es geht nicht einfach um Ein-Personen-Herrschaft. So etwas kann geschehen – wir sahen es in einigen Fällen in Osteuropa. Ich glaube nicht, daß Zimbabwe einen solchen Zustand erreicht hat. Ich denke, es gibt einen sehr mächtigen Staatspräsidenten Robert Mugabe. Ich bin nicht sicher, ob das negativ ist. Ich fand sehr interessant, daß Mugabe sehr kritisch in den Medien behandelt wird, z. B. der Premierminister von Malaysia aber nicht, der wesentlich mehr reale Macht besitzt bei einer weit größeren Bevölkerung in einer relativ hoch entwickelten kapitalistischen Wirtschaft, mit großen Investitionen aus Japan, den USA und Kanada. Ich bin froh über die Entwicklung in Malaysia: Dort geht es für die Politik nicht mehr vorwiegend um die Armut der Landbevölkerung, sondern um die Arbeitslosigkeit in einer industrialisierten Wirtschaft. Und wenn Premierminister Mohammed Monaghir harte Maßnahmen durchsetzt, sagt alle Welt: »Er ist genial!« Warum fürchtet Europa derartiges in Afrika?

UTOPIE kreativ: Das Problem ist nicht eine parlamentarische Demokratie nach dem Muster von Deutschland oder Frankreich. Es geht einfach um ein Phänomen, das man in verschiedenen afrikanischen Staaten beobachten kann – die Tendenz zur Ein-Mann-Herrschaft.

DENIS GOLDBERG: Ich kann dazu nur sagen, daß nach meiner Überzeugung die politische Struktur in weitem Maße die zugrunde liegenden sozialen Realitäten widerspiegelt, den Charakter der sozialen und ökonomischen Kräfte. Ich denke, so auf Südafrika zu schauen, auf Afrika überhaupt, ist eine sehr eurozentristische Sicht: der »dunkle« Kontinent mit seinen »geheimnisvollen« schwarzen Menschen. So wird Afrika oft in den Medien dargestellt. Zumindest ist das die Wahrnehmung aus der Perspektive der Afrikaner: Diese merkwürdigen Weißen – ich bin Weißer – lachen über uns. Die denken, Afrika ist einfach überall dasselbe, wohin man auch kommt. Ich frage, haben nicht Europa und Amerika mit dazu beigetragen, derartige politische Strukturen aufzubauen? Was hat die Weltbank durch ihre Kreditkonditionen erreicht? Ging es nicht vor allem darum zu sichern, daß die Mittel für den Schuldendienst

aufgebracht werden? Und da hat es sich doch angeboten, eine kleine Gruppe von Machthabern zu installieren, die sich dieser Aufgabe vor allem verschrieben haben. In Südafrika liegen die Dinge allerdings anders. Hier gibt es eine relativ entwickelte Wirtschaft, die aber bisher – soweit die Arbeitsplatzsituation betrachtet wird – nur eine Hälfte der Bevölkerung tatsächlich integriert hat. In der Vergangenheit war dieses Modell sehr funktional, die aus dem Wirtschaftssystem de facto Ausgeschlossenen bildeten eine Armee von Arbeitssklaven, die willkommene Arbeitsleistungen fast ohne Bezahlung erbrachten. Allein dazu wurden schließlich die Bantustans geschaffen. Dorthin wurde ein großer Teil der Reproduktionskosten für die Arbeiterschaft unbezahlt verlagert. Wenn die Familien der Arbeiter auf dem Lande zurückbleiben müssen, während der Arbeiter selbst kaserniert wird, kann sein Arbeitslohn niedrig gehalten werden. Bezahlt werden müssen schließlich nur die unmittelbaren Lebensmittel und vielleicht eine geringe Summe zur Unterstützung der in den Bantustans zurückgebliebenen Familienangehörigen. Aber Ausgaben für Renten, für Wohnungen, für Straßenbau oder für Bildung fallen praktisch nicht an; um diese »normalen« Elemente des Einkommens konnte der Arbeitslohn der Wanderarbeiter gedrückt werden. Lohnarbeit ist dann natürlich ausgesprochen billig – das hat die »South African Chamber of Mines« durchaus offen zugegeben, und es ist nichts anderes als solide kapitalistische Lohntheorie. Auf der Seite der Arbeiter gibt es natürlich auch eine Art Lohntheorie, die fordert, daß alle Reproduktionsaufwendungen durch den Arbeitslohn abgegolten werden müssen. Worauf ich damit hinaus wollte, ist zu verdeutlichen, daß sich in Südafrika zwei machtvolle organisierte Gruppen gegenüberstehen – die Arbeiterschaft und das Unternehmertum. Das ist keinesfalls etwas, was für andere afrikanische Länder genauso zutrifft. Der »Westen« hat da durchaus einen falschen Blick auf die Realitäten – voller Voreingenommenheit, z.B. wenn die Zeitungen überquellen von Nachrichten über »Korruption in Afrika«, während niemand sehen will, daß natürlich auch Europa seine Korruptionstraditionen hat; denken wir nur an die Auftragsvergabepraktiken im Baugewerbe. Es kommt darauf an, die jeweils konkreten sozialen Strukturen und die damit verbundenen Organisationsformen zu sehen. Ich glaube, in Südafrika dominiert eindeutig ein starker politischer Wille, demokratische Formen gesellschaftlicher Organisation aufzubauen und zu bewahren. Die einzigen, die Interesse an einer Art Diktatur haben könnten, sind eine Handvoll Geschäftsleute zusammen mit einigen ewiggestrigen Elementen. Auch autokratische Varianten von Entdemokratisierung haben nach meiner Überzeugung in Südafrika in absehbarer Zeit keine realistische Chance.

UTOPIE kreativ: Was läßt sich über die zukünftige wirtschaftliche Rolle Südafrikas in der Region und in der Weltwirtschaft überhaupt sagen?

DENIS GOLDBERG: Weltwirtschaftlich orientiert sich die neue südafrikanische Regierung vor allem darauf, von einem Rohstoff-

»Verschlechtert hat sich auch die Situation der Außenwirtschaft. Stark steigende Importe (ihre Zunahme lag 1995 wertmäßig um 29 Prozent und quantitativ um 20 Prozent über dem Niveau von 1994), die rückläufige Goldproduktion und vermehrte Nettolohnzahlungen für Dienstleistungen an das Ausland bewirkten eine drastische Erhöhung des Leistungsbilanzdefizits. (...) Kräftig zugenommen hat insbesondere die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen (Chemikalien, Maschinen, Elektroartikel, Transportmittel, Papierwaren), auch die Ausfuhren des Nichtgold-Bergbaus entwickelten sich zufriedenstellend, während der Agrarexport auf Grund der ungünstigen Witterungsverhältnisse deutlich zurückging.«
Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 22.

extraktionsland zu einem Exporteur verarbeiteter Erzeugnisse zu werden; d. h. vor allem geht es zunächst darum, den Verarbeitungsgrad der Produkte nach und nach zu steigern. Regional gesehen müssen natürlich die Kooperationsbeziehungen zwischen den Staaten noch wesentlich stärker entwickelt werden. Südafrika, wie die Nachbarländer auch, hat gute Voraussetzungen, seinen Binnenmarkt zu entfalten, so daß sich für die verarbeitende Industrie ein ausreichend aufnahmefähiger regionaler Absatzmarkt herausbilden kann. Das ist allerdings auch eine wichtige Quelle für Spannungen zwischen den USA, der EU und Südafrika. Früher hatte die Apartheid-Regierung ein umfangreiches System von Importkontrollen, und auch die westlichen Länder haben ihren Handel mit Südafrika durch finanzielle und produktbezogene Maßnahmen stark kontrolliert und reguliert. Heute fordern die USA und die EU von der neuen Regierung in Südafrika die Beseitigung aller Handelskontrollen und Schutzmaßnahmen, was schließlich nur zur Zerstörung der einheimischen verarbeitenden Industrie führen kann. Gleichzeitig wendet gerade die EU eine Fülle von Sonderbestimmungen und nicht tarifären Handelshemmnissen gegen Nicht-EU-Mitglieder an, und dies insbesondere in Bereichen, die – wie z.B. die Landwirtschaft – von vitalem Interesse für letztere sind. Gerade aufgrund derartiger Diskriminierungen hat die südafrikanische Delegation die Verhandlungen mit der EU demonstrativ unterbrochen. Ich kann nur hoffen, daß die Regierung hart bleibt und sich vor allem auf die Entwicklung der nationalen Wirtschaft konzentriert.

»Geplant ist ein Entwicklungskorridor von Gauteng (Johannesburg) über Osttransvaal zur mosambikanischen Provinz Maputo. Vier Projekte mit einem Finanzaufwand von 1,3 Mrd. Rand haben die Modernisierung der Bahnstrecke und Hafenanlagen, den Bau einer Schnellstraße, eines neuen Grenzpostens und die Installation eines digitalen Telekommunikationssystems zum Ziel. Für Südafrika ist die Wirtschaftsentwicklung in Mosambik auch deshalb von hoher Priorität, weil vor allem aus diesem Nachbarland jährlich Hunderttausende die Grenze illegal auf der Suche nach Arbeit überschreiten.«
Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 28.

In der Region selbst gibt es ähnliche Spannungen, wie zwischen EU und Südafrika, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Das, was Südafrika gegen die EU vorbringt, bringt z.B. Zimbabwe gegen Südafrika vor. Sicherlich gibt es die reale Gefahr, daß vor allem die großen südafrikanischen Unternehmen in den regionalen Wirtschaftsraum expandieren, ohne sich allzuviel um die Interessen der einzelnen Länder zu kümmern. Andererseits gibt es aber inzwischen auch schon eine Reihe länderübergreifender Entwicklungsprojekte – wie die Sonderwirtschaftszone zwischen der RSA und Moçambique –, die Hoffnungen auf eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit bestärken. Neben den unmittelbaren Vorteilen z.B. im Bereich der Infrastruktur und auf dem Transportsektor liegt dies nicht zuletzt auch im Eigeninteresse Südafrikas, das bestrebt sein muß, seine Nachbarn wirtschaftlich zu unterstützen, damit die illegale Zuwanderung gemindert werden kann.

UTOPIE kreativ: Die Wanderungsbewegungen im südlichen Afrika wurden bereits angesprochen. Nun hat Südafrika über Jahrzehnte ein Wanderarbeitssystem auf- und ausgebaut, das große Bevölkerungsgruppen in den Nachbarländern abhängig gemacht hat von Einkünften, die sie über Kontraktarbeit in den südafrikanischen Minen erzielt haben. Wie sehen sie die sicherlich problematische Zukunft dieses »Wanderarbeitssystems«?

DENIS GOLDBERG: Das ist mit Sicherheit ein sehr kompliziertes Problem, für das es keine einfache Antwort geben kann. Die

größere Herausforderung stellt meines Erachtens im Moment allerdings die illegale Zuwanderung nach Südafrika dar. Ein Land, in dem nur ca. die Hälfte der verfügbaren Arbeitskräfte in die formelle Wirtschaft integriert ist, kann nicht unbegrenzt Zuwanderer aufnehmen und vor allem beschäftigen. Aber da läßt sich nur schwer etwas machen. Südafrika hat in vielen Bereichen einen Entwicklungsvorsprung gegenüber seinen Nachbarn und ist dadurch attraktiv für Zuwanderer mit relativ guter Ausbildung – für Lehrer, Ärzte, Veterinärmediziner usw. Das ist natürlich eine Art »brain train« aus der Region nach Südafrika. Die einzige wirkliche Lösung des Problems Arbeitslosigkeit und der durch das Gefälle im Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung ausgelösten Wanderungsbewegungen ist die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region; auf sich allein gestellt, können es die Länder nicht schaffen, dafür braucht es gegenseitig vorteilhafte Kooperation zwischen ihnen.

Die hohe Arbeitslosigkeit und der Migrationsdruck unterhöhlt natürlich auch die Stellung der Gewerkschaften, die zunehmend unter den Verdacht kommen, daß sie die Interessen einer Elite vertreten, nämlich derjenigen, die einen – relativ gut bezahlten – Arbeitsplatz haben.

Dann werden immer wieder Forderungen erhoben, daß die Gewerkschaften Zurückhaltung bei den Lohnforderungen üben sollen, damit mehr Arbeitsplätze entstehen. Ich denke, daß solche Forderungen an der Realität vorbeigehen. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist nun mal, dafür zu sorgen, daß sich die Lebensverhältnisse ihrer Mitglieder verbessern – aber das sollte eigentlich auch diejenigen einschließen, die keine Arbeit haben. Permanente Arbeitskämpfe um höhere Löhne sind allerdings auch keine Lösung, da sie die Produktion treffen und die Fertigstellung von vielen Dingen, die wir dringend brauchen – vor allem Wohnungen – , nur noch weiter hinauszögern würden. Gegenwärtig hat man auch den Eindruck, daß in den Medien die Gewerkschaften bzw. der Gewerkschaftsdachverband COSATU zunehmend unter Druck geraten. Ihnen wird vorgeworfen, durch ihre Fixierung auf bestimmte hochgradig organisierte Segmente der Arbeiterschaft die Apartheid-Politik indirekt mitgetragen zu haben. Zweifellos ist diese Kampagne Bestandteil der sich zuspitzenden Konfrontation zwischen Arbeitern und Kapital, und sie soll offensichtlich dazu dienen, die Gewerkschaften zu schwächen. Dieser Konflikt könnte sich zu einem ernstem Entwicklungshindernis ausweiten, wenn die Regierung hier nicht vermittelnd eingreift. Überhaupt ist es in der gegenwärtigen Situation eine wichtige Aufgabe der Regierung, den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau rasch voran zu bringen. Dafür hat die Gewerkschaftsbewegung gerade in der Phase des politischen Umbruchs – vor den ersten freien Wahlen 1994 – sehr viel konstruktive Vorarbeit geleistet. Während der ANC vollauf damit befaßt war, den politischen Prozeß zu bewältigen, haben sich die Gewerkschaften auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Transformation – durch Konzepte und durch Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden – konzentriert. Heute ist der ANC allerdings in der undankbaren Situation, daß er von beiden Lagern

– von den Gewerkschaften und den Unternehmern – unter Druck gesetzt wird.

»Die Nachfolge von Präsident Mandela scheint durch den Wechsel von Cyril Ramaphosa, als schärfster Konkurrent von Vizepräsident Thabo Mbeki, zugunsten von Mbeki entschieden zu sein. Allerdings hätte Ramaphosa als führende Wirtschaftsvertreter des ANC auch jederzeit die Möglichkeit für ein politisches Comeback.«
Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 27.

UTOPIE kreativ: Zurück zur Politik; wer sind die Nachfolger von Nelson Mandela und seiner Generation politischer Führer? Formiert sich bereits das politische Establishment für das Südafrika jenseits der Jahrtausendwende?

DENIS GOLDBERG: Diese Frage wird sich schon sehr bald stellen. Ende 1997 wird sich Mandela nach seinen eigenen Worten aus der aktiven Politik zurückziehen, obwohl er noch bis 1999 Staatspräsident bleiben will. Die letzten beiden Amtsjahre hat er vor, sich vor allem der Reorganisation des ANC zu widmen. Gleichzeitig formiert sich in den verschiedenen Organisationen und im Staatsapparat, in den öffentlichen Verwaltungen usw. bereits die neue Generation von politischen Führern. Der primus inter paris ist gegenwärtig ohne Zweifel Thabo Mbeki. Aber auch wenn Thabo Mbeki aus welchem Grund auch immer für die Nachfolge Mandelas nicht zur Verfügung stünde, gibt es weitere vier bis fünf Persönlichkeiten, die diese Rolle übernehmen könnten.

UTOPIE kreativ: Kann man etwas zum sozialen Hintergrund dieser neuen Generation politischer Führer in Südafrika sagen?

DENIS GOLDBERG: Viele von ihnen kommen aus ANC-Strukturen im Exil, im Ausland. Einige kommen von der Vereinigten Demokratischen Front, die bekanntlich in den letzten Jahren vor dem Sturz des Apartheid-Regimes in Südafrika den Widerstand im Inland organisiert hat. Manche haben studiert, und fast alle haben bereits eine Fülle praktischer Erfahrungen vor allem in den politischen Massenbewegungen gemacht. Gegenwärtig sammeln sie weitere wichtige Erfahrungen im Regierungsapparat, in den Verwaltungen, in Provinzparlamenten usw. Natürlich sind das vor allem Schwarze, aber nicht nur. Ich kann mir eigentlich in absehbarer Zeit keinen Präsidenten in Südafrika vorstellen, der kein Schwarzer wäre. Aber in den Regierungsorganen, in den Parlamenten usw. wird die Hautfarbe sicherlich eine immer geringere Rolle spielen.

UTOPIE kreativ: Dürfen wir Sie zum Abschluß noch um einige persönliche Worte an unsere Leser bitten?

DENIS GOLDBERG: Ich war in letzter Zeit viel in Europa und insbesondere in Deutschland unterwegs, und mir scheint es wichtig, daß zunächst einmal eine ganze Reihe von Vorurteilen gegenüber Afrika abgebaut werden. Deshalb sage ich es gern noch einmal: In Afrika leben Menschen, die von der eurozentristischen Geschichtsschreibung lange Zeit entweder ignoriert oder mystifiziert wurden. Diese Haltung kann man heute sogar noch bei fortschrittlich eingestellten Menschen in Europa antreffen. Wir alle sollten uns noch stärker bewußt machen, daß wir in dieser »kleinen« Welt aufeinander angewiesen sind und daß wir deshalb

unsere Sensibilität für die Wünsche und Ängste unserer Mitmenschen bewahren müssen. Auch wenn es heute in Europa viele Probleme gibt – vor allem mit der wachsenden Arbeitslosigkeit –, so sollte doch hier niemand vergessen, daß die Europäer, verglichen mit Menschen in anderen Erdteilen, einen unglaublich hohen Lebensstandard haben. Und die Menschen, die in Europa leben, können durchaus einiges dafür tun, daß auch in anderen Regionen sich die Lebensbedingungen verbessern. Sie können zum einen dazu beitragen, daß sie die politischen Verhältnisse hier beeinflussen, so daß die regierungsoffizielle Politik gegenüber den Ländern und den Menschen außerhalb Europas sich positiv verändert – das ist die Aufgabe, für die ich mich im Besonderen engagiere. Zum anderen können die Menschen hier auch einen sehr individuellen Beitrag zur Entwicklung in Südafrika leisten – durch direkte Unterstützung von konkreten Projekten, durch direkte Zusammenarbeit mit Menschen in Südafrika im Bereich der Ausbildung, im Gesundheitswesen, in vielfältigen Projekten, die versuchen, die Lebensbedingungen irgendwo in einer kleinen Stadt oder auf dem Lande wenigstens ein klein wenig zu verbessern. Ich lasse Ihnen einiges Informationsmaterial hier, das Sie vielleicht über ihre Zeitschrift mit publik machen können. Vielleicht finden sich so Menschen, die sich für ein konkretes Projekt in Südafrika einsetzen wollen – das wäre das Beste.

UTOPIE kreativ: Vielen Dank.

HERBERT MAYER

Nachdenken über die KPD.

Anmerkungen zu einem Interview

Anläßlich des 40. Jahrestags erschien zum KPD-Verbot und seinen Folgen in »UTOPIE kreativ« ein Interview mit Manfred Kapluck,¹ einem der Initiatoren zur Neukonstituierung der DKP 1968. Es verdeutlicht sowohl die politische Brisanz dieser Thematik als auch die Notwendigkeit, sie unter historischem Aspekt weiter auszuleuchten. Für die Zeit bis zum Verbot der KPD 1956 soll im folgenden auf einige ergänzende Fakten und Aspekte, die vor allem die Beziehungen der KPD zur SED betreffen, verwiesen werden.

Vorausgeschickt sei zuvor eine Bemerkung zur Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP): Es scheint vereinfacht, im Interview den Eindruck entstehen zu lassen, daß sich die Bildung der DKP unabhängig von der SED vollzogen habe. Vielmehr stand die SED bei der Geburt der DKP 1967/68 Pate. Im SED-Politbüro fiel die Entscheidung darüber, daß die DKP gegründet wurde. M. E. waren damals mindestens drei (deutsch-deutsche) Komponenten entscheidend, die die Konstituierung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik ermöglichten: die Bundesregierung (die wichtigste, weil politisch entscheidende Komponente), die bundesdeutschen Kommunisten (die mit ihrer Tätigkeit den Boden bereiteten) und die SED selbst (ohne deren Einverständnis wohl auch nichts ging). Den bundesdeutschen Kommunisten blieb so gesehen nicht viel anderes übrig, als einerseits jenen Handlungsspielraum zu nutzen, den ihr die Bundesregierung vorgab, und andererseits den Weg zu beschreiten, mit dem die SED-Führung einverstanden war. Das bedingte die von Manfred Kapluck angesprochenen, aber als unbedeutend qualifizierten Differenzen in der SED-Führung, die es ähnlich auch in der KPD-Spitze gegeben hat. Als Optionen waren die Wiederzulassung der KPD, die Konstituierung einer neuen kommunistischen Partei (ohne den Namen KPD und ohne Aufhebung des KPD-Verbots) und die Schaffung einer neuartigen, linkssozialistischen Partei (unter Einschluß der Kommunisten und Teilen der außerparlamentarischen bzw. Studentenbewegung) in Betracht gekommen. Daß die Variante der Neukonstituierung einer KP gewählt wurde, lag wohl hauptsächlich daran, daß die Bundesregierung die erste Variante nicht wollte, aber auch daran, daß das SED-Politbüro im Ergebnis der Debatten diese Option schließlich favorisierte und die drittgenannte ablehnte.

Herbert Mayer – Jg. 1948, Historiker, Dr. sc. pil., Studium in Leipzig, Forschungs-, Publikations- und Editionsarbeiten zur Zeitgeschichte, besonders zur Geschichte der Internationalen und deutschen Arbeiterbewegung, zum Verhältnis von sozialdemokratischer und kommunistischer Bewegung, zur Sozialistischen Arbeiterinternationale und Sozialistischen Internationale; jüngste Veröffentlichungen zur Geschichte der KPD nach 1945 und der SED.

1 Vgl. dazu und zu den weiteren Bezügen auf das Interview Manfred Kapluck: Kommunisten contra bürgerliche Demokratie? Das KPD-Verbot und die Folgen, in: UTOPIE kreativ, 1996, H. 71, S. 69 ff.

Selbstverwirklichung oder Gängelband?

»Selbständigkeit erlebte ich von Anfang an«, betont Manfred Kapluck, er habe die KPD stets als eigenständige politische Kampfgemeinschaft empfunden. Nun soll diese persönliche Erfahrung nicht in Abrede gestellt werden, doch ist sie einseitig gewichtet, primär wäre zu konstatieren: Die KPD folgte in der gesamten Zeit ihrer Legalität der von der SED vorgegebenen Linie, ordnete sich ein und unter.

Natürlich fanden KPD in den Westzonen/BRD und KPD/SED in der SBZ/DDR unterschiedliche Bedingungen vor, blieb auch nach der Gründung der SED im Osten die Hoffnung, wieder zu einer einheitlichen Organisation zu finden. Doch hier ist einzuschränken und hinzuzufügen: Nachdem die Gründung der SED auf gesamtdeutscher Ebene (1946) gescheitert war, folgten weitere Versuche der SED-Führung, nach ihrem Vorbild und ungeachtet der konkreten Bedingungen, im Westen die SED zu formieren. Das sollte zunächst über die im Februar 1947 gebildete Arbeitsgemeinschaft SED-KPD erfolgen, deren angekündigtes Ziel war, die »Voraussetzungen für die Bildung einer einheitlichen sozialistischen Partei in ganz Deutschland zu schaffen.«² Den dazu beschrittenen Weg, daß sich KPD-Organisationen zu Gründungsausschüssen der SED konstituieren und dann mit der SED verschmelzen, versperrten bereits die westlichen Besatzungsmächte.

Mit der Bildung dieser Arbeitsgemeinschaft hatte die SED-Spitze nochmals den Forderungen einiger KPD-Funktionäre von Herbst 1946 eine Absage erteilt. Walter Fisch hatte damals in einem Memorandum erklärt, daß es nur bis Ostern 1946, also bis zur SED-Gründung, eine einheitliche KPD gegeben habe, doch nun »faktisch zwei Parteien verschiedenen Charakters entstanden sind, die nicht mehr als einheitliches Ganzes in Erscheinung zu treten vermögen«, daher die SED im Osten und ihr Parteivorstand nicht im Namen der KPD im Westen sprechen könnten.³ Seine Forderung, die auf die Bildung einer eigenen Führung für die KPD hinauslief, wurde von der SED-Führung – auch in der Folgezeit – abgelehnt.

Erst auf einer Konferenz im April 1948 in Herne konnte die KPD einen eigenen Parteivorstand bilden. Dieser Beschluß war zuvor von der SED gefaßt worden.⁴ Gleichzeitig hoffte die SED-Führung durch die ebenfalls beschlossene Umbenennung der KPD in Sozialistische Volkspartei, im Westen doch noch die SED konstituieren zu können (die Namensänderung wurde sofort von den Besatzungsmächten verboten). Nun war das Bestreben, eine einheitliche gesamtdeutsche Partei zu bilden und als solche zu agieren, nicht verwerflich, zumal Deutschland zu dieser Zeit staatlich noch nicht gespalten war. Was hier aber auffällt und auch gegen die Selbständigkeitsthese steht, ist, daß die KPD nicht als gleichberechtigt behandelt wurde und die Entscheidungen im SED-Zentralsekretariat, dem – im Unterschied zum SED-Vorstand – kein Mitglied der KPD angehörte, fielen. Das blieb selbst nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD im Januar 1949 so. Wenn auch die Formulierungen des veröffentlichten Beschlusses den Eindruck erwecken könnten, er sei auf Initiative der KPD zustande gekommen, so war

2 Bildung einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1948, S. 149.

3 Walter Fisch: Memorandum zur Frage einer einheitlichen Partei-Organisation in den 3 Westzonen, Ms. (1946)

4 Das Zentralsekretariat der SED hatte sich im Frühjahr 1948 mehrfach mit der Thematik befaßt. Am 20. März sah es zunächst vor, eine nur dreiköpfige Gesamtleitung der KPD unter Kurt Müller zu schaffen. Im April entschied es dann über die Zusammensetzung eines 15 bzw. 16 Personen umfassenden KPD-Vorstandes. Vgl. SAPMO-BArch: ZPA der SED (im folgenden: ZPA), DY 30/IV 2/2.1/184-192.

5 Vgl. ZPA, DY 30/IV/2/2.1./214. Zu den veröffentlichten Stellungnahmen des SED- bzw. KPD-Parteivorstandes vgl. Dokumente der SED, Bd. II, S. 201 f.; Sozialistischer Informationsdienst, 5.1.1948 (wiederabgedruckt in Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus (Hrsg.): KPD 1945 - 1968 (im folgenden: KPD 1945-1968). Dokumente, Bd. 1, Neuss 1989, S. 283ff.

6 Selbst die Anweisungen des SED-Politbüros waren meist in Form von »Empfehlungen« und »Ratschlägen« gegeben, doch hieß es gelegentlich unumschrieben, wie in einem Brief Ulbricht an Dahlem: »Es ist notwendig, an das Sekretariat der KPD folgende Weisungen zu geben...« (ZPA, NL 182/867).

7 ZPA, NL 36/649.

8 ZPA, DY J IV 2/2/96.

die Auflösung der Arbeitsgemeinschaft zuvor einseitig im SED-Zentralsekretariat beschlossen worden.⁵ Mit der Auflösung der Arbeitsgemeinschaft entfiel auch die Teilnahme der KPD-Vertreter an den Parteivorstandssitzungen der SED.

Auch in den folgenden Jahren blieb die KPD am Gängelband der SED. Zwar stellte sie nicht, wie das manchmal anklingt, eine Art »Regionalpartei« der SED dar. Doch ist klar festzuhalten, daß sie bei weitem keine eigenständige, selbständige Partei war, sondern von der SED dominiert war, ihre Politik und Entwicklung maßgeblich von der SED, von deren Politbüro bzw. Sekretariat, bestimmt wurde. Als entscheidendes Kettenglied fungierte dafür die für die KPD zuständige Abteilung der SED, deren Struktur, Namen und Befugnisse sich im Laufe der Jahre änderte und der auch teilweise (frühere) Mitglieder der KPD angehörten. Sie hatte die Aufgabe, Beschlüsse und Aufgabenstellung für die KPD für das Politbüro bzw. das Sekretariat der SED vorzubereiten; nach deren Entscheidungen hatte sie wiederum die Verwirklichung der Festlegungen zu organisieren und zu kontrollieren. Auch dann, wenn sie formal kein Recht besaß, der KPD Anweisungen zu geben,⁶ leitete und kontrollierte sie de facto die Arbeit der KPD. Wie das in der Praxis aussah, vermittelten u. a. Berichte der Westkommission aus dem Jahre 1949 und danach. Die Westkommission informierte, sie habe auf der Solinger KPD-Konferenz im März 1949 »in die Durchführung der Politik eingegriffen«, außerdem vermerkte sie, daß sie mit dem KPD-Sekretariat »politische Auseinandersetzungen, die auch schärfere Formen annahmen«, hatte.⁷

Am 27. Juni 1950 untermauerte das Politbüro der SED auf seiner Sitzung seine »Zuständigkeit« zu »Hauptfragen« der Politik der KPD. Es erteilte den Instruktoren der SED die Vollmacht, »durch unmittelbares Eingreifen die Durchführung der Parteibeschlüsse zu sichern«.⁸ Bekräftigt wurde, daß sich das Politbüro regelmäßig mit Grundfragen der KPD beschäftigt, zu entscheidenden Sitzungen sollten Mitglieder des KPD-Sekretariats eingeladen werden. Kurz danach hob Reimann auf einer KPD-Vorstandssitzung besonders hervor, daß diese auf Vorschlag und unter Teilnahme des SED-Politbüros stattfinde. Ulbricht, der die KPD scharf kritisierte, verlangte auf dieser Tagung, die KPD müsse aus den Erfahrungen der SED lernen und das KPD-Sekretariat müsse die Durchführung der Parteilinie (d. h. der SED) garantieren.

Diese ständige, besserwisserische Kritik der SED-Führung gehörte zu den fast obligatorischen Elementen, die die Beziehungen von der SED zur KPD prägten. 1954 bemängelte die SED das Niveau der politischen Arbeit im Parteivorstand und in den Landesleitungen der KPD, das nicht den Erfordernissen entspreche. Der KPD wurde wieder einmal mangelnde Wachsamkeit gegenüber Klassenfeinden und Agenten innerhalb der Partei und ungenügende ideologische Arbeit vorgeworfen.

Wie es um »gleichberechtigte« Beziehungen beider Parteien und die Selbständigkeit der KPD bis dahin tatsächlich bestellt war, fixiert ein SED-Politbürobeschluß am 22. Mai 1956, nicht einmal drei Monate vor dem KPD-Verbot. Unter Punkt 1 hieß es: Um »die kollektive Führung und Selbständigkeit des Parteivorstandes der

KPD und seines Sekretariats zu stärken«, sollen »entscheidende politische Fragen, die die Politik und Tätigkeit der KPD betreffen und auf Grund ihrer Bedeutung dem Politbüro [der SED – H. M.] zur Stellungnahme und Beschlußfassung vorgelegt werden, vom Sekretariat des Parteivorstandes [der KPD – H. M.] beraten und beschlossen und dann dem Politbüro unterbreitet werden«.9 Die »politische und organisatorische Führung der KPD« müsse beim Parteivorstand und seinem Sekretariat in Westdeutschland liegen, bei Beratung und Beschlußfassung von »Vorlagen der KPD im Politbüro [der SED – H. M.]« sollten »in der Regel« Vertreter des Sekretariats des Parteivorstandes aus Westdeutschland zugegen sein. Das SED-Politbüro befand auch darüber, ob sich Mitglieder der KPD-Führung in der DDR oder in der Bundesrepublik aufhielten. So wurde zu diesem Zeitpunkt beschlossen, daß alle Sekretariatsmitglieder mit Ausnahme von Reimann nach Westdeutschland zurückgehen sollen – und das, wie erwähnt, knapp ein Vierteljahr vor dem Parteiverbot. Nicht nur am Rande: Noch am 9. Mai hatte im SED-Politbüro eine Beratung – an ihr nahm auch Manfred Kapluck teil – mit dem Sekretariat der KPD stattgefunden, der Tagungsgegenstand: Richtlinien für die KPD zur Einleitung der Bundestagswahlkampagne (1957) und die Verbesserung der Arbeit der KPD unter der Jugend!10

9 ZPA, J IV 2/2/478.

10 ZPA, J IV 2/2/476.

Die solidarische KPD

Manfred Kapluck konzediert: »Der innere Verbund, die totale Solidarität der SED mit der KPD [oder, was dem Kontext auch entsprechen würde, »der KPD mit der SED«? H. M.] blieb und war für uns westdeutsche Kommunisten Selbstverständnis. Daß sich damit Probleme verbanden, die über Mißverständnisse hinaus durch eine von uns gewollte Zusammengehörigkeit weiter zu einer gewissen Abhängigkeit und auch zu Fehlern in der politischen Tätigkeit führten, soll nicht verschwiegen werden.« »Mißverständnisse«, »gewisse Abhängigkeit« und »Fehler« resultierten m. E. aber keineswegs aus »gewollter Zusammengehörigkeit«, sondern ergaben sich aus Struktur und Genese des Verhältnisses von SED und KPD, der Ein- und Unterordnung der KPD.

Zu den ständigen Gepflogenheiten der SED-Führung gehörte dabei, der KPD (bzw. ihren Vorständen) ideologische Unklarheit (häufig auch vor allem hinsichtlich der Haltung zur DDR, Sowjetunion und zu den Volksdemokratien) vorzuwerfen. Doch blieb Kritik stets eine Einbahnstraße. Umgekehrt, von der KPD-Führung an der SED, gab sie es nicht (weder auf Vorstands- oder Sekretariats-tagungen der KPD noch bei protokollierten Gesprächen mit Mitgliedern der SED-Führung). Das hieß natürlich nicht, daß die Beziehungen zwischen KPD und SED sich konflikt- und reibungslos entwickelten.

Mühe bereitet allerdings eine sachliche, Alternativen aufzeigende Antwort auf die Frage, ob die KPD nicht auf mehr Distanz zur SED gehen mußte. Kaplucks Position verdeutlicht, ohne daß er dies freilich expressis verbis formuliert, das Dilemma der KPD. Wenn er konstatiert, daß das »Wort Distanzierung für uns ein Fremdwort blieb«, so verbirgt sich darunter, daß die KPD keine

andere Wahl sah. Eine Distanz zur SED kam für sie faktisch nicht in Betracht, hätte ihrem Selbstverständnis und ihrer Glaubwürdigkeit als kommunistische deutsche Partei widersprochen. Und das macht das Dilemma sichtbar: Sicher war die Solidarität mit einem Staat und mit dessen führender Partei, die den Sozialismus aufzubauen versprochen, historisch legitim, reflektierte gemeinsame Ziele und Auffassungen. Andererseits: Mußte diese Solidarität in der Weise erfolgen, daß unkritisch die Positionen und Politik der SED übernommen und verteidigt wurden? Wäre es nicht angebracht gewesen, die Finger auch auf wunde Stellen zu legen? Angesichts der Strukturierung des Verhältnisses von KPD und SED scheint mir dies aber praktisch kaum möglich. Dies hätte zumindest erfordert, daß sich die KPD gegenüber der SED mehr Eigenständigkeit verschafft hätte bzw. die SED der KPD mehr Spielraum geboten hätte. Dennoch bleibt, daß die (unkritische) Bindung der KPD an SED/DDR wesentlich zur Schwächung der KPD und zu einem Verlust ihres politischen Gewichts beitrug.

Der von Stefan Bollinger aufgeworfenen Frage nach der Abhängigkeit der KPD von der KPdSU wird im Interview vollkommen ausgewichen. Sie ist sicher schwierig zu beantworten, sowohl aus der Sicht der Zeitzeugen als auch aufgrund der überlieferten Dokumente ist mehr zu errahnen und zu schlußfolgern, als zu beweisen. Bei der weltpolitischen Bedeutung Deutschlands (politisch, wirtschaftlich, militärisch und auch hinsichtlich des Gesellschaftsmodells) ist logisch, daß sich sowjetische Gremien mit der KPD befaßten. Symptome und Einzelbelege unterschiedlicher Art gibt es dafür mehr als genug. U. a. könnten Verhaftungen und Verhöre von KPD-Funktionären (als die bekanntesten z. B. Kurt Müller und Fritz Sperling), die Teilnahme von sowjetischen Vertretern an gemeinsamen Beratungen von KPD- und SED-Funktionären, aber auch Berichterstattungen der SED vor sowjetischen Organen angeführt werden.

Um ermesen zu können, ob die KPD gegenüber »Moskau« (– sei nun damit SMAD/SKK in Karlshorst, Regierungsorgane in Moskau oder das Politbüro der KPdSU gemeint) unabhängig agierte, ergibt sich m.E. aus der Einordnung in die Beziehungsgeflechte KPD-SED und SED/DDR-KPdSU/SU. Vereinfacht: Die SED-Führung gab der KPD direkt die Linie vor und kontrollierte deren Durchsetzung. Da sowjetische Organe wiederum maßgeblich die SED-Politik (mit)bestimmten, übten sie auf diese Weise auch indirekt die Kontrolle über die KPD aus. Daß das aber bedeutet, wie manchmal behauptet, daß »der sowjetische Apparat in Karlshorst ... der eigentliche Auftraggeber der KPD [war]. Die KPD-Funktionäre waren in direkter Form zur Rechenschaftslegung gegenüber sowjetischen Repräsentanten verpflichtet«,¹¹ ist mehr als zweifelhaft. Zumindest deckten sich die Kritiken der Sowjets an der KPD und deren Vorstellungen über die KPD-Politik mit denen der SED. Eine Distanz (oder kritische Solidarität) zur Sowjetunion war kaum möglich: Eine »Entfremdung von der SED und großen KPdSU (B) herbeizuführen«,¹² galt als große Sünde, war z.B. Kurt Müller bei seiner Absetzung als stellvertretender Parteivorsitzender vorgeworfen worden.

11 Gerhard Wettig: Die KPD als Instrument der sowjetischen Deutschland-Politik, in: Deutschland-Archiv, 8/1994, S. 823.

12 Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der KPD. Entschließung des Münchner Parteitags, zit. nach: KPD 1945 - 1968, S. 371.

Auswirkungen der SED-Politik und Fehler der KPD

Unbestritten sein dürfte, daß die tiefen Einschnitte in der Entwicklung der SED 1948 mit dem Übergang zur Partei neuen Typus, 1952 mit der Proklamation des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus oder der 17. Juni 1953 auch entsprechend auf die KPD wirkten. Die Auffassung, daß die Politik der SED keinen breiten Raum in der Diskussion der KPD einnahm, kann wohl kaum aufrechterhalten werden. Der hohe Stellenwert, den die SED und die Entwicklung der SED für die KPD einnahm, läßt sich bereits aus ihrer politischen Schulungsarbeit, insbesondere den Themen des Parteilehrjahrs Anfang der fünfziger Jahre, ableiten. Ebenso klar tritt dies in der Politik der KPD zutage. Die Innenpolitik der SED wurde von der KPD propagandistisch unterstützt und verteidigt, auch die Grundthemen und Ziele der Deutschland- und Außenpolitik der SED übernahm die KPD. Die KPD stand damit im Spannungsfeld, einerseits unter der Bevölkerung ständig an Einfluß zu verlieren und in die Isolierung zu geraten, andererseits loyal und eng mit der Politik und dem Geschehen im Osten Deutschlands (und der Sowjetunion) verbunden zu sein. Natürlich wäre es vereinfacht, zu glauben, daß in der KPD und SED bis in letzte eine völlige Kongruenz bestand, selbst Differenzen und Divergenzen brachen ab und zu auf.

Genauso ist zu konstatieren, daß die SED Fehler in Einschätzung der Lage, in Programmatik und in Politik der KPD oktroyiert hat. Vielfach läßt sich zumindest in Umrissen nachvollziehen, wie in Grundlinien und manchmal auch im Detail das Vorgehen der KPD im SED-Politbüro festgelegt worden war. Das betrifft auch die im Interview erwähnten Thesen des Parteitags 1951, auch das Entstehen des Programms zur nationalen Wiedervereinigung 1952 beeinflusste die SED-Führung entscheidend.

Am 18. März 1952 beauftragte das Politbüro der SED den Parteivorstand der KPD, eine »Erklärung zu einem nationalen und sozialen Programm« zu veröffentlichen.¹³ Das Arbeitsbüro KPD der SED sollte die Erklärung vorbereiten, im Juni wurde eine Kommission unter Ulbricht eingesetzt. Doch erst nach entsprechenden Beschlüssen des SED-Politbüros im Juni bzw. August beschloß der KPD-Vorstand am 21. September 1952, ein »Programm der nationalen Befreiung« auszuarbeiten. Am 28. Oktober behandelte das SED-Politbüro das Programm, hinzugezogen war der zuständige Abteilungsleiter im SED-ZK für die KPD, Paul Verner, aber kein Vertreter der KPD. Das Politbüro bestätigte das Programm »im Prinzip«, Herrstadt und Verner sollten das Dokument endgültig fertigstellen. Der Parteivorstand der KPD nahm das »Programm der nationalen Wiedervereinigung« am 2. November an. Doch erst, als sich am 11. November das SED-Politbüro mit einer Erklärung zum KPD-Programm befaßt hatte, konnte an diesem Tage das KPD-Programm durch Reimann der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Am Rande sei vermerkt, daß der – von »Freund und Feind«, selbst vom KPD-Vorstand – wiederholt verwendete Passus vom »revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes« sich in dieser Formulierung nicht im Programm findet. Vielmehr hieß es »der

13 Vgl. dazu und dem folgenden ZPA, J IV 2/2/202-244.

14 So auf der Parteivorstandstagung im März 1956 und ähnlich in einem Artikel (»Warum war die Losung vom ›revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes‹ falsch?«, in: »Freies Volk«, 28./29.4.1956).

unversöhnliche und revolutionäre Kampf... zum Sturz des Adenauer-Regimes«. Allerdings dürfte die Interpretation auch nicht viel anders ausfallen. Diese These bedeutete, verdeutlichte Walter Fisch 1956, daß die KPD den gewaltsamen Sturz dieser Regierung, durch außerparlamentarische Mittel, in Durchführung der Revolution, angestrebt hätte.¹⁴ Das »Programm der nationalen Wiedervereinigung« belegte, daß SED und KPD die Entwicklung der Bundesrepublik falsch beurteilten, insbesondere die Kraft der KPD überschätzten und die Möglichkeit der (demokratischen) Entwicklung der Bundesrepublik unterschätzten. Es sei nun dahin gestellt, da auch nicht nachzuvollziehen, durch wen und wo manche Passagen in das Programm kamen – ob in Düsseldorf, in Berlin oder gar in Moskau –, Tatsache bleibt, daß das Programm nur mit Einverständnis (und unter Mitwirkung) der SED-Führung ausgearbeitet, angenommen und veröffentlicht werden konnte.

Das gehört mit zu den Überlegungen, warum es möglich war, den Prozeß zum KPD-Verbot so »einfach« in Gang zu setzen und schließlich ihr Verbot durchzusetzen. Auch wenn das KPD-Verbot von 1956 seine Ursache nicht in der Politik der KPD hat, stellt sich dennoch die Frage, was das Verbot erleichtert hat, was die KPD und auch die SED selbst dazu beigetragen haben, daß dieses Verbot möglich wurde.

Und das führt wiederum zur Demokratie-Problematik. Manfred Kapluck bringt auf die Frage, warum die KPD zu den Möglichkeiten eines demokratischen Staates skeptisch stand, verschiedene Fakten an. M. E. ist hinzuzusetzen: Das Verbot der KPD erleichtert hat auch das Demokratiedefizit der KPD. Es betraf vor allem zwei Ebenen: zum einen Gesellschaft und Staat, zum anderen die Partei selbst. Das eine erschwerte bzw. verhinderte die Akzeptanz der KPD bei der Bevölkerung, das andere schwächte die Partei von innen. Das Demokratiedefizit der KPD hatte zweifellos historische Ursachen, viele Seiten und Ursachen wären einzubeziehen. Da sie seit ihrer Gründung die bürgerliche Demokratie höchstens als Durchgangsstadium zu einer echten, zu einer sozialistischen Demokratie betrachtete, unterschätzte sie zugleich den parlamentarischen Staat und seine Möglichkeiten, lehnte die Regierung ab und akzeptierte kaum das Parlament. Andererseits förderte der repressive Umgang staatlicher Organe, der »verordnete Antikommunismus«, auch nicht gerade das Vertrauen der KPD in die Demokratie.

Verhängnisvoll wirkte sich das innerparteiliche Demokratiedefizit, der Mangel an einer innerparteilichen Demokratie und das Fehlen demokratischer innerparteilicher Strukturen aus. Der Ausgangspunkt dafür lag zweifellos in der kommunistischen Parteiauffassung und -praxis, die sich auf die Komintern und Leninsche Auffassungen gründete.

Das Fehlen demokratischer Beziehungen und Regeln im Verhältnis zwischen SED und KPD ist bereits skizziert worden. Daß Ende der vierziger Jahre/Anfang der fünfziger Jahre in der KPD Parteisäuberungen, die von Parteistrafen über Ausschlüsse, Funktionsenthebungen bis hin zu Verhaftungen und gerichtlichen Verurteilungen in der DDR reichten, durchgeführt werden konnten, ohne auf massiven Widerstand zu stoßen, hat sowohl mit dem

damaligen kommunistischen Eigenverständnis als auch mit fehlender innerparteilicher Demokratie zu tun. Diese »Parteiereinigung« steht auch in enger Wechselwirkung mit der Aufgabenstellung, die KPD zu einer Partei neuen Typs zu transformieren, begleitete diese Entwicklung und war zugleich ihre Voraussetzung. Ähnlich wie die SED, deren Politik und Vorstandssitzungen 1948 im Zeichen der »Partei neuen Typs« standen,¹⁵ sollte sich die KPD ebenfalls zu einer »Partei neuen Typs« entwickeln. Die KPD faßte dazu analoge Beschlüsse wie die SED, wenn auch meist mit zeitlicher Verzögerung.

Kapluck verweist darauf, daß die Verhaftung führender westdeutscher Kommunisten viele in den Zweifel brachte, ob es nicht doch Agenten waren, verweist auf den Schaden der Auseinandersetzung mit dem »Titoismus« für die KPD und die gesamte kommunistische Bewegung. Mit der 1948 begonnenen »Tito-Kampagne«, mit ihr begannen in der KPD faktisch die Parteisäuberungen, folgte die KPD Beschlüssen der SED (vom 29. Juli bzw. 16. September 1948). Auf der 4. Tagung (August 1948) beschloß der KPD-Vorstand eine »allgemeine Mitgliederkontrolle«, am 6./7. Oktober 1948 verabschiedete er die Resolution »Die Bedeutung der Entschließung des Informations-Büros über die Lage der KP Jugoslawiens und die Lehren für die KPD«. Rückblickend konstatierte R. Steigerwald, daß diese Kampagne nicht von der KPD selbst ausging, sondern übernommen wurde. Sie fiel dennoch auf fruchtbaren Boden.¹⁶

Als im Mai 1949 die KPD die Mitgliederkontrolle abschloß, hatte sie nun nur noch 218.979 Mitglieder und damit 64.532 Mitglieder gegenüber Juni 1948 verloren, die meisten Landesverbände hatten einen Mitgliederschwund zwischen 20 bis 25 Prozent zu verzeichnen.¹⁷ Nach dem für die SED und KPD enttäuschendem Ergebnis der ersten Bundestagswahlen vom 14. August 1949 kam die Tito-Resolution nun voll zum Tragen. Zum Forderungskatalog der Westkommission der SED an die KPD gehörte, »die Partei von trotzkistischen Agenten aller Spielarten säubern«, Organisation einer ideologische Diskussion, Neuwahlen der Parteileitungen, Festigung des zentralen Apparates sowie Überprüfung der Landesvorstände und ihrer Sekretariate.¹⁸ Für die Verwirklichung diese Ziele fanden Besprechungen von Mitgliedern des SED-Politbüros (u. a. Ulbricht und Pieck) und der Westkommission mit Max Reimann und Fritz Sperling statt.

Verheerend wirkte sich die Resolution der KPD-Parteivorstandstagung Ende Dezember 1949 aus, die alle Parteieinheiten und Mitglieder verpflichtete, »die Partei von der feindlichen Ideologie und deren Trägern zu reinigen« und »von allen Elementen zu säubern, die die Einheit des Willens und die eiserne Disziplin in der Partei bedrohen.«¹⁹

Insbesondere in der Kaderarbeit machten sich Eingriffe und Kontrolle der SED deutlich bemerkbar. Unmißverständlich legte das SED-Sekretariat im Juli 1950 fest: »Für die Kader der KPD ist die Kaderabteilung der Westkommission verantwortlich.«²⁰ Einen Monat zuvor hatte das SED-Politbüro die Westkommission mit der »Unterstützung beim organisatorischen Aufbau der KPD und

15 Vgl. dazu Entscheidungen der SED 1948. Aus den stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED. Hrsg. von Thomas Friedrich u. a., Berlin 1995; vgl. dort auch zum Problem SED-KPD S. 21 ff.

16 Robert Steigerwald: Anlässlich Georg Fülberths KPD/DKP-Buch, in: Marxistische Blätter, 1/1991, S. 37.

17 Bericht über den Abschluß der Mitgliederkontrolle – Einige Lehren und Erfahrungen, Ms. o.O.o.J.

18 ZPA, NL 36/642.

19 Resolution der 14. PV-Tagung der KPD, in: KPD 1945-1968, S. 331.

20 ZPA, J IV 2/3/127.

- 21 ZPA, J IV 2/2/96.
- 22 Protokoll der Sekretariatssitzung des Parteivorstandes der KPD am 3. Juli 1950.
- 23 Rede des Genossen Max Reimann auf der 17. PV-Tagung.
- 24 ZPA, DY IV 2/2/211.
- 25 19. Parteivorstandstagung der KPD am 9. Februar 1951, Ms.
- 26 ZPA, NL 182/900.
- 27 Manfred Grieger, u. a.: *Stalins Schatten. Stalin und die westeuropäischen Kommunisten*, Neuss 1989, S. 177.
- 28 Herbert Crüger: *Verschwiegene Zeiten – vom geheimen Apparat der KPD ins Gefängnis der Staatssicherheit*, Berlin 1990, S. 140.
- Neuwahl ihrer Leitungen ... entsprechend den Richtlinien und Erfahrungen der SED« beauftragt sowie die »Verstärkung der Arbeit zur Überprüfung und Unterstützung der Kaderarbeit der KPD« bestimmt.²¹ Auch Kaderbeschlüsse faßte das SED-Politbüro für die KPD, in diesem Fall für das Ausscheiden von Hermann Nuding, Hugo Ehrlich und Walter Fisch aus dem Sekretariat des KPD-Parteivorstands. Erst nach der SED nahm die Tagung des KPD-Parteivorstandes einen solchen Beschluß an, Fisch konstatierte dabei resignierend: »Ich weiß nicht, ob es sich um einen Beschluß handelt, der vom Polit-Büro gefaßt ist, ich bin gewohnt, die Grundsätze des demokratischen Zentralismus einzuhalten.«²²
- Eine verhängnisvolle Rolle spielte für die KPD auch der Beschluß der SED über Noel Field vom 24. August 1950, Max Reimann pries ihn als »entscheidende Waffe zur Erhöhung der Wachsamkeit in unserer Partei«, die KPD-Mitglieder müßten »alle Beobachtungen und Festlegungen über die Tätigkeit des Feindes zur Zersetzung unserer Partei der Parteiführung mitteilen.«²³
- Vor den Landesparteitagen und vor dem (Münchener) Parteitag der KPD 1951 hatte das SED-Politbüro eine Kommission eingesetzt, um die Kadervorschläge für das Sekretariat und den Parteivorstand der KPD sowie für die Landessekretariate zu prüfen.²⁴ Sie stand unter Leitung von Walter Ulbricht, ihr gehörten Franz Dahlem und Hermann Matern und von der KPD nur Max Reimann an. Nach der Vorstands-Tagung der KPD in Berlin (Ost) am 9. Februar 1951 wurden Fritz Sperling und Wilhelm Prinz in der DDR verhaftet und weitere Funktionäre abgelöst. Hugo Ehrlich, der weiter im Parteivorstand verblieben war, sagte: »Ich möchte sagen, das ist natürlich in gewisser Hinsicht starker Tobak. Aber ich glaube, solche Änderungen sind mit der SED reichlich erwogen, und sie deuten an, daß man entschlossen ist, zum Parteitag eine Führung zu schaffen, die wirklich einheitlich, fähig und imstande sein soll, eine ideologisch geschlossene Partei neuen Typus zu schaffen.«²⁵ Insgesamt waren fast das gesamte Sekretariat des KPD-Parteivorstands ausgewechselt, zehn von zwölf Landesvorsitzenden und viele Mitglieder der Landessekretariate abgelöst worden.
- Daß die SED die Kaderpolitik der KPD bestimmte, verdeutlicht ein kurzes Schreiben Ulbrichts an Wilhelm Zaisser, den damaligen Chef der Staatssicherheit.²⁶ Ulbricht ersuchte ihn, die Vorschläge für das Sekretariat des Parteivorstandes, der Landesvorstände und -sekretariate der KPD beschleunigt zu überprüfen. Klar scheint, daß die SED die Parteisäuberungen der KPD unter ihrer Kontrolle hatte. Das bedeutet nicht, daß sie bei allem immer die entscheidende Instanz war. So deutete Josef Schleiße 1989 rückblickend zu den Funktionsenthebungen vorsichtig an: »Ich nehme an, daß die Anregung aus sowjetischen und anderen Ratschlägen an die Führung, an den 1. und 2. Vorsitzenden stammte, das ist aber eine Vermutung.«²⁷ Damit dürfte er wahrscheinlich mehr als Recht haben. Und Herbert (Tom) Crüger berichtete in seinen Erinnerungen, bei einem Kadergespräch in Berlin war außer Herta Geffke von der ZPKK der SED »noch ein zweiter, mir unbekannter Mann anwesend, ein Russe, der gut deutsch sprach.«²⁸
- Die Verantwortung der SED für Säuberungen in der KPD tritt

dort in Erscheinung, wo bekannte Funktionäre in die DDR übersiedelten und gar verhaftet wurden. Alfred Drögemüller, der ehemalige Chefredakteur von »Wissen und Tat«, wurde 1951 auf einer Landstraße in der DDR verhaftet. Nach dem Münchener Parteitag folgte die KPD einer »Empfehlung« der SED-Führung und sah als ihre nächsten Kaderaufgaben die Überprüfung aller 1. und 2. Kreissekretäre und weiterer Parteimitglieder, insbesondere der »West«-Emigranten oder die früher der KPO oder anderen Gruppierungen angehört hatten. Auch dem Beschluß des ZK der SED vom 20. Dezember 1952 »Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky« folgte die KPD.

Die KPD hatte von 1948 bis 1952 in nur vier Jahren fast 200.000 Mitglieder verloren. Von einst über 300.000 zählte sie 1956 nur noch 80.000 Mitglieder. Zur Selbstschwächung der KPD hatte auch beigetragen, daß erfahrene – und bei der Bevölkerung bekannte und geachtete – Funktionäre ausgeschaltet worden waren. Das repressive Vorgehen in der KPD gegen eigene Funktionäre und Mitglieder trug zugleich dazu bei, die KPD in der Bevölkerung zu diskreditieren und zu isolieren. Was für eine Demokratie im Staatsaufbau war von der KPD zu erwarten, wenn sie in ihrer Binnenstruktur so (undemokratisch) funktionierte?

Daß die KPD an Masseneinfluß, an politischem Gewicht und an Ansehen verlor, hatte damit sowohl mit dem »Beispiel SBZ/DDR«, daß sie in ihrer gesamten Politik der von der SED eingeschlagenen Linie folgte und als Partei der SED galt, wie auch mit eigenen Schwächen in Führungstätigkeit und Massennarbeit zu tun. Wenn unmittelbar nach dem Verbot der KPD im Sommer 1956 in einer Einschätzung für das SED-Politbüro nüchtern konstatiert wurde, daß die Mehrheit der Bevölkerung »im KPD-Verbot keine unmittelbare Bedrohung eigener wirtschaftlicher, sozialer und politischer Interessen« sah,²⁹ so ist das nichts anderes als ein Beleg für die – auch von KPD und SED verantwortete – Isoliertheit der KPD, deren Verbot ohne großen Protest hingenommen wurde.

29 ZPA, J IV 2/2J/249.

WOLFGANG GEHRCKE

Geschichtslosigkeit führt zu Gesichtslosigkeit!

Die kommunistische Linke in der Bundesrepublik Deutschland

Sozialistinnen und Sozialisten werden anhaltenden und zunehmenden Schwierigkeiten ausgesetzt sein, wenn sie nicht einen sinnvollen Weg finden, sich mit ihrer Geschichte weiter auseinanderzusetzen. Ohne historische Wurzeln, die Besinnung auf Traditionen und die Kritik der Traditionen droht Geschichtslosigkeit. Und: Geschichtslosigkeit führt zu Gesichtslosigkeit. Zu diesem bekannten Problem sei ein weiteres hinzugefügt: das Ost-West-Problem. Für die PDS waren Geschichtsdebatten fast ausschließlich DDR- und SED-spezifisch. Dies ist verständlich, kann aber nicht so bleiben. Auch der Westen hatte seine Linke mit ihrer Geschichte.

Geschichte der BRD und der DDR in ihren Gegensätzen und in ihrer wechselseitigen Bedingtheit, Geschichte von Sozialistinnen und Sozialisten, Kommunistinnen und Kommunisten und anderen linken Kräften in beiden deutschen Staaten müssen als Teil deutscher Geschichte angenommen und bearbeitet werden. Die Linke im Westen weiß wenig von der im Osten, und umgekehrt ist es nicht viel anders. Geschichtliche Kenntnisse könnten u.a. auch ein Zugang dafür sein, besser verstehen zu können, warum wer so ist, wie er ist.

Zu einem weitgehend unbearbeiteten Teil gehört die Geschichte der Kommunistinnen und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland und als Teil dieser die Geschichte von KPD und DKP. Manfred Kapluck beleuchtet in UTOPIE kreativ anlässlich des 40. Jahrestages des KPD-Verbotes die Neukonstituierung der DKP in der BRD. Das ist verdienstvoll, denn von den ohnehin wenigen Veröffentlichungen sind viele durch Vorbehalte verzerrt oder durch Rechtfertigungszwänge verklärt. Durch Manfred Kapluck erfahren Leserinnen und Leser Neues. Manches aber auch nicht. Kapluck lüftet die Kutte – aber was trägt der Mönch darunter? Aus diesem Grunde stelle ich meine Kenntnisse und Analysen über die Zeit vom KPD-Verbot bis zur Konstituierung der DKP 1968 neben die von Kapluck.

Parteikommunismus war immer nur ein Teil des realen Kommunismus
Aufklärung über die Geschichte von KPD und DKP ist nötig, auch dann, wenn heute klar ist, daß die KPD und später die DKP nur ein Teil der organisierten und nicht organisierten Kommunistinnen und Kommunisten waren. Über die heutige DKP kann und will ich mir kein Urteil erlauben. Aber es gab schon in der Alt-BRD weit mehr Menschen, die sich als Kommunistinnen und Kommunisten

Wolfgang Gehrcke –
Jg. 1943, von Beruf Journalist; 1968 Mitbegründer von SDAJ und DKP, einige Jahre Vorsitzender der SDAJ und Bezirksvorsitzender der DKP in Hamburg, im Januar 1990 (nach dem Scheitern des Versuchs einer Erneuerung der DKP) Austritt und Beteiligung an dem Versuch, ein Sozialistisches Forum aufzubauen, einer der Initiatoren für eine Linke Liste/PDS; z.Z. stellvertretender Vorsitzender der PDS.

verstanden, als in der KPD oder später in der DKP organisiert waren – und dies wird heute nicht viel anders sein.

In der Vergangenheit ist in den verschiedenen Kommunistischen Parteien, Aufbauorganisationen und Bündnissen viel Kraft und Gedankenreichtum darauf vergeudet worden nachzuweisen, daß nur die eigene Richtung sich mit Recht kommunistisch nennen dürfe. In dieser Logik waren die jeweils anderen zumindest eine Abweichung und Revision des »wahren Kommunismus«, wenn nicht eine Agentur des politischen Gegners.

Um nichts anderes wurde so erbittert gekämpft wie um das Monopol, sich »kommunistisch« nennen zu dürfen. Diesen Streit ins Heute zu verlängern, wäre unproduktiv. Kommunistinnen und Kommunisten sollten – zumindest in der Rückschau – verstehen, daß auch ihre Bewegung plural war. Schon deshalb ist es wichtig, daß neben der Option, die zur Gründung der DKP führte, andere Möglichkeiten existierten.

Das KPD-Verbot und seine Folgen

Bekanntlich wurde die KPD am 17. August 1956 durch das Bundesverfassungsgericht verboten. Dieses Verbot besteht juristisch bis heute fort – wider Recht, Verfassung und politische Vernunft. Was den Fortbestand des KPD-Verbotes angeht, widerspricht er dem Verbotsurteil. Denn das Verfassungsgericht sah eine künftige Vereinigung der beiden deutschen Staaten als Zäsur des Verbotes an. Parteivorstand und die Bundestagsgruppe der PDS haben sich – auch deshalb – ausführlich auf einem historisch-rechtspolitischen Kolloquium damit befaßt und die Aufhebung des KPD-Verbotes gefordert.

Grundgesetz, Verfassungswirklichkeit, kurz: die Demokratie in der Bundesrepublik haben am KPD-Verbot tiefgreifenden und anhaltenden Schaden genommen. Mindestens für den Zeitraum von 1951 (Antrag der Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht) bis 1967/68 (Liberalisierung des politischen Strafrechts) ersetzte das politische Strafrecht weitgehend die geistige Auseinandersetzung. Die juristische Variante des Kalten Krieges führte in diesem Zusammenhang zu rund 250.000 Ermittlungsverfahren und zu über 10.000 Inhaftierungen.

Die KPD hatte, als sie 1956 verboten wurde, noch ca. 80.000 Mitglieder. Der aktivste und entschlossenste Teil ihrer Mitgliedschaft setzte in der Illegalität den Kampf fort. Bekannte Mitglieder der Parteiführung mußten in die DDR emigrieren, ihnen drohten langjährige Haftstrafen. Viele Mitglieder der KPD zogen sich aus der direkten Partearbeit zurück und suchten neue Betätigungsfelder. Die Ablehnung des KPD-Verbotes unter Demokratinnen und Demokraten in der BRD war weit verbreitet und die direkte Solidarität mit einzelnen Kommunistinnen und Kommunisten hoch. Trotzdem blieben größere politische Gegenbewegungen bis in die Mitte der sechziger Jahre aus. Dafür sind die Zu- und Umstände des Kalten Krieges und der Systemkonkurrenz, auf die Manfred Kapluck aufmerksam macht, eine wichtige, aber keine ausreichende Begründung.

Die Ursachen des KPD-Verbotes lagen nicht in der Politik der

KPD, dafür trägt die damalige Bundesregierung die Verantwortung. Daß aber das KPD-Verbot selbst rasch durchgesetzt und sozialistische Alternativen in der BRD über Jahrzehnte chancenlos waren, war auch der Politik und Verfaßtheit von KPD und SED geschuldet. Diether Posser, ehemaliger Justizminister in NRW und engagierter Mitstreiter von Gustav Heinemann, der zahlreichen Kommunistinnen und Kommunisten als »Anwalt im Kalten Krieg« juristischen Beistand leistete, beschreibt die Situation in seinem gleichnamigen Buch: »Auch hatte die KPD schwere Fehler gemacht und als Partei jede Sympathie außerhalb ihrer Mitglieder verloren; die oft byzantinisch anmutende Verherrlichung sowjetischer Politiker, vor allem Stalins, die völlige Kritiklosigkeit gegenüber Mißständen in der DDR, die Verkündung scheinrevolutionärer Phrasen, die oft beleidigende und verunglimpfende Sprache gegenüber der Bundesregierung und anderes mehr«. Dieser Wertung stimme ich zu.

Bis Mitte der sechziger Jahre dominieren der Kalte Krieg und die Blockzuordnung. Die Bundesregierung setzt mit Hilfe der Justiz und der Polizei das Verbot rasch durch. Die KPD geht in die Illegalität und in die Emigration. Die SED-Führung verhält sich solidarisch, aber passiv. Größere Gegenbewegungen bleiben aus. Kommunistische Politik in der Bundesrepublik Deutschland ist isoliert. Mitte der sechziger Jahre deuten sich in der BRD und international Veränderungen an, die auch neue Chancen für kommunistische Politik und für die Aufhebung des KPD-Verbotes mit sich bringen. Sie kulminieren in der 68er Bewegung, unter deren Druck und geistiger Ausstrahlung Willy Brandt sich zu einer Politik des »mehr Demokratie wagen« entschließt.

In der Alt-BRD entwickelt sich Mitte der sechziger Jahre eine Massenbewegung gegen die Notstandsgesetze und gegen den weiteren Demokratieabbau. Wirtschaftlich gerät die BRD in eine Krise. Streiks bzw. sogenannte wilde Streiks breiten sich aus. Größere Teile der Jugend, insbesondere der studentischen Jugend, beginnen gegen das Schweigen ihrer Eltern, Lehrer und anderer Bezugspersonen über ihr Verhalten im Faschismus zu rebellieren. Die USA verliert ob ihrer Verwicklung in den Vietnam-Krieg an Integrationskraft. Fidel, Che, Ho und andere Führer nationaler Befreiungsbewegungen werden zu Leitbildern. Als Alternative zum Kalten Krieg und der latenten Möglichkeit eines atomaren Weltkrieges gewinnt der Gedanke und die Politik einer friedlichen Ko-Existenz an Dynamik. Die außenpolitische Isolierung der DDR bricht auf und die Hallstein-Doktrin zusammen. An die Stelle einer CDU-geführten Bundesregierung tritt eine große Koalition von CDU und SPD. In der SPD werden erstmals nach Godesberg die Widersprüche sichtbar. Umordnungen im politischen System deuten sich an. In diesem Umfeld nimmt die Bewegung für eine Aufhebung des KPD-Verbotes, als Teil der Demokratiebewegung, zu.

Die politische Klasse der BRD ist in der Krise.

1965/66 und 1967 hat sich folgende Lage herausgebildet: Die herrschenden politischen Eliten brauchen eine innen- und außenpolitische Modernisierung. Außenpolitisch brauchen sie, um eine

Weltrolle zu spielen, nachdem die Westbindung der BRD durchgesetzt ist, mehr Spielräume. Von den USA mißtrauisch beäugt, treiben sie mit Frankreich zusammen die Westeuropa-Lösung weiter und suchen eine begrenzte Öffnung nach Osten. Die allerdings haben sie über Jahrzehnte selbst blockiert, verteufelt und verfolgt. Zugleich beginnen in der Bundesrepublik Arbeiterinnen und Arbeiter zu streiken, Demokratinnen und Demokraten zu demonstrieren und Schüler und Studenten zu rebellieren. In dieser Situation kommt es zu einer kurzzeitigen, objektiven Interessenallianz zwischen »oben« und »unten«, nämlich verkrustete Strukturen aufzubrechen. Diese Interessenallianz ändert nichts daran, daß »oben« und »unten« sich subjektiv feindlich, politisch gegensätzlich und militant gegenüberstehen.

Die herrschenden Kräfte nutzen die 68er Rebellion, um den nötigen Modernisierungsschub einzuleiten und einen Elitenwechsel zu organisieren. Die dafür geeignete, nicht verbrauchte politische Kraft ist die SPD. An sie fällt die Regierung.

Der Preis, den die politische Klasse dafür entrichten muß, ist eine Demokratisierung der Gesellschaft. Diese geht unter dem Druck der Bewegungen über die vorgezeichneten Grenzen hinaus. Gleichzeitig mit ihrem »Rückzug« organisieren die herrschenden Kräfte mit Repression und Integration alle Möglichkeiten, das »Bündnis« von Demokratie und Modernität so rasch wie möglich wieder aufkündigen zu können. Das Ende des »Bündnisses« von Demokratie und Modernität ist gleichzeitig das Ende der Ära Brandt. Doch zurück.

Was heißt das für das KPD-Verbot? Für eine neue Ost-Politik ist das KPD-Verbot ein Hindernis. In der Demokratie- und Studentenbewegung wird es zum Thema. Einzelne Kommunistinnen und Kommunisten gewinnen Einfluß in verschiedenen Massenbewegungen. Marx, Engels und Lenin werden ebenso wie Brecht und neue linke Theoretiker, wie Herbert Marcuse, von der studentischen Bewegung entdeckt. Die politische Klasse kann das KPD-Verbot nicht geradlinig aufrechterhalten. Die linken Kräfte sind nicht stark genug, eine Aufhebung durchzusetzen. Die SED-Führung gewinnt ihr Interesse an der KPD zurück.

Wie kommt die BRD zu einer legalen KP?

In den Führungen von KPD und SED werden in dieser Situation drei Optionen diskutiert:

Die erste lautet: Fortsetzung des Kampfes gegen das KPD-Verbot mit dem Ziel einer realen Aufhebung des Verbotes. Diese Linie wird energisch von Max Reimann, dem Vorsitzenden der KPD, von Mitgliedern des SED-Politbüros und bekannten Personen der Öffentlichkeit, wie dem Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul, vertreten. Sie hat starke Anhänger im Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Die zweite Option zielt auf die Neukonstituierung einer kommunistischen Partei. Diese Variante trägt dem geschilderten Kräfteverhältnis Rechnung. Das KPD-Verbotsurteil steht dem nicht entgegen. Die SPD-Bundesregierung kann sich damit arrangieren und kommt aus einer Klemme.

Eine »neue« Partei kann sofort in den Bewegungen aktiv werden. Diese Konzeption wird von den jüngeren Mitgliedern der KPD-Führung favorisiert. Sie versprechen sich zudem von dieser Lösung einen Umbruch in den verkrusteten Führungsstrukturen der KPD. Im Politbüro der SED treibt Erich Honecker diese Konzeption voran. Nicht ohne eigene Interessen, denn ein Führungswechsel in der KPD stärkt seine Position bei einem Führungswechsel in der SED.

Die dritte Option lautet: nicht KPD oder DKP, sondern eine Sozialistische Partei. Weitgehend unbekannt sind die Bestrebungen zur Gründung einer Sozialistischen Partei in der BRD, wie sie von dem in Marburg lebenden, aus der DDR verdrängten Sozialisten Professor Wolfgang Abendroth zusammen mit ihm Gleichgesinnten und Kommunistinnen und Kommunisten angestellt wurden. Wolfgang Abendroth und weitere Sozialisten wurden nach Godesberg 1961 aus der SPD ausgeschlossen. Sie unterhielten zahlreiche Verbindungen zu gewerkschaftlichen Linken, zu kulturellen und geistigen Zentren und können zu den geistigen Vätern der 68er Bewegung gezählt werden. Sie sahen in der Anti-Notstandsbewegung, in der Bewegung gegen den Vietnamkrieg, in den studentischen Rebellionen und betrieblichen Aktionen die Chance, aus linken Sozialdemokraten, undogmatischen Sozialisten und KPD-Mitgliedern eine neue Partei zu bilden. Dies wollten sie einvernehmlich mit der KPD. Eine sozialistische Partei sollte auch eine Alternative für kritische SPD-Mitglieder sein.

In der KPD-Führung fanden diese Gedanken wenig Fürsprecher. Im SED-Politbüro jedoch engagierte sich Walter Ulbricht für eine Bündnispartei, insbesondere mit Sozialdemokraten. Daneben, so Ulbricht, sollte die KPD fortbestehen. Im Ergebnis von Ulbrichts Überlegungen entstand die Wahl- und Bündnispartei Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF). Sie scheiterte bei den Bundestagswahlen an der 5-Prozent-Klausel und wurde, nachdem sich die DKP etabliert hatte, sang- und klanglos beerdigt.

Abendroth u.a. beenden ihre Bemühungen um eine sozialistische Partei nach dem Einmarsch in die CSSR. Es gab keine gemeinsame politische, weltanschauliche und moralische Basis mehr.

Während sich das Politbüro der SED im gesamten Zeitraum des akut drohenden KPD-Verbetes nur dreimal (!), zumeist unter Vermischtes, mit dieser Frage befaßte, weisen die Jahre 1967 und 1968 eine vielfache und gründliche Diskussion aus – eine Diskussion, die in dieser Form und Umfang in der westdeutschen KPD nicht geführt wurde und unter Bedingungen des KPD-Verbetes vielleicht nicht geführt werden konnte. Auch auf keiner der illegal in der DDR stattfindenden Parteikonferenzen der KPD werden diese Fragen angesprochen.

Im Politbüro der SED findet sich unter Zustimmung der KPdSU eine Mehrheit für die »DKP-Lösung«, ebenso im Politbüro der KPD. Andere, wie der KPD-Vorsitzende Max Reimann oder der langjährige Prozeßvertreter der KPD, Rechtsanwalt Kaul, sind über die DKP-Gründung verzweifelt. In Kauls Nachlaß ist die Notiz zu lesen, mit der »DKP-Gründung seien die Chancen zur Aufhebung des KPD-Verbetes vertan«.

Die Gründung der DKP ist letztlich auf mehrere Faktoren zurückzuführen: auf die Standhaftigkeit und den Opferwillen der illegalen Kommunistinnen und Kommunisten, die veränderte innen- und außenpolitischen Lage, die Demokratiebewegung ebenso wie auf eine veränderte Strategie der SED. Für die SED ist es u.a. wichtig, die »Zweistaatlichkeit«, die Anerkennung der DDR durchzusetzen. Dazu bedurfte auch die BRD einer weitergehend eigenständigen Kommunistischen Partei. Die Dokumente lassen keinen Zweifel zu: Das letzte Wort zur Gründung der DKP hatte die SED. Die Verhältnisse zwischen SED und DKP waren aber vielschichtiger, differenzierter, als sie in den Kategorien von Selbständigkeit und Abhängigkeit zu fassen sind. Dies kann an dieser Stelle nur festgestellt und müßte umfassender beschrieben werden.

Mit der Entscheidung zur Konstituierung der DKP kommt die sozialdemokratischen Bundesregierung aus dem Dilemma heraus, einerseits das KPD-Verbot nicht mehr aufrechterhalten zu können und wollen, andererseits vor einem Gesetz zur Aufhebung des KPD-Verbotes zurückzuschrecken. Nach und parallel zur »DKP-Entscheidung« werden von KPD-Abgesandten unter Vermittlung der italienischen KP Verhandlungen mit der Bundesregierung aufgenommen. Bonn signalisiert grünes Licht. DDR und Sowjetunion bemühen sich um flankierende Stützung über diplomatische Kanäle. Kommunistinnen und Kommunisten bereiten sich auf die Neukonstituierung vor. Die Bundesrepublik hat wieder eine legale Kommunistische Partei, die sich vornimmt, auch Partei der Bundesrepublik zu werden. Die DKP stand in der Tradition der KPD, hat aber politisch, theoretisch wie praktisch Neues entwickelt, befördert. Sie wird – Tücke der Geschichte – letztlich an diesem Neuen scheitern. Ihre Verfaßtheit, ihre Politik und ihr Parteiverständnis konnten keine Hülle bieten, die mit dem Neuen verbundenen Widersprüche auszuhalten und konstruktiv lösen zu können.

Ein persönliches Wort: Ich bin am 10. Oktober 1961 der Kommunistischen Partei Deutschland beigetreten und habe an der Konstituierung der DKP mitgearbeitet. Fast drei Jahrzehnt war ich in der Alt-BRD in der kommunistischen Bewegung und in vielen demokratischen und sozialen Bewegungen aktiv. Ich habe diese mitgeprägt und bin von ihnen geprägt worden. Von manchen meiner Mitstreiter aus der DKP, die ihren heutigen politischen Platz in der SPD oder den Grünen fanden, lese ich über verführten Idealismus, Jugendsünden und verlorene Jahre. Von manchen, die in der DKP blieben hingegen, daß sie nichts bedauern. Beides ist nicht meine Betrachtung. Für mich war und bleibt mein Beitritt zur Kommunistischen Partei ein Schritt der Selbstbefreiung. Ebenso wie mein Bruch mit dieser Politik, Partei und Theoriekonzeption Selbstbefreiung war. An viele und vieles denke ich mit Hochachtung, an anderes mit Bitterkeit. Eigene Fehler, gravierende Fehlentscheidungen und Mängel schmerzen mich. An allem ist zu zweifeln. Heute wie damals.

GERD KAISER

»dzis« heißt »heute«

Nachdem »UTOPIE kreativ« seinen Lesern die Anfänge und die ersten Schritte der linkspluralistischen polnischen Monatszeitschrift »dzis« bereits vorgestellt hat,¹ hier nun ein Blick in die Hefte, die seit Anfang 1995 erschienen sind.

Das Gesicht der Zeitschrift prägten Beiträge zu den innenpolitischen Entwicklungen Polens. Die Auseinandersetzungen um das Amt des Präsidenten, Aleksander Kwasniewski löste den »großen Elektriker« Lech Walesa ab, und die politische Provokation des abgewählten Präsidenten und seines Innenministers Andrzej Milczanowski, durch die der Ministerpräsident Jozef Oleksy aus seinem Amt gehandelt wurde, waren zwar in höchstem Maße an Personen gebunden, ihrem Wesen nach ging und geht es jedoch um die inhaltliche Frage, welchen Weg die Polnische Republik nach der Volksrepublik nehmen soll. Infolge der Auseinandersetzungen um dieses Thema nahmen die politischen Spannungen zu und die politischen Kräfte polarisierten sich weiter, »die Rechte läuft Amok«. Jozef Koszek schließt die Möglichkeit nicht aus, daß Polen bei einer Verschärfung des Konfrontationskurses der momentan zerstrittenen Rechten noch nach Rechts abdriften kann.²

Eine kritische Sicht auf die – wie sie sich selbst nennen – politischen Eliten jeder couleur in Polen hat Seweryn Dziański. Er ist der Ansicht, daß der von den polnischen Eliten gern benutzte Begriff der »politischen Klasse« »nichts anderes als eine Gruppe« bezeichnet, die »für sich selbst« da ist, die ihre Anhänger und Wähler als Instrument nutzt, »um nicht zu sagen, daß sie diese konjunkturell ausnutzt«. Die politischen Funktionäre der »politischen Klasse« kommen wie »Kai aus der Kiste« und werden, oftmals ohne theoretische Kenntnisse und praktische Erfahrungen, allein nach dem primitiven Prinzip ihrer Verfügbarkeit für Aufträge und Auftraggeber ausgewählt.³

»Dzis«, das aus seiner linkspluralistischen Grundhaltung keinen Hehl macht, sondern diese betont, ist alles andere als ein »Akklimationsorgan« der Regierung, in der die SLD (Bündnis der Demokratischen Linken) die stärkste Kraft der Koalitionsregierung, sie stellt auch den Ministerpräsidenten, und der SdRP (Sozialdemokratie der Republik Polen), der stärksten Partei der SLD. Ihre Position könnte als die eines Begleiters dieser Politik von kritisch-konstruktiven Positionen aus beschrieben werden.

Drei Themenkreise sind es vor allem, die die polnische Politik in diesen Zusammenhängen bewegen: die Wirtschaftspolitik des Lan-

Gerd Kaiser – Jg. 1933, promovierter Historiker, von 1969-91 wissenschaftliche Arbeit im Deutschen Fernsehfunk. Veröffentlichungen zur Militär- und Sozialgeschichte und Massenkommunikation. Wichtige Arbeiten: u.a.: »Katyn. Der Massenmord an polnischen Offizieren« (1995).

des, die Beziehungen zwischen Staat und römisch-katholischer Kirche sowie die Stellung der Streitkräfte und der Sicherheitsdienste im Staatsgefüge und um das Primat der Politik gegenüber Militär und Diensten.

Das Fazit der vorjährigen Wirtschaftsentwicklung: »1995 hält das Wachstum in der Wirtschaft an«, die Dynamik verstärkte sich. Polen erreichte mit seinem Wirtschaftswachstum in der Industrieproduktion, bei den Investitionen und den Außenhandelsumsätzen sowie mit seinen Devisenreserven »die Spitzengruppe der europäischen Länder«. ⁴ Gleichzeitig macht die Zeitschrift darauf aufmerksam, das die auf eine Wahlperiode von vier Jahren zugeschnittene »Strategie für Polen«, das regierungsoffizielle Wirtschaftsprogramm, eigentlich eines weitergefaßten Zeitrahmens bedürfe. Jerzy Hausner benennt »Zehn Dilemmata der Wirtschaftsstrategie« ⁵ und macht Vorschläge zu deren Überwindung. Aus seiner Sicht ist es u.a. notwendig, andere Prioritäten in der Sozialpolitik zu setzen, die Staatsschulden und die Inflationsrate zu minimieren. In der Diskussion um die Zukunft Polens hatte Jan Dziewulski bereits zuvor angemerkt, daß die SLD mit einem unscharfen Programm unter den Losungen »So geht es nicht weiter« – später abgelöst durch »So darf es nicht weitergehen« – operiere, das eher ein Wahl-, denn ein Arbeitsprogramm sei. Gescheut werde die Konfrontation mit dem internationalen Kapital, Elemente der geistigen Kapitulation seien unübersehbar. ⁶ Die aktuelle Diskussion um Gegenwart und Zukunft wird durch historische Erfahrungen bereichert, z.B. erschlossen in der Darstellung über das Verhältnis der PPS (Polnische Sozialistische Partei) in der Emigration zur Wirtschaftspolitik der Volksrepublik Polen 1947-1955. ⁷

Auch bei der Darstellung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche beschränkt sich »dzis« nicht allein auf die Dokumentation und Kommentierung aktueller Entwicklungslinien, sondern erweitert den Blick durch historische Erfahrungen. Die Bedenken und Einwände, die Feliks Sieminski gegen das im Juli 1993 unterzeichnete aber noch nicht durch den Sejm ratifizierte Konkordat zwischen der Polnischen Republik und dem Heiligen Stuhl vorbringt, ergänzt Zenon Rudny durch eine Rückschau auf den polnischen Klerikalismus zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg. ⁸

Jan Golec verweist auf Ergebnisse der zeitgenössischen Sozialforschung, die eine zunehmende Lockerung der Beziehungen zwischen Kirche und Laien feststellen. Die Autorität der Kirche unter den Gläubigen nimmt ab. Nicht so sehr im Bereich der Glaubensfragen, sondern eher auf dem Wirkungsfeld der Kirchenmänner in politischen und sozialen Angelegenheiten. Die Kirche, die am besten auf die Rolle des moralischen Führers im Prozeß der gesellschaftlichen Transformation vorbereitet schien, hat sich mit ihren Einschätzungen politisch-sozialer Entwicklungsprozesse und deren Richtungen geirrt. Sie muß, will sie nicht weiter an Einfluß verlieren, nicht nur den wirtschaftlichen sondern auch politischen und weltanschaulichen Pluralismus akzeptieren. ⁹

Während in Polen die »Falken« auf den Kanzeln oder im Rundfunksender »Maria« den Ton angeben, kommt Robert Hotz, in der Schweiz wirkender Jesuitenpater, bei einer Analyse der Möglich-

»Ich bin Kandidat der Linken und die Linke sieht im Präsidentenamt ein unparteiisches, überparteiliches Amt, einen Hort der Toleranz, der Ordnung und der Verständigung. Der Präsident soll nicht der Sprecher einer Partei oder einer gesellschaftlichen Richtung sein.«
Interview A. Kwasniewskis vor der Wahl, in: »dzis«, Heft 11, 1995, S. 5ff

»Ich spreche mich für eine Lösung aus, deren Wesen darin besteht, daß die herrschenden politischen Eliten eine Übereinkunft hinsichtlich der Grundelemente des Wirtschaftsprogramms der Regierung mit starken sozialen Vertretungen treffen.«
Jerzy Hausner: »Zehn Dilemmata...«, »dzis«, Heft 7, 1995, S. 12

»Bei den gegenwärtigen Beziehungen zwischen Staat und Kirche kann Polen weder ein weltlicher noch ein theokratischer Staat genannt werden ... Ich stelle objektiv fest, daß die Prognose eines konfessionellen Staates real ist...«
 »dzis« Heft 1, 1995, S.80

keiten einer Renaissance der russischen Orthodoxie zum Schluß, daß dort neben wahrscheinlichen künftigen Auseinandersetzungen zwischen Orthodoxie und muslimischen Fundamentalisten die Gefahr »des Übergangs einiger orthodoxer Kreise auf die Seite des ultranationalen Chauvinismus« besteht.¹⁰

Die Frage nach dem Primat der Politik gegenüber Streitkräften und Geheimdiensten in Polen stellte sich nach einer politisch-demonstrativen Zusammenkunft führender Militärs auf dem Truppenübungsplatz Drawsk und in Verbindung mit der Rolle führender Kräfte der Dienste im Rahmen der politischen Provokation gegen Jozef Oleksy. Die Auseinandersetzungen¹¹ werden dabei um ein verfassungskonformes Vorgehen der Dienste, deren Qualifikation und um zivilisierte Verhaltensformen führender Funktionäre geführt. Die Instrumentalisierung des UOP (Verwaltung für Staatsschutz) durch Einmischung in Wahlkampagnen und politische Auseinandersetzungen wird detailliert durch Stanislaw Chacharski nachgewiesen und analysiert.¹² Der »Kampf um die Armee«¹³ wird, nach Wladyslaw Honkisz, ebenfalls mit der Forderung geführt, daß die Streitkräfte Polens Sicherheit zu garantieren haben und kein Instrument in der Hand der einen oder anderen politischen Gruppierung sein dürfen. Diese Auseinandersetzung vollzieht sich u.a. sowohl auf den Ebenen der historischen Traditionspflege als auch der Bestimmung der Elemente der künftigen polnischen Sicherheitsgarantien. Der polnische Präsident hatte in dem erwähnten Interview vor seiner Wahl versprochen, daß er seine Verantwortung u.a. darin sehe, daß die Vergangenheit nicht gegen Menschen ausgespielt werde, »die ihr Herz und ihre Arbeit ihrem Land gegeben haben« und daß die Streitkräfte nicht in innenpolitische Auseinandersetzungen einbezogen werden. Der Generalstabsoffizier Mariusz Jedrzewski analysiert leidenschaftslos die komplizierte politische und schwierige wirtschaftliche Lage und stellt fest, daß die Polnischen Streitkräfte nur bedingt zur Erfüllung dieser Aufgaben und zur Garantierung der Sicherheit Polens zwischen Rußland und Deutschland in einer Zeit wachsender Instabilitäten (Balkan, GUS, wachsendes Gewicht Deutschlands usw.) bereit seien.¹⁴ Das uralte Syndrom, aus der Lage Polens zwischen Rußland und Deutschland erwachsend, die zu vier Teilungen Polens geführt hat, ist der stärkste Beweggrund für den Drang Polens in die NATO. Diese Option wird von nahezu allen politischen Kräften in Polen bevorzugt. Longin Pastusiak, 1995 kurzzeitig im Gespräch als möglicher Verteidigungsminister, analysiert die in Europa bestehenden unterschiedlichen Sicherheitsgarantien, Ost- und Westbedrohungen der polnischen Sicherheit. An der Debatte beteiligt ist auch Wladyslaw Loranc. »Dzis« vermittelt zahlreiche internationale Materialien zu diesem Thema; u.a. die Erklärung der Sozialistischen Internationale zu Mittel- und Osteuropa, Stellungnahmen Theodor Sommers (BRD), Jegor Gaidars, Roy Medwedjews und Wladimir Lukins (Rußland).

In weitaus geringerem Umfang als mit den drei »großen« Themenkreisen beschäftigt sich »dzis« mit der Nationalitätenpolitik. Obwohl in Polen große nationale Minderheiten leben, halten sich ethnisch motivierte Auseinandersetzungen, z.B. um die Roma oder

Die Zahl der militärischen Konflikte verringert sich nicht, sondern nimmt zu. Sie haben einen Einfluß auf die Technikentwicklung, die Denk- und die Verhaltensweisen. »Sie werden zu einem der wichtigsten Regulatoren demographischer Veränderungen«.
 Antoni Czubinski: »Die Kriege des 19. und des 20. Jahrhunderts«, in: »dzis«, Heft 9, 1995, S. 5ff und S.16.

die »doppelte Staatsbürgerschaft« Deutscher, in Grenzen. Nach Angaben der Vertretungen der Minderheiten selbst leben in Polen (jeweils angenäherte Zahlen) 500.000 Deutsche, 300.000 Ukrainer, 250.000 Belorussen, 25.000 Litauer, 20.000 Slowaken, ebensovieler Roma, bis zu 15.000 Juden sowie Tschechen, Armenier, Tataren u.a. Völkerschaften.¹⁵ Die Lage der Minderheiten hat sich gegenüber der Situation in der VRP deutlich verbessert, ein 1992 gebildetes Büro für kulturelle Fragen nationaler Minderheiten im Ministerium für Kultur und Kunst gibt über die Hälfte seines Budgets für Publikationen der Minderheiten in ihren Nationalsprachen aus.

Einen großen Raum nehmen in »dzis« Fragen der historischen Erfahrung, des historischen Erbes, ein. Sie berühren zumeist aktuelle Debatten. Zenobiusz Kozik analysiert detailliert und thematisch wie chronologisch umfassend das Bild, das die Historikerzunft von der Volksrepublik zeichnet.¹⁶ Die sofort nach dem Zusammenbruch der VRP aufgenommene historische Forschung zum Gestern »war von Anfang an weder inhaltlich noch durch umfassendes Quellenstudium tiefgründig«. Zahlreiche Schreiber beherrschten noch nicht einmal das Handwerkszeug des Geschichtswissenschaftlers. Zenobiusz Kozik ist u.a. der Verfasser einer kenntnisreichen Studie über die Penetration der VR Polen durch die »Gruppe Warschau« des MfS der DDR in den Jahren 1976 bis 1989. Dem Thema der Beziehungen zwischen der DDR und der VRP ist eine Studie von Mieczyslaw Tomala gewidmet, in der vor allem Streitpunkte in diesen Beziehungen aufgeheilt werden.¹⁷

Die Anfänge der Volksrepublik behandeln unter verschiedenen Gesichtspunkten Ryszard Nazarewicz, Henryk Slabek und Wladyslaw Honkisz, um nur einige mit größeren Darstellungen vertretene Autoren zu nennen. Überzeugend beantwortet Nazarewicz die Frage, ob es in Polen zwischen 1944 und 1948/49 einen Bürgerkrieg gegeben habe, bejahend.¹⁸ Mit diesem Aufsatz korrespondiert indirekt die Untersuchung von Wladyslaw Honkisz zur Stärke der AK, der polnischen Landesarmee, in der an Hand verfügbarer Quellen nachgewiesen wird, daß bisher aus politischen Motiven und nicht quellengesichert mit einer überhöhten Anhängerschaft der AK operiert worden ist.¹⁹ Henryk Slabek stellt als Fazit seiner Untersuchung über die Haltung polnischer Intellektueller zur VRP im ersten Jahrzehnt der Existenz fest, daß es unter den führenden Intellektuellen anfangs keine Systemgegnerschaft gab. Ihr Ideal war: Meinungsfreiheit und »sozialistische Wirtschaft«.²⁰

Biographische Skizzen über den »ewigen Premier« Jozef Cyrankiewicz, mit zahlreichen bisher unbekanntem Tatsachen über seine politische Entwicklung und Haltung, über die Wandlungen Wladyslaw Gomulkas vom »Erneuerer« zum engstirnigen »Dogmatiker«, schärfen den Blick auf die Volksrepublik Polen.²¹ Punktuell dubios und verschwommen wirkt dagegen das Bild, das der sowjetische/russische Diplomat Alexander Oskin von Lech Walesa und dem KGB zeichnet.²²

Mit den neuesten tschechischen Forschungen zu Julius Fucik, die ergaben, daß er seine Genossen verraten hat und sich selbst die Rolle eines Helden zuschrieb, werden die Leser ebenso vertraut gemacht wie mit der politischen Biographie Izchak Rabins.²³

»...Eine staatliche Institution, die ihrem Wesen nach eigentlich außerhalb politischer Divergenzen stehen sollte, die vom Gesetz als »Verwaltung für Staatsschutz« bezeichnet wird, verwandelte sich faktisch in eine ... Polnische Politische Polizei ... Die Einmischung der UOP in die Wahlkampagnen ist ständig geübte Praxis«.
»dzis« Heft 8, 1996, S. 8f.

»Dies war ein – wenngleich begrenzter – Bürgerkrieg. Auf beiden Seiten kämpften annähernd 400.000 Leute ... Die Verluste der Zivilbevölkerung, sowohl der Anhänger als auch der Gegner der VRP, belaufen sich schätzungsweise auf 10.000 Menschen. Insgesamt lagen die Verluste bei 30.000«.

»Wer war Jozef Cyrankiewicz, ein Politiker, der aus der sozialdemokratischen Strömung der polnischen Arbeiterbewegung kam; was hat er wertvolles, eigenständiges, in den nicht uneingeschränkt souveränen Staat eingebracht ... War er Opportunist und Konformist...oder ein Realpolitiker, der die Situation seines Volkes und Staates ... verstand...«

Eleonora und Bronislaw Szydkow beantworten diese und zahlreiche weitere Fragen in: »dzis« Heft 6, 1995.

»Heute zweifelt in Tschechien niemand mehr daran, daß der Verfasser der »Reportage unterm Strang geschrieben« nicht die Wahrheit geschrieben hat ... Fucik schrieb einen Text, der seinen tiefen moralischen Fall kompensieren, seine Schwäche und seinen Verrat verdecken sollte...«
 „dzis« Heft 2, 1996.

Die Zeitschrift wird nach Angaben des Chefredakteurs M.F. Rakowski derzeit von 4.850 Abonnenten bezogen. Sie erhält – entgegen lügenhaften und als politische Provokation gedachten Verlautbarungen – von keiner staatlichen oder anderen Stelle eine finanzielle Zuwendung.
 »dzis«, Heft 6, 1996, S. 3f.

Neben Forschungsergebnissen und Informationen zu aktuellen Fragen, einem gut fundierten Leserbrief- und einem schmaleren Rezensionsteil veröffentlicht die Zeitschrift zeitgeschichtliche Quellen (z.B. zum Ausnahmezustand Anfang der achtziger Jahre oder zur Auflösung der PVAP). Nützlich ist, daß sie aus internationalen Zeitschriften und Zeitungen (z.B. »Iswestija«, »Woprosy istorii«, »Far Eastern Economic Review, »Die Zeit«) Beiträge übernimmt, die die Meinungsbildung ihrer Leser bereichern.

»Utopie kreativ« ist in Warschau leider so unbekannt, wie in Berlin »dzis« unbekannt ist. Nur ein Aufsatz befaßt sich mit dem demokratischen Sozialismus in Deutschland: Wolfgang Hübners Information über die PDS, »eine Ostpartei im Westen«.

- 1 UTOPIE kreativ, Heft 1, 1995, S. 61ff.
- 2 »dzis« Heft 1, 1996, S. 3f und Heft 3, 1996, S. 5ff.
- 3 »dzis« Heft 7, 1995, S. 13ff.
- 4 »dzis« Heft 1, 1996, S. 5ff.
- 5 »dzis« Heft 7, 1995, S. 5ff.
- 6 »dzis« Heft 2, 1995, S. 5ff.
- 7 »dzis« Heft 3, 1995, S. 85ff.
- 8 »dzis« Heft 1, 1995, S. 63ff, 72ff und 80ff.
- 9 »dzis« Heft 3, 1996, S. 1108ff und 115ff;
 Siehe auch die Presseübersicht zu den Präsidentschaftswahlen, in »dzis« Heft 1, 1996.
- 10 »dzis« Heft 4, 1996, S.47.
- 11 »dzis« u.a. Heft 2 und Heft 3, 1996 sowie Heft 6, S. 5ff.
- 12 »dzis« Heft 8, 1996, S. 6ff.
- 13 »dzis« Heft 4, 1995, S. 22ff und Heft 2, 1995, S. 90ff.
- 14 »dzis« Heft 8, 1995, S. 64ff.
- 15 »dzis« Heft 8, 1995, Interview mit Jerzy Bisiak.
- 16 »dzis« Heft 2, 1996, S. 89ff.
- 17 »dzis« Heft 10, 1995, S. 137f.
- 18 »dzis« Heft 6, 1995, S. 69ff.
- 19 »dzis« Heft 7, 1996, S. 22ff.
- 20 »dzis« Heft 3, 1995, S. 73ff.
- 21 »dzis« Heft 6, 1995, S. 75ff und Heft 12, 1995, S. 10ff.
- 22 »dzis« Heft 4, 1996.
- 23 »dzis« Heft 2, 1996, S. 119ff und Heft 1, 1996.

STEFAN BOLLINGER

Heißer Frieden.

Eine Literaturanalyse

Kaum haben wir den Kalten Krieg überlebt, da stecken wir in einem »Heißen Frieden«, wie die Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer konstatiert. Nicht nur sie hat Probleme, sich in der neuen Zeit mit ihren veränderten Frontstellungen zurechtzufinden. Die stabilisierende, wenn auch lebensgefährliche Blockkonfrontation wird durch eine Vielzahl neuer Konflikte abgelöst. Im vereinten Deutschland wollen Teile der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Elite die einmalige Chance des Jahres 1989/90 ausnutzen. Endlich kann aus ihrer Sicht Deutschland seiner weltpolitischen Verantwortung, vielleicht besser seiner traditionellen »Weltgeltung«, gerecht werden. Originalton Kinkel: »In einem radikal veränderten Europa, in einer sich rasch ändernden Welt, muß Deutschland – das verlangen unsere Interessen! – zukünftig auch in der Sicherheitspolitik zu einer Exportnation werden.«¹

Sozialdemokraten, aber mehr und mehr auch Bündnisgrüne, an der Spitze Joschka Fischer, finden in Zeiten der Unübersichtlichkeit den Weg zu einer »realistischen« Sicht auf die außenpolitische Lage und nähern sich den Regierungsparteien an, weil auch sie sich nicht vor der »friedenspolitischen Verantwortung« fortstehlen wollen. Das heißt, den alten Clausewitz wieder in sein Recht einzusetzen und mit Gewalt Politik zu betreiben.

Die Theologin und bündnisgrüne Politikerin Vollmer beklagt: »Kaum ist die große Blockkonfrontation entschärft, kommen die uralten, weit zurückliegenden Konflikte wieder zum Vorschein wie Endmoränen.«² An anderer Stelle schreibt sie, daß die Menschheit in einen »heißen Frieden« eingetreten sei, nach der »Epoche der Pax Atomica«.³ Ist es aber nur die Wiederkehr uralter Konflikte, weil einst Völker gegeneinanderstanden? Oder gibt es konkrete sozialökonomische Interessenlagen, die nur im verklärenden Gewand ethnischer oder religiöser Konflikte von zum Teil für die wahren Ursachen blinden Massen ausgetragen werden? Solchen Fragen verwehrt sich Vollmer, denn für sie läuft »die Diskussion über die Gewalt falsch ..., wenn sie vor allem nach den Wurzeln, den Schuldigen oder nach den angeblich fehlenden Normen und Werten fragt«.⁴ Unter diesen Vorzeichen wird Gewalt und Krieg eher eine recht mystische, religiös verbrämte Angelegenheit, der der Mensch recht hilflos gegenübersteht. Die Ursachen konservativ in der »Menschennatur« oder links in »den gesellschaftlichen Verhältnissen« festzumachen, das bleibt für sie Glaubenssache.⁵ Der Rezensent ist da weniger ungläubig, denn er meint, zumindest um

Stefan Bollinger – Jg. 1954, Dr. sc. phil., Politikwissenschaftler, Berlin; z.Z. tätig als Dozent in der Erwachsenenbildung. Wissenschaftliche Arbeitsschwerpunkte: Krisen- und Konflikttheorie, Transformationsprozesse, Utopieforschung, Parteien und neue soziale Bewegungen.

1 Auswärtiges Amt (Hrsg.): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949-1994. Herausgegeben aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amts, Köln 1995, S. 1008.

2 Antje Vollmer: Heißer Frieden. Über Gewalt, Macht und das Geheimnis der Zivilisation, Köln 1995, S. 66.

3 Ebenda, S. 141.

4 Ebenda, S. 9.

5 Ebenda, S. 76.

einige sozialökonomische Ursachen zu wissen. Sie wirken sicher oft erst in letzter Instanz und mit manchen Umwegen, aktuelle Konflikte sind schon oft lange von den ursprünglichen Interessenkonflikten abgehoben und verklärt. Aber Gewalt und Gegengewalt fallen nicht vom Himmel. Genau genommen ahnt wohl auch Vollmer, worum es heute wieder einmal in Deutschland selbst und mit seiner aktiven Mitwirkung auch jenseits der Grenzen geht, der »Konkurrenz um Eigentümer und Güter«, die nur bedingt durch das demokratische Grundprinzip der französischen Revolution begrenzt wird, das Ringen um Gleichheit. Vollmer macht jedoch beide gleichermaßen für die Krisen der Moderne verantwortlich.⁶

6 Ebenda, S. 80.

Beim Umschauen im konservativen Lager (mit Vordenkern wie Schöllgen, Schwarze, Stürmer) oder beim Analysieren der Taten (nicht die chemisch gereinigten und weichgespülten Worte) derzeitiger bundesdeutscher Außen- und Sicherheitspolitik ist eines offenkundig: Die Mächtigen haben keine Probleme, eine neue deutsche Interessenlage zu definieren. Da ist es schon bemerkenswert, wenn Heinz Brill, Wissenschaftlicher Direktor im Zentralen Forschungs- und Studienbereich des Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr und verantwortlich für die Ausbildung höherer Bundeswehroffiziere, Haushofers profaschistische Geopolitik für die neue Bundesrepublik reklamiert. Nun wird nicht wie einst offen das »Volk ohne Raum« gegen den Rest der Welt gestellt, aber die Parallelen sind wohl vorhanden. Methodisch wie inhaltlich ist von einer solchen recycelten Theorie, die den »Staat als Organismus«⁷ begreift, auch nichts anderes zu erwarten. Deutschland wandelt sich für Brill von seiner »Frontstaaten-Funktion« zu einer neuen »Mitte«, einer neuen »Zentrallage in Europa«, in der zwangsläufig Konflikte mit anderen nationalen Interessen vorprogrammiert sind. Denn für Deutschland und die Bestimmung seiner nationalen Interessen »scheint die Zukunft wieder offen«.⁸ Da stimmt er mit seinem Außenminister überein: »Mit der Rückgewinnung der staatlichen Einheit haben wir den Hauptgewinn aus dem Ende des Ost-West-Konflikts gezogen. Wir sind aufgrund unserer Mittellage, unserer Größe und unserer traditionellen Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa auch dazu prädestiniert, den Hauptvorteil aus der Rückkehr dieser Staaten nach Europa zu ziehen. ... Die Kehrseite: Wie kein anderes westliches Land sind wir den gewaltigen Problemen ausgesetzt, mit denen die jungen Reformstaaten ... zu ringen haben. ... Die Chancen überwiegen jedoch die Risiken.«⁹

7 Heinz Brill: Geopolitik heute. Deutschlands Chance? Berlin-Frankfurt/M. 1994, S. 22.

8 Ebenda, S. 158.

9 Auswärtiges Amt (Hrsg.): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 905.

Brill akzentuiert etwas anders, zielt aber auf das Gleiche. Er will keine Unsicherheiten aufkommen lassen, denn Deutschland steht wieder vor einer »Einkreisungs- und Isolationsfurcht«, ist eine »Weltwirtschaftsmacht, Industrieland mit hoher Abhängigkeit von den Weltmärkten«.¹⁰ Darauf muß sich die deutsche Sicherheitspolitik aktiv einstellen. Für die Gegenwart favorisiert Brill eine Mischung aus der Option »Europäische Union« mit aktiver deutscher Rolle und unverzichtbarer USA-Rückendeckung mit der Option »Partners in leadership«. Die Bundesrepublik wird hier als gleichberechtigt neben den USA und führend in Europa (mit gewissen Rücksichten auf Frankreich) angesehen.

10 Heinz Brill: Geopolitik heute, S. 160.

Während Brill Optionen einer »Verschweigerung« Deutschlands oder einer »Zivil- und Handelsmacht« Deutschland als mögliche künftige Entwicklungswege verwirft, liebäugelt er – unselbige Traditionen schimmern durch – mit der Option »Eurasien«. Allein die ungenügende psychologische, politische und ökonomische Vorbereitung Deutschlands hemmt diese weit über den Rahmen der EG hinausgehende Option. Mit ihr könnte Deutschland mit Brills Worten »als Drehscheibe und Brückenbauer nach Osten« agieren.¹¹ Brill läßt die Zukunft offen, aber an ihr wird schon heute gearbeitet, denn auch die Bundesregierung betont: »Unsere Interessen sind global geworden.«¹²

Da wundert es nicht, wenn Wolfgang Michal in seiner Analyse der heutigen Politik und bei ihrem Messen an der deutschen Geschichte Verhängnisvolles sieht. Er erinnert an die letzte Reichsgründung 1871 und die ihr nachfolgende Politik, die von »nationaler Nabelschau« bald zur Neudefinition der außenpolitischen Interessen für ein größeres Reich führte. »Denn der saturierte Nationalstaat hat in Deutschland keine Tradition, das Verlangen nach mehr ist die eigentliche deutsche Passion.«¹³ Bernhardis kriegstreiberische Schriften am Vorabend und Naumanns »Mittel-europa«-Konzept während des 1. Weltkrieges sind für Michal wesentliche Grundsteine der Renaissance heutiger eigenständiger deutscher Machtpolitik. Schäuble und Lamers mit ihren Ideen von einer »Kerneuropa«-Vorreiterrolle der Bundesrepublik in der EG sind nur die Fortsetzung dieser Positionen im neuen Gewand. »Nach 1871 war ... das erste Etappenziel deutscher Machtpolitik: die starke Kontinentalstellung als Basis für den späteren Weltmachtanspruch. Kein Nationalstaat wollte Deutschland sein, sondern ... ein Imperium ... Auch Kerneuropa folgt diesem Konzept.«¹⁴ Auch wenn Michal aus heutiger Sicht vielleicht (noch!) ein wenig zu überzeichnen scheint, die geheimen Vorgänger und die Konsequenzen neuer deutscher Begehrlichkeit sind unübersehbar. Sicher ist die Konstellation nur äußerlich mit der von 1914 vergleichbar, auch wenn nach dem einheitsbedingten deutsch-russischen Tête-à-Tête wieder neue Frostigkeit in die Beziehungen zur östlichen Großmacht eingekehrt ist und das Feindbild im Osten wieder stimmig ist. Auch wenn heute wieder der Balkan Konflikt herd ist und sich Deutschland dort engagiert, möglicherweise wieder mit Blick auf die Erbmasse des Osmanischen Reiches ...

Natürlich gibt es heute drei ähnlich starke Zentren der kapitalistischen Welt mit entsprechender Wirtschaftskraft; natürlich agieren heute Konzerne und Banken oft losgelöst von den nationalstaatlichen Interessen ihrer Regierungen (der Völker sowieso) weltweit; natürlich geht es heute weniger um Kolonien als um offene Absatzmärkte, billige Produktionsstandorte und verfügbare Ressourcen. Noch einmal Kinkel: »Als 80-Millionen-Volk, als wirtschaftsstärkstes Land in der Mitte Europas tragen wir, ob uns das paßt oder nicht, eine besondere, teilweise neue Verantwortung. Hierauf müssen wir unser außenpolitisches Handeln in ganzer Breite einstellen ... Solange wir im Innern nicht über den Berg sind, werden wir nach außen nicht mit voller Kraft handeln können ... Die Weichen so zu stellen, daß unser Land aus der jetzigen

11 Ebenda, S. 170.

12 Auswärtiges Amt (Hrsg.): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 1057.

13 Wolfgang Michal: Deutschland und der nächste Krieg, Berlin 1995, S. 10.

14 Ebenda, S. 44.

15 Auswärtiges Amt (Hrsg.): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 905.

16 Antje Vollmer: Heißer Frieden, S. 169.

17 Ebenda, S. 1327.

schwierigen Übergangsphase wirtschaftlich und kulturell mit neuer Kraft heraustritt – das steht im Zentrum einer Politik der Zukunftssicherung¹⁵.

Die Gegenwehr derjenigen, die einer solche Entwicklung nicht trauen und hinter der Fassade möglicherweise Gefahren wittern, fällt schwach aus. Vollmers Ringen um eine 3. Zivilisation, die die Gewalt endlich bändigt (nach der ersten mythisch-religiösen Bändigung nach Roms Untergang bis zu ihrem Scheitern in den Religionskriegen des 16./17. Jahrhunderts und der zweiten, heute gescheiterten Bändigung durch den modernen Staat), bleibt vage. Sie will mehr Moral und Verantwortung. Sie weiß, daß Staaten »intakte bürgerliche Kultur und eine zivilisationsfähige Schicht« haben müssen, »die sich für das Gemeinwesen zuständig fühlt¹⁶. Sie will eine kulturell-zivilisatorische Aufgabe gelöst wissen, kann aber eigentlich nicht sagen, wie.

Da ist für sie der Rückgriff auf eine nicht-aggressive, nicht-militärische Variante der Systemauseinandersetzung und also von Außen- und Sicherheitspolitik schon bedeutsam. Die Ostpolitik seit Ende der sechziger Jahre – die sie keineswegs als pazifistisch ansieht – war eine zivilisierter Versuch, einen Ausweg aus der Situation des Overkills zu finden. Beide Seiten mußten notwendigerweise »nicht nur rüsten, sondern auch reden¹⁷.

Da ist die von Hans-Adolf Jacobsen, Gregor Schöllgen und Hans-Peter Schwarz vorgelegte Dokumentenedition des Auswärtigen Amtes zu seinem auf die »Blut-und-Eisen«-Reichsgründung zurückgehenden 125. Jubiläum bemerkenswert. Bei aller scheinbaren Ausgewogenheit der dokumentarischen Darstellung bundesdeutscher Außenpolitik mit ihren Höhen und Tiefen, ihrer Westintegration und Wiederbewaffnung, ihrer neuen Ostpolitik und dem Ringen um die NATO-Nachrüstung, mit ihrer aktiven Suche nach Wegen zur deutschen Einheit besonders ab 1989 fallen bestimmte Akzentsetzungen auf. Bei der Ostpolitik (natürlich würden die Herausgeber auf die ministerielle Zuständigkeit des innerdeutschen Ministeriums oder des Bundeskanzleramtes verweisen) werden die deutsch-deutschen Beziehungen fast völlig ausgeklammert. Dafür sind aber 154 der 358 ausgewählten Dokumente dem Zeitraum 1989-94 gewidmet, in dem es um die Bestimmung des neuen Gewichts Deutschlands in der Welt geht.

Aber zurück zu den Alternativen zu dieser Politik. Mehr Phantasie als die Theologin hat ein Praktiker. Der einstige Chef Brills im Amt für Übungen und Studien der Bundeswehr, Flottillenadmiral Elmar Schmähling, wegen zu starker Kritik an der BRD-Sicherheitspolitik seit 1990 Frühpensionär, kennt sein Handwerk. Er weiß zudem, wo Alternativen auf dem Weg zur vollständigen Abrüstung ansetzen könnten. Schmählings zentrale These ist die Erkenntnis der sicherheitspolitischen Diskussion und der Friedensbewegung der achtziger Jahre, die auch nach dem Ende des Systemkonflikts vollauf ihre Gültigkeit hat. Der alte Clausewitz hat heute keinen Sinn mehr. »Unter den Bedingungen moderner, komplexer und dadurch besonders verwundbarer Gesellschaftsstrukturen und angesichts der Wirkung moderner Waffen ist weder die politisch und moralisch gebotene Verhältnismäßigkeit zwischen Zielsetzung und

Kriegsschäden, noch der völkerrechtlich garantierte Schutz von zivilen Opfern gewährleistet. Mit jedem Krieg wird die Saat für neue Gewaltanwendung gelegt.«¹⁸

In der heutigen Welt hat für Schmähling die Bundeswehr weder Feind noch Auftrag noch Legitimation. Aber er sieht den nachhaltigen Versuch, die deutsche Außenpolitik zu militarisieren und so an die Traditionen der Wehrmacht anzuknüpfen, deren alter Geist auch hinter der »Inneren Führung« in dieser neuen Situation hervorkommt. Schmähling weist nach, wie die veränderte politische und militärische Aufgabenstellung für die Bundeswehr zu einer neuen kostspieligen Aufrüstung, zu einer Aufwertung des Militärs, zu politischer Einmischung der Generalität und zum schleichenden Übergang zu einer demokratisch nicht mehr kontrollierten Berufsarmee führt.

Nun sei dahingestellt, wie demokratisch und verteidigungsorientiert die Bundeswehr zu Zeiten der Systemkonfrontation war, aber seiner Einschätzung über die Bereitschaft, die neue Weltlage militärisch im Interesse des Westens, des reichen Nordens gegen die Schwächeren zu »ordnen«, ist zuzustimmen. Ebenso seiner immer wieder gegen die für ihn verfassungswidrige Bundeswehreinsatzforderung in vorgeblich friedenschaffende Maßnahmen vorgebrachten Argumentation vom Beschränken auf reine Selbstverteidigung. Genau dagegen hat die derzeitige Bundesregierung seit Jahren erfolgreich gearbeitet und mit dem BVG-Urteil vom 12. Juli 1994 die Handhabe, denn »die Karlsruher Verfassungsrichter (gaben) der deutschen Außenpolitik ein letztes wichtiges Stück Handlungsfreiheit und Normalität zurück«.¹⁹ Allerdings hatte schon zuvor – noch mit »nur« finanzieller, noch nicht militärischer Beteiligung der Bundesrepublik – der Golfkrieg als erster Krieg der postsozialistischen Weltordnung stattgefunden. Er hatte bereits exemplarisch alle Merkmale und Schwachpunkte der neuen Ordnung: Er war ebenso »siegreich« wie erfolglos, er war ein Krieg des Nordens gegen den Süden um die heiligsten Güter des Westens, seine wirtschaftlichen und politischen Einflußzonen, Märkte und Energieressourcen. Und es war ein Krieg, der keinen einzigen Widerspruch zu lösen, keinen einzigen Konflikt zu entschärfen vermochte.

Für Schmähling muß die neue deutsche Rolle in der Welt deshalb nicht mit militärischen Attributen ausgestattet sein, die in seinem Verständnis sowieso zwecklos, weil Konflikte nicht lösend, sind. Schonungslos entlarvt er – vor dem Hintergrund des erstmaligen deutschen Kampfeinsatzes in Bosnien noch brennender – die scheinheiligen Argumentationen für den Militäreinsatz. Denn »wieder einmal (soll) im Namen eines hehren, abstrakten Zieles, nämlich »Frieden«, wie früher im Namen der Gerechtigkeit oder im Namen eines Gottes, militärische Gewalt erlaubt werden.«²⁰

Militärisch begründet und in Übereinstimmung mit der tatsächlichen Sicherheitslage und nicht mit einem weltmachtambitionierten Streben nach »Stabilitätstransfer nach Osten« und der Sicherung der deutschen Interessen weltweit entwickelt Schmähling seine Alternativen: die weitere Reduzierung der Bundeswehr; das Festhalten am alleinigen Auftrag der Selbstverteidigung des Landes; die

18 Elmar Schmähling:
Kein Feind, kein Ehr. Wozu brauchen wir noch die Bundeswehr? Köln 1994, S. 32.

19 Auswärtiges Amt
(Hrsg.): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 1081.

20 Elmar Schmähling:
Kein Feind, kein Ehr, S. 52.

- Ablehnung einer zentralen und integrierten Führung und Struktur der Streitkräfte in der EU; der Abbau aller klassischen offensiven Großwaffensysteme (Panzer, mechanisierte Führungs- und Unterstützungskomponenten, Angriffsflugzeuge, U-Boote); Aufgabe von allgemeiner Wehrpflicht und Berufssoldatentum zugunsten eines Freiwilligentruppe mit 4 - 12jähriger Dienstzeit.²¹ Kollektive Sicherheitssysteme und ein kollektives solidarischeres Reagieren auf Völker- und Menschenrechtsverletzungen sollen den Weg in eine friedlichere Zukunft ebnen. Nur humanitäre Aufgaben und nicht die Durchsetzung politischer Ziele sollen diesen Maßnahmen zugrundeliegen. Und noch eines ist Schmäling wichtig: »Alle Staaten, die Interessen in einem betroffenen Staat haben, in dem Hilfe geleistet werden muß, (dürfen) an solchen Aktionen nicht teilnehmen.«²²
- 21 Ebenda, S. 110.
- 22 Ebenda, S. 175.
- Schmäling will mit seinen Forderungen und konkreten Vorschlägen dazu beitragen, den »verinnerlichten Militarismus« zu beseitigen. Vor allem aber: »Die Ursachen für Konflikte zwischen Menschen sind viel zu komplex und viel zu kompliziert, als daß sie Generalen überlassen und mit brutaler militärischer Gewalt ›gelöst‹ werden könnten ... Das Militär hat ausgedient. Die Welt braucht dringend neue ›zivile‹ Konzepte zur Verhinderung und friedlichen Beendigung gewaltförmiger Konflikte.«²³ Die Völker sollten wohl endlich ihre Geschicke in die eigene Hand nehmen.
- 23 Ebenda, S. 178.

Antje Vollmer: Heißer Frieden. Über Gewalt, Macht und das Geheimnis der Zivilisation, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1995, 208 S. (34,00 DM)

Heinz Brill: Geopolitik heute. Deutschlands Chance? Verlag Ullstein Berlin-Frankfurt/M. 1994, (39,80 DM)

Auswärtiges Amt (Hrsg.): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949-1994. Herausgegeben aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes, Verlag Wissenschaft und Politik Claus-Peter von Nottbeck Köln 1995, 1160 S. und 5 Beilagen (49,80 DM)

Wolfgang Michal: Deutschland und der nächste Krieg, Rowohlt Verlag Berlin 1995, 144 S. (29,80 DM)

Elmar Schmäling: Kein Feind, kein Ehr. Wozu brauchen wir noch die Bundeswehr? Verlag Kiepenheuer & Witsch Köln 1994, 196 S. (29,80 DM)

RONALD SASSNING

Vom Nazikerker in Stalins Archivverlies. Was Thälmann den »Freunden« mitzuteilen versuchte

Diese in Umfang und Aufmachung eher etwas weniger gewichtig anmutende Ausgabe löst sicherlich beim Lesen mannigfaltige Empfindungen aus. Auf jeden Fall ist sie – was Umstände und Inhalt betrifft – von einiger Brisanz. Auch, weil der Begriff Thälmann wieder zu einem Reizwort geworden ist. Denn vielerlei erhitzt die Gemüter: pseudowissenschaftliche »Anti-Legenden-Bücher«, fraktionelles Namensänderungsgeschrei oder nostalgische Mythosbewahrung. Für den Rezensenten ist es die Neugierde auf einen authentischen Thälmann und auf das, was dieser nach der Hälfte seiner Gefängniszeit fühlte und dachte, zumal seine tragische, mißbrauchte Häftlingsrolle betroffen macht.

Warum ist diese Edition von besonderem Interesse, warum kommt sie zur rechten Zeit? An sich sind ähnliche Briefe und Notizen durch frühere Publikationen ja nicht unbekannt. Aber um den tatsächlichen historischen Platz des ehemaligen KPD-Führers angemessen neu zu fixieren, ist diese Dokumentensammlung für seriöse Forschung und Publizistik doch aufschlußreich. Für den Leser stellt sie aus erster Hand einen Fundus für eine eigene Meinungsbildung dar.

Denn es werden erstmals zusammenhängend im Komplex 24 Schriftstücke herausgegeben, nachdem in dieser Zeitschrift bereits ein Vorabdruck von fünf von ihnen erfolgt ist (Heft 67 und 68). Für ihre Authentizität spricht, daß sie nahezu unbearbeitet und unkommentiert geblieben sind – im Unterschied zu streng ausgewählten, meist fragmentarisch gestutzten und teils frisierten Materialien in zurückliegenden Veröffentlichungen aus DDR-Zeiten.

Der Leser muß sich hineinversetzen in längere, faktenreiche Argumentationen. Diese wirken akribisch, manchmal nahezu pedantisch, belehrend. Es sind ausgewogene wie ungeschliffene Formulierungen bis hin zu unleserlichen Worten, wobei sogar zuweilen der Satzbau unvollständig bleibt, in Eile Ergänzungen zur Verbesserung eingefügt wurden. Dies hängt nicht schlechthin mit der bekannten Thälmannschen Diktion zusammen, sondern zeugt auch von einer extremen Befindlichkeit des Verfassers. Man spürt einen aktivierten Menschen mit seinem ganzen Für und Wider, der unter einem wachsenden Druck steht. Hin- und hergerissen greift er zum Schreibzeug, sogar nachts bei schlechter Beleuchtung, wie er selber anmerkt. Es spiegelt sich ein gründliches Studium zahlreicher Zeitschriften und Tageszeitungen wider nebst mündlichen Informationen, wobei die insgesamt eingeschränkten Möglichkeiten zu beachten sind.

Ronald Saßning – Jg. 1934, Dr. sc. phil., Berlin; Studium der Geschichte, Pädagogik und Gesellschaftswissenschaften in Jena und Berlin; Lehrtätigkeit zur Geschichte der Weimarer Republik und der NS-Zeit; Publikationen u.a. von Biographien antifaschistischer Widerstandskämpfer, ab 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Rehabilitierung von Opfern des Stalinismus in den 30er und 40er Jahren, Veröffentlichungen dazu.

Ernst Thälmann: An Stalin. Briefe aus dem Zuchthaus 1939 bis 1941. Hrsg. von Wolfram Adolphi und Jörn Schütrumpf, Dietz Verlag Berlin 1996, 160 S., 24,80 DM.

»Die CDU-Fraktion will den Ernst-Thälmann-Park in Kulturpark umbenennen. Doch der Antrag, den sie auf der BVV am kommenden Mittwoch einreichen will, hat nur wenig Aussicht auf Erfolg: Alle anderen Parteien wollen den jetzigen Namen behalten.

»Der Name Ernst Thälmann ist zu eingeeignet angesichts der kulturellen Einrichtungen in diesem Gebiet: zum Beispiel der Wabe, dem Planetarium, dem Theater unterm Dach«, sagt Dieter Stenger, Vorsitzender der CDU-Fraktion. Der Name »Kulturpark« werde dem Anliegen besser gerecht und sei mehr im Interesse des Bezirks.

Gegen Thälmann selbst habe die CDU nichts. »Es geht auch nicht darum, das Monument abzutragen, auch wenn es ein reines Freudenobjekt von Erich Honecker ist«, so Stenger. Zwar habe er noch keine Rückmeldung der anderen Fraktionen, doch gehe er jede Wette ein, daß es nicht klappen wird, einen Konsens zu finden. Damit könnte Stenger Recht haben: SPD, PDS und Bündnis Prenzlauer Berg halten von der Umbenennung nichts.

»Ich persönlich sehe keine Notwendigkeit, Mythen, die sich zeitlich erledigen, mit Hauruck-Aktionen zu beseitigen«, sagt Johannes Lehmann, Fraktionsvorsitzender der SPD. Über die Umbenennung solle außerdem nicht die BVV allein entscheiden, sondern die gesamte Bezirksbevölkerung befragt werden. Für den PDS-Fraktionsvorsitzenden Max van der Meer ist der Antrag »ziemlich hirnverbrannt«. Es handele sich um einen einsamen Versuch, der völlig unvermittelt komme, denn es interessiere kaum jemanden, wie

Bedeutsam sind der Zeitraum und der ins Auge gefaßte Empfängerkreis der im Archiv des Politbüros des ZK der KPdSU gesammelten Aufzeichnungen. Zeitlich fallen sie in die brisante Vorkriegszeit und die Anfangsperiode des Zweiten Weltkrieges. Sie sind datiert von wahrscheinlich Ende Februar 1939 bis zum 16. April 1941. Das ist ein Zeitabschnitt, der von seiner weltpolitischen Bedeutung nicht selten zu gering geschätzt wird – fallen doch hier die Vorentscheidungen für die Dimension und letztlich sogar für den Ausgang des größten Weltbrandes. Nur so ist zu verstehen, was auch Thälmann außerordentlich bewegte, welchen Zweck er mit seinen Aufzeichnungen verfolgte. Und: Wie sie überhaupt nach Moskau gelangten und welche bezeichnende Reaktion es darauf gab.

Die Materialien konnten von Frau und Tochter aus der Hannoveraner Zelle herausgeschmuggelt werden, in diesem Fall begünstigt durch eine Lockerung der Besucherkontrolle seit dem Sommer 1938. Die Erleichterungen hängen wohl mehr mit dem angegriffenen Gesundheitszustand Thälmanns zusammen, sind sicherlich auch propagandistischen Zweckabsichten der Nazis geschuldet, was damals ja sogar zur zeitweiligen Freilassung bekannter Kommunisten führte. Denn daß die Gestapo einen Kontakt Thälmanns »nach draußen« bis nach Moskau wünschte (Vorwort, S. 9), bleibt spekulativ unbewiesen.

Bezeichnend ist dagegen die Odyssee der Briefe, worauf in dem ansonsten knappen Vorwort kurz eingegangen wird. Stalin verbannte sie – trotz Echtheitsprüfung durch Dimitroff – in den archivalischen Verschuß des Politbüros. Eine verbitterte Rosa Thälmann hatte – wegen der abgerissenen Verbindung in Paris und in Sorge um das Schicksal ihres Mannes – seit dem 8. November 1939 elfmal direkt die sowjetische Botschaft in Berlin aufgesucht und auf die Weitergabe der Materialien gedrängt.

Denn Thälmann hatte zu dieser »ungewöhnlichen Methode« gegriffen, »um seinem Herzen Luft zu machen« (S. 12). Zwar sind nicht alle Schriftstücke direkt an Stalin gerichtet, einige über Mittelspersonen. Sie sind sicherlich auch zur Weiterinformation an die Komintern und KPD bestimmt. Es sind nicht Briefe im eigentlichen Sinne des Wortes, so daß der Buchtitel insgesamt nicht ganz exakt erscheint.

Dem Wesen nach handelt es sich um politische Statements, in der Mehrzahl um Grundsatzmemoranden. Persönliches tritt zurück. Man spürt den führenden kommunistischen Funktionär, als den sich Thälmann zu diesem Zeitpunkt erst recht versteht, aber auch den vereinsamten, widersprüchlichen Zelleninsassen nach zermürbender sechsjähriger Haft, oft genug enttäuscht. Dennoch kann und will er sich nicht der Dynamik der sich überstürzenden geschichtlichen Ereignisse entziehen. Er ringt um politische Selbstverständigung. Thälmann möchte mit seinen begrenzten Möglichkeiten und auf seine Weise in das politische Geschehen eingreifen, Rat gebend und Bestätigung suchend. Deshalb will er den abgebrochenen Dialog bis zur höchsten Autorität in Moskau fortsetzen, so wie zur Zeit des VII. Weltkongresses der Komintern 1935, als man noch seine Meinung einholte.

Im Mittelpunkt stehen Thälmanns Reflexionen zur Entwicklung der weltpolitischen Lage. Er äußert sich ausführlich insbesondere zu den verschiedenen eskalierenden Krisen- und Kriegsherden in Europa, Afrika und im Fernen Osten. Die Neuorientierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen beschäftigt ihn außerordentlich. Wie ein roter Faden zieht sich das Problem des Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrages durch die Aufzeichnungen hindurch. In diesen Zusammenhang ordnen sich auch seine Erwartungen auf baldige Freilassung wie auf eine offiziell gesicherte finanzielle Unterstützung seiner Familie durch Moskau ein. Eingestreuete Wirtschaftsbetrachtungen zeugen davon, was alles für informationswürdig gehalten wurde.

Sicherlich erfährt man nicht alle Gedanken Thälmanns, und begreiflicher Weise schon gar nicht seine geheimsten. Die mehr offizielle Lesart deutet auf den Zweck einer späteren Veröffentlichung hin, so seine enthusiastische Glückwunschadresse an den XVIII. Parteitag der KPdSU, datiert vom 1. März 1939. Es hat aus manchen Zwängen heraus auch etwas mit Selbstdarstellungen zu tun bis hin zur Alibifunktion. Aber da in der DDR-Thälmannbiographie diese Haftperiode nicht nur zu knapp und allgemein, sondern problemlos-heroisierend gehalten ist und heutzutage wieder auf andere Weise verzerrt wird, konkretisiert zumindest ein »offizieller« Thälmann das Wissen über die Sichten eines exponierten Kommunisten. Man erfährt weitaus mehr als bisher, da beispielsweise das vom 7. November 1940 datierte Memorandum zum sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrag lediglich in Auszügen in der Biographie wie im Jubiläumsband »Ernst Thälmann« aus dem Jahre 1986 wiedergegeben wurde.

Die 24 Schriftstücke machen vielerlei deutlich. Sie reichen von einer Vielzahl höchst zutreffender politischer Analysen über dubiose nachvollzogene Kehrtwendungen bis hin zu devoten Lobhudeleien über seinen »Freund« Stalin und der bekannten rituellen Vorbildbegeisterung für die Sowjetunion und ihre führende Partei. Die menschlichen Hoffnungen eines Schutzhäftlings ohne absehbares Strafmaß berühren. Seine politischen Visionen, beispielsweise von der Unbezwingbarkeit des heranwachsenden kommunistischen Chinas als eines »neuen Weltereignisses des 20. Jahrhunderts für den triumphalen Sieg des Kommunismus im Fernen Osten« (S. 19), muten fast hellseherisch an. Man sollte beides auch als einen Kraftquell zum Durchhalten verstehen.

Aber das wiederholte Dilemma nicht nur deutscher Kommunisten macht auch vor Ernst Thälmann nicht halt.. Es offenbart sich in seinen Wendungen hinsichtlich des Appeasements zwischen Berlin und Moskau seit dem 23. August 1939. Selbst ein Thälmann muß eingestehen, daß er überrascht und verwirrt ist wie so viele. Einige Feststellungen zu den Motiven und Problemen sowjetischer Sicherheitsinteressen sind sicherlich akzeptabel. Zur Rechtfertigung der Verträge um jeden Preis beruft er sich auf Lenin, daß man sich notfalls sogar mit dem Teufel verbünden müsse, wenn es der eigenen Sache diene. Ängstlich beflissen ist er bemüht, seine eigene politische Zuverlässigkeit nachzuweisen, falls der Eindruck aufgrund der ersten Briefe entstanden sei, als ob er etwa nicht mit

der Park heiße. Der Vorsitzende der Bündnisfraktion, Andreas Otto, hält den Antrag für »lächerlich«. Für den Namen »Kulturpark« gebe es seiner Meinung nach keine Basis. »Interessanter wäre es, über das Denkmal zu diskutieren«, so Otto. Doch das erübrige sich, da es weder für seine Umgestaltung noch für die Beseitigung auf abseh-bare Zeit Geld gäbe.«

Berliner Zeitung vom 19./20. Oktober 1996.

der neuen Verständigung einverstanden wäre. Auch zu seiner Frau, über die der Kurier »Edwin« zuvor einmal berichtet hatte, daß sie »schwierig« sei, könne man volles Vertrauen haben.

Thälmann beteuert, daß er schon seit vielen Jahren »im Kerker diese jetzt eingetretene Entwicklung und ihre plötzliche Wendung in dem Verhältnis zwischen der Sowjet-Union und Deutschland ernsthaft und überzeugt vertreten, gewünscht und erhofft« hat (S. 24). Noch im Frühjahr 1940 versteigt er sich sogar dazu, Hitler und Ribbentrop zu aufrichtigen Verfechtern der weiteren »Festigung der Freundschaft« zu erklären.

Skrupellos begrüßt Thälmann die Zerschlagung des Versailler Systems und Nachfolgevertragswerkes »durch die Verständigung zweier Großmächte«, die Entscheidung in der »Polenfrage« bis hin zur gesamten Neuordnung Osteuropas. Er nimmt dafür manche Kehrseite in Kauf, zum Beispiel, daß wegen der allgemeinen westlichen Verstimmung »vorübergehend auch revolutionäre Teile in der Welt darunter leiden können« (S. 25), wobei er ein Verbot kommunistischer Parteien nicht ausschließt.

Doch aus den Notizen kristallisiert sich auch ein anderer, nachdenklicher Thälmann heraus mit einem Gespür für politatmosphärische Störungen. Zunehmend seit dem Sommer 1940 argumentiert er zweigleisig. Er überlegt hin und her, registriert alle Symptome, was die Festigkeit wie Brüchigkeit der deutsch-sowjetischen Beziehungen betrifft. Ihm entgeht nicht eine gewisse »Abkühlung«. Seine aufkommenden Zweifel leiten sich aus seiner gewandelten Deklaration vom »Freund« Hitler ab. Er entdeckt, daß dieser »die glänzende Entwicklung in der Sowjet-Union und ihre außenpolitischen Erfolge und Vorteile, die sie während des Krieges geschehens errang, mit einer gewissen Abgunst und einem politischen Neid betrachtet« (S. 104). Es erfüllt Thälmann mit größter Sorge, daß Hitlerdeutschland nach dem Waffentriumph über Frankreich »die stärkste kapitalistische Macht und der Sieger auf dem europäischen Festlande ist«. Die Tragik der Geschichte bestehe darin, »daß durch die militärische Macht Deutschlands auf dem Kontinent die Entwicklung zum Faschismus sich zwangsläufig ausdehnt« (S. 83).

Offensichtlich machte sich auch der Militärpolitiker Thälmann Gedanken über das »Geheimnis« der deutschen »Blitzsieg«. Wie es scheint, waren ihm Gründe für die Überlegenheit der deutschen Wehrmacht bewußt geworden. Die Notizen enthalten Neues über einige bemerkenswerte Schlußfolgerungen. In seinem zehnten Brief vom Juni/Juli 1940 mahnt der »Ehrensoldat der Roten Armee«, die technischen und militärstrategischen Lehren dieses »weltumwälzenden Krieges« zu ziehen und die sowjetischen Streitkräfte unverzüglich und umfassend mit allem »Neuen vom Neuesten« umzurüsten, »denn die geschichtliche Stunde fordert diese technisch-politische Umwälzung auf allen militärischen Gebieten« (S. 88). Am Rande sei erwähnt, daß Stalin erst ein knappes halbes Jahr später auf einer Kommandeurstagung die Bedeutung des Motors im künftigen Krieg hervorhob und Maßnahmen zur Modernisierung der Roten Armee ableitete.

Gewissermaßen für die »innere Front« in Deutschland gedacht,

plädiert Thälmann wieder für die »Taktik des Trojanischen Pferdes«. Ende 1940 schlägt er vor, die »allein kämpferische Note wieder zur Geltung zu bringen«, und, wenn es sein muß, mittels Flüsterpropaganda »unter der Flagge des Hakenkreuzes mitzumarschieren, wenn es dadurch gelingt, die Anhängerschaft für die Rote Fahne zu verstärken«. Er hält eine neue oppositionelle Wendung hinsichtlich der politischen Tätigkeit für geboten (S. 122 f). Ebenso eine stärkere Auseinandersetzung mit der Naziideologie. Auch wird klar, daß für Thälmann trotz des Ziels der Vertiefung der »bestehenden engen Freundschaft der Sowjet-Union zu Deutschland« der »Gegensatz zwischen der kommunistischen und nationalsozialistischen Weltanschauung in seiner allerschärfsten Form nach wie vor bestehen« bleibt (S. 109).

Schließlich erweist sich Thälmann als ein gut unterrichteter, hellhöriger Zellenbewohner, indem er in einem seiner letzten Briefe vom 16. April 1941 über Gerüchte informiert, daß in Ostpreußen überaus starke deutsche Truppenansammlungen aufmarschiert seien, um »gegebenenfalls in die Sowjet-Union einzumarschieren« und Stalin durch Molotow zu ersetzen (S. 154 f). Er kommentiert dies zwar als sowjetfeindliche Giftmischerei, zeigt sich jedoch im gleichen Schriftzug über den Abschluß des sowjetisch-japanischen Neutralitätsvertrages umso erleichterter.

Die Aufzeichnungen machen weitere Nuancen im Denken Thälmanns deutlich, so seine Wertschätzung für Roosevelt, die die sowjetische Führung ihrerseits ebenfalls zum Ausdruck bringen sollte. Aus der Analyse der sich verschärfenden Gegensätze im Fernen Osten sieht er voraus, daß der Kriegseintritt der USA lediglich eine Frage der Zeit ist. Bereits in seinem ersten Brief vom Winter 1939 hat er die Schaffung einer breiten antifaschistischen Staatenkoalition unter Führung des amerikanischen Präsidenten als Gegengewicht gegen die »Front der Achsenmächte« vorgeschlagen. Überhaupt bewegte es ihn, wie sich das internationale Kräfteverhältnis grundlegend auf Kosten Frankreichs und Großbritanniens immer mehr zugunsten der faschistischen Mächte beziehungsweise des »Erben« USA verschob. Auch konstatierte er, daß Großbritannien nicht kapitulieren, sondern notfalls den Widerstand von Übersee aus fortsetzen würde.

Neue kritische Töne schlägt der Briefautor in der Fragestellung einer Mitschuld für den Aufstieg der NSDAP an, ebenfalls gerichtet an die Adresse der sowjetischen »Freunde«. Aber letzten Endes stempelt er Heinz Neumann und die Sozialdemokraten zu den eigentlichen Hauptschuldigen ab. Seinen Unmut über die Blockierung seiner Briefe und die »Knickrigkeit« bei der finanziellen Unterstützung seiner Familie aus Moskau bringt er unverhohlen zum Ausdruck.

Thälmanns neue Gefängnisbriefe spiegeln auch die ganze Tragik seines Häftlingsloses wider, was früher so nie an die Öffentlichkeit gelangt und auch heute noch nicht in vollem Umfang dargelegt ist. Er lehnt alle Naziverlockungen ab, durch eine Loyalitätserklärung an Himmler eine eventuelle Freilassung zu erkaufen. Auch die Hähme, daß er längst von seinen Freunden vergessen sei, macht ihn nicht wankend. Zumindest eine Zeit lang ist er fest davon

überzeugt, daß als ein Ergebnis der Moskauer Verhandlungen seine Entlassung längst beschlossene Sache sei. Insofern wollte er in seine »neue Heimat« Sowjetunion emigrieren (S. 53). Doch die wiederholte Bezugnahme auf das Problem seiner Befreiung, auf seine Verdienste im Kerker, haben einen mehr und mehr beschwörenden Charakter, als sollten nach der Enttäuschung der dreißiger Jahre abermals stille Zweifel verdrängt und Belohnung angemahnt werden.

Insofern müssen die Bemerkungen im Vorwort präzisiert werden. Denn daß es Stalin angeblich nur ein »Wimperzucken« gekostet hätte, um Thälmann freizubekommen, trifft so nicht ganz zu, gerade nicht im Zeitraum des sogenannten »Hitler-Stalin-Paktes«. Für beide Seiten war es nämlich am risikolosesten, mit dem unbequemen »heißen Eisen« Thälmann die komplizierten Beziehungen erst gar nicht zu testen, geschweige denn zu belasten, da es zudem Wichtigeres gab. Weder Hitler noch Stalin konnten einen zweiten Dimitroff-Helden gebrauchen. So wurde Thälmann offiziell und stillschweigend als eine Art »Nobody« gehandhabt, von Moskau längst abgeschrieben, jeweils nach Bedarf zweckentsprechend instrumentalisiert. Das erklärt, warum Stalin die Briefe nicht beachtete: weil er sich nicht gerne an Kronzeugen eigener verfehlter wie gewendeter Politik erinnern wollte.

Insgesamt erbringt diese Quellenedition bei allem Wenn und Aber dem Rezensenten einen zweifachen Gewinn: Sie vermittelt ein gewisses Zeitkolorit von einer der verhängnisvollsten Geschichtsperioden aus der Sicht eines exponierten kommunistischen Zeitzeugen selbst unter komplizierten Umständen. Letzteres wiederum ermöglicht, daß man die Thälmannschen Persönlichkeits- und Politikonturen in einer wichtigen Haftperiode konkreter als bisher erfassen kann, vor allem das umstrittene geistig-politische Vermögen. Es wird im Prinzip deutlich, daß zwar nach wie vor in der ganzen Diktion der unverwechselbare Typus des kantigen bolschewistischen Funktionärs dominiert. Thälmann bleibt der ergebene Gefolgsmann Stalins, in dem er den Retter aus dem Jahre 1928 und nunmehr sieht. Aber fragen sollte man sich, ob er denn überhaupt eine Alternative gehabt hat.

Dessen ungeachtet sind jedoch auch ansatzweise und partiell einige neue Facetten sichtbar. Ein mit sich ringender Thälmann rafft sich zu seinem Politbeitrag auf mit einer Reihe zutreffender Analysen und neuen Schlußfolgerungen. Das eine oder andere ist so von Pieck und Ulbricht in Moskau nicht überliefert. Seit der August- und Septemberwende 1939 ist ein Zwiespalt vorprogrammiert. Es tritt in seinen Schriftzeugnissen zunächst der Hitlergegner etwas in den Hintergrund, jedoch nicht in der unbeugsamen Grundhaltung. Es prägt sich verständlicherweise das Profil des besorgten antifaschistischen Kriegsgegners aus und dann schließlich, doppelgleisig verpackt, mehr und mehr das des warnenden Hitlergegners. Beides ist dem Wesen nach nicht voneinander zu trennen, tritt jedoch nach außen nuanciert in Erscheinung.

Es ist beileibe kein ganz neuer Thälmann, aber auch kein ganz alter mehr. Als antifaschistischer Märtyrer, wozu er mißbraucht und stilisiert wurde, sieht er sich eigentlich selber nicht. Manches

muß er ertragen, wie viele seiner ebenfalls inhaftierten Genossen. Einiges nicht. Dadurch waren nicht zuletzt solche Aufzeichnungen möglich.

Sicherlich kann man die Meinungsbildung über diese Thälmann-Dokumente auf ein Gefühlspendel reduzieren, wie es bereits von einem anderen Rezensenten beschrieben worden ist. Es wird in der Tat ein Bild sichtbar, das respektvoll wie peinlich berührt. Man könnte zornig oder traurig den Kopf schütteln, erschüttert wie bestärkt sein. Es bestätigt Klischees, alte und neue.

Aus verschiedenen Gründen ist es sehr bedauerlich, daß keine wissenschaftliche Einleitung zustande gekommen ist, die hilfreich wäre. Auch, um nicht lediglich mit einem Satz »abgehalfterte SED-Lohnschreiber« abzutun. Natürlich war Thälmann alles andere als ein superprivilegiertes, genußgieriges Häftlingspromi der Nazis, wie dies durch besagten Autor kolportiert wird. Könnten solche Unterlassungen gewissen Umständen geschuldet sein, so ist die Überbetonung, warum dieses Buch kein wissenschaftliches sein kann und will, von der Sachstruktur sowieso überflüssig. Wenn es gewissermaßen lediglich als Ost-Nachlese zum Thälmannbild gedacht ist, übersieht man den Nachholebedarf und ein Interesse, das durchaus auch anderswo existiert.

Denn das kleine Bändchen sollte Aufmerksamkeit verdienen – ob man Thälmann mag oder nicht – trotz übergroßer »Bescheidenheit« der Herausgeber. Und was man kritisieren oder anerkennen möchte – vielleicht beides –: das bleibt jedem Leser schließlich selbst überlassen.

HELMUT STEINER

Heinz Jung (1935-1996) – ein marxistischer und »gesamtdeutscher« Wissenschaftler aus der Nachkriegs-Generation

Daß er seit vielen Jahren herzkrank war und sich deshalb zwei schweren Operationen unterziehen mußte, wußte ich. Dennoch war es eine unerwartete und schockierende Nachricht, vom Tode Heinz Jungs zu erfahren. Seine Veröffentlichungen zeugten bis zuletzt von eingreifendem Engagement, seine Briefe verrieten ungeminderten Tatendrang, und seine Stimme war noch genauso auffordernd und drängend wie ehemals. Insofern entsprach sein Tod »unterwegs« einem ausgefüllten Leben bis zum letzten Atemzug.

Mit Heinz Jung ist ein marxistischer Wissenschaftler eigenen Profils verstorben. Ein Mensch eigenen Profils ist eigentlich eine Platitude, es ist selbstverständlich jeder Persönlichkeit eigen, und einen Wissenschaftler sollte es in jedem Fall auszeichnen. Und doch charakterisiert bei Heinz Jung die Verbindung von marxistischem und deutsch-deutschem Wissenschaftler für einen Vertreter der Nachkriegs-Generation etwas besonders Unverwechselbares. Die unterschiedliche Entwicklung in beiden Teilen Nachkriegs-Deutschlands hat nicht viele der nach- und hineinwachsenden Generation durchgängig marxistisch und im Verbund beider deutscher Staaten denken und konkret leben lassen. Für die Mehrzahl blieb irgend etwas davon früher oder später, ganz oder teilweise unter- oder abgebrochen: das Marxistische, das Deutsche beider Staaten, das zusammen Gedachte und vor allem das tatsächlich zusammen Gelebte. Heinz Jung gehörte zu den Wenigen, der in all den Jahrzehnten, unabhängig davon, ob er seinen Wohnsitz in der BRD oder in der DDR hatte – ungebrochen marxistisch und »gesamtdeutsch« fühlte, in diesem Sinne handelte und dies auch legitim konnte. Noch zu Zeiten der deutschen Zweistaatlichkeit formulierte er es einmal so: »Eigentlich sind wir westdeutschen Kommunisten die einzig faktisch legitimen Gesamtdeutschen.« Seine Bindungen an KPD, SED, DKP und PDS sowie die damit verbundenen Eigenheiten seiner Biographie erlaubten es ihm.

1935 in einer kommunistischen Arbeiterfamilie in Frankfurt/M. geboren, 1949 mit 14 Jahren selbst Mitglied der KPD geworden, ließ ihn seine Mutter die Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs im Osten nutzen. An der traditionsreichen Internats-Oberschule im thüringischen Wickersdorf erwarb er 1953 sein Abitur und begann im gleichen Jahr das Studium der Wirtschaftswissenschaften zunächst an der Universität Leipzig und ab 1954 an der Humboldt-Universität zu Berlin. Fritz Behrens in Leipzig sowie Hans Wagner und Kurt Braunreuther in Berlin waren diejenigen

seiner akademischen Lehrer, die ihn – nach eigenen Worten – zu seinen marxistischen Positionen am nachhaltigsten wissenschaftlich befähigten und anregten. K. Braunreuther bat er deshalb auch später, in den sechziger Jahren, von Frankfurt aus um die wissenschaftliche Betreuung seiner Dissertation.

Doch zunächst fiel der Student Heinz Jung in der ansonsten durch berlinisch-sächsische Laute geprägten Fakultät nicht allein mit seiner rheinländischen Sprachmelodie aus dem Rahmen. Sein auffallendes Temperament und vor allem die auch auf andere – westdeutsche – Erfahrungen sich stützenden Darlegungen – sind mir aus der gemeinsamen Studentenzeit in Erinnerung geblieben. Und seine erste große Öffentlichkeit erhielt er 1957 als rheinischer Karnevalsprinz beim stadtbekanntem mehrtägigen WiWi-Fasching in allen Räumlichkeiten des Berliner Fakultätsgebäudes Spandauer Straße 1.

Nach Abschluß des Studiums ging Heinz Jung zurück in seine westdeutsche Heimat. Die DDR hatte ihm eine fundierte Allgemein- und Hochschulbildung, eine Vielzahl von unterschiedlichen Erfahrungen und Eindrücken beim Aufbau einer alternativen Gesellschaftsordnung zum Kapitalismus, Genossen und Freunde auch für künftige Jahrzehnte sowie – nicht zuletzt – seine Frau Christa (die er aus unserem Studienjahr entführte) – mit auf den Weg gegeben. Doch weder das Abitur, noch das Universitäts-Diplom aus der DDR fanden in der BRD Anerkennung. Sie eröffneten ihm keinen qualifikationsgerechten Einstieg. Heinz Jung begann als ungelernter Metallarbeiter zu arbeiten, wurde gewerkschaftlich aktiv und betätigte sich illegal für die verbotene KPD, wurde verfolgt und u.a. zu einer Haftstrafe mit Bewährung verurteilt. Wenn er mit diesen und seinen weiteren kapitalistischen Alltags-Erfahrungen in den Debatten der letzten Zeit um die kapitalistische Moderne die bürgerliche Demokratie und das Grundgesetz der BRD nicht allein aus der Perspektive der diesbezüglichen DDR-Defizite beurteilte – so wird dies auf diesem biographischen Hintergrund nur allzu verständlich.

Daß er in der DDR nicht nur Parteitags-Reden und ZK-Beschlüsse las, sondern auch in den besonders dogmatisierten Jahren bis 1956 eine fundierte und anregende marxistische Ausbildung erhielt, bzw. sie sich aneignete, hat er seit 1963 überzeugend unter Beweis gestellt. Als Mitbegründer und erster leitender Redakteur der »Marxistischen Blätter« (1963-1968), als Mitbegründer, stellvertretender Leiter und Leiter des »Instituts für Marxistische Studien und Forschungen e.V. – IMSF« (1968-1989) in Frankfurt/M. sowie als spiritus rector, unermüdlicher Ratgeber und individueller Sponsor von »Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung« (seit 1989) und – gleich an welcher Stelle – als Wahrheit und Veränderung suchender Autor wurde er in der westdeutschen Wirklichkeit über drei Jahrzehnte – arg eingeschränkt zwar – intellektuell-politisch wirksam.

Aus dem breiten Spektrum seines wissenschaftlichen Schaffens lassen sich mehrere Themenkomplexe herauskristallisieren.

Erstens beschäftigte ihn die Klassen- und Sozialstruktur der kapitalistischen Gesellschaft über die ganze Zeit seines Wissen-

schaftler-Lebens. Die von ihm entscheidend initiierte und mitverfaßte dreibändige »Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970« (Frankfurt/M. 1973-1975) war eine der ersten grundlegenden Publikationen des neu gegründeten IMSF, und die in der Zeitschrift »Z« seit 1995 geführte Diskussion um »Klassen und Klassentheorie« ging wiederum entscheidend mit von ihm aus. Vier Schwerpunkte waren es, die Heinz Jung m.E. besonders interessierten: die tatsächlichen vielfältigen Veränderungen in den Klassen- und Sozialstrukturen der kapitalistischen Gesellschaften (insbesondere der BRD); die dabei nach wie vor gegebenen, aber sich modifizierenden und vielfältig vermittelnden klassenmäßigen Grundstrukturen; die realen und potentiellen kollektiven Subjekte gesellschaftlicher Veränderungen sowie das theoretisch-methodologische Instrumentarium zur wissenschaftlichen Analyse heutiger Klassen- und Sozialstrukturen.

Zweitens war die Struktur und Funktionsweise des heutigen kapitalistischen Staates und des staatsmonopolistischen Kapitalismus der theoretische Schwerpunkt seines Lebenswerks. Er hat hier zahlreiche Impulse aus den diesbezüglich ersten DDR-Arbeiten über den staatsmonopolistischen Kapitalismus aufgenommen: von K. Zieschangs ersten Vorstößen, die 1956/57 mit unter das allgemeine Revisionismus-Verdikt fielen, den späteren Arbeiten des Quartetts R. Gündel, H. Heining, P. Hess und K. Zieschang (seit Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre), den wirtschaftshistorischen Studien (J. Kuczynski, H. Nussbaum, H. Wagner, L. Zumpe), verschiedenen Einzelarbeiten von R. Katzenstein, D. Klein u.a. sowie den – und damit parteioffiziell werdenden – Publikationen aus dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED in den sechziger und siebziger Jahren (H. Hemberger, L. Maier, H. Petrak, O. Reinhold).

Parallel dazu entwickelte sich mit der Studentenbewegung und der außerparlamentarischen Opposition an den Universitäten in der BRD eine intellektuell-politische Diskussion, die zu einem großen Teil unter dem Terminus »STAMOKAP«-Analyse ablief. Treffsichere Analysen und politische Metapher, leidenschaftliches Erkenntnisstreben und ideologischer Kampfbegriff – vereinigten sich in dieser kurzzeitigen, auch intellektuellen Aufbruch-Stimmung der sechziger und frühen siebziger Jahre in der BRD. Auf diesem Hintergrund und auch im Ergebnis dessen entstanden die beiden – von Heinz Jung entscheidend initiierten und mitgestalteten – Bände des IMSF »Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik« (1981). Sie und die von Heinz Jung 1982 vorgelegte zusammenfassende Monographie »Deformierte Vergesellschaftung. Zur Soziologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus« bestimmten das Niveau der deutschsprachigen marxistischen Literatur zum staatsmonopolistischen Kapitalismus der achtziger Jahre. Mit der zuletzt genannten Arbeit erwarb Heinz Jung an der Akademie der Wissenschaften der DDR den Grad eines Doktors der Wissenschaften (Dr. sc.) und veröffentlichte sie 1986 gleichzeitig im Akademie Verlag Berlin und Verlag Marxistische Blätter Frankfurt/M. Die Triade »Monopole-Klassen-Staat« wird in sieben Kapiteln, vor allem am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland,

einer theoretischen Untersuchung unterzogen, die sich auf der Ausbeutung einer reichhaltigen Empirie stützt und in politikorientierten Erfahrungen mündet. Politökonomische, soziologische, staats- und ideologietheoretische Analysen führt er in dieser Darstellung des staatsmonoplistischen Kapitalismus zusammen. Es ist m.E. bis auf den heutigen Tag eine fundierte, zusammenfassende Darstellung dieser Problematik, die zur Neuaufnahme der Diskussion einlädt.

Das ist um so mehr aktuell, als seine gemeinsam mit Jörg Huffschild 1988 veröffentlichte »Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer« auf der Grundlage ihrer wissenschaftlichen Stamokap-Analysen und der ausstehenden Veränderungsstrategie der gesellschaftlichen Opposition und der ihr angehörenden DKP fußten. Die Ereignisse der folgenden Monate in der DDR und schließlich in Gesamtdeutschland, in der Sowjetunion und Osteuropa haben die konkreten Bedingungen auf vielfältigste Weise zuungunsten von Reformalternativen verändert, die dort behandelten Fragestellungen haben aber eher an Brisanz gewonnen.

Drittens ging es Heinz Jung letztlich um den Sozialismus: als Theorie und in der Wirklichkeit. Seine DDR-Prägung und regelmäßigen Arbeits- und persönlichen Besuche, gemeinsame wissenschaftliche Veranstaltungen in der BRD und in der DDR sowie in gleicher Weise mit Wissenschaftlern der Sowjetunion, Polens, Ungarns u.a. dienten nicht allein der Information, sondern sie waren vergleichsweise offene Foren über Probleme und Konflikte in der DDR und den anderen Staaten gleichen Gesellschaftstyps. Trotz des sehr engen Schulterschlusses zwischen SED- und DKP-Führung waren die vom IMSF unter Leitung von Heinz Jung organisierten Diskussionsrunden stets problembewußter und unbefangener gehalten, als manch andere Erfahrung in der DDR. Nicht zufällig gehörten er und das gesamte IMSF in den achtziger Jahren zu den sogenannten Reformkräften der DKP, die die von der sowjetischen Perestrojka ausgehenden Impulse für eine Perestrojka auch der DKP-Politik zu nutzen suchten.

Die 1988 vom IMSF und der Zeitschrift »Sozialismus« mit namhaften sowjetischen Wissenschaftlern (A. Aganbegjan, A. Galkin u.a.) in Frankfurt/M. durchgeführte Konferenz »Perestrojka und die Linke in der Bundesrepublik. Zu den aktuellen Umgestaltungsprozessen in der UdSSR« dokumentierte diese Wünsche und Erwartungen. Und seine Schlußbemerkungen zu dieser Konferenz über die Perestrojka der UdSSR stellte Heinz Jung deshalb noch 1988 unter das Motto: »Fixpunkte unserer Hoffnungen«!

Um so bitterer war die Enttäuschung. Das im Umfeld seiner ersten Herzoperation entstandene Buch »Abschied von einer Realität« (1990) war als eine schonungslose Abrechnung mit der Politik M. Gorbatschows keine Rechthaberei à la DDR-Führung, sondern in den hart und bitter formulierten Passagen – Leiden. Leiden um den Zerfall der Sowjetunion, um das Scheitern des Sozialismus und seine Perspektivlosigkeit für einen unbestimmt langen Zeitraum.

Um so bemerkenswerter war Heinz Jungs unverzüglicher Neubeginn – mit der Gründung der Zeitschrift »Z«. Es ist in einem

hohen Maße sein Verdienst, daß sie sich binnen weniger Jahre zu einer beachtlichen marxistischen Theorie-Zeitschrift über Geschichte, Gegenwart und Perspektiven gesellschaftspolitischer Entwicklungen profilierte. Auch seine engagierte Mitarbeit im »Marxistischen Forum« der PDS war eine folgerichtige Konsequenz.

Noch viel wäre wert, genannt und gewürdigt zu werden: die beispielhafte Effizienz des IMSF mit seinen sechs bis acht Mitarbeitern, die vierzehn Bände Jahrbücher »Marxistische Studien« des IMSF, die Fähigkeit, nahestehende Linke auch aus den Universitäten auf die vielfältigste Weise in die Aktivitäten des Instituts mit einzubeziehen usw.

Selbstverständlich war auch Heinz Jung ein Kind seiner Zeit und seiner Partei. So sehr ich die Fähigkeit zur Einbeziehung nahestehender Linker hervorhob, so sehr haben sich die verschiedenen linken Gruppen und Einzelpersonen wechselseitig selbst ausgegrenzt. Und die DKP, das IMSF und Heinz Jung waren davon nicht nur Betroffene, sondern auch selbst aktiv daran beteiligt.

Überblickt man aber das wissenschaftliche Gesamtwerk Heinz Jungs, so hätte er manchem Lehrstuhl an BRD-Universitäten zur Zierde gereicht und ihm ein klareres und anregenderes Profil verliehen, als ihre tatsächlich ausgewählten Amtsinhaber es zu geben vermochten. Ein Platz an den Universitäten der BRD war für Heinz Jung weder vor noch nach dem offiziellen Radikalenerlaß und den damit verbundenen Berufsverboten für Marxisten und Kommunisten möglich. Er suchte und fand seinen Platz in der informell organisierten Wissenschaft der BRD, den er auf beispielhafte Weise zu nutzen verstand. Die nächsten Aktivitäten von »Z« nach seinem Tod hat er mit den für Anfang Oktober in Frankfurt/M. und März 1997 in Hannover vorgesehenen Konferenzen noch selbst festgelegt. Wünschen wir den Freunden und Genossen von »Z«, daß sie den Übergang zur Arbeit ohne Heinz Jung produktiv bestehen.

Auch UTOPIE kreativ hat mit Heinz Jung einen Autor, einen Partner und vor allem einen jederzeit solidarischen Förderer verloren. Seine Angebote und Vorschläge für das Zusammenwirken waren stets vielfältiger, als wir wahrnehmen konnten. Auch wir werden ihn vermissen.

ANDRÉ BRIE

Zum Artikel von Michael Benjamin

Mit zeitlichem Abstand – Impulsivität wollte ich in diesem Fall vermeiden – möchte ich wenigstens eine Bemerkung zum Artikel von Michael Benjamin in »UTOPIE kreativ« Juli/August 1996 (»Die PDS und ihr linker Flügel. Aus Anlaß des Beitrages von Ronald Löttsch«) machen.

Ob die KPF linker, wie Benjamin meint, oder rechter Flügel der PDS ist (so Michail Nelken), ist eine Frage der Definition und Selbstdefinition. Gehört zur Linken wesentlich und nicht zuletzt der emanzipatorische Anspruch (und die Erkenntnis, daß die staatssozialistische Gesellschaft in der UdSSR und der DDR nicht emanzipatorisch bzw. antiemanzipatorisch war), so werden meiner Meinung nach zumindest die Sprecherinnen und Sprecher der Bundes-KPF diesen dezidiert linken Anspruch kaum für sich reklamieren können. Aber gut, darüber ließe sich – auch schön akademisch – streiten. Ebenso würde ich gern über den Pluralismus der PDS diskutieren, der noch 1990/91 von prominenten Wortführern der KPF so vehement abgelehnt und jetzt ebenso vehement betont wird. Mein Problem besteht allein darin, daß ich weder im Programm noch im Statut oder in sonstigen Dokumenten der PDS-Geschichte einen uneingeschränkten Pluralismus entdecken kann. Die PDS hat sich seit dem außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 deutlich von undemokratischen Sozialismusvorstellungen distanziert und dies im Statut und Programm auch ausgedrückt. Ich befürchte, daß dieser Konsens über die Grenzen des PDS-Pluralismus allzu sehr aus den Augen verloren wird.

Aber nun zum eigentlichen Problem: Ronald Löttsch hat in der DDR drei Jahre im Gefängnis verbracht, die Hälfte davon in Bautzen II – wegen angeblicher Beihilfe zum Staatsverrat. Er ist dennoch Mitglied der PDS! Für mich war diese Tatsache immer bedeutungsvoll und ermutigend bei dem Bestreben der PDS, aus der SED heraus eine moderne, demokratische sozialistische Partei zu entwickeln. Löttschs Geschichte ist für mich aber natürlich kein Grund, mich nicht mit seinen aktuellen Ansichten auseinanderzusetzen, und ich habe das, wenn ich Grund dazu sah, getan. Dieses Recht hat selbstverständlich auch Michael Benjamin. Ich spreche aber ihm und uns in der PDS insgesamt das Recht ab, einen Menschen wie Ronald Löttsch als »dezidierten Vertreter der Parteirechten« zu bezeichnen. Das hat nicht in erster Linie mit Löttschs Vita zu tun, sondern mit dem Begriff selbst, der in der Stalinisierung der Kommunistischen Internationale, der KPdSU und der

KPD entstand und im unmittelbaren Sinne des Wortes Totschlagargument wurde. Der Antistalinismus der PDS und der KPF muß sich – denke ich – auch in der Kenntnis der Geschichte kommunistischer Sprache und in Auseinandersetzung mit ihr äußern. Clara Zetkin, deren mutigen und weitsichtigen Antistalinismus man uns in der DDR vorenthalten hat, hat sich bereits 1925 auf einer Tagung des EKKI in Moskau gegen die Verwendung eben dieses Begriffes gewandt, mit dem in der KPD Paul Levy und später die ehemals »Ultralinken« Brandler und Thalheimer sowie Hunderte andere diffamiert wurden, in der Sowjetunion die Ermordung Tausender Kommunistinnen und Kommunisten begründet wurde.

Ähnliches ließe sich übrigens auch über die Geschichte solcher von den Sprecherinnen und Sprechern der Bundes-KPF, aber z. T. auch einigen anderen PDS-Politikerinnen und -Politikern gern verwendeten Vorwürfe sagen wie »Sozialdemokratismus«/»Sozialdemokratisierung«, »Verräter«, »Renegaten«, »Totengräber« etc. Ein Antistalinismus der Ahnungslosigkeit nützt uns nichts, und ein Zurück hinter Clara Zetkin wäre entsetzlich.

HORST ROCHOLL

Harich und Zaisser

Der Beitrag von Caroline de Luis¹ ergänzt mein Harich-Bild. Ich teile ihren Respekt vor diesem Mann.

Eine kleine Bemerkung: Mancher Gedanke kommt nicht nur einem Menschen, sondern einigen oder vielen: Ich habe 1945 Wilhelm Zaisser, den späteren ersten Minister für Staatssicherheit der DDR, kennengelernt. Er kam damals als Lehrer und Leiter des deutschen Sektors an die Antifaschule Krasnogorsk. Er beeindruckte mich durch sein souveränes Denken und seine Offenheit.

Von ihm hörten wir: »Es war die Tragödie des Sozialismus, daß er in dem rückständigen Rußland aufgebaut werden mußte.« Ich habe diesen Satz natürlich nicht vergessen und in mein Denken eingebaut. Er hat mir geholfen, alles, was ich kennenlernte, in seiner Widersprüchlichkeit zu sehen und über das Zustandekommen dieser Widersprüche nachzudenken. Auf diese Weise haben mich fünf Jahre und vier Monate Gefängnis und Arbeits- und Erziehungslager in der UdSSR nicht aus der Bahn geworfen, ja sogar weitergeholfen.

Wir hatten in Krasnogorsk unter unseren Lehrern auch Heinz Hoffmann, den späteren Minister für Nationale Verteidigung, der in Spanien schwer verwundet worden war. Auch deshalb habe ich die Beiträge in der Rubrik »No pasaran!«² mit besonderem Interesse gelesen. Wann werden wir Linken lernen, das Gemeinsame ernst zu nehmen. In dieser Beziehung können wir von den Rechten lernen.

1 Caroline de Luis: Erinnerungen an W.H., in: UTOPIE kreativ, Heft 69/70 (Juli/August 1996), S. 9ff.

2 u.a. Eva Sittig-Eisenschitz: An den Fronten des Spanischen Bürgerkrieges; Theodor Bergmann: Der Spanische Bürgerkrieg und die Weltpolitik; Reiner Tosstorff: Spanischer Bürgerkrieg, Stalinismus und POUM, in: Ebenda, S. 56-99.

SÁNDOR KURTÁN

Rákosi im Verhör. Einige Ergänzungen

Ich bin ein ungarischer Politikwissenschaftler am Lehrstuhl für Politikwissenschaft der WU Budapest. Im Sommer dieses Jahres verbrachte ich zwei Monate im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes in Berlin. Bei der Durchsicht jener Zeitschriften, die in Ungarn nicht zugänglich sind, bin ich auf das von der Februar-Nummer der Zeitschrift veröffentlichte Dokument über die Gespräche György Aczéls und Sándor Nógrády mit Rákosi, Gerö und Kovács gestoßen. Zwar sind meine Forschungsschwerpunkte Interessenverbände bzw. Parlament, ich bin also kein Parteihistoriker. Doch habe ich ein halbes Jahrzehnt Geschichte Ungarns im XX. Jahrhundert unterrichtet und verfolge auch noch heute einschlägige Publikationen auf diesem Gebiet.

Zum Dokument über die Gespräche György Aczéls und Sándor Nógrády mit Rákosi, Gerö und Kovács möchte ich einige ergänzende Bemerkungen zur Vorgeschichte dieses Dokumentes machen, das im Jahre 1962 entstand – wobei ich mich auf die neueste diesbezügliche Literatur stütze.

Der XXII. Parteitag der KPdSU mit seiner scharfen Stalin-Kritik motivierte auch die ungarische Parteiführung, nun endlich sich mit den Gesetzesverletzungen während der Rákosi-Ära zu beschäftigen. Der Kreis der Betroffenen wurde aber von Anfang an auf die Teilnehmer der Arbeiterbewegung eingegrenzt. Andere Betroffene blieben – jedenfalls in dem August 1962 veröffentlichten Beschluß – unerwähnt. Das ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) beschäftigte sich im November 1961 mit dieser Thematik: Auf der Sitzung wurde der frühere Beschluß des Politbüros gutgeheißen, ein »Inventar« der Gesetzesverletzungen zur Zeit des Personenkultes zu erstellen. Eine Kommission wurde gebildet, die in sechs Monaten Bericht erstatten sollte. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurden dann im Mai 1962 Gy. Aczél und S. Nógrády vom Politbüro beauftragt, auf Basis der von der Kommission gesammelten Fakten M. Rákosi, E. Gerö und I. Kovács zu verhören (Rákosi befand sich noch in der Sowjetunion). Ziel des Politbüros war es, mit diesem Bericht endlich einen Punkt unter dieses schmerzliche Kapitel der Parteigeschichte zu setzen. Die Rehabilitierung der Verurteilten sollte zu Ende gebracht werden. Weiter sollten die Gründe der Gesetzesverletzung aufgedeckt, die Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden – vor allem Rákosi, Farkas und Gerö.

Das ZK der USAP hat dann am 14. August 1962 den mehrmals umgearbeiteten Bericht der Kommission in einer langen, oft von Emotionen geladenen und von persönlichen Erfahrungen mitgeprägten Diskussion behandelt (das Protokoll hat eine Länge von ca. 300 maschinengeschriebenen Seiten). Letztendlich wurde nur ein Teil dieses Berichtes als ZK-Beschluß im Zentralorgan der USAP, Népszabadság, veröffentlicht.¹ (Beschluß des ZK der USAP über den Abschluß der gesetzesverletzenden Prozesse gegen Personen der Arbeiterbewegung in den Jahren des Personenkultes.) Der Beschluß ging auf jene Gründe ein, die zu den Gesetzesverletzungen führten und benannte auch die Hauptschuldigen, namentlich M. Rákosi, M. Farkas, E. Gerö, I. Kovács, G. Péter und E. Szücs. Rákosi, Gerö und Kovács wurden aus der Partei ausge-

1 Népszabadság,
19. August 1962.

schlossen. Rákosi blieb bis zu seinem Tode im Jahre 1971 in Verbannung in der Sowjetunion. (Farkas war schon 1956 aus der Partei entfernt worden, Szücs lebte nicht mehr.) Jene Personen, die bei den Gesetzesverletzungen mitgewirkt hatten und noch beim Staatssicherheitsdienst, bei Gerichten oder der Staatsanwaltschaft tätig waren, wurden versetzt. Die Opfer der Repressalien (hier ging es also um jene, die in der Arbeiterbewegung tätig waren) sollten rehabilitiert werden, soweit dies noch nicht geschehen war.

Auch die ausländischen kommunistischen Parteien wurden informiert – wenn auch nicht so ausführlich wie ursprünglich gedacht. Die KPdSU bekam natürlich eine detaillierte Auskunft. Der Bericht, der interne ZK-Beschluß, der veröffentlichte ZK-Beschluß, die Beschlüsse über die Disziplinarverfahren und der Bericht über die Gespräche mit Rákosi, Gerö und Kovács wurden alle ins Russische übersetzt und von Kádár an Chruschtschow geschickt. Jene Parteien, die am VIII. Parteitag der USAP (November 1962) teilnahmen, bekamen nur die beiden veröffentlichten Dokumente (ZK-Beschluß und Beschlüsse über die Disziplinarverfahren). »Eine Ausnahme bildete Walter Ulbricht, in dessen Fall – vielleicht als Rechtfertigung, mit dem Ziel der Überzeugung – als nötig empfunden wurde, den Bericht über die Anhörung und über das Gespräch bei der Bekanntgabe des Ausschlusses zu schicken.«² Wahrscheinlich trug dazu auch die Tatsache bei, daß Rákosi und Ulbricht sich gut kannten und befreundet waren – in Moskau waren sie Nachbarn.

Zu Gesetzesverletzungen, Willkür und Terror kam es in allen staatssozialistischen Ländern. Das Ausmaß war jedoch unterschiedlich. Deshalb muß man kurz darauf eingehen, wie in dieser Hinsicht Ungarn ausschaute.

Die Prozesse, die sich gegen Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung richteten, erfolgten in mehreren Wellen. Die erste Serie, die vielleicht bekannteste, war die *Rajk-Affäre*, die aus einem Hauptprozeß und mehr als 30 Nebenprozessen bestand (1949-1951). Es wurden insgesamt 141 Personen verhaftet, davon 39 interniert, 15 hingerichtet, 11 zu lebenslangem Gefängnis verurteilt.³ (Hier sei bemerkt, daß in der ungarischen Literatur diese Art von Prozessen *konzeptionelle Prozesse* genannt werden, da es hier nicht um Aufdeckung tatsächlicher Verbrechen, sondern um den »Beweis« verschiedener Konzepte ging. Der Großteil waren nicht Schauprozesse, sondern wurden geheim abgewickelt.) Bekanntlich hatte der Rajk-Prozeß auch eine außenpolitische, gegen Tito und Jugoslawien gerichtete Bedeutung. Während der »Strafverfolgung« und Verhöre wurden auch gegenüber 526 ausländischen Kommunisten (davon 40 Deutschen) Beschuldigungen aus den Verhafteten erpreßt. Diese Aussagen wurden dann den entsprechenden Parteien zugeleitet.

Im *Sólyom-Prozeß* (1949), der in erster Linie Generäle und hochrangige Offiziere betraf, wurden 48 Personen verhaftet, davon 4 interniert, 10 hingerichtet, 13 zur lebenslangen Haft verurteilt. Die anderen bekamen zwischen 5 und 15 Jahren. 1950 folgten die *Verfahren gegen ehemalige Sozialdemokraten*, die 431 Menschen betrafen. 276 wurden interniert, 154 wurden in konzeptionellen

2 Sipos, Levente: Hiányos leltár. MSZMP-dokumentumok a »a személyi kultusz idején elkövetett törvénysértésekről«. (Mangelhaftes Inventar. USAP-Dokumente über »Gesetzesverletzungen zur Zeit des Personenkultes«) Társadalmi Szemle, 1994/ 11, 12.

(Hier sind neben einer einleitenden Studie der Bericht, der vom ZK diskutiert wurde, sowie Teile aus der Diskussion veröffentlicht.)

3 Diese und die folgenden Zahlen sind entnommen aus: Törvénytelen szocializmus. A tényfeltáró bizottság jelentése. (Gesetzloser Sozialismus. Der Bericht der Kommission für Deliktermittlung.) Budapest 1991.

Geheimprozessen verurteilt. Es kam dann zu weiteren Verhaftungswellen, denen z.B. der Innenminister J. Kádár und der Außenminister Kállai zum Opfer fielen (1951).

Selbst die Staatssicherheit wurde von den Säuberungen nicht verschont. In der *Szücs-Affäre* wurden gegen 40 Personen Verfahren eingeleitet. Zwei wurden hingerichtet, einer zu lebenslanger Haft, die anderen zu verschiedenen Haftstrafen verurteilt. Während der Verhöre wurden Szücs und sein Bruder zu Tode geprügelt. Im Januar 1953 wurde auch G. Péter verhaftet und verurteilt. Etliche Personen, die also Mitwirkende bei »Untersuchungen« in konzeptionellen Prozessen waren, wurden nun selber in solchen Verfahren abgeurteilt.

4 siehe Sipos, op.cit.

Aus dem Bericht⁴, der für die ZK-Sitzung im Juni 1962 erstellt wurde, können wir entnehmen, daß in diesen Prozessen insgesamt 336 Personen interniert und 382 Personen verurteilt wurden. An 28 von ihnen wurde das Todesurteil vollstreckt, 23 verstarben in den Internierungslagern, Gefängnissen oder in der U-Haft (3 begingen Selbstmord). 5 Personen flohen in den Selbstmord, weil sie ihrer Verhaftung entgehen wollten (so z.B. S. Zöld) oder weil Familienangehörige verhaftet bzw. hingerichtet wurden.

Der Beschluß von 1962 bezog sich also auf diesen obengenannten Personenkreis. Man darf aber zwei Dinge nicht vergessen. *Erstens*, daß der Terror auch andere Gruppen betraf: hohe katholische Würdenträger (z.B. Mindszenty-Prozess 1949), Wirtschaftsmanager ausländischer Unternehmen (um die Verstaatlichung dieser Firmen zu erleichtern), Offiziere oder die jüdische Hilfsorganisation JOINT. Nach sowjetischem Muster wurden Arbeitslager errichtet, wo tausende Gefangene (meist Internierte) oft unter unmenschlichen Verhältnissen leben bzw. arbeiten mußten. 1951 wurden mehr als 12 000 Personen, »Mitglieder der ehemaligen herrschenden Kreise« aus Budapest, und noch viel mehr aus Provinzstädten ausgesiedelt. Und letztlich darf man nicht vergessen, daß die *polizeistaatlichen Maßnahmen und Methoden weite Kreise der Bevölkerung betrafen*. Aus dem ZK-Beschluß vom 28. Juni 1953 (in dem u.a. Rákosi, Gerö, Farkas und Révai scharf kritisiert wurden und der einen neuen Kurs in der Innenpolitik festlegte) erfahren wir, daß die Polizei als Übertretungsgericht zwischen 1951 und Mai 1953 850 000 Urteile fällte. Die Gerichte beschäftigten sich zwischen 1950 und Mai 1951 mit den Fällen von 650 000 Personen, davon wurden 387 000 verurteilt. (Dieser ZK-Beschluß wurde erst 1986 veröffentlicht!) Wenn es sich auch in vielen Fällen um geringfügige Strafen handelt⁵, sieht man, daß sehr viele Menschen den administrativen Maßnahmen der Staatsgewalt ausgesetzt waren. Einige Historiker schätzen die Gesamtzahl auf ca. zwei Millionen!

5 Es wurden aber auch sehr harte Urteile gefällt. Berüchtigt ist der Fall, wo ein Bauer aus Unvorsichtigkeit ein Getreidefeld anzündete. Er wurde wegen Sabotage zum Tode verurteilt.

Zweitens muß man darauf hinweisen, daß willkürliche Verfahren, Prozesse mit Prekonzeptionen schon vor 1949 stattfanden. Es hat symbolischen Charakter, daß G. Péter am 13. Februar 1945 (am Tage der Befreiung von Budapest) jenen Pál Demény in der Hauptstadt verhaftete und ihm erklärte er sei »Gefangener der Partei« (nämlich der KPU), der in der Zwischenkriegszeit Anführer einer nicht aus Moskau geleiteten illegalen kommunistischen Bewegung

war, die zeitweise mehr Mitglieder im Land aufzeigte als die ungarische Sektion der Kommunistischen Internationale.

Es war eine ausgezeichnete Idee, die im Text genannten Namen durch kleine Biographien zu erleuchten, da diese Personen für die meisten deutschen Leser kaum bekannt sein dürften. Diese müßten aber ergänzt bzw. korrigiert werden, da in den biographischen Daten einige Irrtümer und Ungenauigkeiten zu finden sind.

István Kovács (geb. 1911), mit dem eines der Gespräche geführt wurde, gehörte zu den führenden Persönlichkeiten der Partei der Ungarischen Werktätigen (also der Staatspartei zwischen 1948 und 1956) und war Mitglied jener Dreier- (1951) und Fünferkomitees (1955), die die Fälle von János Kádár bzw. von Mihály Farkas untersuchten. Die wichtigsten Daten seines Lebens sind die folgenden:

Ausbildung als Polsterer; 1927 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns (dies war eine legale Tarnpartei der KP in den Jahren 1925-1927) bzw. des Kommunistischen Jungarbeiterverbandes Ungarns (KJVU); 1930 verläßt er Ungarn, Schulung in Moskau an der Internationalen Leninschule der Komintern; 1931-1932 Vertreter des KJVU in der Kommunistischen Jugendinternationale; 1933 Rückkehr nach Ungarn, Sekretär des KJVU; 1934 Verhaftung und Verurteilung zu neun Jahren Haft; 1942 Entlassung aus der Haft, wird Mitglied des Sekretariats des ZK der illegalen KP, *Sekretär der Budapest Organisation*; 1943 erneute Verhaftung, im Jahre 1944 gelang ihm die Flucht, im Widerstand tätig; 1945-1949 Leiter der Organisationsabteilung der KPU bzw. PUW; 1945-1946 *Mitglied des Politbüros*; 1948 Mitglied des ZK der PUW und des Sekretariats; 1949 *Mitglied des Politbüros, Parteisekretär von Budapest*; 1955 wieder im *Politbüro*; 1956 am 23. Oktober kommt er nicht mehr in die führenden Gremien, am 30. Abwahl vom Posten des Sekretärs von Budapest, am 31. fliegt er in die Sowjetunion; es gelingt ihm nicht, in die Führung der USAP aufgenommen zu werden; 1958 Rückkehr nach Ungarn, wird Abteilungsleiter des Ministeriums für Leichtindustrie; 1962 wegen Verletzung der Gesetzlichkeit Ausschluß aus der USAP, bekommt 1966 von der Kontrollkommission die Mitgliedschaft zurück; 1974 geht er als Institutsdirektor in Pension.

Er ist nicht zu verwechseln mit jenem *István Kovács* (1921-1973), der zwischen 1945 und 1950, zuletzt als Hauptmann, bei der politischen Polizei tätig war. Er ist wiederum – laut den biographischen Notizen des Buches »Iratok az igazságszolgáltatás történetéből 3« (Schriften zur Geschichte der Justiz, Band 3, Budapest 1994, – der viele interessante Dokumente über die Prozesse der fünfziger Jahre enthält) – nicht identisch mit *László Farkas* (geb. 1914 oder 1919), der zwischen 1945 und 1956 verschiedene Parteifunktionen innehatte und zwischen 1948 und 1950 einer der Stellvertreter Gábor Péters war.

Sándor Zöld (1913-1951) studiert Medizin in Debrecen; 1932 Eintritt in die KPU; 1944 Abgeordneter in der Provisorischen Nationalversammlung, *Staatssekretär im Innenministerium*; 1948 Mitglied des ZK, wieder *Staatssekretär im Innenministerium*; Juni 1950-April 1951 *Innenminister*; im April 1951 wird die Tätig-

keit Zölds im Politbüro scharf kritisiert. Der Tod Zölds ist bis zum heutigen Tage nicht geklärt – Rákosi erwähnt selber, daß er vor Zölds Tod mit ihm sprach. Es gibt Memoiren, wo berichtet wird, daß Rákosi ihn beschuldigte und mit der Waffe bedroht hat. Zöld wußte, was solche Anschuldigungen zur Folge hatten, da er natürlich das Schicksal seines Vorgängers Rajk und dessen Familie kannte. (Rajks Frau wurde verhaftet, sein Sohn kam unter einem falschen Namen in ein Kinderheim). Daraufhin ging er nach Hause, erschoss seine Familie und nahm sich dann das Leben. Es gibt aber auch Vermutungen, daß es sich um einen politischen Mord handelt.

László Sólyom (1908-1950) Offizier; 1941 als Hauptmann des Generalstabes in den Ruhestand versetzt, arbeitet in der Fabrik Egyesült Izzó weiter; 1942 Eintritt in die KPU, Tätigkeit im Widerstand, 1944 Verhaftung, kann aber fliehen; 1945 nach der Befreiung *Polizeipräsident von Budapest*; 1947 *Generalstabschef der Armee*; 1950 wird er verhaftet und auf Grund falscher Anschuldigungen zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Dezső Nemes (1908-1985) Ausbildung als Polsterer; 1926 Eintritt in die KPU; 1931 erstmals in der Sowjetunion; 1933 Rückkehr nach Ungarn; 1935 bleibt er endgültig in der Sowjetunion; 1935-1939 Arbeiter in einer Möbelfabrik; 1939-1943 studiert er neben der Arbeit Geschichte in Moskau; während des Krieges politische Arbeit mit Kriegsgefangenen; 1945-1948 Sekretär des Gewerkschaftsrates (in Ungarn); 1953-1956 Direktor des Parteiverlages Szikra; 1956 im Herbst wird er *Direktor der Parteihochschule*; 1957-1961 Leiter des Redaktionskomitees des Parteizentralorgans *Népszabadság*; 1957-1980 *Mitglied des Politbüros der USAP*; 1965-1966 Direktor des Parteihistorischen Instituts; 1966-1977 erst Direktor, dann Rektor der Parteihochschule; 1977-1980 *Chefredakteur von Népszabadság*; 1980-1983 Direktor des Parteihistorischen Institutes. (Das in der Veröffentlichung zitierte Buch »Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis 1962«, Berlin 1983, wurde von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Dezső Nemes geschrieben.)

Sándor Nógrády (1894-1971) Ausbildung als Dreher und Elektriker; 1918 Eintritt in die Sozialdemokratische Partei; 1919 Eintritt in die KPU; nach dem Sturz der Räterepublik flieht er in die Tschechoslowakei, ist dort in der kommunistischen Jugendbewegung tätig, emigriert erst nach Berlin, dann nach Moskau, wird Mitarbeiter der Komintern (Aufträge in Rumänien, in der Tschechoslowakei, in Deutschland, in Österreich, in der Schweiz, in Frankreich und in Spanien); 1941 Redakteur des ungarischsprachigen Senders Kossuth Rádió; 1944 *Kommandant der Partisanenschule in Kiew*, im September des Jahres Einsatz in der Slowakei; 1945 Staatssekretär im Ministerium für Industrie; 1946 *Leiter der Abteilung für Agitation und Propaganda des ZK der UKP*; 1949-1956 *Chef der politischen Hauptverwaltung der Ungarischen Volksarmee*; 1957 *Leiter der Abteilung für Agitation und Propaganda des ZK der USAP*; 1957-1960 Botschafter in Peking und Hanoi; Er war nach 1945 ununterbrochen Mitglied des ZK, 1959 - 1966 Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission.

Györgi Actzél ist 1991,
György Marosán 1992,
Gábor Péter 1993 und
Gyula Kállai ist 1996
verstorben.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Wir übernehmen aus der »Konkursmasse« der »Berliner Linken Wochenzeitung« den Medienrückblick »Festplatte«, der es dort auf vierzig Folgen gebracht hatte. Auch wenn in dieser Kolumne von Wolfgang Sabath in »Utopie kreativ« wegen der Erscheinungsweise unserer Zeitschrift nicht mehr wochenaktuell reagiert werden kann, versprechen wir uns dennoch einen respektlos-vergnüglichen und unkonventionellen Zuzug.

Die Redaktion

Wie es der freundlich gesonnene Vorspruch andeutet: Unser Berichtszeitraum hat sich vergrößert, was dazu führt, daß die Auswahl jener Vorkommnisse, die ich mit Bemerkungen und Anmerkungen bedenke, schwieriger wird. Sei's drum. Blättern wir zunächst im Zentralorgan. Vor einiger Zeit monierte dort ein Leser, daß das Blatt Hermann Kant zu Worte kommen ließ, der sich ironisch – ja, wie denn sonst? – zu den Inszenierungen der deutschen PEN-Zentren äußerte. Der ND-Leser befand, daß H.K. quasi nicht das moralische Recht habe, sich darüber lustig zu machen, sondern er solle schamhaft schweigen. Schließlich sei auch er am Zustand des PEN mitschuldig. Nun, ja, Kant wird sich daran gewöhnt haben, wofür er alles seinen Kopf hinzuhalten hat – aber Artikelverbot? Unerhört! Obwohl: Ich kann des Lesers Einwand nachvollziehen, befand ich mich doch – kaum hatte ich mich wieder abgeregt – einige Tage später urplötzlich in ähnlicher Verfassung und ertappte mich dabei, mir für einen anderen Schreibverbot – mindestens aber Schreibverzicht – herbeizuwünschen. Als sich nämlich ein einst beträchtlicher und rangiger DDR-Kulturfunktionär auf der Kulturseite darüber beschwerte, von einem der Gauck'schen Unrat-Erfasser ungenau recherchiert und in falsche Zusammenhänge gebracht worden zu sein. Dazu muß gewußt werden, daß eben jener Kulturträger, als er einst im Mai als Akademievorsteher, Theaterleiter und ZK-Mitglied noch in Amt und Macht residierte, gelegentlich zu den Schuriglern erster Güte gehören konnte. Insbesondere Journalisten konnten ein Lied von seinem Wirken singen. Und manche, wenn sie nur zurückdenken, singen noch heute. Denn sie haben es nicht vergessen, wie dieser Mann zum Beispiel nahe-

zu jegliche Kritik von seinem Theater fernzuhalten wußte; und wenn sich doch ein Journalist erdreistete (und der Chefredakteur abwesend oder unaufmerksam war), die eine oder andere Inszenierung dieses hauptstädtischen Theaters nicht zu loben, dann konnte unser Protagonist sehr, sehr heftig mit seinem ZK-Ausweis wedeln – oder er ging zum »Genossen Kurt«, sich beschweren. So etwas konnte, wie wir wissen, für eine Redaktion fatale Folgen haben. Und wenn es nur der Herzinfarkt für den Chef einer kulturpolitischen Wochenzeitung war.

Das ist zum Glück Schnee von gestern? Vielleicht nicht ganz. Denn nach meinen – sicher unmaßgeblichen – Beobachtungen rekrutieren sich gerade aus dieser Spezies Einstgenossen jene, die mir heutzutage gelegentlich mit der vor Scheinheiligkeit geradezu tiefenden Frage kommen, ob ich ihnen vielleicht mal den Begriff »Stalinismus« erklären könnte... Jetzt hat der Mann kein Zentralkomitee mehr, bei dem er sich beschweren kann, sondern nur noch die Kulturseite der Sozialistischen Tageszeitung. Soll er. Nur soll er sich nicht wundern, wenn andere mindestens darüber befremdet sind. Das ist das Wenigste, was ihm heute abgefordert werden muß. Aber vielleicht wundert er sich gar nicht. Weiß man's?

Nun sind ja Presseerzeugnisse sowieso nicht dazu da, unseren Seelenfrieden zu hüten, obwohl wir natürlich wahrscheinlich alleamt so gepolt sind, daß wir jene Zeitung (Zeitschrift, Magazin, Rundfunksendung, Fernsehsendung – Zutreffendes bitte unterstreichen) favorisieren, die unseren Meinungen und Vorstellungen am ehesten entsprechen. Doch es gibt natürlich auch Mischformen. So eine Mischform ist zum Beispiel die »junge Welt«. Sie treibt Tag für Tag jedem rechtgläubigen PDSler (und den rechtgläubigen sowieso) ob ihrer weltfremden Radikalität und ihres vermoosten linken Avantgardismus die Zornesröte ins Gesicht und läßt die Adrenalinpiegel hochschnellen. Aber die bemüht-kulturvolle und biegsame Ausgewogenheit, derer sich das ND befleißigt (insbesondere im Umgang mit einstigen »Kulturdissidenten«), ist ja nun auch nicht jedermanns Sache. Da sind die Radikalinskis der »jW« manchmal schon allein durch Überschriften-Formulierungen leserfreundlicher. Am 7. November beispielsweise titelten sie über den Ausgang der amerikanischen Präsidentenwahl:

»Billy wieder Klassensprecher«. Und einen Tag zuvor bedachten sie einen anderen Präsidenten mit der Schlagzeile:

»Operation erfolgreich: Jelzin mit Tschubaipass«.

Obwohl die zweite Überschrift nicht mehr sehr weit weg ist von Kalau: Ein gewisser Spaß beim Lesen stellt sich allemal ein. Und der muß ja sein.

Søren Bald, Peter la Cour, Steen Nepper Larsen (Redaktion):
Demokrati – 40 indlæg,
forlaget Krogerup Humlebæk 1996,
258 S.

Linke in Deutschland schauen immer wieder mit leuchtenden Augen auf das dänische Sozial- und Bildungswesen und die Erfolge mit der Basisdemokratie und im Umweltschutz. Sicher ist einiges verklärt durch das Bemühen, möglichst nah Alternativen zu sozialer Kälte und Politikverdrossenheit in Deutschland zu finden. Doch dieser Blick nach Norden lohnt durchaus, trotz Verklärung.

Zu den Errungenschaften, die tatsächlich genauer betrachtet werden sollten, gehören die Volkshochschulen. Das sind – im Unterschied zu deutschen Volkshochschulen – Internatsschulen, an denen sich Erwachsene in ziemlich allen, meist aber in sozial- und geisteswissenschaftlichen und äußerst selten in naturwissenschaftlichen, Fächern weiterbilden können. Und obwohl es keinen formellen Abschluß gibt, sind sie gut besucht. Stipendien und Staatszuschüsse ermöglichen die Teilnahme relativ unabhängig vom Geldbeutel. Besonders am Beispiel der Volkshochschulen wird deutlich, daß Dänemark es geschafft hat, eine Tradition wach zu halten, die Bildung als »Wert an sich« sieht und nicht der Frage unterordnet, ob es sich denn rechnet, einen Kurs an der Volkshochschule zu belegen.

Eine der renommiertesten Volkshochschulen, die Krogerup Højskole in Humlebæk, nördlich von Kopenhagen, wurde vor fünfzig Jahren gegründet. Aus diesem Anlaß erschien die Textsammlung »Demokrati – 40 Beiträge«.

»Demokrati ist ein unbedingter Positiv-Begriff geworden. Es gibt heute in Dänemark sehr wenige erklärte Antidemokraten.« Wenn Demokratie aber nicht zum Klischee oder zur hohlen Konvention werden sollte, so meinen die Herausgeber, gäbe es gute Gründe, über Demokratie zu reden. Und so stellen in den vierzig Beiträgen Politiker, Theologen, Journalisten, Hochschullehrer und sogar Wirtschaftsleute ihr Demokratieverständnis vor. Ausgangspunkt ist dabei das Buch »Was ist Demokratie?«, geschrieben 1946 von Krogerup-Gründer Hal Koch. Anstelle eines Vor-

worts enthält die Sammlung einen Auszug aus diesem, mittlerweile zum Klassiker gewordenen, Buch.

Die Botschaft lautet: »Demokratie ist das Gespräch«. Demokratie sei eine Lebensform, die angeeignet werden müsse und kein durchzuführendes System. Für Hal Koch war es daher absurd, vom »Sieg der demokratischen Mächte« zu sprechen. Als Antwort auf den gerade besiegten Faschismus war es für ihn durchaus demokratisch, politische Versammlungen mit mehr als fünfhundert Menschen zu verbieten. Überhaupt fand er Mehrheitsentscheidungen nicht notwendigerweise demokratisch, schließlich wurde Hitler ja auch gewählt. Damit sind solche Fragen wie die nach der Kompetenz der Mehrheit bzw. nach der Kompetenz der überstimmten Minderheit oder die Frage nach der Möglichkeit, partikuläre Interessen als allgemeine auszugeben, angesprochen. Ein aktueller Aspekt ist hier auch der vom Verhältnis zwischen Regierung und Opposition bei absoluter Mehrheit der Regierungsfraktion. Eine demokratische Gesellschaft muß sich dazu bekennen, daß alle Entscheidungen relativ sind, daher wird Interesse an der Gesamtheit und der Debatte gebraucht.

Dieses Interesse besteht zumindest bei den vierzig Autoren. In bester dänischer liberaler Tradition gehen die Auffassungen weit auseinander. Der Redakteur Seidenfaden wirft Koch vor, sich zu sehr mit anti-demokratischen Bestrebungen des 19. Jahrhunderts zu befassen und nicht mit den aktuellen, also Faschismus und Kommunismus, während der Historiker Ifversen Koch als anti-politischen Klassiker lobt. Der bürgerliche Ex-Unterrichtsminister Haarder posaunt: »Demokrati ist nicht das Gespräch« und reibt sich an der – effektive und nüchterne Entscheidungen behindernden – 68er-Diskussionskultur, schreibt aber auch über das »autoritäre Gespräch«, einen in Dänemark politisch brisanten Begriff. Der durch seine Dia-Reihe »American Pictures«, eine schockierende Darstellung der Armut der schwarzen Bevölkerung in den USA, bekannt gewordene Jacob Holdt schwärmt wie immer von Frieden und Liebe als Mittel gegen Haß und Gewalt und lehnt deshalb die Demonstrationen vor den Wohnhäusern alter und neuer Nazis ab, die 1994 immerhin zwei deutsche Nazis zur Rückkehr

nach Deutschland zwingen. Schließlich mahnt er, daß Demokratie ohne menschliche Wärme unweigerlich zu »Mehrheitsdiktatur« und »Ghettoisierung« führt. Der Artikel ist für Leute, die seine Dias nicht kennen, weniger eindrucksvoll, weswegen er sich doch besser auf seine Vorträge konzentrieren sollte.

Der wohl inhaltlich und sprachlich reizvollste Beitrag ist der von Jørgen Knudsen: »Das Gespräch und Die Große Maschine«. Nach einer Anekdote über diskussionsunerfahrene Moskauer Umweltschützer und der Feststellung, daß Kochs Vorschlag, Versammlungen mit mehr als fünfhundert Teilnehmern zu verbieten, zwar richtig, im Fernsehzeitalter aber zu pathetisch ist, benennt er als Ursache von Gleichgültigkeit jenes »System aus ökonomischer Rationalität, aus fortwährender Expansion in Produktion und Verbrauch, Investitionen, Marketing und Kauf, Entwicklung und Wachstum, das den gesamten Erdball umspannt, und welches wir alle, sowohl als Produzenten und Verbraucher als auch als Besitzer und als Arbeiter, als Steuerzahler und als Leistungsempfänger mit aufrechterhalten und genießen: Die Große Maschine.« (S. 57) Und diese Maschine duldet im Prinzip keinen Widerspruch, sie »zwingt uns alle unter ihre Macht; aber wir mögen das nicht«, denn: »Eigentlich« wollten wir lieber anders leben, anders handeln.« (S. 58) Denn weil »unsere Lebensweise auf lange Sicht eine Bedrohung für das Überleben der Erde ist, ist es gut, wenn die Schulkinder »umweltbewußt« werden, indem sie an einem bestimmten Tag viele Kilometer Strand vom Abfall befreien, und stört uns der ganze Abfall, den wir vor unser Haus stellen, ist es gut, einen Komposthaufen hinter dem Haus zu haben.« (S. 59) Für Knudsen gibt es ganze drei Antworten auf die Gesellschaft, deren fundamentale Spielregeln ein Widerspruch zu ebenso fundamentalen moralischen Vorstellungen sind, nämlich *die Kultur, den Wohlfahrtsstaat und die Demokratie*. Knudsens Schlußfolgerung aus all dem ist folgende: »Selbst wenn das Volk nicht länger Träger irgendeiner Wahrheit ist, so hätte es vermutlich rebellierte, wenn ihm ein System mit so offensichtlichen Gefahren für die Zukunft von einem Diktator aufgezwungen worden wäre. Jetzt ist die Untergrabung der natürlichen Grundlagen demokratisch legitimiert

und damit beinahe unangreifbar geworden. Vielleicht ist das der Grund, warum die westliche Form der Demokratie in einem Entwicklungsland nach dem anderen zumindest Zulauf gewinnt: Sie ist die gewandteste und billigste Herrschaftsform, die sich Die Große Maschine wünschen kann.« (S. 61f.)

In weiteren Beiträgen geht es unter anderem um die Rolle der Medien, die Aufarbeitung der deutschen Besatzung nach dem Zweiten Weltkrieg, auch die Feststellung eines Unternehmers, daß Demokratie »Wettbewerbskraft« schafft, fehlt nicht. Und schließlich wird natürlich völlig zu Recht auch der Beitrag der Volkshochschulen, insbesondere Krogerups, zur demokratischen Kultur gewürdigt.

Alles in allem präsentiert die Sammlung zwar keine herausragenden neuen Ansätze, gibt aber einen guten Überblick über aktuelle Debatten. Für Nicht-Dänen ist sie lesenswert (eine Übersetzung würde sich also lohnen, das Erlernen des Dänischen lohnt ohnehin), weil die Problematik aus einer für Deutsche ganz anderen Sicht dargestellt ist und diskutiert wird. Außerdem scheinen sich die Dänen die Zeit zu nehmen, über Themen zu reden, über die man hierzulande schon lange nicht mehr spricht. Trotzdem fällt auf, daß viele Autoren sehr stark auf den westlichen oder skandinavischen Demokratiebegriff fixiert sind. Dies mag zwar nicht unbedingt verkehrt sein, immerhin haben die skandinavischen Länder die Ideale der Aufklärung wohl am weitesten umgesetzt, worauf sie auch stolz sein können, dadurch gelingt es aber nicht, mögliche Alternativen (auch zur europäischen Aufklärung) ohne einen unerschwelligten Absolutheitsanspruch und eine gewisse Selbstgefälligkeit zu diskutieren. Dennoch sind die Herausgeber ihrem Anspruch, zur Diskussion und zum Nachdenken über Demokratie anzuregen, bestens gerecht geworden. Das Buch ist übrigens vorwiegend zum Gebrauch an Gymnasien und Hochschulen gedacht. Es ist also in gewisser Weise ein Schulbuch. Trotzdem kann Knudsen die »freiheitlich demokratische Grundordnung grundlegend in Frage stellen«. So etwas paßt in Deutschland eventuell ins Feuilleton, dürfte in deutschen Schulbüchern aber eher selten anzutreffen sein. Obwohl oder vielleicht gerade weil in Dänemark recht großzügig über einige Betriebsgeheimnisse

unseres Systems geplaudert wird, ist Dänemark wohl sozial, ökonomisch und politisch eines der stabilsten Länder der Welt. Auch mit Minderheitsregierung, »Wildwuchs von Sozialleistungen«, plebiszitären Elementen, Windrädern und Radfahrern.

MARKO HOFFMANN

Elena Poniatowska:
Tinissima – Der Lebensroman
der Tina Modotti,
Suhrkamp Verlag
Frankfurt am Main 1996,
480 S. (48,00 DM)

Zum richtigen Zeitpunkt kommt dieser umfangreiche Roman über das Leben der großen Fotografin und politischen Kämpferin Tina Modotti in die deutschen Buchläden.

Am 16. August diesen Jahres – oder war es der 17. – wäre Tina Modotti 100 Jahre alt geworden. Schon bei ihrer Geburt schleicht sich etwas mystisches in ihre Biographie. Die Kirchenbücher der norditalienischen Stadt Udine weisen den 16., das Standesamt den 17. August 1896 als Tag der Geburt von Assunta Adelaide Luigia Modotti aus. Und so boten viele weitere Punkte ihres Lebens immer wieder Grund zu Spekulationen. Der Tod ihres Lebensgefährten Julio Antonio Mella, der Grund ihrer Ausweisung aus Mexiko, ihre Rolle in Moskau, Frankreich und Spanien, ihr Verhältnis zu ihrem Landsmann Vittorio Vidali und nicht zuletzt ihr früher Tod mit 46 Jahren. All diese Dingen boten Stoff für Phantasiegeschichten, die sich gut vermarkten ließen.

Von dieser Art der Lebensbeschreibung hebt sich Elena Poniatowskas Roman in angenehmer Weise ab. Einfühlsam und mit einem hohen Wissen über Fakten und Dokumente schildert sie das wechselvolle Leben Tina Modottis. Der Roman beginnt mit der stärksten Zäsur in ihrem Leben, mit der Ermordung ihres Liebhabers, des politischen Emigranten Julio Antonio Mella, der 1929 von Agenten des kubanischen Diktators Machado auf offener Straße erschossen wird. Es folgen

schwere Zeiten für Tina: Hausarrest, tagelange Verhöre und eine Kampagne der Boulevardpresse gegen sie, letztendlich die Ausweisung aus Mexiko. In den folgenden Kapiteln wird dem Leser der Lebensweg Tina Modottis bis zu diesem Einschnitt näher gebracht. Ihr Leben und ihre Ehe mit Robo Richey, ihre kurze Episode in der Glitzerwelt Hollywoods, Erinnerungen an ihre Kindheit in Norditalien sowie ihre Begegnungen mit Literaten und Künstlern im Westen der USA, besonders die mit dem Fotografen Edward Weston. Man erlebt förmlich die Begeisterung nach, die Weston bei Tina Modotti für die Fotografie entfachen konnte. Die Zeit, die sie anschließend mit ihm in Mexiko verbringt, ist ausgefüllt mit Kontakten zu Künstlerkreisen, literarischen Zirkeln und politischen Gruppen. Detailliert und mit großer Akribie breitet Poniatowska diese Periode vor dem Leser aus. Diego Riviera, Frieda Kahlo, Lola und Manuel Alvarez Bravo, Gustavo Ortiz Hernán und natürlich Edward Weston, das sind nur die bekanntesten Personen, die der Leser aus der mexikanischen Zeit kennenlernt. Mit gleicher Genauigkeit und hohem Maß an zeitgeschichtlichem Hintergrundwissen baut der Roman auch die Kapitel über Modottis Leben in Berlin auf. Man erfährt von ihrer Begegnung mit der Fotografin und Galeristin Lotte Jacobi, von ihrem Kontakt mit Münzenbergs Agentur Union-Bild und von der für sie fremden Form des dort betriebenen Fotojournalismus. Weitere Kapitel sind der Moskauer Zeit und ihrer engagierten Arbeit für die Internationale Rote Hilfe (MOPR) gewidmet. Es folgt ihr Weg über Frankreich in den Spanischen Bürgerkrieg. In Spanien arbeitete Tina Modotti unter dem Decknamen Maria. Als Krankenschwester in einem Arbeiterkrankenhaus gerät sie in ihrer aufopferungsvollen Art an physische und psychische Grenzen. Auch in Spanien ist sie weiterhin für die Rote Hilfe tätig.

Dem historischen Wissen der Autorin ist es zu verdanken, daß weder ein verklärter noch antikommunistischer Blick auf die Zeit des Spanischen Bürgerkrieges vermittelt wird. Gleichberechtigt, als Fakten aus der Geschichte, wird der Kampf der POUM und der der Internationalen Brigaden, werden der Anarchist Durriti und die Pasionaria gewürdigt.

Die letzten Buchkapitel sind dem Leben Tina Modottis nach diesem Krieg reserviert. Unter falschem Namen, als spanische Lehrerin Carmen Ruiz Sánchez, reist sie im April 1939 über die USA in das Land ein, das sie 1930 ausgewiesen hatte. Still und zurückgezogen lebt sie bis zu ihrem frühen Tod – am 5. Januar 1942 – in Mexico City.

Tinissima ist ein Roman, der voller Spannung steckt, daß man ihn nicht enden lassen möchte, zumindest ist es mir beim Lesen so ergangen. Die einfühlsame und Anteilnehmende Art, die in den Fotografien Tina Modottis zu spüren ist – von denen Erwin Egon Kisch sagte, sie seien vollkommene Gemälde –, versteht die Autorin des Romans stimmungsvoll literarisch umzusetzen. Es entsteht eine Nähe zu Tina Modotti und dadurch eine mitreißende Lebensgeschichte dieser faszinierenden, außergewöhnlichen Frau. Die Mischung aus Fiktion und Biographie, aus historischen Fakten und Hintergrundinformationen, das Ganze aufgelockert durch Passagen aus persönlichen Briefen Tina Modottis und nicht zuletzt durch eine Reihe von Fotos von Edward Weston, Robert Capa und selbstverständlich vielen Modotti-Fotos macht das Buch zu einem gelungenen Werk.

Es bleibt nicht verborgen, daß die Autorin dieses Bandes eine zehnjährige intensive Forschungsarbeit über Tina Modotti betrieben hat, in Archiven und Nachlässen stöberte und in unermüdlicher Kleinarbeit Interviews mit wichtigen Zeitzeugen und Wegbegleitern Modottis führte. Die Liste mit Namen der Befragten füllt allein zwei Seiten im Anhang des Buches, die durch die Aufreihung der Sammlungen, Archive und Forschungsstellen ergänzt wird, in denen Poniatowska gearbeitet hat. Es ist ihr wirklich hoch anzuerkennen, daß sie all diese Details zu diesem lesenswerten Buch zusammengestellt hat. Zu danken ist in diesem Zusammenhang auch Christiane Barckhausen, selbst langjährige Modotti-Forscherin und -Biographin, die diesen 1992 in Mexiko erschienenen Roman übersetzt hat und so dem deutschen Leser zugänglich macht.

SIEGFRIED BRESLER

Mohsen Massarrat:
Endlichkeit der Natur und Überfluß
in der Marktökonomie.
Schritte zum Gleichgewicht,
Metropolis-Verlag Marburg 1993,
267 S.

Die Problematik der Erschöpfbarkeit von Ressourcen und das Phänomen sinkender Rohstoffpreise auf den Weltmärkten wurde schon von vielen Autoren behandelt. Massarrats Analyse ragt hier in einer Reihe von Punkten heraus, weil sie den Forschungsgegenstand historisch und allseitig logisch (d.h. auch »ökologisch«) betrachtet und – frei von vermeintlichen Sachzwängen – alternative Lösungsansätze anbietet. Darüber hinaus ist die Arbeit verständlich geschrieben und systematisch aufgebaut.

Massarrat beginnt zunächst mit den inzwischen weitläufig bekannten Ursachen für das Scheitern des osteuropäischen Staatssozialismus – »jahrzehntelang wurde dort von der ökonomischen und der ökologischen Substanz gezehrt. Das System war ökonomisch nicht dauerhaft, sein Anspruch auf soziale Gleichheit reichte für seine politische Legitimation nicht mehr aus und mußte unausweichlich an ökonomischen, ökologischen und letztlich auch an sozialen Herausforderungen der Gegenwart scheitern« (S. 11).

Doch für die westliche Marktökonomie in ihrer heutigen Struktur sind die Aussichten nicht besser. Viele ihrer faszinierenden Eigenschaften sind Resultat ungläublicher Verschwendung und Zukunftsblindheit. Seit Jahrzehnten werden die Weltmärkte mit erschöpfbaren natürlichen Ressourcen überschwemmt. Die Preise dieser nicht reproduzierbaren Güter sind trotz ihrer Eigenschaft der Erschöpfbarkeit nicht gestiegen sondern gesunken. Diese Erscheinung ist nach Massarrat das genaue Gegenteil von einem nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen. Der vermeintliche Überfluß an knappen Ressourcen ist zudem auch höchst ungleichmäßig verteilt. Ein Fünftel der Weltbevölkerung konsumiert den überaus größten Teil der natürlichen Ressourcen – 86 Prozent des Aluminiums, 81 Prozent des Papiers,

80 Prozent von Eisen und Stahl sowie 75 Prozent der kommerziell erzeugten Energie. Ein Großteil dieser Materialien stammt aus Entwicklungsländern. »Kraß formuliert kann gesagt werden, daß das reiche Fünftel der Weltbevölkerung im Norden nicht nur die künftigen Generationen ihrer Lebensgrundlage beraubt, sondern schon heute den armen vier Fünfteln der Weltbevölkerung ... buchstäblich die Lebensgrundlage unter den Füßen wegzieht und sie obendrein mit den Schadstoffen und dem Müll seines Konsums belastet. Die Marktökonomie im Norden gedeiht offensichtlich zu Lasten der Natur, der künftigen Generationen und der großen Mehrheit der Menschen in der Gegenwart.« (S. 12)

Massarrat bewertet die rasante ökonomische Entwicklung der Industrieländer unter ökologischem Aspekt. Dank der Revolutionierung des Transportwesens und geographisch-ökologischer Vorteile konnten die Früchte der Natur des gesamten Globus in die nördlichen Wachstumsinseln verfrachtet werden. Im Gegensatz zu der bei großen Teilen der Bevölkerung verbreiteten Auffassung geschah dies nicht nur durch Markteffizienz und als Folge der internationalen Arbeitsteilung, sondern zu einem beachtlichen Teil durch politische und militärische Intervention. »So verhinderten die Industrienationen eine den natürlichen Gegebenheiten angepaßte und nachhaltige ökonomische Entwicklung sowohl im Norden wie im Süden ... künstlicher Überfluß und politisch regulierte Dumpingpreise bei erschöpfbaren Ressourcen ermöglichten ... das ökonomische Wachstum auf wenigen Wohlstandsinseln...« (S. 12). D.h. auch die »erfolgreichen« marktökonomischen Modelle leben von der Substanz und verletzen – tiefgreifender und fundamentaler als die Planwirtschaften – die Gesetze nachhaltiger Entwicklung. Die globalen ökologischen und sozialen Folgen des marktökonomischen Systems dürften folglich für die Menschheit gravierender sein. Ein Scheitern der jetzigen Politik ist vorprogrammiert, die Perspektiven einer solchen Entwicklung liegen jedoch noch völlig im Dunkeln.

Ungeachtet dieser Bedrohung führt die Neoklassik den Wohlstand des Nordens weiterhin auf die hohe Effizienz der Marktökonomie und die Leistung der Marktteilnehmer

zurück. Sie bestreitet mehr oder weniger, daß dieser Wohlstand zu einem beträchtlichen Teil der übermäßigen Ausbeutung der Natur und der Zerstörung der Umwelt zuzurechnen ist. Die Natur ist als Produktionsfaktor aus ihrem Theoriengebäude weitgehend verbannt. Die neuerlichen Versuche der Neoklassik, die externen Produktionskosten in den Wirtschaftsprozess einzubeziehen, sind nach Massarrat zaghaft und ohne praktische Konsequenz. Setzen sich die Neoklassiker durch, wäre die Annahme berechtigt, daß sich Marktökonomie und nachhaltige Wirtschaft ausschließen.

Doch dem Marktprinzip ist nicht die ganze Misere ökologischer wie sozialer Verwerfungen anzulasten. »Vielmehr ist es die Verschmelzung des Marktes mit Macht, des Marktes mit Sonderinteressen von einflußreichen sozialen Gruppen, mit Interessen von Staaten« (S. 13), die als verhängnisvolle Allianz das Überleben der gesamten Menschheit beeinträchtigt. Daraus leitet Massarrat die prinzipielle Möglichkeit von Reformen ab, die das Ziel haben müssen, globale ökologische Katastrophen und soziale Explosionen noch rechtzeitig zu verhindern, wobei bei ihm der Festsetzung von Obergrenzen des Verzehrs an Ressourcen, der sozial gerechten Verteilung ihrer Nutzung und der Überwindung von Dumpingpreisen für natürliche Ressourcen eine Schlüsselrolle zukommt.

Für Massarrat ist bei der Analyse der Verbindung von Markt und Macht das Marxsche Theoriengebäude nach wie vor unverzichtbar. »Dessen Schwäche liegt allerdings darin begründet, dynamische Marktprozesse nicht beschreiben zu können. Die Neoklassik schließt dagegen historische und politisch-ökonomische Faktoren aus ihrer Betrachtung aus, verfügt jedoch über Instrumente und Erklärungsmuster, die die ökonomischen Prozesse in ihrer Dynamik erfassen und beschreiben können. Eine Verbindung zwischen Marx und Neoklassik durch Modernisierung des ersteren und Politisierung der letzteren ist daher naheliegend und auch notwendig...« (S. 14).

Teil eins des Buches ist der historisch-theoretischen Analyse gewidmet. Interessant ist hier vor allem die Evolution der Neoklassik, die bis zum Ende des 19. Jh. natürli-

chen Faktoren durchaus eine gewisse Knappheit zuerkannte. Das spätere periodische Auftreten von Überproduktion und die sinkenden Preise für Rohstoffe führten jedoch bald zur Verdrängung dieser Ansicht – trotz Erdölchock und wachsendem Umweltbewußtsein schienen natürliche Ressourcen jederzeit im notwendigen Umfang verfügbar zu sein.

Davon ausgehend setzt sich Massarrat mit traditionellen Erklärungsmustern für die niedrigen oder sinkenden Rohstoffpreise auseinander. Sowohl systemkritischen als auch neoklassischen Erklärungen mangle es an einer ganzheitlichen Analyse, die monetäre, physikalisch-stoffliche und physikalisch-thermodynamische Kategorien erfassen müsse. In diesem Zusammenhang ist für den Autor die weit verbreitete Auffassung, Marx hätte mit seiner Arbeitswerttheorie die ökologischen Fragen weitgehend ausgeblendet, nicht haltbar, wobei er insbesondere auf den dritten Band des »Kapital« Bezug nimmt und verdeutlicht, daß hier sehr wohl Fragen der besonderen Preisbildung bei erschöpfbaren und/oder monopolisierbaren Naturressourcen ausführlich behandelt sind.

Insgesamt geht es Massarrat jedoch weniger um die Fehler und Lücken ökonomischer Theorien als vielmehr um die (veränderbaren) Rahmenbedingungen von Marktwirtschaften. In einem historischen Exkurs arbeitet er deshalb ausführlich heraus, daß nicht nur die Mobilitätsrevolution zur Verbilligung von Agrarzeugnissen und Rohstoffen beitrug, sondern ebenso die untergeordnete Stellung des Südens in der kapitalistischen Weltwirtschaft unter Verletzung des Marktregimes (»Dualsystem«). Ohne dieses System und globale Dumpingpreise hätte es das fordistische Industrie- und Kommunikationssystem in seiner jetzigen expansiven Form nicht geben können. Erst mit ausreichenden und billigen Energieträgern und Rohstoffen wurde die preisgünstige Produktion von Massengütern überhaupt erst möglich. Massarrat bringt hier den ausführlichen Nachweis, daß es sich bei den heutigen Rohstoffpreisen nicht um wirkliche, alle Kostenfaktoren einschließende Marktpreise handelt, sondern um Dumpingpreise. Diese Preise sind auf rein betriebswirtschaftliche Kosten reduziert. Sie enthalten weder die Ressourcenkapitalkosten noch die (externen)

ökologischen »Kosten« (vgl. 38f.). Im zweiten Teil des Buches weist Massarrat schließlich nach, daß bei fossilen Energieträgern wie Erdöl die Weltmarktpreise tendenziell selbst unter die weltweit durchschnittlichen betriebswirtschaftlichen Kosten auf die jeweils regional günstigsten notwendigen Aufwendungen gedrückt werden, was sich vor allem der wachsenden Interessenverflechtung der Ölmonarchen über Kapitalanlagen mit den Konjunkturen westlicher Wirtschaften verdankt – die Profite aus Kapitalanlagen übersteigen längst die Gewinne aus dem Erdöl-Geschäft.

Was beim Öl besonders sichtbar wird, läßt sich auch bei der Preisbildung für viele andere Rohstoffe nachweisen. Die neoliberale These von Freihandel und vollkommenem Markt ist eine Fiktion. In Wirklichkeit befinden sich die Länder des Südens durch Monokulturen, Umweltzerstörung, Schuldenfalle und Protektionismus in einer außerordentlich unfreien weltwirtschaftlichen Position. Massarrat resümiert: »Sinkende Rohstoffpreise sorgen offensichtlich dafür, daß sich das ökonomische System – und damit der Norden – sowohl vom natürlichen System wie vom sozialen System – und damit vom Süden – abkoppelt und in der gefährlichen illusionären Vorstellung, sich beide Systeme unterwerfen zu können, jene gewaltige Spannung erzeugt, die sich in ungeahnten ökologischen und/oder sozialen Katastrophen entladen kann. Die gegenwärtigen Umweltkatastrophen ... sowie die Migrationsbewegungen von Süd nach Nord müssen als zunehmende Warnsignale des natürlichen bzw. des sozialen Systems gegenüber dem ökonomischen System interpretiert werden« (S. 38).

Wie könnte der Ausweg aus dieser fundamentalen Widerspruchskonstellation aussehen? Massarrat setzt sich mit den verschiedenen Ansätzen für Entwicklungsalternativen hinsichtlich Problemsicht und Lösungskapazität auseinander. Zur neoklassischen Schule, deren prominenteste Vertreter bis zur Behauptung von der völligen Ersetzbarkeit natürlicher Rohstoffe gehen, bemerkt er: »Die fehlende Distanz zur ökonomischen Realität, das fehlende Geschichtsbewußtsein und die Fixierung auf subjektiv definierbare Kategorien ... erklärt die »verblüffende« Erkennt-

nis, daß nicht erneuerbare Güter eigentlich nicht erschöpfbar sind und dagegen ausgerechnet die erneuerbaren zu knappen Gütern geworden sind«. (S. 106f.) Aber auch Strömungen, denen die Umwelt sehr am Herzen liegt, die sich aber nur mit ethisch-normativer Orientierung begnügen, können nicht viel Neues für ein anderes Verhältnis der Ökonomie zur Natur beitragen. Die sich teilweise an Keynes orientierende Strömung, die »wahre Preise« im Rahmen einer ökologischen Steuerreform fordert, wird von Massarrat wegen unzureichender Argumentation kritisiert. Es kann nicht nur darum gehen, außer den betriebswirtschaftlichen Kosten auch die volkswirtschaftlichen Reparatur- und Folgekosten zu erfassen. Weil die gegenwärtige Generation von der Substanz lebt, müssen die realen Kosten dieser Existenzweise als Faktor in die Preisbildung der verbrauchten Rohstoffe mit eingehen. Die damit entstehenden realen Rohstoffpreise könnten nach Massarrat einen grundlegenden Umbau des ökonomischen Systems erzwingen. Durch die Rückverlagerung des ökonomischen in das ökologische System würde das Zusammenrücken beider dauerhaft und ein gleichgewichtiges Gesamtsystem wäre wieder erreichbar.

Wird bei einer ökologischen Steuerreform jedoch die Fortexistenz des »Dualsystems« ausgeblendet, könnten sich einige nicht erwartete, unangenehme »Überraschungen« ergeben. Die Atomindustrie könnte von manchen Steuern profitieren und viele OPEC-Staaten würden verminderte Exporterlöse durch Überproduktion auszugleichen versuchen. Die Preise blieben niedrig und der überkommene Mechanismus intakt.

Letztlich bleibt nur übrig, den Rohstoff-/Energieträgerexporteuren des Südens erkennbare Vorteile zu gewähren. Die Festlegung von Obergrenzen für den Ressourcenverbrauch, eine weltweite Energiesteuer mit ökologischer Zweckbindung, eine Energiekonvention und eine UN-Energieaufsichtsbehörde, der Abbau preisverzerrender Subventionen, gezielte Finanz- und Technologietransfers in den Süden, Besteuerung der Differentialrente und öffentliche Kontrolle der strategischen Entwicklungsgebiete spielen für Massarrat eine wichtige Rolle. Sind die Rahmenbedingungen geklärt, so kann man

den Rest nach Massarrat getrost dem Markt überlassen.

Der Autor setzt dabei voraus, daß der Ausstieg aus der Atom-Energie politisch gewollt ist und regionale Initiativen (z.B. im EU-Rahmen) Alleingänge erzwingen. So sei ein deutscher Sonderweg, angesichts des hochentwickelten Wirtschaftspotentials durchaus möglich, kurzfristige Wettbewerbsnachteile können durch langfristige Vorteile infolge innovativer Prozesse wieder ausgeglichen werden.

Wie schnell sich vernünftige Ansichten durchsetzen können, ist heute nur schwer einschätzbar. Aber Veränderungen des Weltklimas und die Zunahme umweltbedingter Katastrophen und Krankheiten können die Stimmung für eine radikale Reformvariante entstehen lassen – vielleicht.

REINHARD GRIENIG

Herbert Brücker:
Privatisierung in Ostdeutschland.
Eine institutionen-ökonomische
Analyse,
Campus Verlag
Frankfurt/New York 1995,
419 S. (98,00 DM)

Zum 31.12.1994 wurde die Treuhandanstalt in Berlin aufgelöst. Ihre ordnungspolitische Aufgabe, die Privatisierung des Volkseigentums der DDR, hat sie weitestgehend erfüllt. Als Nebeneffekte sind allerdings die Deindustrialisierung Ostdeutschlands, der Abbau von mehr als drei Millionen Arbeitsplätzen und ein Milliarden-Defizit in der Abschlußbilanz zu verzeichnen. Angesichts dieser Fakten ist keine konsensuelle Wertung der Tätigkeit der Treuhand möglich. Vielmehr wird dieses Thema nach wie vor kontrovers diskutiert, und – je nach Interessenlage und Position – unterschiedlich beurteilt. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß der Autor vorliegender Studie den Versuch unternommen hat, den gesamten Prozeß der Privatisierung unvoreingenommen zu analysieren und wissenschaft-

lich zu durchleuchten. Und zwar in bisher umfassendster Weise, sowohl was die theoretische Argumentation anbetrifft als auch im Hinblick auf die Empirie.

Brücker bedient sich dabei der theoretischen Grundlagen und des Instrumentariums der sogenannten Neuen Institutionenökonomie. Dieser Ansatz ermöglicht es ihm, die Eigentumsfrage gebührend, das heißt als zentrale Frage der Wirtschaftstheorie, zu behandeln. In der klassischen Politischen Ökonomie von Adam Smith bis Karl Marx stand der Eigentumsbegriff immer im Zentrum der ökonomischen Theorie. Dann aber, insbesondere seit Leon Walras, vollzog sich hier ein Bedeutungswandel zugunsten des Marktmechanismus. Mit der Neuen Institutionenökonomie erfährt die Eigentumsfrage gegenwärtig eine Aufwertung, »eine theoretische Renaissance« (S. 23), die sich der Autor zunutze macht.

Die Anlage der Studie folgt einem deduktiven Muster. Am Anfang steht die theoretische Begründung der Privatisierung. Dabei stützt sich der Autor auf zwei Aspekte, auf die notwendige Kohärenz der Marktwirtschaft und auf das Effizienzargument. In einem zweiten Schritt werden dann die Effizienz- und Verteilungseffekte verschiedener Privatisierungsverfahren analysiert. Drittens schließlich wird, sozusagen exemplarisch, die Privatisierungstätigkeit der Treuhandanstalt in Ostdeutschland untersucht. Dieser Teil der Arbeit erstreckt sich auf mehr als die Hälfte des Buches und rechtfertigt den Titel.

Brücker behandelt nicht nur ein interessantes und aktuelles Thema. Er tut dies auch auf eine abwechslungsreiche und bemerkenswert gekonnte Art und Weise, so daß sich der anspruchsvolle Text, ausgenommen die Kapitel 4 und 12.2., die mathematische Kenntnisse erfordern, recht flüssig liest.

Sehr schlüssig wird im ersten Teil herausgearbeitet, daß die Privatisierung der »Durchsetzung einer harten Budgetrestriktion« als »Voraussetzung für die Kohärenz einer Marktwirtschaft« dient. Und daß zweitens »von der Privatisierung ... – sofern keine externen Effekte auftreten – Effizienzgewinne zu erwarten sind« (S. 79). Im Anschluß daran werden die Allokationseffekte der wichtigsten sechs Privatisierungsverfahren komparativ untersucht. Die Ergebnisse der Analyse blei-

ben jedoch verhältnismäßig abstrakt. Eine Verifikation anhand der Resultate unterschiedlicher Vorgehensweisen in einzelnen Transformationsländern erfolgt nicht.

Sodann wird der »beschränkte Bieterwettbewerb« als ein wesentlicher Mangel im Privatisierungsprozeß ausgemacht. Infolge beschränkter Kompetenzen und Vermögen der Bieter einerseits und wettbewerbsunterbindender Privatisierungsverfahren andererseits, erfolgte die Privatisierung faktisch unter Bedingungen, die dem Modell eines »bilateralen Monopols« entsprechen. Die Folge dieser Konstellation ist, daß alle Vorteile bei den Käufern und Investoren konzentriert sind und folglich die Nettoerträge der Privatisierung nicht dem Verkäufer, sondern dem Käufer zugute kommen. Dies erklärt dann zu einem Gutteil die defizitäre Abschlußbilanz der Treuhandanstalt und die Privatisierungsgewinne der Käufer!

Im fünften Kapitel verläßt der Autor die wirtschaftstheoretische Ebene und widmet sich den Verteilungs- und Wohlfahrtseffekten der Privatisierung sowie den damit verbundenen ethischen Problemen. Im Zentrum steht dabei die Frage nach den neuen Eigentümern in den Transformationsökonomien. Drei Gruppen kommen dafür in Betracht:

die frühere Nomenklatura, die Vertreter der sogenannten Schattenwirtschaft resp. »Mafia« und ausländische Investoren (S. 163). Egal, welche Privatisierungsmethoden angewendet werden: In jedem Falle erfolgt eine Umverteilung öffentlichen Vermögens zugunsten der besser Gestellten (S. 178). Während dies in Rußland, Tschechien, Polen usw. vor allem die ersten beiden Gruppen sind, partizipierten in Ostdeutschland zu 90 Prozent westdeutsche Unternehmen an der Privatisierung. Letztere geriet dadurch zu einem gigantischen Ost-West-Transfer. »Ethisch«, schreibt Brücker, »kann diese Umverteilung nur dann gerechtfertigt werden, wenn durch sie auch die Wohlfahrt der am schlechtesten Gestellten erhöht wird« (S. 178). Ob das auf Ostdeutschland – auch langfristig – zutrifft, bleibt abzuwarten.

Der Erfolg der Privatisierung hängt von den wirtschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen ab. Diese wurden in Ostdeutschland mit der Währungs- und Wirtschaftsunion gesetzt. Im Unterschied zu den anderen Trans-

formationsländern existierte damit in Ostdeutschland von Anfang an eine stabile Währung. Die Kehrseite dessen war jedoch der Wegfall des Wechselkurspuffers und die sofortige Integration der ostdeutschen Wirtschaft in den westdeutschen Wirtschaftsraum, in die EU und in den Weltmarkt. Drittens wurde die ostdeutsche Währung durch den Umtauschsatz faktisch aufgewertet, während alle anderen Länder des ehemaligen RGW abgewertet haben. Viertens war der Exporteinbruch für Ostdeutschland besonders schmerzhaft. Fünftens war es nach der deutschen Vereinigung unvermeidbar, daß die Löhne stiegen und damit die Faktorkosten. Und sechstens schließlich wird die Systemtransformation durch hohe Transferzahlungen aus öffentlichen Mitteln gesamtdeutsch abgedeckt. In bisherigen Darstellungen werden diese Besonderheiten der ostdeutschen Transformation immer sehr unkritisch und positiv gewertet. Brücker betont dagegen ihre Zwiespältigkeit, indem er auch die negativen Konsequenzen aufzeigt. So war der wirtschaftliche Einbruch in keinem Land tiefer als in der Ex-DDR. Und nirgends nahm der Beschäftigungsabbau auch nur annähernd solche Dimensionen an wie in Ostdeutschland.

Besonders schwer wiegt in diesem Zusammenhang die weitestgehende Entwertung des ostdeutschen Kapitalstocks. Durch die schockartige Transformation der makroökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen und die bedingungslose Integration der ostdeutschen Wirtschaft in den Wirtschafts- und Währungsraum der BRD wurde das faktorspezifische, an bestimmte Verwendungsbedingungen gebundene Kapital der ostdeutschen Unternehmen weitgehend entwertet. Die Treuhandanstalt mußte folglich einen Kapitalstock privatisieren, »der unter den gegebenen Kosten- und Produktivitätsbedingungen obsolet geworden ist« (S. 198). Sehr aufschlußreich ist die Analyse der Transformation des Rechtssystems im siebenten Kapitel. Hier wird nachgewiesen, daß jede nur denkbare Möglichkeit genutzt wurde, um mit den Mitteln des Rechts den Marktpreis des ostdeutschen Produktionspotentials zu drücken und die Position westdeutscher Bieter und Alteigentümer zu stärken. So entbehrt

zum Beispiel die Entscheidung für die Naturalrestitution jeglicher ökonomischer Rationalität und Logik. Sie trug aber nicht unerheblich zu einer Wertsenkung und zur Verunsicherung der Investoren bei (S. 230).

Die Abschnitte über die Treuhandanstalt sind sehr sachlich gehalten. Ihr kritischer Charakter offenbart sich erst bei genauer Lektüre. So zeigt der Autor, daß es unmöglich ist, binnen vier Jahren 8.482 Betriebe (bzw. 14.000 Unternehmen nach erfolgter Aufspaltung der VEBs) und zahlreiche weitere Objekte in der Land- und Forstwirtschaft, im Bergbau usw. nach ökonomischen Gesichtspunkten zu privatisieren. Zwischen 1980 und 1987 wurden weltweit (!) nicht mehr als 1.000 Unternehmen privatisiert (S. 298). Dies zum Vergleich. Offensichtlich war in Ostdeutschland von vornherein kein wirklicher Verkauf vorgesehen, sondern ein Transfer, wie er dann ja auch stattfand.

Die objektive Seite dieses Prozesses ist in der mit der Währungsunion zwangsläufig verbundenen Entwertung des Kapitals zu sehen. Die subjektive Seite tangiert die Tätigkeit der Treuhandanstalt, ihre Geschäftspolitik. Brücker analysiert unter diesem Aspekt die extrem niedrigen Privatisierungserlöse der Treuhandanstalt (S. 330), die Verkaufspraktiken, die Interessenlage der Verkaufsagenten der Treuhandanstalt, wovon derzeit 180 unter Strafanzeige stehen (Berliner Zeitung vom 12. Februar 1996), die Zuwendungen der Treuhandanstalt an Investoren in zweistelliger Milliardenhöhe (S. 331) usw. Es spricht vieles dafür, daß die Treuhandanstalt »in vielen Fällen ihre Verhandlungsposition geschwächt hat und die Privatisierungsstrategie nicht effizient umgesetzt wurde«. Andererseits hat die Treuhandanstalt »den Käufern in Form von Preisnachlässen und negativen Verkaufspreisen« Subventionen gewährt für Beschäftigungs- und Investitionszusagen, deren Einhaltung kaum kontrolliert und nur in den seltensten Fällen durchgesetzt wird.

Alles in allem, so resümiert der Autor, hat die Treuhandanstalt ihren Privatisierungsauftrag erfüllt und damit zu einer Erhöhung der Produktionseffizienz beigetragen. Das dies »jedoch nicht zwingend mit der Erfüllung anderer wohlfahrtsökonomischer Ziele wie Vollbeschäftigung oder hohem

Wirtschaftswachstum verbunden« sein muß, belegen die Erfahrungen der ostdeutschen Transformation. Angesichts der makroökonomischen Folgen muß die positive Gesamtwertung der Privatisierung, zu der der Autor im Schlußkapitel neigt, in Frage gestellt werden. Hier wäre eine stärker problematisierende Sicht vielleicht zutreffender gewesen.

ULRICH BUSCH

Alister Sparks:
Morgen ist ein anderes Land.
Südafrikas geheime Revolution,
aus dem Englischen von
Malte Friedrich,
Berlin Verlag Berlin 1995,
350 S. (39,80 DM)

Alister Sparks, ein bekannter kritischer südafrikanischer Journalist hat ein Buch geschrieben, das für das Ende der DDR noch auszustehen scheint: die Geschichte der aktiven und schöpferischen Rolle der Geheimdienste und die Wahrheit von Verschwörungstheorien für sozialen und politischen Wandel. Gleichzeitig ist es ein Buch über die überragende Rolle von Persönlichkeiten in verfeindeten politischen Lagern geworden, die in einer Schlüsselstunde gemeinsame Wege in eine friedliche Zukunft zu gehen bereit waren. Und es ist ein Buch über die mögliche Wandelbarkeit von Herrschaftsstrategien in der veränderten, nun postsozialistischen Welt.

Natürlich ist der Bezug auf die DDR und die Rolle der Geheimdienste nur ironisch gemeint, denn trotz aller Bemühungen sind zwar marginale Wirkungen der Geheimdienste aus Ost und West im Umkreis des Herbstes '89 auszumachen, aber jene rühmliche Rolle, die S. für sein Land festschreibt, ist hier kaum nachvollziehbar. Dafür ist das Beispiel Südafrika aber für die Verhältnisse der DDR und des vereinten Deutschlands auch deshalb so brennend aktuell, weil es Fragen von Systemtransformation, Vergangenheitsbewältigung, vor allem aber Versöhnung bislang positiv beantwortet. Dabei ist es jedoch am Kap der Guten Hoffnung noch offen, ob diese

Zuversicht auf Versöhnung weiter trägt – oder aber, ob die Last der Vergangenheit durchschlägt und die Wunden neu aufgerissen werden.

S. zeichnet aus Sicht der politischen Akteure in Regierung, Geheimdiensten und ANC das knappe Jahrzehnt nach, das das Ende der Apartheid und den Triumph des ANC, den Sieg von »one man – one vote« brachte. Bis Ende der 80er Jahre waren alle Reformversprechungen der Weißen gleich dem »Ver-rücken der Liegestühle an Deck der Titanic« (S. 16). Da bescherte die Geschichte, »so bald nach Michail Gorbatschows Perestrojka, ein weiteres Reformwunder« (S. 21). Mit F.W. de Klerk hatte ein weißer Politiker an der Spitze der Nationalpartei Konsequenzen aus der veränderten Weltlage und der latenten inneren Krise gezogen, seinen politischen Ziehvater P.W. Botha gestürzt und einen Prozeß in die Wege geleitet, an dessen Ende er sich selbst aus der Macht herausverhandelt hatte.

Es war kein einseitiger Prozeß. Seit 1985 hatten Vertreter der Regierung und des Geheimdienstes diese Wandlungen vorbereitet. Sie erkannten, daß es ihnen nichts nutzte, mit N. Mandela den populärsten ANC-Führer gefangen zu halten. Deshalb suchten sie das Gespräch mit ihm, verbesserten seine Haftbedingungen, fuhren ihn schließlich heimlich durch's Land, um ihn auf seine Freilassung vorzubereiten. Anfänglich war das mit der Erwartung verbunden, über die Person Mandelas den ANC im Lande und im Exil gegeneinander auszuspielen, gar Mandela »umzudrehen«.

Das scheiterte aus zwei Gründen. Einmal erwies sich der innere Widerstand des ANC, von den Massen in den Townships getragen, als nicht zu stoppen. Andererseits ließ Mandela sich nicht brechen oder korrumpieren. Der einstige Befürworter des bewaffneten Kampfes erkannte selbst die neuen Zeichen und er fand in Teilen der weißen Führungsschicht Sympathie für eine friedliche Konfliktlösung, die mit dem Verlust der weißen Vorherrschaft einhergehen mußte.

Eine Szene läßt die neue Lage plastisch werden. Im Juli 1989 ist der damalige Präsident Botha endlich bereit, mit Mandela zu sprechen. Unter strengster Geheimhaltung – nicht zuletzt aus Furcht vor einem Anschlag

weißer Rechtsextremisten – kommt ein Treffen zustande. Im Vorzimmer kniet der Chef des Nationalen Geheimdienstes vor Mandela, um diesem die Schnürsenkel zu binden. Das Gespräch bleibt substantiell ergebnislos, aber der Bann ist gebrochen. Botha will allenfalls Scheinkonzessionen, wird aber schließlich von seinen politischen Freunden ausgeschaltet.

Was zunächst als Ein-Mann-Aktion Mandelas mit einem Verhandlungsspiel mit der Regierung begann, legitimiert im Endeffekt der ANC mit seiner Harare-Erklärung vom August 1989 und einem offiziellen Verhandlungsangebot. Dabei plagen den ANC Zweifel, sorgt Mandelas Geheimniskrämerei für Abstimmungsprobleme. Seine Beharrlichkeit und Prinzipienfestigkeit führten jedoch letzten Endes zum Erfolg.

Auf der anderen Seite entwickelt sich der ursprünglich konservative de Klerk zum Reformier, gibt unverzichtbare Positionen preis. Die erfolglose Aufstandsunterdrückung, die sich verschärfende Wirtschaftskrise, vor allem der Druck eines – wenn auch inkonsequenten – internationalen Wirtschaftsboykotts lassen den Präsidenten auch die Interessen der Wirtschaft überdenken. Und da ist – darauf weist S. immer wieder hin – der Einfluß der Perestrojka. Reformen sind machbar, der Kalte Krieg endet. Es ist die Zeit, da sich »das Sowjetreich aufzulösen (begannt) und damit die Phobie Pretorias beseitigte, der schwarze Befreiungskampf sei eine von Moskau dirigierte Verschwörung« (S. 143/144).

S. macht allerdings bei aller Analogie de Klerks zu Gorbatschow auf einen Punkt aufmerksam, an dem der Südafrikaner konsequenter agierte als der Mann im Kreml. »Er stand zu den Veränderungen, versuchte nicht, den Prozeß einzufrieren. Er kam zu der Erkenntnis, daß man ein unterdrückerisches System nicht reformieren kann: wenn man es lockert, muß man den ganzen Weg gehen. Es konnte keine Perestrojka geben, nur die Abschaffung. Er hat das akzeptiert, als es evident wurde. Sein eigener Wandlungsprozeß hat mit den Ereignissen Schritt gehalten, das hat ihn gerettet – und Südafrika.« (S. 155/156)

Das hinderte de Klerk allerdings nicht daran – hier bleibt S. in seiner Wertung verschwommener –, immer wieder über Wege zur »Tei-

lung der Macht« nachzudenken. Legale und noch mehr illegale Wege werden beschriftet, wobei rechtsextremistische faschistische Kräfte augenscheinlich ihren Part spielen durften. Wurde schon in der Vergangenheit M. Buthelezi und seine Inkatha zur Gegenkraft aufgebaut, so kam nach der Freilassung Mandelas und parallel zum Fortschreiten der Verhandlungen eine geheimdienstlich und militärisch abgesicherte »dritte Kraft« mit blutigem Terror zum Zuge. Nur der Konsequenz des ANC und Mandelas war es zu verdanken, in dieser Situation die Ruhe zu bewahren und die eigene politische Kraft voll in die Waagschale zu werfen. Nicht umsonst kokettierte der ANC mit der »Leipzig-Option« – und er hatte Kraft und Gegenmacht, die schwarzen Massen zu mobilisieren. Wobei allerdings auffällt, daß allein Politikgeschichte diese sozialgeschichtliche Dimension, dieses Agieren sozialer Bewegungen zu sehr unterbelichtet.

An einer Wand in einem Township von Port Elizabeth findet sich ein Graffiti »Die Straße der Zukunft ist immer im Bau« (S. 315). Noch ist Südafrikas Zukunft nicht entschieden, nach dem Fall der Rassenmauern treten die sozialen Mauern viel deutlicher hervor. Noch könnte das Land am Kap der Guten Hoffnung ein optimistisches Beispiel für eine erfolgreiche und progressive Transformation werden. S.s Optimismus für eine neue, große Nation sollte aufgehen. »Die Bauarbeiten sind nie zu Ende.« (S. 329)

STEFAN BOLLINGER

Susanne Miller:
 Sozialdemokratie als Lebenssinn.
 Aufsätze zur Geschichte und
 Gegenwart der SPD.
 Zum 80. Geburtstag hrsg. von
 Bernd Faulenbach,
 Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger
 Bonn 1995, 384 S.

Marlies Buchholz/ Bernd Rother:
 Der Parteivorstand der SPD im Exil.
 Protokolle der Sopade 1933-1940,
 Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger
 Bonn 1995, 571 S.

Der Band von (und für) S. Miller enthält ihre nach Geschichtsperioden geordneten Aufsätze aus den Jahren 1969-1994 (davon die Hälfte aus den achtziger Jahren), die ein breites Themenspektrum umfassen: die programmatischen Grundlagen der Sozialdemokratie, ihr Verhältnis zum Marxismus, zu anderen politisch-ideologischen Strömungen (Liberalismus, Antisemitismus), der Weg der SPD nach Godesberg; einige Aspekte der politischen Geschichte von SPD und SPÖ, besonders gegen Ende des Ersten Weltkrieges und in der Weimarer Zeit; Widerstand sozialistischer Exilgruppen gegen den Faschismus; einzelne sozialdemokratische Politiker, Oberbürgermeister, ParlamentarierInnen, WiderständlerInnen gegen Faschismus. Der Anhang enthält neben einer Würdigung durch Willy Brandt anlässlich S. Millers 70. Geburtstages die Aufzeichnung eines Gesprächs mit der Autorin 1986 über ihr politisches Engagement. Dieses verband sich seit Mitte der dreißiger Jahre mit dem Wirken des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) in London, einer vom Göttinger Philosophen Leonard Nelson begründeten Gruppe, die den ethischen Sozialismus vertrat, 1925 aus der SPD ausgeschlossen wurde, gegen Ende der Weimarer Republik sich um die Zusammenarbeit von SPD und KPD bemühte und nach 1933 intensiv und opferbereit in Deutschland und im englischen Exil den Nazis widerstand. Das Wirken dieser Gruppe hinterließ insofern eine sichtbare Spur in der Geschichte der

Nachkriegs-SPD, als ihr Mitglied Willi Eichler, seit 1946 wieder in Deutschland, die geistige Entwicklung der SPD von da an bis hin zum Godesberger Programm maßgebend geprägt hatte. Als dessen Lebensgefährtin und politisch aktive Sozialdemokratin hatte S. Miller diese Entwicklung engagiert begleitet. Seit Anfang der sechziger Jahre ist sie als Historikerin tätig. Zur Vereinbarkeit des politischen Engagements für eine Partei und »Objektivität als Historikerin« bekennt sie, daß »jeder, der... Geschichte erforscht und Geschichte darstellt, von einem bestimmten Standpunkt ausgeht«, und so erhebe auch sie nicht den Anspruch, daß das, was sie schreibe, objektiv sei; und trotzdem sei sie fähig, »die Geschichte dieser Partei ... kritisch zu sehen und kritisch darzustellen« (S. 371). Die hier vorgelegten Aufsätze belegen das.

Als ethische Sozialistin beleuchtet S. Miller kritisch die Marx-Rezeption in der deutschen Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts, vor allem deren historischen und anthropologischen Optimismus. Sie räumt aber auch ein, daß es Marx »zunächst um *den* Menschen, den einzelnen, jeden einzelnen, der in seiner Würde zu achten ist«, gegangen sei (S. 352). Es sei vor allem Bebel gewesen, der Sozialismus mit der Sozialisierung des Eigentums identifizierte (was »eine große, folgenschwere Verkennung der Natur des Menschen« war) und eine sozialistische Zukunftsvision ausmalte, die naturnotwendig kommen werde (S. 88/89, 85, 174, 356). Kautsky, der offizielle Marx-Interpret und Theoretiker (S. 43), hätte »nie den Einfluß erlangt, den er besaß, wäre er von Bebel nicht so gestützt worden« (S. 174). Die Entscheidung der SPD-Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 und die Politik der Parteimehrheit im Kriege hält sie für falsch, mag aber die Frage, ob diese damit bewußt Verrat geübt hätten, nicht uneingeschränkt bejahen, denn die Gründe seien vielfältiger gewesen (S. 41/42). Mehrfach verweist die Autorin auf die Wirkungen des Kalten Krieges auf Programm und Praxis der SPD nach 1945. Diesem sei z.B. der Ausschluß des Marxismus aus der Tradition der Arbeiterbewegung im Godesberger Programm geschuldet gewesen (S. 361). Die Anpassung der SPD an gegebene Stimmungen und Wünsche der Bevölkerung (und den

jeweiligen »Zeitgeist«?) wird von ihr als ein Wesenszug dieser Partei beschrieben. So z.B., wenn sie den Gründen dafür nachgeht, warum der antifaschistische Widerstand der Jahre 1933-1945 ebenso wie der nazistische Antisemitismus kein Thema in der SPD nach 1945 gewesen seien (S. 288-292, 347-349); oder wenn sie die Etappen hin zum Godesberger Programm beschreibt (S. 297 ff.). Mehrfach stellt sie fest, daß nach dem Ersten Weltkrieg die Programme in der SPD von der jeweiligen Parteimehrheit kaum diskutiert, in ihren wesentlichen Aussagen nicht rezipiert wurden, so auch das Godesberger Programm (S. 309, 314).

Auffallend in dem Band, daß mehrere Beiträge einzelnen sozialdemokratischen Politikern (z.B. Friedrich Ebert sen.) und Politikerinnen (darunter kaum bekannten, z.B. den Frauen des ISK) gewidmet sind. Dazu die Autorin in dem Gespräch von 1986: Sie sei »an Fragen der Theorie verhältnismäßig wenig interessiert«; es ginge ihr besonders um »Menschen, und ich bin auch der Meinung, daß eine Geschichtsschreibung, die auf Theorien und Strukturen das Hauptgewicht legt und darüber die lebendigen Menschen vergißt, ... auf die Dauer uninteressant wird« und ihre Wirkung auf ein breites Publikum verliert (S. 372).

Auch wer so manche These und Wertung der Autorin nicht zu teilen vermag (so u.a. ihre Gesamtwertung der Marxschen Theorie, ihre Aussagen über Lenin, die gängigen Urteilen folgen), sollte Positionen einer überzeugten ethischen Sozialistin, für die Sozialdemokratie in der Tat den Lebenssinn bedeutete und auch heute ausmacht, vorurteilslos zur Kenntnis nehmen und in das eigene Nachdenken über Geschichte, Gegenwart und Zukunft eines demokratischen Sozialismus einschließen.

Während S. Miller – nachträglich – als Zeitzeugin und Historikerin unter anderem auch zur Geschichte des sozialdemokratischen Exils der Jahre 1933-1945 einen Beitrag leistet, liegt mit den Sitzungsprotokollen der Sopade (so bezeichnete sich der im Mai 1933 emigrierte – hauptamtliche – Vorstand der SPD) ein Stück dokumentierter Geschichte dieses Exils von Juni 1933 bis März 1940 vor. Es handelt sich um 167 Dokumente, überwiegend

aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED (heute in der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin), z.T. auch aus dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, sowie weitere dreißig Dokumente aus Sekundärüberlieferungen. Insgesamt sind 170 Vorstandssitzungen zwischen 14. Juni 1933 und 6. Mai 1940 erfaßt und damit die organisierende und publizistische Tätigkeit der Sopade dokumentiert, die in dieser Zeit, bis Frühjahr 1938 von Prag, danach von Paris aus, über ein Netz von Grenzsekretariaten den sozialdemokratischen Widerstand in Deutschland unterstützte. In der Einleitung werten die beiden Bearbeiter die Dokumente inhaltlich aus, indem sie die Geschichte der Sopade 1933-1940 nachzeichnen, Aspekte ihrer Organisation (Finanzen, Apparat, Grenzarbeit, Publikationen) beschreiben, auf Debatten innerhalb des Gremiums eingehen und dabei bisherige Aussagen in der Historiographie (darunter der DDR) zum Thema korrigieren bzw. präzisieren. Von besonderem Interesse sind die Auskünfte über Widersprüche und Auseinandersetzungen in der Sopade selbst und mit verschiedenen sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Widerstandsgruppen in bezug auf das Verhältnis zur KPD und zur Einheitsfront mit ihr, nicht zuletzt aufgrund der Vorschläge zur Zusammenarbeit mit Kommunisten, die aus Kreisen des sozialdemokratischen Widerstandes in Deutschland kamen.

ULLA PLENER

Hans-Joachim Krusch:
Irrweg oder Alternative?
Vereinigungsbestrebungen der
Arbeiterparteien 1945/46 und
gesellschaftspolitische Forderungen,
Pahl-Rugenstein Nachfolger
Bonn 1996,
272 S. (38,00 DM)

Zum 50. Jahrestag der Vereinigung von SPD und KPD, die im April 1946 von getrennten und dann einem gemeinsamen Parteitag in

Berlin für die sowjetische Besatzungszone beschlossen wurde, sind viele Veröffentlichungen erschienen. Zu ihnen gehören vor allem solche, die sich auf ehemalige und später verfaßte Aussagen von Zeitzeugen beziehen wie aber auch Wertungen, die mehr eine heutige Sicht widerspiegeln. Die Publikation von Hans-Joachim Krusch unterscheidet sich durch zwei, wie mir scheint, nicht unwesentliche Aspekte.

Erstens stützt sie sich ausschließlich auf Dokumente, Stellungnahmen und weitere Materialien, die bereits 1945/46 erschienen waren und damit damals die Diskussionen in den beiden Parteien beeinflussten. *Zweitens* enthält sie Materialien aus allen vier Besatzungszonen. Eben darin besteht der bleibende Wert der Veröffentlichung.

Es sind fast ausschließlich Stellungnahmen – sowohl der SPD wie der KPD als auch gemeinsame – von Vorständen der einzelnen Länder bzw. Bezirke. Reflektiert wird damit die »mittlere Ebene«, was um so höher zu bewerten ist, weil gerade ihr unter den konkreten Bedingungen des Wiederaufbaus beider Parteien in den verschiedenen Besatzungszonen eine besonders hohe Bedeutung und auch eine weitgehende Selbständigkeit in der politischen Meinungsbildung und auch im Handlungsspielraum, darunter zu Grundfragen aktueller wie künftiger Entwicklung, zukam.

Entgegen heute verbreiteter Deutungen und mehr aus späteren Entwicklungen gezogenen Schlußfolgerungen reflektieren die Dokumente eine beträchtliche Gemeinsamkeit in den Auffassungen. Sie waren in Ost- wie in Westdeutschland durchaus ähnlich. In Sachsen wie in Hessen, in Mecklenburg wie in Bayern oder Baden, in Berlin wie in Hamburg überwog eindeutig das Streben nach Aktionseinheit von SPD und KPD und auch eine Hinwendung zur organisatorischen Vereinigung.

Zwei Gründe waren maßgebend. *Erstens* die Erkenntnis, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung und der mitunter unversöhnliche Kampf zwischen KPD und SPD wesentlich zum Scheitern der Weimarer Republik, wie vorher schon zur Niederlage der Novemberrevolution, damit aber auch zur Machteroberung durch das Naziregime und deren verderblichen Folgen beigetragen hatten. *Zwei-*

tens, die damit verständlicherweise verbundene Schlußfolgerung, daß eine konsequente antifaschistische und demokratische Entwicklung wie auch späterhin ein erfolgreiches Ringen um einen sozialistischen Umbruch nur durch das Zusammengehen von SPD und KPD möglich sei. Natürlich waren unterschiedliche Bewertungen der Vergangenheit damit nicht überwunden, konnten es auch nicht sein. Auch die Vorstellungen von der unmittelbaren Zukunft, weiteren politischen Zielstellungen, Inhalten und Methoden der Parteiarbeit blieben oftmals ungeklärt, waren aber weder vordergründig in der Diskussion noch ein Hindernis für bestehende, ja überwiegende Gemeinsamkeiten.

Aus meiner Sicht ist die Publikation von Krusch deshalb für jeden Historiker wie auch über den heutigen Tag hinaus denkende Politiker, Publizisten oder einfach besorgte Menschen eine wertvolle Quelle, weil sie den Zeitgeist von 1945/46 authentisch reflektiert. Natürlich sind auch andere Erkenntnisse, insbesondere aus der weiteren Politik von SED wie SPD, ob in den folgenden Jahren nach 1946 oder in Jahrzehnten später, für eine Bewertung des Vereinigungsprozesses heranzuziehen. Doch den Zeitgeist, die Motivation für damalige Handlungen oder auch Unterlassungen, auch die ursprüngliche Sicht von Hunderttausenden Sozialdemokraten und Kommunisten in ganz Deutschland werden mehr aus Dokumenten sichtbar, wie sie der vorliegende Band enthält.

Besonders hervorzuheben ist dabei, daß dieser Vereinigungsprozeß in ganz Deutschland von zunächst sich weitgehend ähnlichen Stellungnahmen begleitet und getragen war. Schon dadurch wird eine gegenwärtig recht verbreitete Behauptung von einem ostdeutschen Sonderweg widerlegt. Zudem beweisen die Dokumente aus den verschiedensten Bezirken in Ost- und Westdeutschland, daß Aktionseinheit von SPD und KPD wie das Streben nach einer organisatorischen Einheit ein deutsches Projekt war. Nur vollzog es sich unter den Bedingungen des Besatzungsregimes daher nicht ungestört, blieb aber eine politische Aktivität, die primär aus Quellen der deutschen Geschichte und durch den Aufbruch in Nachkriegsdeutschland genährt wurde.

Ein Mangel der Publikation bleibt trotzdem, daß das Verhalten der Besatzungsmächte, die ja auf allen Gebieten uneingeschränkt die oberste Gewalt ausübten, nicht genügend berücksichtigt wird. Ich meine nicht Geheimdokumente, die erst heute und auch nur spärlich aufgespürt werden, auch nicht schriftliche oder mündliche Überlieferungen, die zu einem anderen Zeitpunkt entstanden und immer den Stempel späterer politischer Auseinandersetzungen trugen. Masseneinfluß hatten dagegen 1945/46 Artikel, Kommentare wie auch Berichterstattungen in den Zeitungen der Besatzungsbehörden, auch Rundfunksendungen. Sie bewiesen, daß die Besatzungsbehörden recht unterschiedlich den Vereinigungsprozeß einschätzten und auch begleiteten. Die sowjetische Besatzungsmacht machte seit Ende 1945 aus ihrer aktiven Förderung der organisatorischen Vereinigung von SPD und KPD keinen Hehl, während die westlichen Besatzungsmächte, ganz besonders auch die britische (obwohl oder auch gerade weil in London die Labour Party die Regierung gebildet hatte), ihre definitive negative Haltung zweifelsfrei zum Ausdruck brachten.

Eine historisch entstandene Spaltung aufrechtzuerhalten oder auch weiterhin zu erzwingen ist sicher leichter, als Hunderttausende in eine neue Partei zu pressen.

Schon deshalb sollten seriöse Historiker den Begriff »Zwangsvereinigung« nicht strapazieren. Der von Krusch vorgelegte Band beweist aber auch, daß es bis zum Spätherbst in ganz Deutschland einen starken Wunsch zum politischen Zusammengehen wie zu einer organisatorischen Vereinigung von SPD und KPD gab. Erst nachdem sich in den drei Westzonen zentrale Parteileitungen etablieren konnten, lief die Entwicklung auseinander. Zum wichtigsten Punkt der Auseinandersetzung wurde die Frage, ob man mit der Überwindung der Spaltung so lange warten sollte, bis die Besatzungsbehörden die Bildung von gesamtdeutschen Parteileitungen (damals sprach man oft von »Reichsleitungen«) zuließen.

Eine Befragung der Mitglieder in Form einer Urabstimmung gab es nur Berlin, nicht aber in den eigentlichen vier Besatzungszonen. Die Berliner Ergebnisse sind bekannt, zeigten aber letztlich nur, daß ein großer Teil

der Berliner Sozialdemokraten einen Zusammenschluß erst zu einem späteren Zeitpunkt anstrebte, um dann in ganz Deutschland eine einheitliche Entwicklung zu ermöglichen. Gegen eine Aktionseinheit von SPD und KPD votierte nur eine verschwindende Minderheit von 14 Prozent. Die Publikation von Krusch gibt also viele Einblicke in die damalige konkrete historische Situation, vor allem die gemeinsamen und unterschiedlichen Vorstellungen über die Zukunft. Eine Antwort auf die im Titel gestellte Frage, ob es sich bei der Vereinigung um einen Irrweg oder eine Alternative handelte, kann das Buch nicht erteilen. Die Notwendigkeit und auch die Möglichkeit einer historischen Alternative wurde weder im Osten noch im Westen genutzt. Das lag aber weniger am Vereinigungsprozeß, auch nicht an den unterschiedlichen Mängeln und ausdrücklichen Störungen, mit denen er verbunden war, sondern an den Bedingungen des jahrzehntelang betriebenen Kalten Krieges, den Ambitionen, Unterlassungen und im Widerspruch zu den Motiven des Vereinigungsprozesses selbst wie der 1945/46 vorherrschenden Stimmungslage und Hoffnungen stehenden Haltung deutscher Politiker.

Heute kann man nur spekulieren, wie sich eine gesamtdeutsche Vereinigung von SPD und KPD ausgewirkt hätte. Sie hätte bestimmt eine andere Entwicklung in Deutschland, wohl auch in Europa gefördert.

STEFAN DOERNBERG

Siegfried F. Franke:
 (IR)RATIONALE POLITIK?
 Grundzüge und politische
 Anwendungen der »Ökonomischen
 Theorie der Politik«,
 Metropolis-Verlag Marburg 1996,
 151 S. (28,00 DM)

Das als kurze Einführung in die »Ökonomische Theorie der Politik« angelegte Buch von Franke wendet sich ausdrücklich an Studierende wirtschafts- oder politikwissenschaftlicher bzw. juristischer Studienrichtungen,

dürfte aber auch für andere Leserkreise vor allem aus dem breiten Spektrum politischer Bildungsarbeit von einigem Interesse und Nutzen sein. Neben dem klaren, die Erfassung komplizierter Zusammenhänge wesentlich erleichternden Stil, in dem das Buch durchgängig verfaßt ist, besteht ein weiterer Vorzug darin, daß es in einem ausführlichen Literaturverzeichnis dem Leser eine Fülle von weiterführenden Publikationen offeriert.

In dem in vier Teile und ein Ausblick-Kapitel geliederten Buch werden zunächst die Basisannahmen der »Ökonomische Theorie der Politik« – rational Choise als Handlungsprinzip, Mehrparteiensystem, typische Verhaltensmuster von Parteien und Wählern – entwickelt. Der zweite Teil befaßt sich mit der Bedeutung von privaten und politischen Gütern, externen Kosten, der Logik kollektiven Handelns und einer »Gesellschaftlichen Wohlfahrtsfunktion«. Daran schließt sich die Erörterung der Mechanismen von Grob- und Feinsteuerung in der Politik an. Im vierten Teil werden schließlich politische Anwendungen untersucht. Neben der aufschlußreichen Darstellung der Handlungs- und Gestaltungsmuster in einzelner Politikfeldern – Steuerpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik und Drogenpolitik (in Schweden) – präsentiert hier Franke außerordentlich interessante Überlegungen zur Zukunft kleinerer Parteien im an sich bipolaren Parteiengefüge der Bundesrepublik.

Die im vorliegenden Buch vorgestellte »Ökonomische Theorie der Politik« befaßt sich genaugenommen nur mit Gesellschaften, in denen die politische Sphäre durch ein Mehrparteiensystem und parlamentarische Konkurrenzdemokratie geprägt ist. Mit ihrer Grundannahme der wirtschaftlichen wie sozialen und auch politischen Dominanz des Eigennutzenkalküls bei den gesellschaftlichen Akteuren erweist sie sich als komplementärer politiktheoretischer Ansatz zur (neo)liberalen Wirtschaftstheorie, in der bekanntlich rationale Ökonomie auch nur als privateigentümlich verfaßte bürgerlich-kapitalistische gedacht wird bzw. gedacht werden kann. Beide Theorien teilen daher nicht nur wesentliche Ausgangspunkte und Instrumente – wie den »rational Choise«-Ansatz oder den »methodologischen Individualismus« –, sondern auch

dieselben Grenzen. Letztere treten bei der Darstellung Frankes zur »Ökonomische Theorie der Politik« vor allem im abschließenden »Ausblick« plastisch hervor, wo die offensichtlichen »Funktionsschwächen« parlamentarischer Konkurrenzdemokratie ins Blickfeld gerückt werden. Genau wie die (neo)liberale Wirtschaftstheorie keine sinnvolle Alternative zur eingestandenermaßen mit funktionalen Defiziten behafteten kapitalistischen Marktwirtschaft kennt, kommt die »Ökonomische Theorie der Politik« zu dem Schluß, daß es trotz aller Funktionsschwächen »nach allen Erfahrungen keine bessere Möglichkeit der Wertberücksichtigung und der Interessenkoordination auf politischer Ebene gibt« (S. 125) als die parlamentarisch-demokratische Regierungsform. Wenn dem so ist, dann besteht a priori keine Möglichkeit, den grundlegenden Schwächen dieser Regierungsform – die Fixierung der Parlamentarier auf Wiederwahl-trächtige Themen und das darin eingeschlossene weitgehend destruktive Gegeneinander von Regierung und Opposition sowie deren »Folgewirkungen« wie Ämterpatronage und Intransparenz des politischen Entscheidungsprozesses – tatsächlich beizukommen. Zwar verfolgt Franke durchaus einen richtigen Ansatz wenn er feststellt, daß »nachhaltige Korrekturen nötig sind, damit das parlamentarisch-demokratische System den drängenden Problemen der Gegenwart gerecht werden kann« (S. 121), die von ihm zu diesem Zwecke entwickelten »Ansätze zur Verbesserung« befriedigen allem Anschein nach jedoch selbst ihn nicht. »So notwendig sie (die Reformelemente – AH.) auch sein mögen – ihnen ist eigen, daß sie bisherige Strukturen und eingespielte Verfahrensabläufe ändern und damit den beteiligten Akteuren Nachteile und Unbequemlichkeiten bringen« (S. 127). Und nicht nur das, sie berühren auch Herrschaftsinteressen.

ARNDT HOPFMANN